HEFT 5 MAI 1982 5,- DM C 4143 E

Konkret

FRÜHLING IN DEUTSCHLAND

Bauern bestellen verseuchte Äcker und der Staat schaut zu

MACHTWECHSEL

Die ersten Wochen einer Regierung Kohl/Genscher

in konkret Mai 1982

Vorwort von Manfred Bissinger

an Konkret

Kreuze zu Pflugscharen? von Hermann L. Gremliza

Fünf tote Professoren von Axel Eggebrecht
Nachrichten

Nachrichten

Frühling in Deutschland von Sabine Rosenbladt
Es blüht ja noch was oder wie wir gelernt haben, mit der Umeltkatastrophe zu leben: Eine alltägliche Reportage

»Bleibe in der Partei und wehre Dich täglich« von Hans-Ulrich Klose
Lernfähig war Helmut Schmidt noch nie. Auch nach dem Münchner Parteitag mag der Kanzler nicht einsehen, daß er und seine Regierung am Ende sind. Seine Abstimmungs-Erfolge sind nur Schein-Siege, die bedrückend deutlich machen: Die SPD darf nur tun, was das Kabinett erlaubt. Denken und Handeln fallen nicht darunter.

»Ein weit verbreitetes Ohnmachtsgefühl«
Wissen ist Macht. Wie ihre Rolle als Arbeiterpartei hat die SPD auch den Glauben an diese Parole der Arbeiter-Bildungsbewegung längst aufgegeben: Sie macht von ihrem Wissen keinen Gebrauch. Denn was ihre Wähler von ihr erwarten, weiß die Führung der SPD: Beseitigung der Arbeitslosigkeit, keine Einsparungen im Sozialbereich, aber Kürzungen beim Verteidigungsetat. Ein vertrauliches Papier, das den Mitgliedern des SPD-Präsidiums vor dem Münchner Parteitag vorgelegen hat, beweist auch, daß mehr gewerkschaftlich organisierte Wähler von der SPD zu den Grünen wechseln als zur CDU. KONKRET dokumentiert:

Revo in Grenada von Kai Hermann
Drei Jahre nach der Revolution auf der Karibik-Insel

Profumo in Bayern? von Jürgen Saupe
Schon als Agent des BND war Langemann für Strauß tätig

Machtwechsel: Was Wäre wenn... von Michael Schilling

Konkret-Extra: Wird Frankreich sozialistisch? Experiment Mitterrand
von Jörg Beckmann
Sozialismus in Frankreich. Die Volksfront regiert. »Denn wo ich hintrat, da schießen hoch / Die Rosen aus dem Asphalt / Ja als ich die Mainacht ins Gewimmel / Am Boulevard Saint Michel geriet / Da hatte das Volk von Paris seinen Himmel / Da tanzten wir unseren Bal de Paris.« Wie Wolf Biermann, der unterm Pariser Asphalt das Blut der »Commune« roch, empfanden viele westdeutsche Linke in jener Nacht des 10. Mai 1981, als die französischen Wähler der Koalition von Sozialisten und Kommunisten zu einem überwältigenden Sieg verholfen.Sozialismus in Frankreich? Was ist ein Jahr noch dem Triumph daraus geworden? Gewiß, vieles ist nicht mehr so wie es unter Charles de Gaulle und Valéry Giscard d'Estaing war: Tausende von Gefangenen wurden amnestiert, Schlüsselindustrien und Banken wurden verstaatlicht, die Reichen höher besteuert, entlassene Gewerkschafter wieder eingestellt, Freiheitsbewegungen in der Dritten Weit unterstützt. Und doch scheint der Weg vom real existierenden Kapitalismus zu einem demokratischen Sozialismus noch lange nicht gefunden. noch herrschen die Symptome der großen Krise,

Arbeitslosigkeit und Inflation. Und bei den Kantonalwahlen im März dieses Jahres zeigten die französischen Wähler ihrem Präsidenten François Mitterrand und seiner sozialistisch-kommunistischen Regierung, wie enttäuscht sie schon noch knapp einem Jahr waren:Jörg Reckmann, Journalist bei Agence France Presse (afp) in Paris, beschreibt für KONKRET die Leistungen und Fehlleistungen des ersten Regierungsjahres der Linken, die Rechtsreformen, das Atomprogramm, die Militärpolitik, die Dezentralisierung, die Medienpolitik, die Verstaatlichungen, das Umverteilungs-Programm und den Widerstand des großen Geldes.Ernest Mandel, in Paris und Brüssel lebender sozialistischer Autor und Lehrer, analysiert den Klassencharakter der Kämpfe um ein sozialistisches Frankreich. Sein Fazit: Die Regierung hat nichts mehr zu bieten, das Schicksal des französischen Sozialismus liegt in den Händen der Arbeiter und Angestellten

Konkret-Extra: Wird Frankreich sozialistisch? Experiment Mitterrand
von Ernest Mandel
KOMMENTAR

Konkret-Extra: Wird Frankreich sozialistisch? Experiment Mitterrand
Fahrplan des Wandels

Meinungs-Einfalt von Felix Perelsztein
Die Liberalen haben eine neue Möglichkeit ausgedacht, die Koalition zu kippen: Gegen den Willen des Kanzlers und der SPD soll Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff die Verflechtung der Verlage Burda und Springer genehmigen. Für die Pressefreiheit ist es ohne Belang: Statt fünf teilen sich dann vier Familien den Meinungsmarkt.

Ein Offener Brief an Walter Hesselbach von Jakob Moneta

Der eigentliche Skandal der Neuen Heimat von Susanne Mersmann
Eine Stahlplatte sichert den Lichtschalter in der Neue-Heimat-Siedlung Chorweiler. Anders kann die Zerstörung nicht mehr verhindert werden. Die Mieter kämpfen mit Gewalt gegen die Gewalt, die ihnen mit diesen Wohnsilos angetan wird. Die NH-Manager und DGB-Funktionäre, die die Großsiedlung geplant und gebaut haben, müssen hier nicht wohnen. Sie haben nur daran verdient.

Wie die Reichen mit den Armen umgehen von Martin Buchholz
Über ein Seminar für Körpersprache

Ehrliche Malschweine von Hartmut Schulze
Die Kunst der »Neuen Wilden«

Kunstmarkt kaputt? von Hans Platschek
Der Hamburger Kunstpublizist und Maler Hans Platschek ist kein Freund der Neuen Wilden. Mehr freut ihr, wenn sich der Kunstmarkt an ihnen verschlucken würde.

Methadon von Günter Amendt
Im Tresor verschlossen und verriegelt ein Liter des Opiats Methadon. Tagesration für 100 Heroinabhängige. In der Bundesrepublik sind Methadon-Programme verboten. Für viele Junkies ist Methadon die Lösung ihres Problems, viele Ärzte dagegen sehen in Methadon nichts als eine Droge gegen Drogen. Jetzt wird auch hier die Freigabe gefordert

Die Kunst, feminin von Gabriele Kreis
Das war längst fällig: Ein Buch »über die weibliche Kunst, Erotik darzustellen«. Es heißt »Körper, Liebe, Sprache«. Gerade hat es mir der Zeitgeist (heute in Sachen Feminismus unterwegs) vorbeigebracht. Nun blättere ich darin, lese, staune.

Krach von Sabine Bredy

aber mit System: wie die beiden Bands »Einstürzende Neubauten« und »Throbbing Gristle« ihr Publikum grausam bearbeiten und weshalb

Film: Beattys lauwarme Rote von Wolf Donner

»Reds« oder wie Amerikas Presse einen Oscar-Hit zu lancieren versucht: »Die einzig wichtige, kreative und originäre amerikanische Produktion seit Orson Welles' 'Citizen Cane'« (The Hollywood Reporter); »atemberaubend, mutig und kompromißlos« (ap); »'Doktor Schiwago' für Anspruchsvolle« (Chicago Sun Times); »seit 'Lawrence von Arabien' gab es kein ernsthaftes historisches Epos von solcher Kraft, Komplexität und Intelligenz« (Rolling Stone); »ein durch und durch kommerzieller, amerikanischer, romantischer Film« (New York Magazine).

Mitteilungen aus dem Bauche Springers von Peter-Paul Zahl

Bücher: Der Schriftsteller und Gesinnungshäftling Peter-Paul Zahl stellt Jack Henry Abotts »Mitteilungen aus dem Bauch der Hölle« und wichtigere Knast-Bücher vor

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 05/82, S. 4

Manfred Bissinger

Vorwort

Unaufrichtigkeit gehört zu den w e n i g e n Konstanten der deutschen Politik. Die Darsteller von Regierung und Opposition, von DGB und Freier Marktwirtschaft, von öffentlich-rechtlichen Anstalten und Großverlagen spielen ihre Doppelrolle perfekt: Zwischen hehren Reden und brutalen Taten. Die einen so verlogen wie die andern vernichtend. In diesem Heft finden sich dafür genügend Beispiele.

Der jüngste Fall: Die Sonnenwendfeier der Sozialdemokraten in München, bei der die Pfad-Finder der SPD über den richtigen Weg zankten. Während Helmut Schmidt und sein Fan-Club so tun, als könnten sie nur mit stramm rechter Politik an der Macht bleiben, wollten die Jungsozialisten Regieren in der Opposition üben. Unaufrichtig sind beide.

Das Naheliegende wurde nur hinter vorgehaltener Hand ausgesprochen: Den überfälligen Helmut Schmidt gegen einen Sozialdemokraten auszutauschen. Einen, der Politik nicht mit Beamtenvermerken verwechselt. Einen, der wenigstens so mutig wäre, wie jetzt der Amerikaner Edward Kennedy. Denn die SPD hat nur dann noch eine Chance, wenn sie konsequent für Frieden und Abrüstung eintritt, sich vom Fetisch Atomkraft löst, Umweltschutz und Wohnungsbau fördern. Nur so könnte sie wieder mehrheitsfähig werden.

Daß die SPD nicht blind auf Wahlergebnisse von 30 Prozent zusteuert, daß jedenfalls die Mitglieder ihres Präsidiums genau wissen, was Jugend und Arbeitnehmer von einer sozial-demokratischen Partei erwarten, die sie wählen sollen, beweist ein vertrauliches Papier, das der Parteiführung vor dem Münchner Kongreß präsentiert wurde: mehr Sozial- und weniger Militärstaat (Seite 27).

Dieser Kanzler schafft das nicht mehr. Wer den Vorstandssprecher der Deutschen Bank als Finanzminister in ein sozialdemokratisches Kabinett holen will und sich damit bereit zeigt, etwas über Bord zu kippen, was seit über 100 Jahren oberste Verpflichtung für Sozialdemokraten war: Menschenwürde durch Recht auf Arbeit - der hat seine Partei (und sich selbst) aufgegeben. (Hans-Ulrich Kloses Tagebuch vom Parteitag steht auf Seite 24).

Bangemachen gilt. In München haben die Freunde Helmut Schmidts zu Gunsten ihres Matadors nur noch vorgebracht, bei einer unionsgeführten Regierung würde alles noch schlimmer kommen. Als ob das Wort vom kleineren Übel noch einer hören könnte. Damit mal klar ist, worum es geht, hat Michael Schilling in einem Szenario beschrieben, was wäre wenn... Alles über die Folgen eines Machtwechsels auf Seite 52.

Von einer Wende in Bonn könnten die Gewerkschaften profitieren. Vorausgesetzt natürlich, sie begreifen überhaupt noch was. Statt sich weiter von der Regierung herzlich und gnadenlos umärmeln zu lassen, müßten die Funktionäre wieder ihren Mitgliedern näher kommen. Denen zum Beispiel, die in den Betonwüsten gewerkschaftlicher Bauunternehmen leben müssen. Denn dort ist der eigentliche Skandal der Neuen Heimat angesiedelt. Susanne Mersmann beschreibt ihn am Beispiel der Siedlung Köln-Chorweiler (Seite 90).

Für den Gewerkschafts-Kongreß Mitte Mai in Berlin möchten wir einen Antrag anregen, der zur Verwendung jedem Delegierten freisteht: Manager und Architekten müssen sich vor Übernahme und Planung eines Großbauprojekts verpflichten, für fünf Jahre in die Siedlung zu ziehen. Die Wohnung wird ausgelost, die Anwesenheit ist verpflichtend. Chorweiler jedenfalls, da bin ich sicher, wäre dann so nicht gebaut worden. Und noch einer sei den Delegierten von Berlin anempfohlen: Walter Hesselbach. Er ist ein Beispiel dafür, daß die Höhen der Macht vergessen lassen, wie es drunten in der Wirklichkeit zugeht. All seine Ämter (sind es 40? 50? 60?) lassen ihm auch keine Zeit dafür. Dieser Rat für unterlassene Aufsichtspflicht gehört einfach abgelöst. Warum, das erklärt Jakob Moneta, Hesselbachs Kampfgefährte aus alten Tagen, in einem offenen Brief an den Gewerkschaftstag (Seite 88).

Bei den Aufräum-Abstimmungen in Berlin ist es vonnöten, von einer weiteren Legende Abschied zu nehmen. Das Argument, Umweltschutz gefährde Arbeitsplätze, gehört zu den großen Unaufrichtigkeiten des DGB und seinen Organisationen. Wahr ist das Gegenteil. Und wahr ist auch, daß fehlender Umweltschutz Leben gefährdet. Wer das leugnet, macht sich mitschuldig. Sabine Rosenbladt beschreibt drei Fälle: Frühling in Deutschland (Seite 12).

Unser Extra ist diesmal Frankreich gewidmet (Seite 63). Nach der Wahl Mitterrands, die vielen Linken hierzulande als zweite französische Revolution erschien, lösen sich die Hoffnungen allmählich auf. Ein sozialistisches Modell jedenfalls scheint es nicht zu werden. Weder läßt Mitterrand abrüsten, noch stoppt er das maßlose Atomprogramm, noch gelingt es ihm, den Arbeitern und Angestellten mehr Sicherheit zu geben. Jörg Reckmann, der in Paris lebt und arbeitet, hat aufgeschrieben, was uns sonst nur bröckchenweise erreicht; der Sozialist Ernest Mandel kommentiert.

Zum ersten Mal ist KONKRET-Extra so, wie wir es eigentlich geplant hatten: eine Art Dokumentation. Es darf herausgenommen werden. Bei Diskussionen, im Unterricht, am Arbeitsplatz kann es als Grundlage dienen.

Von den Chancen und Gefährdungen einer sozialistischen Revolution auf einer armen, aber wunderschönen Karibik-Insel berichtet unser Reporter Kai Hermann. »Revo in Grenada« ist ganz anders, aber der US-Nachbar mit dem großen Stock und der Weltbank und der Herrschaft über die Rohstoffmärkte ist immer derselbe. Seit der Befreiung der Insel ist der Weltmarktpreis für ihr einziges Exportgut, die Muskatnuß, ins Bodenlose gefallen. Jetzt kann nur noch Tourismus die Revolution retten (Seite 30).

Hans Langemann steht diesmal an anderer Stelle im Heft. Wir dürfen ihn gegenwärtig nicht im Originalton zitieren. Die bayerische Justiz hat es untersagt. Wer hätte das nach dem Ablauf der Affäre und den daran Beteiligten auch anders erwartet? Mit treuem Augenaufschlag befand das Gericht, die persönlichen Rechte des BND-Agenten und obersten bayerischen Staatsschützers Dr. Langemann seien höherwertiger als das Recht der Presse, frei über Skandale berichten zu können. Das Staatswohl wurde als Wohl Langemanns kostümiert. Nicht ohne Grund. Denn 20 Jahre lang war der Geheimdienstler in München tätig und hat die Leichen in den Kellern vieler Politiker gezählt. Ihre, Herr Strauß, Ihre, Herr Huber, Ihre, Herr Tandler. Wer will da einem bayerischen Richter verdenken, daß er auch ein bißchen an sich denkt.

Doch es wird der Justiz nicht gelingen, unter dem Deckmantel der Legalität die Aufdeckung von Politiker-Affären zu unterdrücken. KONKRET wird die juristischen Möglichkeiten ausschöpfen und selbstverständlich weiter veröffentlichen. Zum Beispiel, daß Innenminister Gerold Tandler über seine Rolle im Langemann-Drama nicht die Wahrheit sagt (Seite 46).

Nicht nur in der Justiz setzt die Schwarze Filz GmbH die Machtmittel ein, über die sie verfügt. Herr Böhm (beim BND in Pullach nicht unbekannt) charterte für das Magazin »report« vom Bayerischen Rundfunk ein Privatflugzeug, mietete teure Mercedes-Geländewagen und machte hohe Spesen, um die Wahrheit zu vernebeln. Gelingen kann das nicht. Es wird bestenfalls den Rechnungshof interessieren, was ein Sender, der in diesem Jahr mit einem zweistelligen Millionen-Defizit rechnet, sich alles leisten kann.

Von den über 3.000 Zeitungsberichten, die nach den KONKRET-Veröffentlichungen zum Fall Langemann erschienen sind, ist uns einer besonders aufgefallen. Prof. Otto B. Roegele beklagt im »Rheinischen Merkur«, dessen Herausgeber er ist, die »kalkulierte Regelverletzung« bestimmter Journalisten. Gemeint ist wohl KONKRET. Ob er das freiwillig geschrieben hat? Oder hat er es bezahlt bekommen? Denn Roegele ist nicht nur Publizistik-Professor und Berufs-Katholik, er kommt auch in den uns vorliegenden Akten des BND vor. Und das gleich mit zwei Decknamen: Dr.. 0.B. und Dr. Richard. Selbst im Dunkeln legen deutsche Akademiker Wert auf ihren Titel.

Die Presse und ihre Manager sind noch einmal Thema in diesem Heft: Mit der Meinungs-Einfalt, die die Groß-Verleger ihren Lesern liefern (Seite 80). Anlaß für den Artikel ist die bevorstehende Fusion der Familiengesellschaften Springer und Burda. Wundern Sie sich nicht: Felix Perelsztein singt nicht das Klagelied der Pressekonzentration. Denn in der Bundesrepublik gehts nicht mehr um die Anzahl der Konzerne, sondern um die Anzahl der Meinungen. Und da gibt es seit langem nur noch eineinhalb. Die Halbe teilen sich die Herausgeber von »Spiegel« und »Stern«, Rudolf Augstein und Henri Nannen. Wenn die zwei, was durchaus vorstellbar ist, von ihrem Verlags-Management und den Redaktionen nicht mehr geduldet werden - bei KONKRET gibt es für die freie Meinung immer eine freie Seite.

Konkret 05/82, S. 6

an Konkret

Zeile für Zeile

KONKRET 3 und 4/82: Briefe zur neuen Konzeption

Als politisch Informierter lese ich »Stern«, »Spiegel«, »Le Monde«, »Daily American« und KONKRET, aber nur KONKRET lese ich Zeile für Zeile.

ANTONIUS RAAB

GENUA, ITALIEN

Ich muß mal kurz ein Lob loswerden. Ihr seid ein zynischer, negativer, wehleidiger, eingebildeter Haufen bei KONKRET - und Ihr macht die beste Zeitschrift, die mir zur Zeit in die Hände fällt.

BRIGITTE SAMTLEBEN

C/O MINISTRY OF AGRICULTURE

PORT MARIA, JAMAICA

Von der neuen Form Eurer Zeitschrift war ich echt angenehm überrascht. Endlich kann sich KONKRET wirklich mit »Stern« und »Spiegel« messen. Dabei ist der Preis von 5 Mark auch voll und ganz gerechtfertigt.

Das einzige, was ich noch in KONKRET vermisse, ist ein Satire-Teil. Diese Form von linkem Kampf war und ist bei Euch total unterrepräsentiert.

JAN GYMPEL

BERLIN

Wann laßt Ihr endlich mehr Hefte von eurem verdammten KONKRET drucken? Ich bin jetzt bei meinem Zeitschriftenhändler zum zweiten Mal zu spät gekommen, es war längst ausverkauft. Erst nach langem Suchen fand ich in einem Kaufhaus noch je ein Exemplar. Die Mühe hat sich übrigens gelohnt. Aber: muß das sein?

KARL-HEINZ TREFEN

HAMBURG

Als ich hörte, Bissinger kommt vom »Stern« via Hamburger Senatssprecher als Chefredakteur zu KONKRET, habe ich ein bißchen Angst gehabt, KONKRET wurde zu einem matt-sozialistischen Abklatsch der Illustrierten-Presse. Eure Praxis hat meine Theorie widerlegt. Guter Wile ist was Schönes, Können ist besser.

GUNHILD MEYERS

MÜNCHEN

Die neue »Strauß-Affäre« war es angesichts des schon bekannten Skandal-Katalogs dieses Herrn nicht wert, die Titelseite zu vereinnahmen, wohl aber, wie ich zugebe, höhere Seitenzahlen. Neben diesem Übersättigung verursachenden Thema prangere ich noch die nach »Stern«-Machart (Häufigkeit und Sensationstendenz) zusammengestellten Bilder zu Ungunsten des geschriebenen Wortes an. Aber das muß ich wohl in Kauf nehmen bei einer, vom Anspruch her, linken Illustrierten. Ansonsten, das wird Euch erfreuen, bin ich einverstanden.

VOLKER STAHL

STADE

Auf dem Nullpunkt

KONKRET 4/82: » Vorwärts?« - Ein Interview mit Eppler, Klose und Lafontaine

Seit 23 Jahren, seit dem Godesberger Programm, hat eine Jusogeneration nach der anderen vergeblich versucht, die SPD in Bewegung zu bringen, einen Bewußtseinswandel zu erzeugen, alte sozialdemokratische Ziele durchzusetzen. Ihr Einfluß ist immer geringer geworden und steht heute fast auf dem Nullpunkt**.** Alle diese Jusos haben sich vergeblich verschlissen. Sie haben resigniert und sind ins unpolitische bürgerliche Leben zurückgetreten. Oder sie haben sich angepaßt und machen, umstrahlt von einem kleinen Glorienschein, als ehemalige »Jusos« heutige SPD-Politik. Soll dieser Menschenverschleiß noch weitergehen? Das Interview mit drei fortschrittlichen SPD1ern zeigt nur eins: daß die Umweltschutzbewegung und mit ihr die »Grüne Partei« nach allen Richtungen hin ein vollständiges Umdenken bedeutet, das mitzuvollziehen ein etablierter Parteimensch kaum noch imstande ist.

WALTER HINZE

ST. ISMIER, FRANKREICH

Wenn Lafontaine bemerkt, daß seiner Meinung nach »eine Position, die gegen den atomaren Wahnsinn Stellung nimmt«, nicht typischerweise als links bezeichnet werden solle, dann kann man ihm insoweit zustimmen, als in der Frage Krieg oder Frieden »eigentlich« jeder mit den Forderungen und Zielen der Friedensbewegung übereinstimmen müßte, da ja »eigentlich« kein Mensch ein Interesse an einem Atomkrieg haben kann. Wenn man sich jedoch mit der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihrer Gründung bis heute auseinandersetzt, wird man immer wieder feststellen, daß es *Linke,* Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Kommunisten und andere politische Kräfte waren, die gemeinsam z.B. gegen die Aufrüstungspolitik Konrad Adenauers Widerstand geleistet haben. Wer von der CDU und CSU unterstützt denn heute die Friedensbewegung, wer aus diesen Parteien unterstützt z.B. den »Krefelder Appell«? Ist es etwa ein Zufall, daß Mechtersheimer, der in dieser Frage allerdings andere Positionen als Strauß und Dregger vertritt, aus der CSU ausgeschlossen wurde? JÜRGEN STOPEL

HAMBURG

Wer eine linke Alternative *in* der SPD sucht, hat vor Ort gepennt oder lebt schon zu lange in der Scheinwirklichkeit von Parteigremien. Ob die linke Alternative bei den Demokratischen Sozialisten oder Grünen oder anderswo liegt, das muß jeder für sich selbst entscheiden. In der SPD ist sie - wenn sie je dort war - schon lange nicht mehr.

EKKEIJIARD TRAUNSBERGER

DORTMUND

Wieder soweit?

KONKRET 4/82: Türken in Westberlin und Ankara

Wenn sich jetzt auch noch KONKRET bei der Frage der Ausländerfeindlichkeit auf die Türken konzentriert, geht ja genau das weiter, was wir, die wir seit 10 Jahren in der Ausländerberatung tätig sind, ablehnen: andere Ausländergruppen zu Minderheiten innerhalb einer Minderheit zu machen! Das schürt nämlich die Türkenfeindlichkeit, die besonders unnachgiebige Beurteilung der »türkischen Mentalität« auch bei anderen Ausländern. Das Ausländergesetz ist inzwischen ein Türkengesetz, türkische Arbeiter werden entlassen, wenn portugiesische zu haben sind usw. Leider schreiben über dieses Problem oft Leute, die sich emotional solidarisieren, aber von den wirklichen Hintergründen zu wenig wissen. Nicht nur bei KONKRET.

SYBILLE UKEN

HAMBURG

Ausländer als verschiebbare Reservearmee: In Zeiten der Konjunktur angeworben, in Krisenzeiten abgeschoben - ganz nach Art des Kapitals. Das Instrumentarium der latent immer vorhandenen, in Krisensituationen verstärkt geschürten Ausländerfeindlichkeit klappt vorzüglich. Die hohen Herren brauchen sich noch nicht einmal selbst die Finger schmutzig zu machen. Als Marionette fungiert die manipulierbare, unbewußte Bevölkerung.

CARMEN GLÄSSER

MARBURG

Wie sollen glaubwürdig Zustände in Polen und Afghanistan von uns kritisiert werden, wenn nicht im gleichen Atemzug der tägliche Terror in der Türkei und in El Salvador öffentlich gebrandmarkt wird? Ich bin mit vielen inhaftierten Türken

befreundet und weiß, wie ihre schlimme Lage durch kritische Öffentlichkeit bei uns verbessert werden kann. Ein abschreckendes Beispiel haben die Abgeordneten Würtz (SPD) und Mertes (CDU) gegeben, als sie die sensible Empfindsamkeit von »Superdemokraten« diskreditierten. Wenn solche Verteidigungspolitiker für Wirtschaftshilfe und gegen Sanktionen plädieren, verlängern sie den täglichen Terror dieser Militärdiktatur.

HENNING SCHERF

SENATOR FÜR SOZIALES,

JUGEND UND SPORT

BREMEN

Wenn ich durch die Stadt gehe, kann ich täglich an den zunehmenden Schmierereien sehen, wie hoch die Wellen des Fremdenhasses schlagen, auf denen die Politiker unserer »demokratischen Parteien« ebenso geschickt wie heuchlerisch reiten. Nicht nur, daß die Schmierereien immer gemeiner werden, sie werden neuerdings nicht mehr irgendwo (im Bus, in der U-Bahn oder an Hauswänden), sondern direkt an den Geschäften der Türken angebracht. Das erinnert mich an Fotos, die ich von jüdischen Geschäften aus der Nazizeit sah. Wir sind wieder soweit. Ganz demokratisch.

MICHAEL SKORUPPA

BERLIN

Solidarität mit den zahlreichen verfolgten Demokraten der Türkei tut not, besonders mit den augenblicklich von der Todesstrafe bedrohten: Diese Richtung fehlte leider in dem Artikel von Jürgen Roth. Man sollte das nachtragen. Übrigens kann man z. B. auch Geld spenden. Die Familien der Angeklagten erhalten keinerlei Unterstützung und leben am Existenzrande. Kennwort »Solidarität mit den demokratischen Kräften der Türkei«, BfG Düsseldorf, Konto-Nr.: 1558631800.

PETRA SZABLEWSKI

FRANKFURT

Die Pharma säckelt

KONKRET 4/82: »Schöne Geschäfte« - Die Milliarden- Umsätze der Pharma-Industrie

Mein Entsetzen konnte nicht größer sein. Wehrlose Tiere werden zu Tode gequält, damit Frauen ihre Gesichter bemalen und die Pharma-Industrie Milliarden säckeln kann. Was tun unsere Tierschützer eigentlich dagegen? Abgesehen von der Schädlichkeit mancher kosmetischer Mittel läßt sich darüber streiten, ob sie Gesichter wirklich verschönern.

MARTHA TEWS

HAAN

Über die Maßen glücklich

KONKRET 4/82: »Mensch, ihr Affen!« - Hundert Jahre nach Darwins Tod gibt es wieder Streit

Zu Ihrem Artikel »Mensch, ihr Affen!«, speziell zu der letzten Spalte, kann ich nur sagen: wenn unter meinen Fachkollegen nur zehn Prozent wären, die Ihren Grips haben, hätte ich einen andern Stand und wäre über die Maßen glücklich.

PROF.DR. ERNST FÜRNTRATT

AACHEN

Als Naturwissenschaftler hat mir in der letzten Ausgabe besonders der Artikel »Mensch ihr Affen!« von Martin Buchholz gefallen. Endlich einmal ein Artikel über aktuelle Entwicklungen in der Biologie, der nicht schon im Vorspann relative Wahrheiten durch Übertreibung in Lügen verkehrt. Als Wissenschaftspublizist weiß ich selbst, wie schwer es ist, bei der Popularisierung von Forschungsergebnissen die vielen offenbleibenden Fragen und gegensätzlichen Standpunkte nicht einfach unter den Teppich zu kehren. Es gibt j a viele Leute, die meinen, in den »exakten« Naturwissenschaften könne es hitzige Diskussionen mit handgreiflichen politischen Implikationen überhaupt nicht geben.

EDGAR GÄRTNER

LUYEUIL - LES - BAINS

FRANKREICH

Rechts Staat, links staatenlos

KONKRET 4/82: »Staatsgewalt!« - Der Kampf um die Startbahn West

Wen wundert es angesichts solcher Bilder, wenn bisher unbescholtene Staatsbürger zu Steinen greifen? Mich nicht. Meine Erlebnisse im Startbahn-Wald (Vorplatz-, Hüttendorfräumungen, etc.) haben das 'vorher streng praktizierte Prinzip vom gewaltfreien Widerstand zur hohlen Phrase werden lassen. »Gewalt ist Shit?« Schon möglich, aber nach diesen polizeistaatähnlichen Prügelaktionen uniformierter Knüppelschwinger aus dem ganzen Bundesgebiet ist mir die Lust vergangen, wehrlos als »Prügelobjekt« für Polizisten in einer Sitzstreikgruppe zu schreien, zu heulen und Tritte, Knüppelhiebe in Gesicht und Unterleib einzustecken.

MICHAEL SCHNÖBEL

KÖNIGSTEIN

Georg Büchner (1813-1837) schrieb auch dies: »Was nennt Ihr denn *gesetzlichen Zustand? Ein Gesetz,* das die große Masse der Staatsbürger zum fronenden Vieh macht, um die unnatürlichen Bedürfnisse einer unbedeutenden und verdorbenen Minderzahl zu befriedigen? Und dies Gesetz, unterstützt durch eine rohe Militärgewalt und durch die dumme Pfiffigkeit seiner Agenten, dies Gesetz ist eine *ewige, rohe Gewalt,* angetan dem Recht und der gesunden Vernunft.« (Brief an die Familie, 5. April 1833. Hervorhebung im Original). Man setze statt »Militärgewalt«: Polizei.

Das sollte Holger Börner lesen, der so gern die Phrase von der »Bewahrung des Rechtsstaates« im Mund führt. Mit »Rechtsstaat« meint er, wie die Polizeigewalttätigkeiten gegen Startbahngegner zeigen: nur rechts Staat, links staatenlos.

HANS WITFEK

LEUTKIRCH

Modernes Gegenstück

KONKRET 4/82: »Rebmann, der Rächer« - Otto Köhler über den häßlichen Deutschen

Sicher gehört Rebmann auch zu den Deutschen, die, wie Dregger es formulierte, »endlich aus dem Schatten Adolf Hitlers treten wollen«. Im Gegensatz zu den meisten anderen Ambitionierten steht ihm aber dazu schon jetzt ein geeignetes Machtmittel zur Verfügung. Was die Bundesanwaltschaft unter seiner Leitung in das Bonner Machtvakuum hinein exekutiert, ist schwärzeste innenpolitische Befriedigungspolitik, die fatal an die Funktion der deutschen Justiz gegen Ende der Weimarer Republik für den aufziehenden Faschismus erinnert.

Es wird der Vorgriff auf die Art » Rechtsstaat produziert, in dem Computerüberwachung und Rasterfahndung das moderne Gegenstück zum Denunziantennetz faschistischer Blockwarte bilden, die Art polizeigeschützter »Freiheit«, die Strauß, Dregger, Lummer, Tandler und Rebmann erklärterweise durchzusetzen beabsichtigen. Es ist daher weniger die unbewältigte Vergangenheit dieser Herrschaften als ihre realen machtpolitischen Möglichkeiten in der Gegenwart, die Aufklärung und Widerstand nötig machen.

PETER JÜRGEN BOOCK

HAMBURG

Konkret 05/82, S. 8

Hermann L. Gremli□ a

Kreu□ e □ u Pflugscharen?

»Rudolf Bahro ist der Agent der Rüstungsindustrie in der Friedensbewegung, ein Fremdkörper, ein Fossil aus der Zeit McCarthys, einer aus dem Umfeld des Militärischen Abschirmdiensts, aus dem Spektrum, das Vorfeldarbeit für die CIA macht.«

Wer sagt das? Welch mieser Denunziant ist da am Werk? Der Sprachgebrauch deutet auf den Generalbundesanwalt, der eine ganze Generation als »Umfeld«, »Spektrum« und »Vorfeld« (des Terrorismus) verfolgt - aber mit der politischen Richtung kommt es nicht hin. Haben ein paar stalinistische Sektierer sich ausgetobt? Auch falsch. So spricht Rudolf Bahro; nicht über Bahro, versteht sich, sondern über die DKP und über alle, die er dem »Vorfeld«, dem »Spektrum«, dem »Umfeld«, kurz: dem Sympathisantenkreis dieser Partei nach Bedarf zuordnet wie ein bayerischer Verfassungsschutzmann. Bahro: »Die DKP ist die Agentur des anderen Blocks in unserer Bewegung, ein Fremdkörper, ein Fossil aus der Zeit des Kalten Krieges ... «

Interessanter als die faschistischen Sprachmuster (wann wird er »ausgemerzt«, der »Fremdkörper«?) ist das schlichte Possessivpronomen: »unsere Bewegung«. Wer es liest, muß glauben, Rudolf Bahro und seine Freunde hätten die Friedensbewegung gegründet und seien ihre gewählten Führer. Die Wahrheit, daß Bahro von allen ihren Begleitern der mit dem schmalsten Käntchen auf dem letzten ihrer Trittbretter ist, wird vor dieser Besitzanzeige zur Verleumdung.

Und doch ist es so: Rudolf Bahro hat zu keiner Analyse, zu keiner Forderung und zu keiner Aktion der Friedensbewegung Nennenswertes beigetragen. In dieser Feststellung liegt nicht einmal ein Vorwurf. Denn als Friedensbewegung hat sie ihn nie interessiert. Ihn kümmern nicht Atomraketen und Marschflugkörper, er will die Welt von den Blöcken befreien und neu einteilen. Da kommt ihm die Friedensbewegung, die jedem Erlöser ein Plätzchen reserviert, gerade recht.

Ob nun Messias, ob Agent, ob Trottel - in der Versuchung wie im Versuch, eine Bewegung, die tatsächlich Millionen Menschen bewegt, für die eigene Politik, die so lange nichts bewegt hat, zu okkupieren, steht Bahro für viele. Die Friedensbewegung macht es ihnen leicht. Friede ist ein so großes, zu großes Wort. Es reicht vom Geist von Camp David bis zum Frieden auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen, vom Waffenstillstand in Korea bis zur Erlösung der Welt:

Ihr seid gegen Atomraketen in Europa? Wir sind gegen Atomwaffen überhaupt und überall.

Ihr seid nur gegen Atomwaffen? Wir sind gegen Waffen schlechthin.

Ihr seid nur gegen Waffen? Wir sind gegen Unterdrückung, Folter, Ausbeutung, gegen jede Form von Gewalt.

Ihr seid nur gegen Gewalt? Wir sind gegen alles Böse auf der Welt.

Spätestens an dieser Stelle können Caspar Weinberger und Hans-Dietrich Genscher in die Friedensbewegung einscheren, denn auch sie wollen wirklich nur das Gute, wo nicht das Beste. Andere suchen sich andere Türchen: Muß nicht, wer für den Frieden ist, gegen das Kriegsrecht in Polen sein? Und gegen die sowjetische Intervention in Afghanistan? Und gegen die Unterdrückung der evangelischen Friedensjugend in der DDR? Und gegen die Militärbündnisse der »Supermächte«? Und gegen die »Blöcke«? Und gegen Gewalt (in EI Salvador)? Und gegen den Atheismus? Und gegen den Kommunismus?

Bevor nun die diversen Interessenten aus der Friedens- vollends eine nationale Erweckungs- und protestantische Bekehrungsbewegung oder eine Neuauflage des »Kongresses für die Freiheit der Kultur« machen (an dem sich in den sechziger Jahren neben einschlägigen Helfern wie Marion Dönhoff und Theo Sommer auch so integre Linke wie Axel Eggebrecht oder Ulrike Meinhof beteiligt hatten, bis die CIA ihre Tarnorganisation einschlafen ließ), muß an den politischen Ursprung dieser Volksbewegung erinnert werden:

Am Anfang, das war vor anderthalb Jahren, als die »Szene« noch nicht wußte, wie man NATO buchstabiert, stand der Krefelder Appell - verfaßt von dem ehemaligen Bundeswehr-General Gert Bastian, mitgetragen von Karl Bechert, Petra Kelly (sehr zum Unverständnis ihrer Parteifreunde), Martin Niemöller, Helmut Ridder, Christoph Strässer, Gösta von Uexküll und Josef Weber, fast alle aus Bahros »Umfeld«. Inzwischen haben 2,5 Millionen Bundesbürger diesen Appell unterschrieben, der die Bundesregierung auffordert, »die Zustimmung zur Stationierung von Pershing II-Raketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa zurückzuziehen« und »eine Aufrüstung Mitteleuropas zur nuklearen Waffenplattform der USA« nicht zuzulassen.

So wenig sich die Initiatoren dieses Appells von Rudolf Bahro, Fritz Vilmar und anderen Denunzianten ein Parteiabzeichen der DKP hinters Revers kleben lassen müssen - wahr ist: ohne die Hilfe der Kommunisten und ihrer Partei gäbe es eine der heutigen vergleichbare Friedensbewegung in der Bundesrepublik nicht. Die Grünen, die Ökologen, auch die Protestanten

und gar die Jungsozialisten sind erst allmählich dazugestoßen. Gut so. Aber dann sollen sie die Bedingungen eines solchen Bündnisses auch achten.

Es mag richtig und wichtig sein, die Brüder und Schwestern jenseits von Mauer und Stacheldraht vom Russenjoch zu befreien; oder Solidarität mit Solidarnosz zu üben; oder die »Blöcke« aufzulösen; oder auch den Imperialismus abzuschaffen. Und jeder, der das eine oder das andere will, soll sich dafür Unterstützung suchen. Wer die Friedensbewegung mit eigener Politik befrachtet, entpolitisiert sie, macht sie zum Spiegelbild der Zerrissenheit, die die Linke Szene in der Bundesrepublik seit einem Jahrzehnt kennzeichnet. Eine Friedensbewegung, die alles will, wird nichts mehr können.

Ich gehe, als Atheist, ja auch nicht hin und verlange, daß sich die Friedensbewegung, wenn sie weiter auf die Unterstützung von KONKRET Wert legt, zu meiner Parole (»Kreuze zu Pflugscharen«) bekennt.

Nie war die Welt einem atomaren Krieg so nahe wie heute. Die Stationierung der Raketen vom Typ Pershing 11 und der atomaren Marschflugkörper in Westeuropa macht diesen Krieg wahrscheinlich, denn sie bedeutet - bei einer Flugzeit von fünf Minuten bis ins Zentrum der Sowjetunion - die Herstellung einer so bedrohlichen atomaren Überlegenheit der USA, daß die Sowjetunion, will sie nicht Selbstmord begehen, dagegen präventiv vorgehen müßte. (Die Lüge vom atomaren Übergewicht der Sowjetunion hat sich wohl erledigt, man lese dazu Jimmy Carters Rüstungsexperten Paul C. Warnke im »Spiegel«. Nur Helmut Schmidt glaubt noch daran. Aber der glaubt ja auch, daß er ein erfolgreicher Politiker ist.)

Wer die Gefahr dieses jetzt drohenden Atomkriegs bannen will, muß die Stationierung der neuen US-Atomwaffen in der Bundesrepublik verhindern. Ende 1983 ist es soweit. Bis dahin kriegen wir weder mit Bahro die »Blocklogik überwunden« noch mit dem grünen Geschäftlesführer Hoplitscheck Afghanistan befreit oder mit Pfarrer Eppelmann die Schwerter zu Pflugscharen geschmiedet. Wenn die Friedensbewegung ihr Ziel verrät, kann sie gleich umlernen. Auf Zivilschutz.

Konkret 05/82, S. 10

Axel Eggebrecht

Fünf tote Professoren

Nachrichten

Nach wie vor stehen ganz oben auf der Pyramide des sozialen Prestiges unsere Professoren. Freilich gibt es da Unterschiede. Das erfahren wir nach ihrem Tode; zumal aus den Nachrufen der großen, sogenannten unabhängigen Zeitungen. Aktuelle Beispiele ergaben sich, als in einer einzigen Aprilwoche 1982 fünf Professoren starben. Zwei anerkannte Prominente, zwei trotzige Außenseiter; den Fünften einzuordnen fällt schwer, nun, wir werden sehen...

Die meisten, längsten, schwungvollsten Nekrologe bekam *Carl Orff,* Bayer, Erzieher von Musikgenerationen. Der Mythenforscher Karl Kerenyi nannte ihn einst » die letzte Konsequenz deutscher Musik- und Kulturgeschichte«. Da urteilte Heinz Josef Herbort in der »Zeit« wohl richtiger; er fand Orffs Kompositionen »riskant, aber nicht zu riskant«. Eine treffende Charakteristik, meine ich, nicht nur für den Musiker. Im dritten Reich verstand er's, dicht am braunen Sumpf entlang zu lavieren, ohne drin zu versinken. immerhin lieferte er einiges damals Brauchbare, seine Töne waren nicht entartet, sondern bodenständig, nebelverhangen, magisch (Vokabeln, die jetzt ihm rühmend nachgerufen wurden).

Keinerlei Nebel erschweren den Blick auf *Walter Hallstein,* meinen zweiten unzweifelhaften Prominenten. Lehrer des zivilen und öffentlichen Rechts, Bewunderer Barlachs, im Kriege Reserveoffizier; nachher holte ihn sich Adenauer, der kundige Menschenfischer nützlicher Helfer. Hallstein war ein Prachtfang. Den Kalten Krieg gegen den andern deutschen Staat brachte er in handliche Regeln. Selbst aber mochte er jene eine nicht »Doktrin« nennen, die allen Staaten Bonns normale Beziehungen versagte, wenn sie solche mit »Pankow« wagten. Vorbei, verweht, die Taktik bewährte sich nicht. Doch wer weiß, ob sie im kalten Reagan-Wind nicht eines Tages neu belebt wird...

Postum wurde der Halbvergessene als »großer Europäer« gefeiert; auch von Helmut Schmidt, klar, Kontinuität zu einem nicht unbedeutenden Konservativen. Solche Ehre wird manch gestandenem Sozialisten nicht zuteil. Zumal wenn einer »Symbolgestalt der Linken« war: So hieß *Peter Brückner* in mehreren Groß-Gazetten; er war mit nur 59 Jahren der jüngste der fünf Verstorbenen. Und vor allem junge Leute liebten ihn, der einst aus der DDR kam; sich aber auch als westdeutscher Ordinarius für Psychologie klipp und klar zum radikalen Sozialismus bekannte.

Immer wieder erregte er Anstoß. So als Ulrike Meinhof einmal in den frühen Revoltejahren bei ihm übernachten konnte; oder als er sich von jenem Mescalero-Brief nicht hinreichend distanzierte, in dem von klammheimlicher Freude nach dem Morde an Buback die Rede war. Mehrmals suspendierte man Brückner vom Amt, hängte ihm Verfahren an, nie kam viel dabei heraus. Aber das alles zermürbte ihn, der seit langem nicht gesund war. Nun können die Gegner aufatmen, wieder ein verdammt Unbequemer weniger. Knappe, angestrengt respektvolle Nekrologe wurden dein »Systemkritiker« nachgeschickt.

Und solch ein Systemkritiker war natürlich auch, lebenslang und unbekehrbar, *Robert Havemann.* Aber bei ihm wurde just dies Kennwort als Ausdruck höchster Bewunderung verwendet. Solches Wunder bewirkt die politische Geographie. Da bekennt einer sich bis zuletzt als Kommunist; bleibt allen Schikanen zum Trotz in der DDR, weil er sie für den besseren deutschen Staat hält; ist zudem (wie übrigens auch Peter Brückner) ein hartnäckiger Antifaschist bis zum letzten Atemzug - und ihn feierten sie nun in vielen Zeitungsspalten. Er habe, las man, das Prinzip Hoffnung hochgehalten. Und die »FAZ«, man denke, erklärte, Havemann hätte geglaubt »an das Gute und Humane im Kommunismus«!

Bleibt der Fünfte, mir der liebste, ich gestehe es lieber gleich: *Fritz Eberhard* war ein Mann nach meinem Herzen. Und vielleicht hat er mehr bewegt und bewirkt als die anderen. Eigentlich hieß er Hellmut von Rauschenplat. Als 1918 die Niederlage drohte, erfand Ludendorff sogenannte »Vertrauensleute«, die in der Truppe neuen Kampfgeist verbreiten sollten. Der junge Baron verstand das anders: Er meldete Übergriffe und Unterschlagungen von Offizieren. Da blieb er natürlich, trotz Adel, ein kleiner Unteroffizier - und hatte im Felde für immer den Klassenkampf gelernt.

Später war er Lehrer, Redakteur, Mitglied der SPD. Als böser Linker ausgeschlossen, schlug er sich zum radikaleren ISK (Internationaler Sozialistischer Kampfbund). Nach 1933 arbeitete er noch vier Jahre im Untergrund gegen Hitler; damals nannte er sich Fritz Eberhard, der Tarnname blieb ihm fürs Leben.

Via Schweiz emigrierte er nach England. War im Sommer 45 wieder da, wurde in Württemberg Staatssekretär, beschäftigte sich mit Plänen für den kommenden (nie geschlossenen) Frieden. Wurde einer der »Väter des Grundgesetzes«, nicht der unwichtigste. Gern sagte er von unserer Verfassung, so schlecht sei sie gar nicht, aber sie würde nicht genutzt...

Dann acht Jahre Intendant des Stuttgarter Senders; auch später unermüdlicher Kämpe gegen politischen und kommerziellen Mißbrauch des Rundfunks. Seit etwa 1960 lehrte er an der Berliner Uni Politik und Publizistik. Auch nach der Emeritierung hielt er weiter Seminare ab; das letzte im vergangenen Winter, mit mehr als 85 Jahren.

Ihn hat, anders als Orff und Hallstein, soweit ich weiß kein offizieller Bonner Nachruf geehrt. Und die großen Zeitungen begnügen sich mit gemessenen Würdigungen. Aber unzählige Schüler werden ihn nicht vergessen. Und am Ende könnte er... Siehe oben! »Nun ja«: Ein leises Lieblingswort von ihm. Resignation? Keineswegs. Es bedeutete: Abwarten - und weiterarbeiten!

Konkret 05/82, S. 11

Nachrichten

Zu guter Wohnlage

Die US-Streitkräfte, die Präsident Reagan für den Kampf um das Öl des Nahen Ostens in der Bundesrepublik stationieren ‚will, brauchen nicht nur die Startbahn West, sie müssen auch irgendwo wohnen. Deshalb richtete der Magistrat der Stadt Wiesbaden, vertreten durch Dr. Duckert, Leiter des »Planungsstabs beim Oberbürgermeister«, Ende März dieses Schreiben an Immobilien-Makler der Stadt:

»Wie Ihnen bekannt sein dürfte, plant die Regierung der Vereinigten Staaten eine personelle Aufstockung der im Rhein-Main-Gebiet stationierten Streitkräfte im Rahmen der 'rapid deployment force' (RDF). Dies geschieht im Rahmen von Überlegungen zur Gewährleistung von effektiver Krisenbewältigung im Nahen Osten. Ein Planungsstab ist unter meiner Leitung mit der organisatorischen Abwicklung der Anmietung von Wohnraum speziell für Offiziere der amerikanischen Armee betraut worden. Bei Zahlung einer pauschalen Provision in Höhe von DM 2.000,- suchen wir 1-2 ZKB-Wohnungen, möglichst teil- oder vollmöbliert, in guter Wohnlage bis DM 700,- Kaltmiete mit langfristigen Mietverträgen ... «

Berufsverbot für Krefelder Appell

Der Nürnberger Lehrer Heinrich Häberlein kämpft seit fünf Jahren gegen sein Berufsverbot. Kurz nach seinem ersten Lehramtsexamen 1976 hatte ihm die Regierung von Mittelfranken seine Mitgliedschaft in der »Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsdienstgegner« (DFG-VK) vorgeworfen, deren Landesvorsitzender in Bayern er ist. Die DFG-VK sei »kommunistisch unterwandert«. 1978 wies das Verwaltungsgericht Ansbach Häberleins Klage auf Einstellung ab - mit der Begründung, von jedem Beamten sei »aktiver Antikommunismus« zu verlangen. Ein halbes Jahr später verpflichtete der Bayerische Verwaltungsgerichtshof die Regierung, Häberlein vorläufig einzustellen. Ende letzten Jahres hätte er Beamter werden müssen. Stattdessen wurde er aus dem Schuldienst entlassen. Zum alten Vorwurf kommt jetzt dazu: »Herr Heinrich Häberlein war Unterzeichner des von der DFU initiierten 'Krefelder Appell'.«

Nochmal überschlafen

Der Sozialdemokrat Wilhelm Krökel schaffte acht Jahre lang im »Norddeutschen Eisenbau« in Sande bei Wilhelmshaven, bis ihn die Nazis ins KZ Neuengamme steckten, wo er im Februar 1945 ermordet wurde. Ein Jahr nach seinem Tod wurde sein Bild in einer Feierstunde in seiner Firma aufgehängt, und da blieb es, bis im Dezember letzten Jahres der Raum renoviert wurde. Geschäftsführer Friedrich Baumgärtel nahm diese Gelegenheit wahr, das Bild verschwinden zu lassen und verteidigte sich vor dem Betriebsrat: »Bilder von KZ-Häftlingen kommen nicht in meinen Betrieb. Schließlich weiß keiner, was Krökel ausgefressen hat. Um KZ-Opfer wird ohnehin schon zuviel hergemacht im Vergleich zu Soldaten, die sich für Volk und Vaterland eingesetzt haben.«

Die IG Metall forderte öffentlich die Ablösung Baumgärtels und dessen Entschuldigung gegenüber der Witwe und den Töchtern Krökels, die in Wilhelmshaven leben. Der SPD-Wahlkreisabgeordnete Herbert Ehrenberg schrieb der IG Metall, er sei dafür, »daß diesem Unverbesserlichen die Möglichkeit genommen wird, weiterhin Dispositionsbefugnis über Arbeitnehmer zu haben. Ich schließe mich deshalb Eurer Forderung nach Ablösung an.«

Die Forderung schien nicht unbillig, war Baumgärtel doch lediglich Geschäftsführer in einer Firma, die, um die 300 Arbeitsplätze zu retten, gerade vor drei Jahren zum Buchwert von einer Mark und der Zusicherung öffentlicher Mittel in die Hände eines Hamburger Unternehmers gelangt war.

Nach einer Großkundgebung in der Stadthalle wurde es jedoch still um Wilhelm Krökels Bild, und das kam so: Der Oberstadtdirektor Eickmeier (SPD) lud Firmeninhaber, Baumgärtel und den Metallindustriellen-Verbandschef ins Rathaus, um mit der gemeinsamen Formulierung einer Entschuldigung für Baumgärtel die Sache aus der Welt zu schaffen. Das gelang schnell, aber Baumgärtel bestand darauf, den Wortlaut nochmal zu überschlafen. Also ging man in den Ratskeller, wo eine Unternehmerrunde tagte. Kaum merkten die Herren-Kollegen, was los war, als Dr. Hermann Schiffhorst, Chef der örtlichen VEBA-Firmen, den Baumgärtel anranzte: »Du entschuldigst dich nicht. Wenn du umfällst, entziehe ich dir meine Aufträge.« Der Oberstadtdirektor saß dabei und schwieg.

Aber das Wort machte in Wilhelmshaven die Runde. Die Drohung wurde ernstgenemmen. Denn der »Eisenbau« lebt von den Aufträgen der Bundesfirma VEBA. Schiffhorst: »Ich beschäftige 200 der 300 Mitarbeiter. Wenn meine Aufträge nicht da wären, müßte Baumgärtel Kurzarbeit anmelden.«

Plötzlich war die IG Metall gar nicht mehr so scharf auf eine Entschuldigung Baumgärtels. Ein Krökel-Bild im Betrieb, ganz ohne Aufsehen aufgehängt, schien nun der politisch sinnvollste Kompromiß. Und Herbert Ehrenberg ließ ausrichten, die Sache sei für ihn erledigt, er habe zur Zeit andere Sorgen.

Wahlkampf

Rechtzeitig vor dem Hamburger Wahltermin am 6. Juni hat sich der Senat verdienten Freunden erkenntlich gezeigt. Er beschloß eine kommerzielle Filmförderung von drei Millionen Mark, Ober deren Vergabe die Hamburgische Landesbank, Vertreter der Behörden und der Filmwirtschaft entscheiden sollen. Bezugsberechtigt werden die Hamburger Kommerz-Filmfirmen sein, von denen drei dem Ex-Chef von Studio Hamburg und sozialdemokratischen Parteigänger Gyula Trebitsch gehören. Trebitsch-Tochter Katharina berät im übrigen die SPD bei ihren Wahlkampf-Werbespots.

In Filmerkreisen ist die Film-»Förderung« auf heftige Kritik gestoßen, denn Hamburg hat guten Ruf zu verlieren. Die Stadt hatte vor zwei Jahren ein neues Konzept zur Filmförderung eingeführt, das die Filmemacher, Regisseure und Produzenten selbst verwalten. Diese hoffen jetzt auf das Landesparlament. Es kann die Filz-Vorlage kippen.

Wie Watergate

Arbeit für die Kölner Kripo: Der Journalist Frank Krüger, der ein Ölgeschäft der CSU von F.J. Strauß mit Saudi-Arabien aufdeckte (KONKRET 8/81 und 4/82) erfuhr vom Kölner Staatsanwalt Alf Willbacher, bei ihm sei am 18.1.1981 eingebrochen worden. Just zu der Zeit, als Krüger für die CSU belastende Tonbänder in Besitz hatte. Die Profi-Einbrecher machten keine Beute. Die Bänder waren ausgelagert. Willbacher bekam den Tip von einem V-Mann aus dem Untergrund. Kölns Kripo, seit Monaten informiert, muß jetzt offiziell ermitteln: Krüger hat nun Anzeige erstattet.

Konkret 05/82, S. 12

Sabine Rosenbladt

Frühling in Deutschland

Es blüht ja noch was oder wie wir gelernt haben, mit der Umeltkatastrophe zu leben: Eine alltägliche Reportage

Stolberg im März 1982. Vor einer Zeile roter Backsteinhäuschen am Stadtrand spielen türkische Kinder. Sie rennen einen schwärzlichen, kaum bewachsenen Abhang vor den Häusern hoch, rutschen ab, fallen hin, wirbeln eine Wolke grauschwarzen Staub hoch und laufen fröhlich weiter.

Diese Kinder sind mit Sicherheit hoch vergiftet. Und sie vergiften sich von Tag zu Tag mehr: Denn ihr Spielgelände ist die Abraumhalde der Bleihütte Binsfeldhammer. Offenbar hat es niemand für nötig gehalten, ihre Eltern, die in der Bleihütte arbeiten, zu warnen; wie jedes Jahr bauen sie in den kleinen Gärten hinter den Häusern Salat, Zwiebeln, Bohnen und Rüben an. Auch dieses Gemüse wird hochgiftig sein.

In der kleinen Stadt Stolberg bei Aachen bahnt sich ein Umweltskandal an, der den Bleiskandal von Goslar noch in den Schatten stellen dürfte. Auch in Stolberg geht es um Blei. Und um Cadmium.

Dabei sah es ein paar Jahre lang so aus, als ob die Katastrophe dank wachsamer Behördenarbeit gerade nochmal abgewendet worden sei. 1965 gingen bei der Verwaltung Hinweise ein, daß die rätselhafte »Gressenicher Krankheit« (so benannt nach einem Dorf bei Stolberg), an der in jedem Frühjahr Hunderte von Kühen eingingen, Bleivergiftung sei. Daraufhin leitete das nordrhein-westfälische Sozialministerium im Jahr 1970 (immerhin also nur fünf Jahre später) ein umfangreiches Meßprogramm für Stolberg ein.

Ergebnis: Enorme Blei- und Cadmiumbelastungen für das gesamte Meßgebiet. Allein die Bleiniederschlagswerte lagen bis zu zehnmal höher als in »anders strukturierten industriellen Ballungsgebieten« - akute Gesundheitsgefährdung nicht nur für die Gressenicher Kühe, sondern auch für die Stolberger Bevölkerung.

Rasch wurde ein Programm zusammengestellt, Boden, Luft, Wasser, Lebensmittel und Bevölkerung untersucht und ein Emissions-Kataster ausgearbeitet. 1975 schien der Erfolg da: Die Bleiniederschläge waren erheblich gesunken. Die Meßstationen wurden bis auf einige wenige abgebaut, man glaubte das Stolberger Giftproblem »im Griff zu haben«.

Bis 1978 wieder Kühe umkippten. Und nun zeigte sich, daß die Erfolgsmeldungen reichlich vorschnell gewesen waren: Mehrere Haupt-Schadensquellen waren überhaupt nicht beseitigt worden.

Zum Beispiel die Halden. Stolberg liegt in einem erzreichen Gebiet, in dem seit Jahrhunderten Zink und Blei abgebaut und verhüttet werden, in großem Maßstab allerdings erst seit Anfang des 19. Jahrhunderts. Die Rückstände der Verarbeitung wurden in und um Stolberg auf rund 60 Halden gekippt.

Nach Untersuchungen des Sozialministeriums enthalten einige der Halden gewaltige Blei- und Cadmiummengen. Einzige Umweltschutzmaßnahme: Die gefährlichsten Halden wurden eingezäunt.

Unter dem Namen »Rote Asche Coraflex« wird aber Haldenmaterial heute noch abgebaut und als Sportplatzbelag verkauft. Behördliche Auflage: Die Blei- und Cadmiumasche muß mit »schwermetallfreiem Fremdmaterial« vermischt werden. 1981 mußten auf sechs Stolberger Sportplätzen Warnschilder aufgestellt werden: Bei Gefahr von Staubentwicklung dürfen diese Plätze »aus gesundheitlichen Gründen« nicht mehr bespielt werden...

Auch in einem anderen Bereich haperte es: bei der Herabsetzung der Emissionen. Der mutmaßliche Hauptverursacher, die Bleihütte Binsfeldhammer, produziert heute ein Viertel des bundesdeutschen Rohbleis. Nach einer Aufstellung aus dem Jahr 1974 blies allein diese Firma jährlich 33 Tonnen Blei und 800 Kilogramm Cadmium in die Stolberger Luft.

Obwohl die Bleihütte die Auflagen des Programms freiwillig erfüllt haben soll - sie hatte dagegen geklagt und Recht bekommen - rieseln nach Mindest-Schätzungen aus dem Schornstein und »diffusen Quellen« der Anlage heute immer noch 17 bis 22 Tonnen Blei im Jahr auf Stolberg nieder.

Hier zeigt sich die Absurdität bundesdeutscher Umwelt-Gesetzgebung: Laut geltender TA Luft dürfte die Bleihütte sogar 50 Tonnen jährlich abblasen. Denn bisher ist nur festgelegt, wieviel Blei pro Kubikmeter Luft in den Emissionen enthalten sein darf. Das heißt: Je mehr Luft durch den Schornstein gejagt wird, desto mehr Blei darf drin sein - egal, was dann als Niederschlag in der Umgebung ankommt.

Für Stolberg bedeutet das: 1982 ist die Lage schlimmer als eh und je. Das Institut für Angewandte Physikalische Chemie der Kernforschungsanlage Jülich spricht in seinem Bericht über das Jahr 1981 von einer »gravierenden und nicht mehr tolerierbaren Situation«.

Wie private Messungen 1981 ergaben, liegt der Bleigehalt im Boden Stolbergs an einigen Stellen über 10.000 ppm.* Toleranzgrenze laut Bundesgesundheitsamt: 100 ppm!

Ebenso dramatisch sind die Cadmium-Werte: Vom Bundesgesundheitsamt sind die gerade noch tolerierbaren Cadmium-Konzentrationen auf 20 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft festgesetzt worden. Von 1975 bis 1980 aber wurde in Stolberg ein Cadmium-Anstieg in der Luft auf bis zu 120 Mikrogramm pro Kubikmeter registriert!

Japanische Bauern in der Provinz Toyama, die über Jahre hinweg verseuchten Reis mit zehnfach erhöhtem Cadmium-Gehalt gegessen hatten, erkrankten an der furchtbaren »Itai-Itai« (»Aua-Aua«)Krankheit: Ihre Knochen verformten sich, sie schrumpften um bis zu 30 Zentimeter, litten unter qualvollen Schmerzen und starben schließlich an Nierenversagen und Infektionskrankheiten, weil ihre Immunabwehr geschwächt war.

Aufgeschreckte Stolberger Bürger haben ausgerechnet, daß durch die erhöhte Cadmium-Belastung bei zwei Prozent aller 50jährigen Stolberger chronische Nierenschäden erwartet werden müssen.

Das Blei gefährdet ganz besonders die Stolberger Kinder: Das Schwermetall greift das zentrale Nervensystem an, es verursacht Hirnfunktionsstörungen, motorische Unruhe, Lern- und Konzentrationsstörungen. Außerdem lagert es sich als Depot in Knochen, Haaren und Zähnen ab. Die Symptome einer chronischen Bleivergiftung sind Veränderungen im Blutbild, »Bleisäume« an den Zähnen, Bauchschmerzen, Koliken. Langfristig werden Leber und Nieren geschädigt.

Schon 1973 hatte das Düsseldorfer Sozialministerium 404 Stolberger Kinder auf Blut- und Haarbleiwerte untersuchen lassen. Ergebnis: 1,5 Prozent der Kinder hatten mehr als 40 Mikrogramm Blei in 100 Milliliter Blut, der höchste gemessene Wert lag bei 88,1 Mikrogramm (Durchschnittswert in der übrigen Bundesrepublik: 10 bis 20 Mikrogramm pro 100 Milliliter Blut).

Ende der Siebziger Jahre wurden nochmal 317 Stolberger Kinder auf den Bleigehalt in ihren Zähnen untersucht: Zehn Prozent hatten extrem hohe Werte. 100 dieser Kinder wurden in einer zweiten Runde psychologisch getestet: Hatte das Blei sie zu »verhaltensauffälligen« Kindern gemacht?

Das Ergebnis der Studie gab Nordrhein-Westfalens Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Farthmann, Anfang September 1981 persönlich in Stolberg bekannt: »Blei macht nicht dumm.« Oder, wissenschaftlich ausgedrückt: Der Zusammenhang zwischen Bleigehalt und »neuropsychologischen Beeinträchtigungen« sei nur »vorgetäuscht«.

Die Untersuchung hatte nämlich gezeigt, daß Kinder von ungelernten Arbeitern höhere Bleiwerte hatten als Kinder sozial besser gestellter Eltern, Hauptschüler höhere Werte als Real- oder Oberschüler - oder, brutal formuliert: Die Kinder mit den höchsten Werten waren eh schon dümmer, das lag nicht am Blei, sondern an den Eltern.

»Von dieser Veranstaltung bin ich völlig niedergeschmettert nach Hause gegangen«, berichtet Frau A., »denn das hieß ja: Unsere Kinder haben soviel Blei, weil wir asozial sind!«

Familie A. ist vor 15 Jahren aus dem Ruhrgebiet nach Stolberg gezogen. Ihre Kinder Elisabeth (13), Bernd (12) und Barbara (10) sind hier geboren. Barbara, die jüngste, ist das Sorgenkind der Familie: ständig krank, übernervös, müde und unkonzentriert. Ihre Schulleistungen liegen knapp über dem Sonderschulniveau (während ihre älteren Geschwister auf die Realschule gehen).

Aber auch Bernd und Elisabeth kränkeln häufig: Bronchitis, Kopfschmerzen, Magenbeschwerden. Bis 1976 konnte kein Stolberger Arzt den A.'s eine Erklärung für die rätselhafte Anfälligkeit ihrer Kinder geben. »Ich habe unglaubliche Sachen mit Ärzten erlebt«, sagt Frau A., »als ich zum Beispiel mit Barbara zu einer Ärztin ging, weil sie als Baby so seltsam aufgeregt und hektisch war, hat die zu mir gesagt: 'Ihre Tochter ist kerngesund, das ist halt ein kleines hysterisches Frauenzimmer.' Und als sie eine Zeitlang ständig Nasenbluten hatte, meinte ein Arzt, das sei normal für Kinder in ihrem Alter!«

1976 haben die A.'s ihre Kinder privat auf Blei im Blut untersuchen lassen: Alle drei hatten extrem hohe Werte. Mittlerweile hat ein Neurologe bei der kleinen Barbara auch Hirnfunktionsstörungen festgestellt.

Offiziell untersucht worden sind die Kinder der Familie A. - genau wie die türkischen Kinder, die heute noch auf den Gifthalden spielen - bisher nicht. So tauchen sie auch in keiner Statistik auf. Für Wissenschaftler allerdings sind die »Stolberger Bleikinder« inzwischen ein feststehender Begriff geworden. Und Stolberger Schulen sollen unter Hinweis auf die »schwierigen« Kinder mehr Lehrer-Planstellen beantragt haben.

Diese Kinder atmen weiterhin blei- und cadmiumhaltige Luft, essen blei- und cadmiumhaltiges Gemüse. Dabei hatte das Sozialministerium schon 1975 in Milch, Obst, Gemüse und Fleisch aus Stolberg erhebliche Giftmengen festgestellt, die eine »Gefährdung« für Selbstversorger bedeuten könnten.

Empfehlung der Behörde damals: »Als außerordentlich wirkungsvoll zur Herabsetzung der Schwermetallgehalte in pflanzlichen Lebensmitteln hat sich das Waschen von Obst und Gemüse erwiesen sowie das Schälen von Kartoffeln und Obst.«

Der Verkauf von verseuchtem Fleisch, vergiftetem Gemüse und Blei/Cadmium-Milch wurde nicht verboten. Begründung des Sozialministeriums: »Durch Vermarktung wird ein wahrscheinlich erheblicher Verdünnungseffekt erreicht.«

Im Klartext: Bleimilch aus Stolberg wird zum Beispiel in der MVR (Milchverwertungsstelle Rheinland) Aachen mit bleifreier Milch gemischt, und so haben nicht nur die Stolberger, sondern alle Nordrhein-Westfalen etwas vom Blei.

Mittlerweile ist die Verdünnungstaktik jedoch auch den Verantwortlichen unheimlich geworden: In diesem Jahr soll endlich ein Nutzungsverbot für Stolberg erlassen werden. Auf einem Gebiet von ein bis vier Quadratkilometern Größe wird dann verboten sein, etwas anzubauen, was verkauft oder von Selbstverbrauchern geerntet werden kann. In diesem Gebiet liegen neben landwirtschaftlich genutzten Flächen auch dichtbesiedelte Wohngebiete.

Dort leben auch Menschen. Wann werden die verboten?

Frühling am Hochrhein. Auf der Kurpromenade

des schweizerischen Städtchens Rheinfelden lustwandeln die ersten Kurgäste. Sie wollen hier chronische Erkrankungen der Atemwege, Gelenk-, Nieren-, Leber- und Gallenleiden ausheilen, denn laut Werbeprospekt verfügt »Royal Rheinfelden (280 in), tiefstgelegener Badeort der Schweiz, über ein ausgesprochen nebelarmes, besonders zuträgliches Schonklima«.

Die Rekonvaleszenten tun allerdings gut daran, den Blick beharrlich auf die idyllische Schweizer Rheinseite fixiert zu halten. Was die hübschen Farbfotos im Prospekt nicht zeigen: Nur ein paar hundert Meter weiter, auf der deutschen Rheinseite vis-à-vis, steht ein Industriebetrieb neben dem anderen.

Wenn hier ein blaues Band durch die Lüfte geflattert kommt, dann verrammeln die einheimischen 'Schweizer Fenster und Türen und halten sich die Nasen zu: Die blauen Schwaden schickt. nämlich in schöner Regelmäßigkeit nicht der Frühling, sondern die Firma Dynamit Nobel AG in Form von Chlor- und Chlorwasserstoff-Emissionen über den Rhein.

Die Dynamit Nobel AG, eine 98prozentige Flick-Tochter, produziert in Rheinfelden seit 13 Jahren unter anderem Pentachlorphenol (PCP). PCP wird als pilztötende und schädlingsvernichtende Substanz vor allem in Holzschutzmitteln verwandt und hat als brisanter Giftstoff in den vergangenen Jahren Schlagzeilen gemacht: Nach der Seveso-Katastrophe von 1976 angeordnete Untersuchungen ergaben, daß in PCP-haltigen Produkten Geschwisterverbindungen des Supergiftes TCDD, nämlich Dioxine und Dibenzfurane enthalten sind.

In Schweden, Holland, Japan und einigen amerikanischen Bundesstaaten ist PCP wegen seiner hohen Gefährlichkeit mittlerweile verboten. Nicht so in der Bundesrepublik: Die Firma Dynamit Nobel darf jährlich 4.500 Tonnen Pentachlorphenol herstellen, was einem Sechstel der gesamten Weltjahresproduktion entspricht.

Mit behördlicher Genehmigung durfte die Dynamit Nobel zudem jahrelang das Rheinfeldener »Schonklima« mit Pentachlorphenol und Pentachlorphenolnatrium in Mengen von 450 kg jährlich verunreinigen - einem Wert, der sogar noch unterhalb der gesetzlich zulässigen Höhe lag.

Niemand kümmerte sich daher um die Klagen von Schweizer Rheinfeldenern, die am Rheinufer direkt gegenüber der Fabrik wohnen: Die auffällige Häufung von chronischer Bronchitis, chronischem Husten, ständigen Kopfschmerzen und ständigen Augenreizungen beunruhigte nicht.

Kummer gewohnt waren die eidgenössischen Nachbarn der Badisch-Rheinfeldener Industrie sowieso: So werden sie zum Beispiel seit mehr als zwanzig Jahren von der Aluminiumhütte Rheinfelden mal mehr, mal weniger reichlich mit giftigen Fluor-Emissionen bedacht. Doch dieses Grenzproblem wurde gütlich beigelegt: Eine »Fluorkommission« begutachtet jedes Jahr die an Viehbestand, Wald und Landwirtschaft entstandenen Schäden - und die Aluminiumhütte zahlt.

So einfach lassen sich heutzutage Umweltprobleme lösen. In Rheinfelden bewährte sich die Methode bis zu einem Herbsttag des Jahres 1981. An diesem Herbsttag machte der »grüne« Rheinfeldener Stadtrat Heinrich Lohmann zusammen mit seiner Schweizer Kollegin, der Großrätin Gretel Hoffmann, einen grenzüberschreitenden Spaziergang. Dabei sammelten die beiden ein wenig deutsches und schweizerisches Kastanienlaub und Gras und schickten es zwecks Begutachtung - auf private Rechnung - an das Kantonale Laboratorium Basel-Stadt.

Das Ergebnis kam am 26. November und schreckte Behörden und Bürger beiderseits des Rheins auf: Denn die Proben wiesen neben erhöhten PCP-Werten auch beträchtliche PCB-Gehalte auf. PCBs, polychlorierte Biphenyle, sind hochgiftige Kohlenwasserstoff-Verbindungen, die sich wegen ihrer Fettlöslichkeit, ähnlich wie DDT in der Nahrungskette anreichern und, so die Autoren Koch/Vahrenholt in ihrem Buch»Seveso ist überall«,»mittlerweile zum Inbegriff für die Gefahren einer globalen Umweltverseuchung geworden« sind.

Industriell produziert werden PCBs heute nur noch in Frankreich und der Bundesrepublik (von der Firma Bayer AG). In Japan führte der Giftstoff, der heute ausschließlich als Hydraulikflüssigkeit und Kühlmittel in geschlossenen Systemen, Kondensatoren und Transformatoren eingesetzt wird, 1968 zur »Yusho«-Katastrophe: PCB aus einer durchgerosteten Kühlanlage floß in einen Reisöltank. Das vergiftete Reisöl löste die »Yusho«-Krankheit aus- Chlorakne, Hautdunkelung (auch bei Ungeborenen, 90 Prozent der Kinder kamen als »schwarze Babies« schwer geschädigt zur Welt). Schäden an

Leber, Milz und Nieren, Krebs. 99 Menschen starben, 1.788 Betroffene verklagten die Firma auf 20 Millionen Dollar Schadenersatz.

Die Rheinfeldener Kastanienblätter enthielten nach der Analyse des Basler Labors PCB-Mengen von 0,48 beziehungsweise 0,41 ppm in der Trockenmasse. Zwei weitere Untersuchungen, im Auftrag von Heinrich Lohmann vom Bremer Umweltinstitut durchgeführt, ergaben noch alarmierendere Werte: Rheinfeldener Salat war mit 1,87 ppm PCB verseucht, Porree gar mit 2,89 ppm.

Schlußfolgerung des Bremer Instituts: »Bei Gesamt-PCB-Gehalten von 2-3 mg/kg liegt die Belastung des von Ihnen zur Untersuchung eingesandten Gemüses ca. um den Faktor 1.000 über der des von der LUFA Speyer untersuchten Gemüses. Der durchschnittliche Verzehr von wöchentlich 2-3 kg Vegetabilien müßte bei den hier gefundenen Gehalten auf wöchentlich 2-3 g (Gramm!) reduziert werden.«

Auch der PCP-Gehalt des Gemüses lag nach den Bremer Ergebnissen »deutlich über dem zulässigen Grenzwert der Höchstmengenverordnung Pflanzliche Lebensmittel«. Empfehlung der Bremer: »Vorläufig ist von einem Verzehr der kontaminierten Lebensmittel abzuraten.«

Was geschah daraufhin? Wurden sofort Maßnahmen zum Schutz der betroffenen Bevölkerung eingeleitet?

Aktiv wurden die politisch Verantwortlichen wohl - aber vorwiegend gegen den Stadtrat Heinrich Lohmann und die betroffenen Bürger, die sich inzwischen zu einer deutsch-schweizerischen Bürgerinitiative zusammengeschlossen hatten.

So erklärte die SPD-Fraktion Rheinfelden die Aufdeckung des Skandals flugs zu einer »Kampagne, die ihresgleichen sucht«: Die Partei sei davon überzeugt, daß der Betrieb Dynamit Nobel den Umweltgedanken ernst nehme und nicht leichtsinnig mit der Gesundheit der Bevölkerung umgehe, hieß es in einer Presseerklärung. Denn »wer der Ansicht anhängt, einseitige Privatvorstellungen egal mit welchen Mitteln auch immer, mehrheitsfähig machen zu können, der vergißt, daß Menschen betroffen sind, die Angst um ihre Arbeitsplätze haben«. Auch CDU-Staatssekretär Härzschel vom Stuttgarter Sozialministerium gab sich optimistisch. Zwar habe sein Ministerium sofort Spezialuntersuchungen anordnen lassen, aber »wir haben uns von der Firma Dynamit Nobel bestätigen lassen, daß in Rheinfelden keine Produkte erstellt werden, die zu einer Gefährdung von Stadt und Menschen führen«, so der Staatssekretär Ende Februar.

Die amtliche Untersuchung ergab dann auch prompt völlig harmlose Resultate. Analysen der chemischen Landesuntersuchungsanstalt Offenburg, so ein Vertreter des Gewerbeaufsichtsamtes Freiburg Anfang März, hätten die Bremer Ergebnisse nicht bestätigt: Die PCB-Werte lägen erheblich unter den vom Bundesgesundheitsamt inoffiziell angegebenen Richtwerten. Dr. Peter Binnemann, Leiter des Offenburger Instituts, zur »Badischen Zeitung«: »Aufgrund dieser Meßwerte besteht selbst für Vegetarier in Rheinfelden kein Anlaß zur Besorgnis.«

Leider war den Offenburgern dabei jedoch ein peinlicher Fehler unterlaufen: Bei ihrer Analyse waren sie von einer annehmbaren täglichen Belastung von 25 Milligramm PCB pro Person und Tag ausgegangen. Eine Nachfrage der Zeitung beim Bundesgesundheitsamt ergab, daß dort mit annehmbaren Werten von 0, 175 Milligramm PCB pro Mensch und Tag gerechnet wird - also einem mehr als 200mal kleineren Wert!

Der Lapsus wurde als »Übertragungsfehler« abgetan. Und Dr. Binnemann beharrte auf der gesundheitlichen Unbedenklichkeit: Mit 0,07 mg/kg liege die PCB-Belastung immer noch unter den annehmbaren Werten.

Mit solchen Verwirrspielen soll in Rheinfelden ein Umweltskandal heruntergespielt werden. Auch die Firma Dynamit Nobel spielte mit: In einem Flugblatt an die »lieben Mitbürger« teilte die Werksleitung u.a. mit, daß sie PCBs weder herstelle noch verarbeite.

Dabei unterschlug sie daß PCBs bei der Chlorierung von aromatischen Kohlenwasserstoffen als unerwünschtes Nebenprodukt entstehen können. Wie die Bremer Wissenschaftlerin Barbara Zeschmar erfuhr, existiert bei der Dynamit Nobel eine Abwasser-Analyse, die belegt, daß PCBs im Abwasser gefunden wurden.

Das hindert die Firma jedoch keineswegs daran, öffentlich zu erklären, daß sie »nicht Verursacher von polychlorierten Biphenylen« sei.

Für den Stadtrat Heinrich Lohmann ist mittlerweile »Seveso am Hochrhein« durchaus denkbar geworden. Denn auf dem Firmengelände der Dynamit Nobel lagern ständig rund 150 Tonnen PCP. Bei einer Erhitzung des an sich nicht brennbaren Stoffes können nach seinen Berechnungen schon aus einer Tonne Pentachlorphenol 400 bis 800 Gramm hochgiftiger Stoffe der Seveso-Klasse entstehen. Lohmann: »In Seveso haben bloß 2,5 Kilogramm für die Auslösung der Katastrophe genügt.«

»Auch in Zukunft ist ein Störfall ausgeschlossen! « erklärt dagegen die Dynamit Nobel. So ähnlich hatte sich auch ihre Rheinfeldener Nachbarfirma DEGUSSA (Deutsche Gold- und Silber-Scheideanstalt) geäußert, nachdem ein Explosionsunglück am 30. August 1981 dort drei Tote gefordert hatte: Eine Wiederholung eines solchen Unglücks sei »nach menschlichem Ermessen völlig ausgeschlossen«, so der Werksleiter.

Aber wie der Zufall so spielt: Die Untersuchungen des Unglücks vom August waren noch nicht abgeschlossen, da knallte es bei der DEGUSSA schon wieder. In der Nacht des 16. März flog die Wasserstoffperoxyd-Anlage in die Luft. Eine 200 Meter hohe Stichflamme beeindruckte stundenlang die Anwohner, Tanks explodierten, ein 30 Meter hoher Stahlsilo wurde umgerissen und kippte auf einen Gebäudekomplex - alles in unmittelbarer Nachbarschaft der Dynamit Nobel AG.

Wie gesagt: »Auch in Zukunft ist ein Störfall ausgeschlossen ... «

Im Kasten für »Amtliche Bekanntmachungen« am

Rathaus in Lengerich hängt ein Zettel. Er hängt dort seit dem 28. August 1979, ist eine »ordnungsbehördliche Verordnung« und untersagt den Lengericher Landwirten bei Strafe, Getreide und andere landwirtschaftliche Produkte aus dem Nahbereich des Zementwerks Dyckerhoff ohne vorherige amtliche Genehmigung zu verkaufen.

Lengerich, die 20.000-Einwohner-Stadt am Teutoburger Wald nördlich von Münster, hatte 1979 ihren Umweltskandal. Das heißt, sie hatte ihn schon etwas länger, aber es dauerte nach Aufnahme der Untersuchungen noch ziemlich genau ein Jahr, bis das Verursacher-Gift ausfindig gemacht wurde: Thallium.

Das Schwermetall Thallium kommt in Kalisalzen und Schwefelkiesen vor. Es wird zur Produktion von Flintgas verwendet und ist als toxische Substanz in Rattengiften enthalten: Etwa ein Gramm Thallium reicht aus, um einen Menschen zu töten.

Wie sich herausstellte, hatte das Zementwerk Dyckerhoff AG vier Jahre lang, von 1975 bis 1979, 137 Gramm Thallium pro Stunde aus seinen Schornsteinen auf Lengerich herabrieseln lassen. Das Gift stammte aus einer Schwefelkies-Halde der Duisburger Firma Sachtleben Chemie. In Lengerich wurde das thalliumhaltige Material zur Herstellung eines Spezialzements verwendet. Und was offenbar niemand so recht bedacht hatte: Die Staubfilter der Anlage filterten zwar 98 Prozent des Staubes, aber nur 50 Prozent des Thalliums aus - so konnten große Mengen ungehindert in die Atmosphäre entweichen.

Darauf verloren Kastanien in der Nähe des Werks im Sommer ihre Blätter, Obstbäume verdorrten, ganze Waldstriche waren plötzlich kahl wie im Dezember, in den Gärten vergilbten der Salat und der Kohl, und der Mais auf den Feldern bekam gelbe Flecken.

Stallkaninchen starben, nachdem ihnen das Fell völlig ausgegangen war und ihre Augenlider sich verklebt hatten. Jäger schossen glatzköpfige Hasen. Drosseln lagen tot unter den Johannisbeersträuchern, von denen sie Beeren gepickt hatten. Mehrere Schafe verendeten auf mysteriöse Weise.

Auch einige Lengericher stellten an sich merkwürdige Krankheitssymptome fest: ständigen Brechreiz, entzündete Haut und Bläschen im Mund, Sehstörungen, Kribbeln in Händen, Unterschenkeln und Füßen, weiße Ringe in den Fingernägeln, Haarausfall, Schlaflosigkeit, akute Angstzustände, unregelmäßigen Herzschlag, Bluthochdruck.

Nach langem Herumsuchen fand die Landesanstalt für Immissionsschutz Essen im August 1979 endlich Thallium als Ursache dieser Erscheinungen heraus. Sofort wurde der betreffende Zementofen stillgelegt, die Bevölkerung vor dem Verzehr selbstangebauten Gemüses gewarnt, den Bauern der Getreideverkauf verboten - und abgewiegelt: »Es besteht kein Grund zu akuter oder konkreter Besorgnis«, verkündetet der Regierungspräsident von Münster, Erwin Schleberger, und: »Ich würde das Gemüse -aus Lengerich essen! «

Eher beiläufig wurden fortan jedes Jahr »Anbauempfehlungen« für die Hausgärten in unmittelbarer Umgebung des Dyckerhoff-Zementwerks ausgesprochen: Tatsache ist nämlich, daß sich das Thallium im Boden nur sehr langsam abbaut.

Nach den »Anbauempfehlungen« sollten 1991 in Dyckerhoff-Nähe Grünkohl, Wirsing, Steckrüben, Brokkoli, Kohlrabi, Weißkohl, Mangold, Melde, Schwarzwurzeln, Stielmus, Rote Beete, Rharbarber und Spinat nicht mehr gepflanzt werden. »Alle anderen, hier nicht genannten Gemüsesorten«, so die Stadtverwaltung Lengerich, »sowie sämtliche Obstsorten sind auch innerhalb der festgesetzten Gebiete unbedenklich zu verzehren.«

An diese Empfehlung hielt sich auch das Ehepaar Vogelpohl, das in 500 Meter Entfernung vom Werk wohnt und 1978/79 erhöhte Thalliumwerte im Urin hatte. Im Mai 1981 aßen die Vogelpohls Spargel aus dem eigenen Garten. Stunden später zeigten sich bei ihnen wieder die »typischen« Symptome: Übelkeit, Erbrechen, Schüttelfrost, Bläschen in Mund und Rachen. Eine neue Untersuchung ergab: Walter Vogelpohl hatte wieder 23,1 Mikrogramm Thallium pro Liter im Urin, Anneliese Vogelpohl 10,2 Mikrogramm.

Der Spargel enthielt 0,5 ppm Thallium - eben diesen Wert hatte die Landesanstalt für Immissionsschutz Essen als zulässige Toleranzgrenze in Lebensmitteln festgesetzt!

Auch eine Nachbarsfamilie, die von Vogelpohls Spargel gegessen hatte, zeigte Vergiftungserscheinungen. Anneliese Vogelpohl: »Es gab einen Schriftwechsel mit dem Stadtdirektor. Der teilte uns dann im zweiten Brief mit, er habe gehört,

daß wir uns mit Direktor Hinz von Dyckerhoff in Verbindung gesetzt hätten. Er betrachte die Angelegenheit damit als erledigt.«

So einfach ist das.

Für den Lengericher Gärtner Günther Riechert grenzt dieses Verhalten der Behörden an »fahrlässige Körperverletzung«. Riechert zeigt uns seine Hände: Weiße Ringe in den Fingernägeln zeugen von chronischer Thalliumvergiftung. Seine Gärtnerei liegt direkt neben dem Werk: Jetzt pflanzt er dort nur noch Blumen, läßt die Johannisbeeren, Brombeeren und Kirschen in seinem Garten ungepflückt. »Daran vergiften sich dann jeden Sommer die Vögel.«

Günther Riechert ist Mitglied der »BI Thallium«, Vor zwei Jahren hat die BI ausrechnen lassen, was es kosten würde, den verseuchten Boden abzutragen. »Aber natürlich ist nie etwas daraus geworden.«

»Das Paradoxe ist ja«, sagt Riechert, »daß die Firma nie gegen geltende Gesetze verstoßen hat!« In der Tat: Laut TA Luft hatte Dyckerhoff stündlich 20 Milligramm Thallium pro Kubikmeter Abluft emittieren dürfen. Der Thallium-Ausstoß des Zementofens betrug aber nur 1,5 Milligramm pro Kubikmeter - die erlaubten Werte wurden also sogar erheblich unterschritten!

, »Viele Nachbarn«, erzählt Günther Riechert, »essen deshalb weiter ihr Gemüse aus dem Garten. Sie wollen einfach nicht glauben, daß etwas damit nicht in Ordnung sein könnte. Außerdem sind ja die meisten von Dyckerhoff abhängig, arbeiten da. Aber gehen Sie mal von Haus zu Haus: In jedem Haus gibt es mindestens einen Kranken, wo die Ärzte nicht wissen, was es ist.«

Fahrlässig, wie sich zeigt, oder zumindest sehr nonchalant gehen die Lengericher Behörden auch mit ihren eigenen Ordnungsverfügungen um: Obwohl die landwirtschaftlichen Verkaufsverbote von 1979 noch in Kraft sind - die Bekanntmachung hängt im Rathaus-Kasten - treffen wir rund um das Zementwerk sauber gepflügte und eingesähte Äcker an und auch einen Bauern, der gerade Dünger streut.

»Verkaufsverbote? Daß ich nicht lache!« sagt er, »Sie können hier alles verkaufen, wie Sie wollen. Da kontrolliert doch keiner! Ich habe in den Jahren noch keinerlei Genehmigung einholen müssen!«

Auf dem Feld - insgesamt hat er 11 Hektar im verseuchten Gebiet - hat Bauer H. Sommergerste ausgesäht: Die verkauft er problemlos als Futtergetreide. An das eigene Vieh verfüttert er die Gerste allerdings nicht: »Ich hatte jahrelang unerklärliche Schwierigkeiten, jede Menge Infektionskrankheiten bei den Tieren.«

»1979, als der Skandal war«, erzählt er, »hab' ich auf diesem Feld 500 bis 600 Zentner Getreide geerntet. Da hat nie einer gefragt, wo das geblieben ist. « Die Milch seiner Kühe liefert Bauer H. nach Osnabrück: »Man hat uns gesagt, da ist kein Thallium drin. Aber Proben sind bei uns noch nie genommen worden.«

»Aus meiner Sicht«, sagt Bauer H., »wird das ganze Thema Thallium verharmlost und totgeschwiegen. Da sind Industrie und Politik sich einig.«

---

*ppm = parts per million, ein Teil von einer Million Teile

Konkret 05/82, S. 24

Hans-Ulrich Klose

»Bleibe in der Partei und wehre Dich täglich«

Lernfähig war Helmut Schmidt noch nie. Auch nach dem Münchner Parteitag mag der Kanzler nicht einsehen, daß er und seine Regierung am Ende sind. Seine Abstimmungs-Erfolge sind nur Schein-Siege, die bedrückend deutlich machen: Die SPD darf nur tun, was das Kabinett erlaubt. Denken und Handeln fallen nicht darunter.

Ohne Programm geht die Partei in die Landtagswahlen von Hamburg und Hessen. An den trüben Aussichten wird auch das letzte Personal-Aufgebot in Bonn nichts ändern. In den alten Köpfen werden keine neuen Ideen entstehen. Ohne umzudenken gibt es - das beweist eine vertrauliche Studie für das Parteipräsidium, die wir auf Seite 27 drucken - für die Sozialdemokraten nichts zu gewinnen.

Statt Schuldzuweisungen wäre Selbstkritik nötig: Daß der Regierungssprecher Kurt Becker wenig zu sagen hatte, lag nicht an ihm, sondern an seinem Herrn. In der Stunde der Not können selbst Schmidts Vertraute nicht auf Mitgefühl rechnen: Der Rausschmiß wurde per Autotelefon angekündigt.

Beckers Fall ist keine Ausnahme. Wer diesem Kanzler nicht mehr nützlich ist oder gar anderer Meinung, bekommt die Rache zu spüren. In seiner Parteitagsrede ging Schmidt auf ein KONKRET-Interview von Eppler, Klose und Lafontaine in der April-Ausgabe ein. Damit hatte der frühere Hamburger Bürgermeister Klose sich Schmidts Mißfallen eingehandelt: »Wenn aber schon einer vor der Entscheidung des Parteitages sagt: Im Falle der Annahme des Kurses des Parteivorstandes werde er 'mit umso größerer Wut... auch außerhalb der SPD kämpfen', um dadurch für sich die Möglichkeit zu schaffen 'innerhalb der SPD andere Mehrheitsverhältnisse zustandezubringen', dann wird hier der innere Zusammenhalt unter Sozialdemokraten verletzt. Wer die eigene Partei durch Druck von außen ummodeln will, der kann seinen eigenen Anspruch auf Solidarität unter Genossen verwirken!«

Die Delegierten klatschten und wählten Klose nicht in den Vorstand. Er hat auf dem Parteitag Tagebuch geführt. KONKRET veröffentlicht Auszüge.

Hans-Ulrich Klose

17. April

Ich bin eher skeptisch, geduckt, unruhig. Freudige Erwartungen erfüllen mich nicht, nach allem, was im Vorfeld dieses Parteitages gesagt und geschrieben worden ist.

Zugegeben, vor jedem Parteitag gibt es Propheten in und außerhalb der SPD, die heftige Auseinandersetzungen (»Zerreißprobe«) voraussagen. Diesmal sind die Kommentare von anderer Qualität: bösartiger, verletzender. Gut, wenn Egon Franke sich in der ihm eigenen Art in der »Bild«-Zeitung - wo auch sonst - zum Rücktritt von Antje Huber (»peinlich«) äußert, dann kann man das noch abtun. So ist er eben. Wenn aber Georg Leber, dieser so respektable Genosse, von Erhard Eppler sagt, er habe nach einem Besuch in der Sowjetunion einigen Quatsch erzählt, den ihm die Russen ins Ohr geflüstert haben, dann erinnert mich das stark an den CSU-Jargon über die Moskau- Fraktion in der SPD. Warum tut er das? Will er Eppler politisch oder will er ihn auch persönlich treffen?

Überhaupt, was bedeutet die Solidarität der Genossen untereinander? Das ist eine lange und bittere Geschichte. Ein älterer Genosse hat mir einmal gesagt, Solidarität ist ein Grundwert - nur nicht in der SPD. Akzeptiert habe ich das erst später, als ich eigene Erfahrungen gesammelt hatte in den oberen Rängen der Politik, wo die Kaltschnäuzigkeit weit verbreitet ist. Oft grenzt sie an Menschenverachtung. Nebenbei: bei den Rechten häufiger als bei den Linken.

18. April

Beim Frankfurter Kreis wird die Strategie der Parteilinken in Sachen Nachrüstung vorberaten. Lautstark, ein bißchen chaotisch und nicht immer lustig. Horst Ehmke und Karsten Voigt vertreten - wie erwartet - die Parteivorstandslinie. Die Mehrheit will jedoch auf der Basis des schleswig-holsteinischen Antrags operieren, der die Aufhebung des Rüstungsteils des NATO-Doppelbeschlusses fordert. Wenn dieser Antrag scheitert soll ein Moratoriums-Vorschlag unterbreitet werden: Stopp aller Vorbereitungsverhandlungen für die Stationierung von nuklearen Mittelstreckenraketen.

Diese Linie ist realistisch, aber nicht ungefährlich. Wer sich auf Verhandlungen einläßt, muß der nicht auch die Stationierung der Raketen für den Fall zulassen, daß die Verhandlungen in Genf scheitern? Genau das wird man dem Parteitag auch sagen.

19. April

Was wäre die Partei ohne Willy Brandt? Er schafft es, in seiner zweistündigen Rede auch Skeptikern, wie ich es bin, Mut zu machen. Was not tut, ist Orientierung, sagt er. Und mit Blick auf die Diskussion der letzten Monate: Es wäre abwegig, wenn wir uns bei oberflächlichen Schuldzuweisungen aufhielten. Wenn wir gegeneinander aufrechnen, was an häufig ganz unterschiedlichen Erwartungen an uns herangetragen wird, können wir einpacken. Wir Sozialdemokraten müssen gemeinsam aus der Defensive heraus, nicht mit Werbemätzchen, sondern mit den Inhalten unserer Politik.

Er nennt: Frieden an erster Stelle, die Überwindung von Hunger und Elend in der Welt, die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit und die Rettung der Natur. Und er wagt es, von Reformen und mehr Demokratie zu sprechen. Derweil andere, Regierende, sich mit der Verwaltung des Bestehenden, mit der Sicherung dessen, was wir erreicht haben, zufrieden geben.

In der Diskussion wird Regie erkennbar. Eins rechts, eins links treten die Delegierten ans Rednerpult. Zustimmend, aber mit leisen, kritischen Untertönen in Richtung Partei, die Rechten. Ebenfalls zustimmend und mit nicht ganz so leisen, kritischen Tönen in Richtung Bundesregierung, die Linken. Mein eigener Diskussionsbeitrag findet mehr Beifall bei den Zuhörern als bei den Delegierten.

Eine Kurzfassung: In einer Zeit, in der die SPD regiert

· hat die Arbeitslosigkeit zugenommen;

· ist versucht worden, den Haushalt auf Kosten der sozial Schwachen zu sanieren;

· wird allen Ernstes erwogen, nukleare Mittelstrecken-Raketen in der Bundesrepublik zu stationieren;

· werden weitere Kernkraftwerke gebaut ohne Rücksicht auf Bedarf und Entsorgung. Wird Kerntechnologie exportiert, obwohl damit immer auch Kernwaffen-Technik verbunden ist;

· nimmt die Umweltverschmutzung ihren lebensvernichtenden Fortgang.

Viel Zustimmung am Abend. Der Parteitag schickt seine Delegierten in die Provinz zum Dialog mit der SPD in Südbayern. Der Ortsverein in Wessling (32 Mitglieder) hat zu einer öffentlichen Veranstaltung zum Thema Frieden eingeladen. Der Saal ist überfüllt und die Stimmung so eindeutig gegen den NATO-Doppelbeschluß, daß es eine Freude ist. Hier an der Basis ist die SPD-Welt noch in Ordnung: Da wird nicht taktiert, sondern Tacheles geredet.

Ein wuchtiger Herr in Lederhosen »enttarnt« sich als Mitglied der DKP. Auch er sei für den Frieden. Ich glaube ihm.

20. April

Ich kenne sehr viele Delegierte von früheren Parteitagen, aus der politischen Arbeit, aus Wahlkämpfen. Einige begrüßen mich freundlich und verhalten sich wie früher. Sie erkundigen sich, was ich jetzt so mache, nehmen Anteil. Laß dich nicht unterkriegen, höre ich mehr als einmal.

Andere schneiden mich, sehen an mir vorbei, betrachten mich ganz offensichtlich als Un-Person. Zu ihnen gehört der Kanzler, was ich nicht anders erwartet habe, aus seiner Sicht sogar verstehen kann. Ich bin schließlich ein Abtrünniger.

Andererseits: Hat es ihn je interessiert, warum ich abtrünnig geworden bin, warum ich die Seiten gewechselt habe?

Wahrscheinlich geht es ihm so wie vielen, die lange in hohen Ämtern sind. Sie werden mißtrauisch, schotten sich ab, weil sie sich von allen Seiten angegriffen fühlen - ich selber habe das im letzten Jahr meiner Amtszeit so empfunden. Da fehlt dann einfach die Kraft, sich in die Probleme, Ängste und Skrupel anderer Menschen einzufühlen.

Er kenne die Ängste der heutigen Zeit, sagt Schmidt in seiner langen, ruhig vorgetragenen Rede. Er nehme sie »politisch ernst« . Nimmt er sie auch menschlich ernst? Versteht er sie?

Schmidts Rede, inhaltlich und rhetorisch kälter als die von Willy Brandt, ist nicht schlecht. Sie ist angemessen. Vor allem: Sie zeigt Schmidts (»vernunftgemäß begründete«) Bereitschaft, zum Abbau von Gegensätzen beizutragen. Er gesteht ein, Fehler gemacht zu haben und bestätigt - erstmals - das Recht der Partei, der Regierunä programmatisch voranzueilen.

Die Diskussion ist entsprechend moderat. Vor allem Erhard Eppler - immer wieder zum Hauptgegner des Kanzlers hochstilisiert - äußert sich verständnisvoll, solidarisch - ganz anders, als viele erwartet haben. Also doch ein Parteitag der Versöhnung? Die Genossin Helga Beier aus Schleswig-Holstein äußert sich ungeschützt kritisch. Sie wird, wie üblich, abgekanzelt.

21. April

Im Mittelpunkt steht die Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik mit guten Redebeiträgen. Der geänderte Leitantrag wird nach langen Beratungen beinahe einstimmig beschlossen.

Abgelehnt - gegen eine »beachtliche Stimmenzahl« (Hans Koschnik) - wird ein Antrag des Bezirks Ostwestfalen-Lippe. Er forderte den »stufenweisen Bruch mit dem Kapitalismus«. Hätte mich auch gewundert.

22. April

Das gestrige Parteifest wirkt nach. Einige Genossinnen und Genossen haben sichtbar Schwierigkeiten, die Augen offenzuhalten - Selterswasser ist Trumpf. Dabei ist heute ein entscheidend wichtiger Tag: Abstimmung Ober die Kernenergie - Ergebnis natürlich wie vom Parteivorstand empfohlen: Nix Moratorium. Klaus Matthiesen und Erhard Eppler argumentieren redlich, stark, aber vergeblich. Börner und die IG-Bergbau haben größeres Gewicht.

Mitten in der Debatte die ersten Wahlgänge. Erst Willy Brandt, dann Schmidt und Rau - alle gewählt mit satten Mehrheiten. Die größte für Brandt, die schwächste mit den meisten Gegenstimmen für Schmidt.

Dann endlich am Nachmittag die Debatte über Frieden und Sicherheitspolitik - Höhepunkt des Parteitages, Konfliktthema Nummer Eins. Natürlich gibt es - so wie die Dinge gelaufen sind - keine Chance zur Einigung. Dafür ist das Thema allzusehr befrachtet mit Streit, überladen mit Vorurteilen und persönlichen Antipathien. Immerhin, die Debatte bleibt (zunächst) anständig: man achtet einander, hört zu, vermeidet zusätzliche Verwundungen. Hans Jürgen Wischnewski meint: Diese Debatte ehrt die Partei. Ehrt uns auch das Ergebnis?

Giftig wird es erst am späten Abend bei einer Einzelberatung zu den Anträgen, als Helmut Schmidt in einem bösen Vortrag Erhard Eppler, Oskar Lafontaine und die ganze Friedensbewegung zu Handlangern Moskaus erklärt - nicht wörtlich direkt, aber jeder versteht es so: »Wenn die sich durchsetzen, hat Moskau sein Hauptziel schon erreicht.« Willi Piezcyk, Bundesvorsitzender der Jusos, widerspricht heftig, erhält Beifall, wird ausgebuht. Von Solidarität und Aufeinanderzugehen ist nicht mehr viel zu spüren.

23. April

Die Luft ist raus. Das Restprogramm wird im Schnellverfahren abgehakt. Wer jetzt noch lange debattiert, stört das Geschäft, macht sich unbeliebt.

Die meisten sind in Gedanken schon unterwegs nach Haus. Was werden sie dort erzählen? Fühlen sie sich bestätigt und bestärkt? Oder wird die Resignation zunehmen? Helmut Schmidt versucht eine Entschuldigung für seinen gestrigen Beitrag, er habe niemanden kränken wollen.

Gestern abend nach meiner Niederlage bei den Vorstandswahlen (um eine Stimme) hat mir ein Delegierter eine Plakette geschenkt. Darauf steht: Bleibe in der Partei und wehre dich täglich.

Konkret 05/82, S. 27

»Ein weit verbreitetes Ohnmachtsgefühl«

Wissen ist Macht. Wie ihre Rolle als Arbeiterpartei hat die SPD auch den Glauben an diese Parole der Arbeiter-Bildungsbewegung längst aufgegeben: Sie macht von ihrem Wissen keinen Gebrauch. Denn was ihre Wähler von ihr erwarten, weiß die Führung der SPD: Beseitigung der Arbeitslosigkeit, keine Einsparungen im Sozialbereich, aber Kürzungen beim Verteidigungsetat. Ein vertrauliches Papier, das den Mitgliedern des SPD-Präsidiums vor dem Münchner Parteitag vorgelegen hat, beweist auch, daß mehr gewerkschaftlich organisierte Wähler von der SPD zu den Grünen wechseln als zur CDU. KONKRET dokumentiert:

Die gegenwärtige Resonanz der SPD beim Wähler

1.

Seit 1980 hat die SPD die größten Verluste vor allem bei den jungen ' dern zwischen 18 und 24 Jahren zu verzeichnen (von 51 auf 33 Prozent) und bei den in Schul. oder Berufsausbildung stehenden (von 52 auf 28 Prozent).

Die einzige Gruppe, bei der die SPD noch eine Mehrheit hat, ist die der Gewerkschaftsmitglieder: 50 Prozent stimmen für die SPD, 35 Prozent für die CDU/CSU. Aber auch bei dieser Gruppe ist gegenüber 1980 ein Verlust von 9 Prozent zu verzeichnen.

2.

Die Leistungsbeurteilung der Regierung erfährt die niedrigste Bewertung seit Beginn dieser Umfragen im Jahre 1971. Der Opposition ist es allerdings nicht gelungen, sich inhaltlich so zu profilieren, daß ihr heute wesentlich mehr Wähler als früher die Lösung anstehender Probleme zutrauen würden. Ihr leichter Vorsprung bei der Leistungskompentenz ist ausschließlich auf die Verluste der Regierung und nicht auf eine im Vergleich zu früher bessere Beurteilung durch den Wähler zurückzuführen. Insgesamt kann man sagen: sowohl Regierung wie Opposition werden von den Wählern mit schlechten Noten versehen.

3.

Diese generelle Unzufriedenheit wird besonders deutlich, wenn man sich an einzelnen Themen anschaut, wem die Bevölkerung am ehesten die Lösung zutraut. Schon seit einiger Zeit ist die Tendenz zu beobachten, daß immer mehr Wähler die Lösung verschiedener Probleme Überhaupt keiner Regierung mehr zutrauen. Bei der Arbeitslosigkeit sind es 33 Prozent, bei Preisstabilität 28 Prozent, bei Drogenmißbrauch 28 Prozent, bei Staatsverschuldung 28 Prozent, bei der Schaffung neuer Lehrstellen 25 Prozent, beim Umweltschutz 25 Prozent.

Zu allen abgefragten Themen traut nahezu die Hälfte aller Wähler entweder keiner Regierung mehr Lösungsmöglichkeiten zu oder nimmt keine Unterschiede zwischen Regierung und Opposition wahr und traut daher beiden in gleicher Weise die Lösung der Probleme zu.

Dies ist Ausdruck sowohl für ein weitverbreitetes Ohnmachtsgefühl vieler Menschen als auch dafür, daß ein eigenständiges Profil von Regierung und Opposition von einem großen Toll der Bevölkerung nicht mehr wahrgenommen wird.

4.

Es besteht eine weitgehende Übereinstimmung bei allen Parteianhängern über die Wichtigkeit politischer Probleme: Sicherung des Friedens, Abbau von Arbeitslosigkeit, Schaffung von Lehrstellen und Ausbildungsplätzen stehen an vorderster Stelle bei den Anhängern von SPD, CDU/CSU, FDP und Grünen.

5.

Fragt man die Bundestagswähler von 1980 nach ihrer Zufriedenheit mit der von ihnen gewählten Partei, so zeigen sich folgende Ergebnisse:

SPD: 60 Prozent zufrieden, 37 Prozent enttäuscht

FDP: 52 Prozent zufrieden, 41 Prozent enttäuscht

CDU/CSU: 72 Prozent zufrieden, 21 Prozent enttäuscht

6.

Von der SPD sind seit 1980 9 Prozent der Wahlbevölkerung abgewandert, (zum Vergleich: von der CDU/CSU sind 1 Prozent der Wähler abgewandert, von der FDP 2-3 Prozent). Untersucht man, wohin diese 9 Prozent von der SPD abgewandert sind, so ergibt sich folgendes Bild: 5 Prozent zur CDU/CSU, 2 Prozent zu den Grünen und 2 Prozent zur FDP.

Untersucht man die SPD-Abwanderer näher, so sind vor allem folgende Punkte bemerkenswert:

· Von den zur CDU/CSU abgewanderten SPD-Bundestagswählern 1980 sind 63 Prozent berufstätig, aber auch 56 Prozent der SPD-Abwanderer zu den Grünen sind berufstätig.

· Jeder vierte SPD-Abwanderer zur Union Ist Arbeiter, aber auch Jeder fünfte SPD-Abwanderer zu den Grünen Ist Arbeiter.

· Gewerkschaftsmitglieder sind um stärksten bei den SPD-Abwanderern zu den Grünen vertreten: 28 Prozent (bei den Abwanderern zur CDU/CSU sind es 27 Prozent und bei den SPD-Abwanderern insgesamt 26 Prozent).
Von diesen Daten her ist es problematisch, eine Unterteilung vorzunehmen von SPD-Abwanderern in solche, die zur Union wechseln und im Arbeitsleben verankert sind und in solche, die zu den Grünen wechseln und dem Arbeitsprozeß sich entziehen.

· Die SPD verliert an die Grünen vor allem junge Wähler: 70 Prozent der SPD-Abwanderer zu den Grünen sind zwischen 18 und 34 Jahre alt (diese Altersgruppe stellt nur 38 Prozent aller SPD-Abwanderer zu den Unionsparteien).

7.

Aus einer vom Parteivorstand in Auftrag gegebenen Repräsentativuntersuchung zum Thema »Jugend und Parteien« sind die wichtigsten Ergebnisse:

· Die Hälfte der Wähler insgesamt kritisiert die großen Parteien, daß sie sich zu wenig für die Jugend engagieren. Diese Kritik an den großen Parteien wird auch von den un- bzw. angelernten Arbeitern und von den Facharbeitern mehrheitlich geteilt.

· 90 Prozent der Wähler fordern ein stärkeres Engagement der großen Parteien für die Jugend, weil diese sonst das Vertrauen in unsere Gesellschaft verlieren könnte. Nur 8 Prozent sehen solche Bemühungen um die Jugend als zwecklos an, da ein Teil der Jugend schon zu weit von dieser Gesellschaft abgedriftet sei.

· Allerdings setzt ein großer Teil der Bevölkerung kein allzu großes Vertrauen in die Fähigkeit der großen Parteien, »die Probleme der Jugend zu verstehen und ihr neue Leitbilder zu vermitteln«: ein Drittel der Wähler traut dies keiner der im Bundestag vertretenen Parteien mehr zu.

· Zwar wird von den Betroffenen - der Gruppe der jungen Wähler unter 25 Jahren - die SPD in dieser Beziehung mit 28 Prozent besser beurteilt als die Union mit 23 Prozent und die FDP mit 10 Prozent - aber bei den Jungen ist der Anteil derjenigen, die keiner der großen Parteien die Bewältigung dieser Aufgabe zutrauen, mit 37 Prozent noch höher als bei der Gesamtbevölkerung.

· Im direkten Vergleich zwischen SPD und Grünen trauen jedenfalls 35 Prozent der Jungen unter 25 Jahre entweder der SPD oder den Grünen die Bewältigung dieser Aufgabe zu. 30 Prozent aber trauen keiner dieser beiden Parteien zu, die Probleme der Jugend zu verstehen und ihr neue Leitbilder zu vermitteln.

Haushaltsdiskussion

8.

Angesichts der wiederbelebten Diskussion über weitere Kürzungen im Haushalt und der gleichzeitigen Veröffentlichung einer Umfrage, nach der die Mehrheit der Bevölkerung sich für weitere Kürzungen ausspricht, ist wichtig zu verdeutlichen, was die Bevölkerung denn kürzen will und was sie nicht gekürzt haben will.

· Die Bevölkerung lehnt Kürzungen im Sozialbereich ab: eine deutliche Mehrheit will auf »keinen Fall« Einschränkungen bei »Sozialinvestitionen«, »Sozialleistungen«.

Die fünf Bereiche, die auf keinen Fall gekürzt werden sollen, sind:

· Innere Sicherheit (75 Prozent),

· Sozialinvestitionen (73 Prozent),

· Energieversorgung (62 Prozent),

· Umweltschutz (59 Prozent),

· Sozialleistungen (58 Prozent).

Diese Bereiche sollen auch Ansicht der Anhänger aller Parteien nicht ge. kürzt werden.

· Die Bevölkerung plädiert vor allem für Kürzung von bei den Verteidigungsausgaben (50 Prozent), beim Straßen- und Autobahnbau (49 Prozent) und bei der Beamtenbesoldung (43 Prozent).

Bei den SPD- und FDP-Anhängern ergeben sich dabei exakt die gleichen Prioritäten.

Konkret 05/82, S. 30

Kai Hermann

Revo in Grenada

Drei Jahre nach der Revolution auf der Karibik-Insel

Unser Flugkapitän hat die beruhigende Kapitänsstimme. Ungefähr 12.000 Meter über dem Atlantik, etwa in Höhe des nördlichen Wendekreises, teilt er mit, daß sich unsere Ankunft voraussichtlich um eine Stunde verzögert, weil wir eine »militärische Übung« umfliegen müssen. Das ist die zweitschlimmste Mitteilung eines Flugkapitäns, wenn man als Kettenraucher seit acht Stunden eingepfercht in der Nichtraucher-Sektion eines Condor-Jets sitzt.

Da unten probt die US-Marine - und eine deutsche Fregatte ist auch dabei - irgendeine Seeschlacht um ein »unamerikanisches« Land in ihrem Hinterhof. Und ich weiß wieder genau, warum ich hier sitze. Berichten über das kleinste Land will ich, das dem US-Imperialismus trotzt: Die revolutionäre Inselrepublik Grenada in der Karibik.

Ankunft und Übernachtung auf Barbados, denn Grenada hat noch keinen Flugplatz für die DC 10 der Condor. Auf der Straße vom Flughafen stop and go. Erst Holzhütten dann Hotelreihen mit gleichlautender Neonschrift: »We show US video tapes.« Mein Hotel liegt direkt am Strand. Vor dem Beton sind noch knapp drei Meter Sand , über den das Abwasserrohr läuft. Die Bar ist umgestaltet zum Spielautomaten-Salon. In der Halle steht der Sony-Videorecorder. Es läuft »Dallas«, unterbrochen von der Werbung eines Toyota-Dealers in Miami aus dem Jahr 1978.

Das Hotel scheint gut belegt mit bundesdeutschen Touristen. Barbados zählt zu den Traumzielen. Dieses triste Möchtegern-Miami, das von oben aussieht wie ein graugrüner, mit Dosenapfelmus bestrichener Pfannkuchen - wo die Tropenfrüchte von Libbys kommen, der Bananen-Brei von Nestle, der Fisch tiefgefroren aus Kanada und die passende Palme fürs Urlaubsfoto erst gefunden sein will, hat es irgendwie geschafft. Natürlich gibt es auch hier eine Krise - bis an den Rand des Bankrotts. Aber Präsident Reagans erste Reise in die Karibik geht nach Barbados. Eine Anerkennung für das ehrliche Bemühen der Insulaner, den American way of life zu finden.

Ich finde noch eine Kneipe, in der Schwarze mit blonden Touristen friedlich zusammen zu trinken scheinen. Bis es in einer Ecke etwas laut wird. Ein schwarzer, langgelockter Rasta-Typ zerschlägt seelenruhig eine Bierflasche an der Tischkante und zieht, noch immer ganz cool, die Spitzen des Flaschenhalses einem schwedisch aussehenden Jungen durchs Gesicht.

Jetzt bin ich erst richtig heiß auf Grenada. Nach den Berichten in linken und alternativen Blättern gibt's dort Freiheit und Sozialismus, Antiimperialismus und Frauenemanzipation. Mein Grenada-Bild ist zehn Jahre alt. Damals bin ich eher zufällig auf der Insel gelandet und einige Wochen hängengeblieben. Seither gibt es für mich kein schöneres Stück Erde.

Von den vollklimatisierten Betonhallen des Barbados-Airport bis in die Baracke der Pearl-Flugpiste auf Grenada ist es eine knappe Stunde mit zweimotoriger Propellermaschine. In der Baracke hängt ein Poster. Eine Mutter, die ihr Baby säugt, ist drauf, eine Packung mit Nestle-Babynahrung dick ausgeixt, ein Rezept erklärt, wie man aus heimischen Produkten den Babys Brei mixen kann. Durchs Fenster grüßt eine Mauerinschrift die »Revo«, die Revolution. Der Taxifahrer sagt, er heiße George. Wir fahren rauf in die Berge. Bananenplantagen, Urwald. Die Straße, Hauptverbindung zwischen Osten und Westen der Insel, zwischen Flugplatz und der Hauptstadt St. Georges, windet sich halsbrecherisch eng nach oben. Sie wurde einst von den kolonialen Wegbehörden als Ochsen- und Esel-Pfad geplant. Die neuen Verkehrsmittel haben tiefe Löcher gerissen.

»Plenty holes«, sagt der Fahrer. Und ich meine, die Revo wird sie schon bald flicken. »Maybe«, sagt er. Am Wegrand sind mannshohe Farne, Bäume, blattlos, mit blütenbedeckten Kronen, die leuchtend rot gegen den blauen Himmel stehen. Steinhaufen sind bemalt mit Farben und Symbol der Revolution, dem roten Apfel auf weißem Grund.

Vor den Holzhäusern sitzen Menschen und winken. George kennt jedes Schlagloch und beinah jeden, der an der Straße wohnt. Ich versuche es noch einmal: »Hat sich doch schon einiges verändert auf der Insel seit der Revo.« George grinst: »See any change?« Nein, meint er, auf Grenada änderte sich nicht sehr viel. Jedenfalls habe sich in den 50 Jahren, die er schon lebe; nicht all zu viel verändert.

Wir fahren auf alten Steinbrücken über Wildwasser, und ich bitte ihn, am höchsten Punkt der Straße zu halten. »Foto?« »Ne, nur so.« »Man, this is beautiful country«, sagt er. »And you know.« Über uns ist in einem alten Holzhaus eine Polizeistation. Die Uniformierten auf der Veranda überblicken sehr entspannt aus Schaukelstühlen einen großen Teil der Insel. Unter uns ist der Etang-Kratersee. Ein verfallener Steg, eine kreisrunde Lichtung im Dschungel mit Beton-Fundamenten zeugen von touristischen Erschließungsarbeiten vergangener Jahrzehnte. Hinter dem See ist nur noch unheimlich grüner Regenwald bis zum Wolkenkranz um den Gipfel eines Vulkans.

Grenada ist gut 35 Kilometer lang und knapp 20 Kilometer breit. Es liegt 150 Kilometer vor der Küste Venezuelas, hat 110.000 Einwohner, Nachfahren afrikanischer Sklaven. Für das Abendland entdeckt wurde die Insel 1498 von Christoph

Columbus. 1650 gab der französische Kaufmann M. Du Parquet dem Häuptling der Carib-Indianer Kaierouanne einige Äxte, Spiegel und Glasperlen als Kaufpreis für die Insel. Vier Jahre später hatte die Söldner-Armee des Kaufmanns die letzten Indianer auf den nördlichsten Felsen der Insel zurückgedrängt. Von dort sprangen die Eingeborenen ins Meer. Das Kliff heißt noch heute La Mourne des Sauteurs, der Berg der Springer.

In Europa erfand man das simple Prinzip des Merkantilismus: Die Kolonien produzierten Rohstoffe, die europäischen Mutterländer verfeinerten das Rohmaterial industriell und exportierten es wieder. Die Sache sollte bis zum Ende des 20. Jahrhunderts funktionieren. Grenada wurde wie andere Kolonien der Region nach dem Import afrikanischer Sklaven zur Zuckerrohr-Produktion bestimmt. Und da sich die Sache rentierte, eroberten die Engländer die Insel. Von den Afrikanern starb nach einer Statistik aus dem Jahr 1775 ein Drittel während der ersten drei Jahre nach ihrer Ankunft.

Nach der Abschaffung der Sklaverei Mitte des 19. Jahrhunderts offenbarten die schwarzen Grenadier einen für die weißen Großgrundbesitzer unerfreulichen Wesenszug: Eine starke Abneigung gegen harte, fremdbestimmte Arbeit. Die Briten machten das französische Erbe dafür verantwortlich. Während von Kuba bis Barbados die Zuckerrohr-Monokulturen weiter gute Profite abwarfen, mußten auf Grenada die Großplantagen-Besitzer wegen Arbeitskräftemangels aufgeben.

Die Leute von Grenada fanden schnell raus, daß auf ihrem fruchtbaren Boden auch weniger arbeitsintensive Früchte wuchsen. Kakao, Gewürze, vor allem die Muskatnuß. Die Insel wurde Spice Island und der Hauptweltlieferant der Muskatnuß. Die Nuß fiel Jahr für Jahr von den Bäumen, dunkelbraun, verziert mit leuchtend roten Bändern. Sie mußte nur aufgesammelt, geknackt, getrocknet und verkauft werden.

Vielleicht lag es auch an der Muskatnuß, daß sich in Grenada noch weniger veränderte als sonst in der Region. in den fünfziger Jahren spielte sich ein Bauernsohn namens Eric Gairy zum Arbeiterführer hoch. Er wurde zum Premier-Minister gewählt, handelte mit England die Unabhängigkeit Grenadas aus und war dann ein demokratisch legitimierter, unglaublich korrupter Diktator. Gairy, der als populistischer Revolutionär angefangen hatte, verbündete sich mit Chiles Pinochet und wurde gern gesehener Gast in Washington. Eine von ihm angeheuerte Schlägerbande aus Kriminellen trieb mit Bambusstöcken Oppositionelle aus dem Land oder in den Untergrund. Er plünderte Staats- und Gewerkschaftskassen, um seinen Maitressen Hotels zu bauen. Aber eine Mehrheit der Grenadier verzieh »Uncle Gairy« viel, wählte ihn immer wieder. Denn die parlamentarische Opposition war die Partei des alten Besitzbürgertums, das den Kolonialzeiten nachtrauerte.

Anfang der siebziger Jahre kamen junge Grenadier vom Auslandsstudium auf die Insel zurück und meinten, mit der Unabhängigkeit müsse auch das Ende von Kolonialismus und Ausbeutung kommen. Einer von ihnen war Maurice Bishop, der in London sein Jurastudium abgeschlossen hatte. Er gründete mit einigen Freunden eine Bewegung, der sie den schönen Namen »New Jewel Movement« (NJM) gaben und begannen Arbeiter- und Bauernräte zu organisieren.

Gairy verbot ihre Zeitung und ließ sie von seiner Gang zusammenschlagen. Bishops Vater wurde bei einer Demonstration erschossen. Und nachdem Gairy seine Spezialisten in Chile hatte ausbilden lassen, verschwanden fünf Mitglieder des »New Jewel Movement« spurlos.

Maurice Bishop und seine Freunde kamen zu dem Schluß, daß das »Westminster Modell«, die parlamentarische Demokratie, auf Grenada wie auch anderswo in der Region, eine neokoloniale Farce war. Und als im März 1979 Eric Gairy wieder mal in die USA flog, um vor der UNO über sein Lieblingsthema 'Fliegende Untertassen' zu reden, trafen sich am Südende der Insel 40 Aktivisten des NJM. Einige hatten Flinten dabei, die meisten selbstgebastelte Molotow-Cocktails. Mit viel Lärm rückten sie gegen die zentrale Kaserne der Insel vor und steckten sie mit den Molotow-Cocktails in Brand. Gairys gesamte Armee floh im Pyjama. Es wurde nicht ein gezielter Schuß abgefeuert.

Putsch oder Revolution - Grenada erwachte wohl aus einem bösen Traum. Die Polizeistationen wurden von Unbewaffneten gestürmt. Zwei uniformierte Gairy-Getreue leisteten bewaffneten Widerstand und kamen ums Leben. Ein Zivilist wurde von einem Querschläger getroffen.

Drei Menschen starben während der Revolution, sieben Menschen wurden Opfer der Gairy-Diktatur. Und wenn das revolutionäre Grenada den »Bloody Friday« begeht, dann gedenkt es nicht eines mörderischen Massakers sondern des Tages, an dem Maurice Bishop und seine Getreuen von der Gairy-Mongoose-Gang zusammengeschlagen wurden. Auch die Gewalt hat andere Dimensionen auf Grenada als ein paar hundert Kilometer entfernt auf dem lateinamerikanischen Festland.

Vor der Veranda meines Hotels suchen Colibris, kaum größer als Hummeln, nach Nektar in Hibiscus-Blüten. Hinter den Blütensträuchern ist der Hafen. Zwei Motorsegler laufen aus. Der Blick ist frei auf St. Georges. Die Stadt sieht aus wie auf den Stichen aus dem 19. Jahrhundert. Sie wurde schon vor hundert Jahren als eine der schönsten Kolonialstädte der neuen Welt beschrieben.

Mein Transistorradio läuft. Radio Free Grenada wiederholt die Rede des Premier-Ministers Maurice Bishop zum dritten Revolutionsjubiläum. Bishop spricht vom notwendigen Wirtschaftswachstum. »Work harder. Produce more.« Das paßt nicht in meine Stimmung. Bishop: » Was *der kapitalistische Weltmarkt für uns bedeutet, will ich euch, Schwestern und Brüder, am Beispiel der Muskatnuß klarmachen. Vor zehn Jahren hat uns eine Tonne Muskatnuß noch genug Geld gebracht, um ein Auto zu kaufen. Heute müssen wir wenigstens fünf Tonnen Muskatnuß für ein Auto verkaufen. Oder anders. Die Schwester, die hier die Nüsse knackt, schafft vielleicht 150 Pfund am Tag und bekommt dafür 7. 10 EC Dollar (l. 00 EC Dollar entspricht etwa 1.00 DM). Unsere Schwestern und Brüder, die in London arbeiten, bezahlen für eine Unze Grenada-Muskat umgerechnet einen unserer Dollar. Sie bezahlen 300 mal mehr als die Schwester hier für ihre Arbeit bekommt., Begreift ihr, was ich meine, wenn ich vom imperialistischen Blutsauger-System rede?«* Das reißt mich aus grünen Träumen. Es ist wohl so. Das Blutsauger-System läßt auch die Leute von Grenada nicht mehr in erträglicher Armut ziemlich zufrieden sein.

Oben an der Straße vor dem Hotel ist das Holzschild »Work harder. Produce more.« Es stört überall auf der Insel-Idylle. Auf der Straße sind noch immer Menschen, obwohl es schon später Abend ist. Sie kommen den Hügel herunter, gehen ihn hinauf. Sehr langsam. Ich glaube, nirgendwo bewegen sich Menschen langsamer als auf Grenada. Sie haben ihren eigenen Gang. Die Füße leicht nach außen gestellt, weil es oft bergauf geht. Und in den Bewegungen ist immer Reggae-Rhythmus. Der Takt kommt aus den Kofferradios und Kassettenrekordern unter dem Arm, aus jeder Holzhütte. Die Musik ist anders als anderswo. Weil die Hits der internationalen Top Ten fehlen.

Ich brauche Tage, um herauszufinden, warum es noch so anders ist auf den Straßen, vor den Häusern Grenadas. Es gibt keine Fernsehgeräte. Jedenfalls nicht in den Holzhäusern. Es scheint nicht mal ein Bedürfnis nach Fernsehen zu geben, obwohl Radio Free Grenada schon an zwei Tagen der Woche sendet: Revolutionäres und US-Serienkonserven.

Am nächsten Morgen rufe ich im Büro des Premierministers an. Nein, niemand weiß etwas von einem Telegramm, das die Redaktion geschickt hat. Ich soll mich in zwei Tagen bei Don melden. Don ist nach zwei Tagen im Ausland. »Ruf in drei oder vier Tagen noch mal an.«

Europäische Hartnäckigkeit und Ungeduld bringen mich zu Ruggles. Der freut sich, mich zu sehen, muß aber auf seinen unaufgeräumten Schreibtisch weisen: »Plenty work«. Er schreibt sich trotzdem meine ambitionierten Wünsche nach Gesprächen und Besichtigungen auf. »No problem, comrade Kai,« sagt Ruggles, ich solle getrost in zwei Tagen wiederkommen.

ich werde noch ziemlich oft bei Ruggles sein. »Morgen oder übermorgen,« wird er sagen. »No problem, comrade Kai.« Und ich will sagen: »Mann, ich habe mit Fidel Castro, mit Arafat, mit dem Genossen Salvador Allende innerhalb von 24 Stunden ... « Doch die Insel akklimatisiert sehr schnell. Ich sage: »No problem, comrade Ruggles.« »Enjoy social live. Drive safe,« sagt Ruggles und schüttelt mir mit brüderlichem Griff um den Daumen lange und herzlich die Hand. Und zehn Tage später wird das KONKRET-Heft von 1979 mit dem ersten Bishop-Interview und mein von Ruggles angeforderter Fragenkatalog für das Gespräch mit Maurice Bishop noch auf dem Schreibtisch liegen, unverrückbar wie alles andere dort.

Immerhin bekomme ich viel Gedrucktes. Auch die gesammelten Reden von Maurice Bishop. Ruggles hat eigentlich recht. Was soll der dämliche Ehrgeiz - Bishop zum zweiten Mal KONKRET-exklusiv. Der Mann hat doch schon ziemlich alles gesagt, was ich ihn fragen könnte.

Über den Sozialismus auf Grenada zum Beispiel. Das ist nichts für Puristen. Das Privateigentum wird nicht angetastet. Noch ist keine Bank und kein Quadratmeter brachliegender Großgrundbesitz enteignet worden. Das meiste an Staatsbesitz stammt aus dem ergaunerten Privatbesitz des Ex-Premiers Gairy und produziert Verlust. Es gibt also gute pragmatische Gründe, der besitzenden Klasse wirtschaftlich ziemlich freie Hand zu lassen. Sie ist vorläufig nicht ersetzbar.

Und noch bezahlt sie einen großen Teil der Steuern, mit dem langsamer sozialer Fortschritt finanziert wird. Die ärztliche Versorgung ist fast frei, für die höheren Schulen muß nichts mehr bezahlt werden, die ersten öffentlichen Busse fahren, gut 1.600 Häuser wurden repariert, Kinder bekommen kostenlos Milch, 300 Studenten erhielten Auslandsstipendien. Nichts Revolutionäres, aber etwas, das zählt auf Grenada.

Die Revolution, meint Bishop, muß in den Köpfen anfangen. Nach dem Ausbau der einst eher elitären Revolutionsbewegung NJM zur Massenorganisation, nach dem Aufbau von Frauen-, Jugend-, Arbeiter- und Bauernvereinigungen gibt es rätedemokratische Ansätze. Rund 60 Prozent der Bevölkerung sind nach offiziellen Angaben bereits organisiert und wählen ihre Delegierten. Die Wahl beginnt auf Dorfebene. Dort beginnt auch die Kritik an den Regierenden. Und die kommen in die Dörfer. Die Protokolle solcher Diskussionen lesen sich schon spannend. Der Begriff Basis-Demokratie ist noch ein großes Wort für das, was abläuft. Aber ein aufregendes politisches Erziehungsprogramm ist es - mit allen Möglichkeiten.

Der diesjährige Haushaltsplan wurde von den Mitgliedern der Revolutionsregierung überall auf der Insel erläutert und diskutiert. Maurice Bishop erklärte den Delegierten der Landarbeiter, was ein Budget ist: »Also, wenn du 300 Dollar am Monatsende nach Hause bringst, dann setzt du dich mit deiner Frau zusammen, und ihr überlegt, was ihr wofür ausgeben wollt. Erstmal, wieviel wird für Rum beiseite gelegt. Und dann wieviel für Essen, für Kleidung usw. Ja, und nun wollt ihr auch noch einen Vorhang anschaffen fürs Haus. Der soll zwischen das Ehebett und die Kinderbetten, damit die lieben Kleinen nicht immer die ganze Nacht rüberschielen ... «

Ich lese die Reden Maurice Bishops unter dem uralten Mandelbaum vor dem Almond's Inn am Grand Anse Strand. Der Strand gilt als einer der schönsten der Erde. Fünf Kilometer weißer Sand, Palmen, Bäume, jahrhundertealt, die viel Schatten geben. Diese Reden faszinieren mich schon. Ich träume. Warum sollte nicht gerade hier entstehen können, wovon man so träumt? Es sind doch Bedingungen da. Dieser Maurice Bishop. Fruchtbarer Boden, der alle satt machen könnte. Viel Wasser drum herum, das schützt. Gewaltlosigkeit. Überschaubare dörfliche Einheiten. Ich meine, warum müssen die unbedingt schuften, wie die weißen Idioten?

Aus dem Almond's Inn dröhnt den ganzen Tag Reggae. Vor zehn Jahren war das Almond's Inn noch Touristen-Cafe. Jetzt ist es Stammquartier der schwarzen Beachboys. Sie tanzen, singen, spielen Billard und sind schon morgens total breit. Sie teilen den billigen Rum und die billigeren Joints und warten auf schwedische Mädchen. Auch der - bescheidene - Sex-Tourismus ist anders auf Grenada. Die Insel ist ein Geheimtip bei skandinavischen Mädchen. Denn die Liebe ist sehr unkompliziert auf Grenada.

Einer von den Beachboys ist Cecil. Er braucht keine Joints mehr, sagt er. Er war sieben Jahre in Kanada. Am Tage hat er in der Fabrik gejobt und abends irgendwelche Kurse in Elektronik gemacht. Und als er von der Revo gehört hat, ist er zurückgekommen nach Grenada. Er sagt: »Da waren in mir immer zwei Ichs. Das eine wollte es oben in Kanada zu was bringen, das andere ist hiergeblieben. Und als ich wieder an den Strand kam, da wußte ich, welches Ich stärker war. Ich bin einfach am Strand geblieben. Mann, ich war kaputt da oben. Und jetzt habe ich echt Frieden gefunden, hier.«

Es wird Abend. Cecil taucht nach Seeigeln. Er holt ein frisches T-Shirt aus seinem »Schrank« in der Krone eines Baumes. Er macht ein Feuer aus trockenen Palmwedeln und brät uns die Seeigeleier.

Work harder. Produce more. Es muß wohl doch sein. Bishops Revo hat so ein verdammt vernünftiges Konzept. Den Boden bebauen. Die Früchte selber verarbeiten. Touristen, die Devisen bringen und essen, was auf der Insel wächst.

Die Realität heute: 30 Prozent Arbeitslose, ein Drittel des einst bebauten Landes liegen brach. Das Durchschnittsalter der Bauern lag vor drei Jahren bei 62 Jahren, die Revolution hat es durch die Gründung einiger Jugend-Kooperativen auf 58 Jahre heruntergebracht. Landarbeit gilt noch immer als Sklavenarbeit. Und lohnt längst nicht mehr.

Die Muskatnuß-Preise fallen in dieser Woche noch einmal um 20 Prozent. Die Bauern treffen sich zu Protestversammlungen. Niemand hat die Muskat-Produzenten vorgewarnt. Nun hören sie, daß ihre Absatz-Kooperative schon hoffnungslos verschuldet ist, eigentlich pleite. Die neue Ernte vergammelt in den Lagerhallen. Billige ostasiatische Ware hat den einstigen Weltlieferanten Grenada vom eh immer unfreundlicher werdenden US-Markt gedrängt. Die Entwicklungsländer konkurrieren sich gegenseitig kaputt.

Die Butler Agrar-Cooperative in den Bergen nördlich von St. Georges ist ein Vorzeigebetrieb. Christine, 25, hat den Job in der Bank aufgegeben und ist aus der Stadt in eine kleine Holzhütte gezogen. Sie macht die Buchführung. 150 EC Dollar zahlt sie sich und den anderen 11 Mitgliedern monatlich, das ist die Hälfte eines durchschnittlichen Arbeitereinkommens. »Wer kein revolutionäres Bewußtsein hat, der bleibt hier nicht. Wir haben uns gerade von einem Genossen getrennt. Der mußte einfach jeden Tag an den Strand oder in die Stadt oder zu irgendeiner Party.«

Christine hat schon im ersten Jahr zusammengerechnet, daß die Bananen nicht einmal mehr den Gegenwert des Kunstdüngers bringen, den exportfähige Qualitätsfrüchte brauchen. Sie wollen es mit Kakao versuchen. Aber der Weltmarktpreis für Kakao ist um 30 Prozent gesunken. Christine gibt mir den Rechenschaftsbericht für das Jahr 1981, überschrieben »Progress Report - Hard Work and Discipline«. Auf der letzten Seite, unter dem Strich, steht: Einnahmen: 27.428. Ausgaben: 45.930. Defizit: 18.052 EC Dollar. Christine sagt: »Wir sind erst am Anfang. Und wir müssen es doch versuchen.« Maurice Bishop gerät manchmal ins Schwärmen. Einmal hat er gesagt: »Wenn die Welt morgen 'Grenada' hört, dann wird sie nicht mehr allein an herrliche Strände denken, dann wird ihr das Wasser im Mund zusammenlaufen, weil sie unsere Muskat-Marmelade, unseren Mango-Nektar und unsere Pfeffersauce kennt.«

Auf der Fahrt zu Grenadas neuer »Agro-Industrie« muß ich an einen Klassenausflug in die Schwartau-Marmeladenfabrik denken. Dann sitzen vor einer Halle einige Frauen und Männer, haben eine Schüssel auf dem Schoß und schälen Früchte. Mit den für Grenada typischen bedächtigen Handbewegungen. Die Unterhaltung bricht nicht ab, es wird sehr viel gelacht und Reggae kommt von irgendwo her. So kann Industriearbeit also auch sein.

Die Frauen kriegen einen Dollar weniger pro Stunde als die Männer. Auch Gleichberechtigung will Weile haben auf Grenada. Aber die Managerin der Agro-Industrie ist eine Frau. Sie meint, es gäbe noch Probleme, bevor Maurice Bishops Traum wahr werde.

Vor ihr auf dem Tisch steht eine Kollektion leerer Dosen. »Der Markt fordert heute Dosen mit Nippel zum schnellen Aufreißen,« sagt sie. »Wissen Sie, was uns eine einzige leere Dose im Einkauf kostet? 75 cents. Die Flaschen für die Pfeffersauce kriegen wir im Moment nicht unter 1.10 Dollar. Die Verpackung kostet uns also weit mehr als der Inhalt. Wir müßten Millionen-Stückzahlen ordern, um einen vernünftigen Preis zu kriegen. Aber wo sollten die Devisen dafür herkommen?«

In der Halle stehen einige Maschinen, die aussehen wie etwas überdimensionierte Küchenmixgeräte. Sie laufen nicht. Denn es gibt noch ein anderes Problem. Die alte Dosenschließmaschine biegt die Ränder der Deckel nicht korrekt um. Niemand hat rausgefunden, woran das liegt. »Wir haben einen Techniker in Kuba ausbilden lassen. Der ist in die USA gegangen,« sagt der technische Direktor.

Die USA sind neuerdings sehr großzügig mit Visa für ausgebildete Leute aus Grenada. » Braindraining« heißt das in der Sprache des Destabilisierungs-Experten. Die Managerin wartet auf einen Fachmann aus Kuba. Der soll diesmal drei Leute ausbilden. »Ich bin sicher, es gibt genügend Patrioten, die bleiben,« meint sie.

International preisgekrönte Muskat-Marmelade, Mango Chutney und Nektar werden vorerst nur Devisen von Touristen bringen. Daß Touristen kommen werden, daran glaubt nahezu jeder auf Grenada. Das verspricht das spektakulärste Projekt der Revo, der neue Flugplatz auf der Südspitze der Insel. Und da ist nun wieder alles anders als sonst auf der Insel. Eine Asphaltfabrik produziert rund um die Uhr, 60 LKW-Fuhren für die Rollbahn, jeden Tag. Hügel sind weggesprengt worden, eine Bucht ist zugeschüttet. Alle Pläne vorzeitig erfüllt. Den Flugplatz bauen die Kubaner, die Preussen der Karibik. Am Anfang waren die kubanischen Freunde ziemlich allein. Jetzt kommen schon mehr als die Hälfte der 800 Arbeitskräfte aus Grenada.

Der Flughafenbau war Anlaß für die wildesten Verdächtigungen aus Washington: Sowjetischer Flottenstützpunkt, kubanische Militärbasis. Ich weiß nicht, was auf den Satelliten-Fotos drauf ist. Ich glaube nur, daß jeder CIA-Experte genauso unkontrolliert durch das Baugelände hätte fahren können wie ich. Ich habe nur gesehen, wie Meter um Meter wilde Landschaft einbetoniert wurde.

Vor zehn Jahren war ich schon mal hier gewesen, nach einem schweißtreibenden Fußmarsch durch die unwirtliche Felslandschaft. Damals habe ich hier zum ersten Mal Riesenschildkröten gesehen, dessen Panzer noch nicht zum Touristen-Souvenier poliert worden war. Und die Fontänen von echten Walen.

Hätte ich von der Startbahn West erzählen sollen? Ich habe ins Gästebuch geschrieben, wie beeindruckt ich sei vom Fortschritt. Ein Flughafen und die Aussicht auf mehr Touristen ist für einen europäischen Linken natürlich nicht die ganz große revolutionäre Perspektive. Für Grenada ist das wohl eine unabdingbare Hoffnung.

Vielleicht wird der Fortschritt auch die zehn Kilometer vom Flughafen nach St. Georges kommen. Ich bin sicher, er wird sehr langsam sein und anders als auf Barbados. Dafür steht nicht nur die Revo. Noch kauft man die Transistor-Batterien beim Beerdigungsunternehmer, und die Minibusse haben statt des Fahrtzieles ihre Namen auf der Windschutzscheibe: »Tender Love«, »Go Cool« oder »I am Nothing«. Und unten am Hafen, im strohgedeckten Stand, von keinem Reiseführer erwähnt, kocht »Mamma« den billigsten Hummer und brät das beste Schildkröten-Steak. Die Hafen-Mädchen helfen ihr in der offenen Küche und servieren. Ein italienischer Seemann sagt, Mammas Imbiss sei garantiert der gemütlichste Puff der Welt. Und Heiner, Kunstmaler aus Deutschland, bietet für Debby einen Wochenlohn. Debby strahlt: »Ah come.« Aber erst soll Heiner ihr einen Dollar geben fürs Karten-Roulette, bei dem Kronenkorken die Chips sind. Und dann noch einen Dollar und noch einen. Heiner will endlich Leistung fürs Geld und sagt, er müsse jetzt gehen. Debby strahlt ihn wieder an: »Ah gamble. See you around to morrow.«

Am letzten Nachmittag habe ich doch noch einen Termin mit dem Außenminister. Seine Sekretärin bedauert: Er sei ausnahmsweise schon nach Hause gegangen. Mir brennt die deutsche Sicherung durch. Ich fahre, Verbotsschilder mißachtend, vor die Residenz des Premierministers. Die Leibwächter zeigen mir freundlich aber bestimmt, wo ich wenden kann.

Doch Außenminister Unison Whiteman erwartet mich zu Hause schon so halbwegs. »Obwohl, eigentlich das Fernsehen überträgt gerade ein wichtiges Cricket-Spiel. Sogar der Premier hat sich frei genommen. Aber selbstverständlich.« Wenn ich noch wichtige Fragen hätte.

Ich habe. Zum Gefängnis zum Beispiel. Das ist gleich nebenan. Die alte ausgebaute Zitadelle ist der markanteste Punkt von St. Georges.

»Die USA haben unlängst eine Menschenrechtskampagne gegen Grenada gestartet. Darüber müssen wir nicht reden. Aber man hört auch auf der Insel, es gäbe mehr als 100 politische Gefangene. Warum wird über das Problem nicht offen

geredet?«

Unison Whiteman hat eine sehr sanfte, sehr bestimmte Stimme. »Ich versichere Ihnen, es sind nicht mal 50. Darunter sind rechtmäßig verurteilte Mitglieder von Gairys Schläger-Gang. Dann diese Anarchisten, die glaubten, die Revolution müsse ihnen den Großanbau von Marihuana erlauben, damit sie schnell reich würden. Einige von ihnen sind unter den Einfluß eines US-Professors, eines überführten CIA-Agenten geraten und sind verantwortlich für einen Bombenanschlag auf die Revolutionsführung, bei dem drei Mädchen getötet wurden. Die Leute hatten wir gerade wieder freigelassen.«

»Ich weiß von wenigstens einem Mitglied der bürgerlichen Opposition, das sitzt. Ohne Anklage.« »Okay. Wir lassen die Leute so schnell wie möglich wieder frei. Sonst säßen mehr als 50.«

»Wie steht es um die versprochenen Wahlen?«

»Wir werden sie haben. Innerhalb der nächsten drei Jahre. Aber es werden nach meiner Überzeugung keine Wahlen nach dem Westminster-Modell sein. Das haben wir gehabt. Das versagt auch in den Nachbarstaaten. Es bringt politische Scheingefechte, Korruption und nochmal Korruption und die totale Apathie der Massen. Wir möchten die Menschen öfter als alle fünf Jahre an den politischen Entscheidungsprozessen beteiligen. Wir wollen aber auch eine pluralistische Gesellschaft. Wirtschaftlich und politisch.«

»Die Räte werden eine Rolle spielen?«

»Mit ziemlicher Sicherheit. Wir denken an rätedemokratische Elemente.«

»Für die USA ist Grenada ein Stück Hinterhof, das wieder in Ordnung gebracht werden muß.«

»Wir spüren die Folgen der US-Destabilisierungspolitik. Washington hintertrieb zum Beispiel die Gewährung von Krediten des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank. In Miami wird nach unseren Informationen auch eine Söldnertruppe für den Einsatz auf Grenada ausgebildet. Und es gibt die unverhohlene Drohung der direkten Intervention.«

»Ocean Venture« war der Code-Name für das bislang größte See-Manöver der Nato. Teil der Übung war die Eroberung von »Amber und Amberines«, im Klartext Grenada und die Grenadines (zu Grenada gehörende Inselgruppe). Geprobt wurde auf Viques Island vor Puerto Rico. Aus dem Kriegsbericht eines UPI-Korrespondenten: »In aller Stille landeten eine Spezialeinheit der Rangers, Froschmänner und andere Spezialisten auf der Insel - 'die Kerle mit den schmutzigen Tricks'-, erläuterte Marine-Kapitän Dale Lewey.« Ziel der Aktion: »Die Einsetzung eines Regimes, das unseren way of life favorisiert.«

Was unsereins da tun kann für Grenada? Guter Rat ist nur gefragt, wenn technischer Sachverstand dahinter ist. Weil nämlich viele Maschinen repariert und Straßen gebaut werden müssen. Ansonsten, sagt Außenminister Whiteman, brauchen wir Touristen, die Devisen bringen.

Konkret 05/82, S. 46

Jürgen Saupe

Profumo in Bayern?

Schon als Agent des BND war Langemann für Strauß tätig

Der Bayerische Landtag hat - wieder einmal - einen Untersuchungsausschuß eingesetzt. Und - wieder einmal - geht es um Praktiken der seit Jahrzehnten in Bayern regierenden CSU, die den Freistaat politisch und wirtschaftlich, in Parlament, Verwaltung und Justiz als ihre Pfründe ansieht. Bayern ist die CSU und die CSU ist Bayern.

Dieses Selbstverständnis ist in einer Partei gewachsen, die sich durch die Öffentlichkeit kaum noch kontrolliert sieht, weil sie - von einigen Einzelkämpfern abgesehen - an den Schaltstellen von Fernseh-, Rundfunk- und Zeitungsredaktionen des Landes stets ihre Leute sitzen hat. Als nun die Oppositionsparteien im Landtag, SPD und FDP, den »Untersuchungsausschuß Langemann« durchsetzen konnten, weil ihnen die Verfassung dieses Recht auch als Minderheit einräumt, kommentierte die regierende CSU das als »notwendig wie ein Kropf« und »Mißbrauch einer parlamentarischen Einrichtung für Wahlkampfzwecke«. Zwar beteuert die CSU, sie habe »von einem Untersuchungsausschuß nichts zu befürchten«, aber das erinnert an Kinder, die im Wald pfeifen. Zwar haben die CSU-Parlamentarier fünf von acht Stimmen im Langemann-Ausschuß und damit eine komfortable Mehrheit für Abstimmungen und für Desinformation, aber sie haben immer noch keine Gewähr, daß weitere Details öffentlich gemacht werden.

Dazu gehört als ein Detail etwa der Vertrag, den Langemann, der Ministerialdirigent im Tandler-Ministerium, mit dem Nachrichten- und Schreibwarenhändler Josef von Ferenczy im Jahre 1981 über die Lieferung von »Romanen, Berichten, Reportagen, Serien, Filmstoffen und Drehbüchern« schloß. Im Prinzip also das gleiche Geschäft, das er schon mit dem Journalisten Heigl einging. Mit dem hat er ja auch nicht nur Tonbänder besprochen, sondern, wie Langemann in einem Interview Reporter Jürgen Kramer vom Westdeutschen Rundfunk erzählte, Unterlagen und Dokumente geliefert. Ja, sogar Fotos kamen von ihm, wie Langemann durch seinen Anwalt Roth nun vor dem Landgericht München erklären ließ. Vor den Folgen dieser Geschäftstüchtigkeit hat das CSU-Mitglied Langemann nun die Münchner Presse-Kammer vorübergehend in Schutz genommen. Was in München-Grünwald vom Haus Langemann ins Haus Ferenczy noch an Fotos, Papieren und Dokumenten gewandert ist und über Ferenczy mit seinen Kontakten international auf den Markt kam, wäre ein dankbares Untersuchungsthema für den Ausschuß des Landtags.

Daß der Ausschuß den Namen »Langemann« trägt, ist Teil einer Verwirrungsstrategie. Die Verantwortlichen dafür sitzen nicht nur in München und Pullach, sondern auch in Bonn. Alles, was KONKRET über die Praktiken des Bundesnachrichtendienstes (BND) veröffentlicht hat, wäre ein Thema für den Bundestag. Mal sehen, was aus der Ankündigung des künftigen Kanzleramtsministers Wischnewski wird, der auf dem SPD-Parteitag mit einer Bonner Untersuchung gewedelt hat. Vorerst können die Oppositionsparteien im Maximilianeum, dem Bayerischen Landtagsgebäude, eben nur den bayerischen Aspekt der KONKRET-Veröffentlichungen und das Wirken des Ministerialdirigenten Dr. Hans Langemann in München würdigen.

Nur: München, das war nicht nur der Bereich des Staatsschützers innerhalb der blau-weißen Grenzpfähle, das war auch Langemann als sogenannter »Sicherheitschef« der Olympischen Spiele 1972 in München. Das war aber auch schon wieder ein Stück BND. Wie überhaupt die Tätigkeiten des Hans Langemann bis in die jüngste Vergangenheit eben nicht nur die eines bayerischen Beamten, sondern auch die eines Nachrichtendienstmannes mit Kontakten in alle Welt war.

Dr. Hans Langemann sitzt, wenn dieser Bericht in Satz geht, als Untersuchungshäftling im Gefängnis Stadelheim. Er, der sich gerne als »mächtigster Mann in Bayern« bezeichnete, hat übersehen - was einem CSU-Mann schon mal passieren kann -, daß der Generalbundesanwalt nicht in Bayern sitzt. Die Bundesanwälte aus Karlsruhe und Männer des Bundeskriminalamtes aus Wiesbaden fanden bei Langemann, was seine Kollegen aus München, die seinem Chef und Spezi Gerold Tandler unterstehen, übersehen hatten: Akten, Briefe, Abrechnungen, Bildmaterial.

Nun weiß die Behörde von Generalbundesanwalt Rebmann wenigstens teilweise, welche »Asse im Ärmel« von Hans Langemann stecken. Ob es in dieser Situation von Bayerns Innenminister Gerold Tandler klug ist, in der Fernsehsendung »Report« als Leck für Akten, die ursprünglich aus dem Münchner Innenministerium stammen und die als Fotokopien im Umlauf sind, die Bundesanwaltschaft anzudeuten, muß er selbst wissen. Schlimmer ist für Gerold Tandler wohl, daß er objektiv unrecht hat. In KONKRET vorliegenden Aktenstücken aus dem Komplex »Oktoberfest-Attentat« sind ausschließlich handschriftliche Notizen dabei, die aus bayerischen Handakten stammen und mit Gewißheit nicht kopiert an die Bundesanwaltschaft gingen. Mag Gerold Tandler in diesem Teil seines »Report«-Interviews bloß ungeschickt gewesen sein, so sagt er an anderer Stelle schlicht die Unwahrheit.

Hier ein Auszug aus dem »Report«-Interview. Die Fragen stellte Ulrich Schramm vom Bayrischen Rundfunk. Tandlers Antworten sind kursiv gesetzt:

»Es soll in diesem Exposé ein Schlußkapitel mit dem Titel 'Alte Kameraden' geben, wo von einer Operation in Teheran Ende 78/ Anfang 79 zu Beginn Ihrer Amtszeit die Rede ist. Es ging darum, daß mit Langemanns Hilfe zwei höhere persische Beamte aus dem revolutionären Iran, damals waren die Revolutionswirren dort, herausgeholt werden sollten.«

»Sofern es eine solche Aktion gegeben haben sollte, hat es jedenfalls mit dem bayerischen Innenministerium nichts zu tun. «

»Das heißt, wenn Langemann in diese Geschichte verwickelt sein sollte, war Ihnen davon nichts bekannt?«

»Nicht nur nichts bekannt, es hatte auch mit unserem Haus nicht das geringste zu tun, sofern es so gewesen sein sollte. «

»Also Sie sind von Langemann über eine solche Geschichte nicht informiert worden?«

»Nein. «

Und das genau stimmt nicht. Gerold Tandler ist von Langemann davon informiert worden, daß diese Aktion - später »Alte Kameraden« genannt - lief.

Verwickelt sind zwei in Bayern angesiedelte Großfirmen, die Kraftwerksunion und Siemens. Beide haben als Sicherheitschefs ehemalige BND-Angehörige: die KWU den Herrn von Loewenfeld und Siemens den Oberst a.D. Ulrich Bauer. Beide Unternehmen - soweit wenigstens ein Teil der Wahrheit - hatten ein Interesse daran, in der revolutionären Umsturzzeit im Iran dem Geschäft verbundene Personen außer Landes zu bringen. Den Plan ausgearbeitet hat die alte BND-Truppe um Langemann. Ausgeführt hat Wesentliches ein alter BND-Agent - EVA 49, mit Decknamen Pierre, derselbe, der als »M.« dem CSU-Chef Franz Josef Strauß von Langemann zugeführt wurde und diesen vor einem Ostagenten in seiner Umgebung warnte. (KONKRET 4/82).

Langemanns Teil bei der Arbeit war »Dokumentarisches« , dafür sitzt er ja auch im Innenministerium: Er besorgte die falschen Ausweise, mit denen die Ausreise aus dem Iran bewältigt werden sollte.

Vorher hatte er seinen Dienstherrn Tandler von der ganzen Aktion in Kenntnis gesetzt. Und nachher berichtete der oberste bayerische Staatsschützer stolz seinen Freunden davon. Der Untersuchungsausschuß des bayerischen Landtags kann da noch Aufklärungsarbeit leisten. Auch warum gerade Tandler es war, der die streng geheime Aktion in die Öffentlichkeit brachte. Siemens, KWU und BND (durch seinen Präsidenten Dr. Kinkel) hatten nämlich vorher in konzertierter Aktion bei Zeitungen, Zeitschriften (auch bei KONKRET) und dem, Bayerischen Rundfunk die Geschichte ungedruckt machen wollen. Es sollten keine Menschen gefährdet werden. Die Journalisten hatten Einsicht, sie veröffentlichten nicht. Warum gerade Gerold Tandler redete, wird er dem Untersuchungsausschuß noch erklären müssen.

Dieser hat sich letzte Woche in München konstituiert. Er will unter anderem die Frage klären, auf welche Weise Dr. Langemann vom BND in den bayerischen Staatsdienst gelangen und später Leiter der Abteilung Staatsschutz im Innenministerium werden konnte. In diesem Zusammenhang ist von besonderer Bedeutung, was Ex-Verfassungschutzpräsident Günter Nollau dem Journalisten Eberhard Büssem vom Bayerischen Fernsehen über Langemann zu sagen hatte. Nollau hat im Kollegenkreis Langemann die Qualifikation für das Amt im Münchner Innenministerium abgesprochen und ist sicher, daß darüber auch der damalige Innenminister Bruno Merk von seinen bayerischen Beamten informiert wurde. Also auch Nollau ein Zeuge. Und hier kommen die Parlamentarier kaum daran vorbei, sich mit BND-Praktiken aus früheren Zeiten zu befassen. Ein Blick zurück:

Dr. Hans Langemann, der in seiner aktiven BND-Zeit von 1958 bis 1970 im Dienst den Decknamen Dr. Lückrath trug, hatte für den BND eine Methode ausbaldowert, wie die Pullacher günstig an Agenten aus den »Feindländern« - das war für die Gehlen-Truppe alles, was sich sozialistisch nannte und noch ein wenig mehr - herankommen könnten. Man wußte, daß bei internationalen Sportveranstaltungen die Ostblock-Teams stets von Sicherheitskräften begleitet wurden. Beim BND hatte man zwei Überläufer - Heim hieß der eine, Hiebsch der andere - die einst in der DDR Sicherheitsleute waren. Mit diesen im Schlepptau zog Dr. Lückrath etwa zu den Weltjugendfestspielen nach Wien, später praktizierte man es so auch bei den Olympischen Spielen von Rom und Squaw Valley und setzte sich in die Halle des Hotels, in der die DDR-Sportler abstiegen. Die DDR-Überläufer und jetzigen BND-Mitarbeiter versuchten - öfters mit Erfolg - vor allem mit Hilfe ihrer großen Spesenetats die einstigen Kollegen von »drüben«, die knapp an Devisen waren, gut zu unterhalten und für den BND zu gewinnen. Dr. Langemann hat darüber auf Tonbändern, deren Inhalt abzudrucken KONKRET noch immer untersagt ist, detaillierte Schilderungen aus einem lustigen Agenten-Leben gegeben.

Aber nicht nur in Nachtclubs bei Champagner und freundlicher Bedienung ließen sich im Sportler-Bereich , Kontakte schließen, die im Geheimdienst-Milieu so wichtig sind. Mitglieder von Sportverbänden, Funktionäre bis hinauf zum Internationalen Olympischen Komitee waren für den BND interessant. Langemann fand sie am Rande der Olympischen Spiele.

Daß er also »Sicherheitschef« der Olympischen Spiele in München werden sollte, war eher im BND- Interesse als im Interesse der Spiele. Und über diesen Umweg versuchte Pullach den Dr. Langemann ins Bundeskanzleramt zu delegieren: für spätere Zeiten. Diesen Plan hatte mit Lückrath alias Langemann Jahre vorher schon einmal ein BND-Mann gehabt:

Heinz Felfe, mit Dienst-Decknamen Friesen, der sich später als einer der erfolgreichsten DDR-Spione im Pullacher Spionage-Zentrum entpuppte.

Was Felfe nicht gelang, gelang später mit etwas anderer Zielrichtung freilich auch BND-Präsident Gerhard Wessel nicht. Im Herbst 1969 hatte in Bonn die SPD das Bundeskanzleramt in die Hand bekommen, und unter Kanzleramtsminister Horst Ehmke klappte die Übernahme des BND-Mannes nach Bonn nicht mehr. Aber Sicherheitschef der Spiele wurde Langemann doch. Auch in München, vor der eigenen Haustür, war der BND bei den Olympischen Spielen bemüht, sich neue Quellen und Kontakte zu erschließen.

Da ein Beamter ja nicht auf die Straße fliegen kann, mußte für Langemann 1973, nachdem die Spiele abgewickelt waren, ein neuer Platz gefunden werden. Zurück nach Rom, wo Langemann als Botschaftsrat getarnt für den BND residiert hatte, konnte er nicht. Seinen Platz in der Dienststelle AK-40 hatte am 27. Februar 1970 Herr Brandau (Deckname) übernommen. Und außerdem hatte es in Rom zur Zeit Langemanns einen »Sicherheitsfall« gegeben.

BND-Spezi Dr. Ludwig Huber, eine Sonderverbindung von Hans Langemann, ließ diesen nicht im Regen stehen. So wie er dafür sorgte, daß seine heutige und Langemanns frühere Mitarbeiterin von Bülow in der Bayerischen Landesbank tätig sein kann, so sorgte Ludwig Huber, neben Strauß damals starker Mann der CSU, dafür, daß sein Spezi Hans Langemann, Reise-, Zech- und lebenslustiger »Freizeit«-Genosse aus vergangenen Tagen, Beamter des Freistaates werden konnte. Und das nicht irgendwo als Versorgungsfall, sondern dort, wo er im Metier bleiben konnte, um seinen früheren Kollegen nützlich zu sein. Befragen könnte der Untersuchungsausschuß dazu den heutigen BND-Präsidenten Klaus Kinkel. Vielleicht wird der nach der Wischnewski-Ankündigung vor dem SPD-Parteitag auch eine Aussagegenehmigung des Bundeskanzleramtes bekommen. Und im Münchner Innenministerium konnte Langemann weiterhin für den Mann tätig sein, der in Bayern seit Jahrzehnten das politische Heft in der Hand hält: Franz Josef Strauß. Für den hatte Langemann schon zu BND-Zeiten gewirkt.

In Affären hält es der CSU-Chef mit einem Motto, das auch in der Unterwelt mit Erfolg praktiziert wird: Man gibt nur zu, was einem hieb- und stichfest bewiesen werden kann. Als die Langemann-Affäre in München hochkochte und mit Dokumenten von KONKRET bewiesen werden konnte, daß Staatsschützer Langemann von Partei-Chef Strauß, der noch nicht Ministerpräsident war, »Weisungen« erbat, gab Strauß zu, Kontakt zu Langemann gehabt zu haben. Dieser habe ihm einen Gefallen getan, habe ihm »M.« zugeführt.

Es war nicht der erste und nicht der letzte Gefallen, den Langemann für Strauß getan hat. So geht beispielsweise aus KONKRET vorliegenden Kalender-Auszügen Langemanns hervor, daß schon 1967 zwischen dem BND-Agenten Langemann, damals Operationschef EVA unter General Langkau, und dem CSU-Vorsitzenden Beziehungen bestanden. Langemann notierte sich unter dem 13. November 1967: »Strauß erbittet Hilfe in der Schützenpanzer-Affäre.« Bei weiteren Eintragungen im Kalender heißt es dann immer wieder: »Treffen mit Strauß«. Warum, das erhellt eine andere Geschichte. So erbat Strauß einmal auch höchst privat Hilfe. Es ging darum, eine Frau aus seiner engeren Umgebung zu entfernen. Susanne Sievers.

Die Geschichte der späteren BND-Agentin EVA 150 mit Decknamen »Ferrari« ist ein Musterbeispiel für die Praktiken in der Zeit, als sowohl BND wie auch CDU/CSU in der Bundesrepublik in der sicheren Gewißheit operierten, die Macht in diesem Staat zu haben.

EVA 150, mit bürgerlichem Namen Susanne Sievers, ist eine geborene Zils. Schlagzeilen machte sie erstmals, als unter dem Pseudonym Claire Mortensen rechtzeitig zum Wahlkampf 1961 ein Buch über den SPD-Kanzlerkandidaten Willy Brandt erschien mit dem Titel: »... da war auch ein Mädchen«. Da wurden zärtliche Briefe in Faksimile vorgelegt, die Willy Brandt an Susanne Sievers geschrieben hatte, die Anfang der 50er Jahre in Bonn als Journalistin arbeitete. Die damals Einunddreißigjährige wurde im Herbst 1951 bei einer Reise zur Leipziger Messe vom DDR-Staatssicherheitsdienst verhaftet und geriet in ein bis heute nicht geklärtes Verhältnis zu dieser Organisation. Sie unternahm regelmäßige Reisen nach West-Berlin. Bei einer dieser Fahrten wurde sie in der DDR verhaftet und am 11. Dezember 1952 wegen angeblicher Spionage für das SPD-Ostbüro zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Mit Hilfe von Konrad Adenauer wurde sie schon im August 1956 vorzeitig entlassen. Politisch driftete Frau Sievers nach rechts. Sie arbeitete für die »Vereinigung der Opfer des Stalinismus« und die CDU-nahe Organisation »Rettet die Freiheit«. Und diese Organisation wiederum verschaffte ihr über Major Alfred Sagner, den Leiter des Ministerbüros im Verteidigungsministerium, Kontakte zu Franz Josef Strauß. In BND-Akten aus dem Jahre 1968 heißt es: »Zerwürfnis mit Brandt, nunmehr befreundet mit Strauß und tätig für diesen.« Der Ausschuß wird sie wohl befragen müssen.

Zum BND kam Frau Sievers-Zils durch Vermittlung von Oberst Repenning, dem Adjudanten des damaligen Verteidigungsministers Franz Josef Strauß. Repenning ging zu BND-Präsident Gehlen und forderte: »Schafft dem Verteidigungsminister diese verdammte Sievers vom Hals!« Im Bonner Hotel »Königshof« wurde Susanne Sievers von EVA-Agenten für den BND angeheuert. EVA 102, der Marquese de Mistura, übernahm als »Direktor Hoffmann« die neue Kollegin, die zur geheimdienstlichen Einstimmung erst einmal fürstlich bewirtet wurde.

In München bezog die Sievers darauf eine BND-Wohnung und traf mit Dr. Hans Langemann zusammen, der bald für sie »Hänschen, mein juter« wurde. Nach einer kurzen Einweihung in die Handwerkstechniken des Dienstes wurde Susanne Sievers - nun EVA 150 - für anderthalb Jahre nach Capri geschickt. Hier hatte der italienische Schriftsteller Curzio Malaparte seine Villa testamentarisch der Volksrepublik China vermacht, und das Treiben der Chinesen im Golf von Napoli zu beobachten, war künftig die Aufgabe der Sievers.

Der ständige Blickkontakt mit den Chinesen scheint Susanne Sievers zur Asien-Expertin gemacht zu haben. Nach einer weiteren Einweisung in der Geheimdienst-Schule und weil es sich gerade günstig fügte, daß ihr neuester Freund als Wirtschaftsexperte nach Südkorea versetzt wurde, schickte EVA-Operationschef Langemann in Abstimmung mit seinem Chef General Langkau Frau Sievers nach Asien. EVA 150 kam nach Hongkong, und zwar als Journalistin getarnt, die für das »Handelsblatt«, den »Bayern-Kurier« und die Hanns-Seidel-Stiftung tätig sein sollte. Dotiert war dieser Posten - so die Zahlen für 1968 - mit einem Jahresetat von 96.000 Mark.

Als Susanne Sievers im Oktober 1969 auf Deutschland-Besuch in München war, drängte Langemann darauf, sie seinem neuen Chef Winterstein alias Weiß vorzustellen. In einem KONKRET vorliegenden Dokument schilderte er sie so: »Zerwürfnis mit *Brandt,* nunmehr befreundet mit *Strauß* und tätig für diesen. Kam... durch Vorsprache *Repennings* beim Doktor (= General Gehlen, *d.Red.)* zum BND. Zunächst 'Versorgungsfall', entwickelte sie sich allmählich zu einer erstklassigen operativen Mitarbeiterin... Frau Zils unterhält zahlreiche Kontakte zu politischen Persönlichkeiten, darunter *Zimmermann, Barzel, Strauß* u.a.«

Winterstein kam nach diesen Hinweisen zu einem Whisky in die Wohnung Langemann, um Frau Sievers zu treffen. Auf Langemanns Papier hatte er notiert: »Vielen Dank für die Angaben. Alles klar.«

Ein Jahr später wurde Frau Sievers beim BND ausrangiert. Der Münchner Rechtsanwalt Berthold Gaede, ein Sozius von CSU-Zimmermann, der Mann, der heute auch die Brüder Goldenberg (KONKRET 4/82) vertritt, erstritt eitle Abfindung von 320.000 Mark für die einstige Agentin.

Susanne Sievers' Kontakt zu ihrem einstigen Agenten-Chef Langemann hielt auch nach dem offiziellen Ausscheiden aus dem BND an. Aus der Ferien-Villa von Langemann in Vence, Südfrankreich, schrieb Susanne Sievers dem Ministerialdirigenten ins Innenministerium und bat ihn - am 4. Oktober 1974 - »das Problem Genosse Rudnicki« nicht zu vergessen. Zugrunde lag dem »Problem« ein Streit unter Hausgenossen. Frau Sievers will anonyme Bombendrohungen erhalten haben und verdächtigt ihren Nachbarn, der Urheber zu sein. Langemann dreht in dieser Sache das »große Rad«, schaltet den Präsidenten des Landeskriminalamtes und den Leiter der Staatsschutzabteilung beim LKA, Unterburger, ein. Er selbst holt über den Graphiker Rudnicki mit der Begründung »Stagtsschutzangelegenheiten« einen Strafregister-Auszug ein - »keine Eintragungen« - und besorgt sogar eine alte Verkehrsstrafakte, um seiner Ex-Agentin im anschließenden Privatklageverfahren, das Rudnicki wegen Beleidigung angestrengt hat, beizuspringen. So ist das in Bayern, wer mit dem CSU-Chef befreundet ist, kann derlei Hilfen erwarten und bekommt sie auch von der Ministerialbürokratie.

Und er bekommt noch mehr. Ende 1974 bemüht sich Langemann, Frau Zils als Journalistin beim Axel Springer-Verlag über Peter Boenisch unterzubringen. Auch Staatsminister Ludwig Huber (»der ebenfalls einen Brief von Dir in Händen hat«) so schreibt Langemann am 10. Februar 1975 an Frau Zils, ist darüber ungehalten, daß Boenisch für die Zils nicht genügend tut. Langemann schreibt: »Ich habe in seinem Auftrag inzwischen mit Berlin telefoniert und versucht, nun allen Druck dahinter zu geben, der notwendig ist. Wenn nun nichts passiert, müssen wir uns einen Eisenhandschuh anziehen. Was Pu über FJS mitgeteilt hast, war hochinteressant.«

Mitgeteilt hatte die Sievers, daß sie in Hongkong Franz Josef Strauß getroffen hat (»Mich hat dieser Mann eigentlich noch nie enttäuscht«). Und: »Ich hoffe auch, daß mir FJS weiterhin zugetan bleibt. Die Sache mit Boenisch habe ich ihm erzählt, er will ihn fragen, und das wird er tun.«

Warum ein Ministerialdirigent des Bayerischen Innenministeriums, ein CSU-Vorsitzender und ein Bayerischer Staatsminister so viel Aktivität entwickeln, um eine Ex-Agentin und Pseudo- Journalistin an Springers Futterkrippe zu bringen, wird aus Andeutungen in den Zils-Briefen klar. Einmal macht sie Langemann direkt das Angebot, als »stiller Teilhaber« bei dem geplanten Buch »Zebra, Item, Love, Sugar«, das BND-Alphabet für Zils, mitzumachen. Ein andermal winkt sie damit, das Buch in einem bestimmten Sinne zu gestalten: »Dafür ist ein anderer Verlag mit einem nicht schlechten Angebot an mich herangetreten; natürlich bestimmte Auflagen über Inhalt. Ich werde aber nicht einen Moment zögern, dieses Angebot anzunehmen und die Bedingungen zu erfüllen, wenn ich in absehbarer Zeit noch immer nicht 'vermittelt' worden bin. Was heißt Rücksicht nehmen? Wäre es so klug von mir, ohne Rücksicht auf meine eigenen Interessen die der anderen zu wahren?«

Was immer Frau Zils weiß, Langemann weiß es auch. Und die Herren Strauß und Huber bemühen sich, Frau Zils zu »vermitteln«. Wozu die Frau fähig ist, wissen sie schließlich, seit es das Buch »... und da war auch ein Mädchen« gegeben hat. Profumo in Bayern?

KONKRET wird aber die Affäre Langemann, die Arbeit des Untersuchungsausschusses und die politischen Folgen weiterberichten.

Konkret 05/82, S. 52

Michael Schilling

Machtwechsel: Was Wäre wenn...

Es war abzusehen. Seit der schweren Niederlage der SPD bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg, wo Helmut Schmidt »mit vollem persönlichen Einsatz« eine Wende des Abwärtstrends hatte herbeiführen wollen, durfte beinahe täglich mit dem »Aus« gerechnet werden.

Überraschend nur der Anlaß: Der FDP-Abgeordnete Jürgen Möllemann hatte eine seiner seit Jahren gefürchteten Sommer-Reisen dazu benutzt dem salvadorianischen Juntachef d'Aubuisson die FDP als »Garant der Sicherheit vor der auf terroristische Bewegungen fixierten Dritte-Welt-Politik der Partei des deutschen Bundeskanzlers« zu empfehlen. Springers »Welt am Sonntag« hatte daraus die »Dritte-Welt-Politik des Bundeskanzlers« gemacht, wodurch sich Helmut Schmidt so »schamlos verleumdet« fühlte, daß er eine Entschuldigung Möllemanns »in aller Form« und eine Distanzierung des FDP-Vorsitzenden Hans-Dietrich Genscher von seinem Parteifreund für »unabdingbar« erklärte. Als Möllemann das Springer-Zitat richtigstellte, konnte der Kanzler nicht mehr zurück.

Die Unterzeichnung eines gemeinsam von SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz und FDP-Generalsekretär Günter Verheugen beratenen Textes scheiterte daran, daß Möllemann zwar den falsch zitierten Vorwurf gegen den Kanzler, nicht aber den gegen die SPD zurücknehmen wollte. Auch ein letzter Schlichtungsversuch des früheren nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Heinz Kühn blieb erfolglos. Hans-Dietrich Genscher wollte die Chance, die ihm des Kanzlers Ultimatum beschert hatte, nutzen - auf Teufel komm raus -: wechseln ohne umzufallen, und ohne Neuwahlen, die seiner FDP gefährlich werden und die Grünen in den Bundestag hätten bringen können. Doch auch Schmidt habe man, so berichteten Mitarbeiter aus dem Kanzleramt, schon unglücklicher gesehen. Da kein großer, fürs Lesebuch reichender Abgang über eine Lebensfrage der Nation in Sicht gewesen sei, habe er einen Ehrenhändel wie den mit Möllemann für den respektabelsten unter den absehbaren Rücktrittsgründen gehalten.

Zumal es nun erreicht schien, daß nach ihm kein anderer Sozialdemokrat ins Kanzleramt einziehen werde. Sein Ende als Kanzler sollte zugleich das Ende einer Epoche sein. Nach Schmidt die Sintflut.

Was folgte, war freilich zunächst die alte Rechnung mit einem Bekannten. Kaum hatte Helmut Kohl das Wort Kanzler in den Mund genommen, meldete sich die Landesleitung der CSU: ohne die Bayern, ohne ihren Vorsitzenden Franz Josef könne nichts entschieden werden. Im Pressedienst der CSU erwähnte Generalsekretär Edmund Stoiber die Namen Stoltenberg und Albrecht. Daß er selbst, knapp zwei Jahre nach seiner Niederlage bei den Bundestagswahlen, nicht auf kaltem Weg Kanzler werden konnte, wußte Strauß. Er wußte auch, daß der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion »der natürliche Kandidat für den fliegenden Wechsel« (Kohl) war. Aber wenn er schon dem Einfältigsten unter den Kandidaten zur Kanzlerschaft verhelfen mußte, wollte der CSU-Chef dafür wenigstens angemessen belohnt werden.

Ein mittelscharfer Kommentar im »Bayernkurier« (»Mainzer Träumereien«), ein Treffen zu zweit in Kreuth und eins zu dritt in Genschers Wohnung - danach erst durfte Kohl eine Kabinettsliste bekanntgeben, auf der tatsächlich er selbst als Bundeskanzler vorkam. Außenminister und Vizekanzler blieb Hans-Dietrich Genscher, »Superminister« für Wirtschaft und Finanzen wurde Franz Josef Strauß. Minister im Kanzleramt: Friedrich Zimmermann. Innenminister: Alfred Dregger. Arbeit und Soziales: Norbert Blüm. Verteidigung: Manfred Woerner. Justiz: Gerhart Baum. Wirtschaftliche Zusammenarbeit: Jürgen Todenhöfer. Gesamtdeutsch: Werner Marx. Gesundheit, Jugend und Sport: Helga Wex. Forschung: Jürgen Möllemann. Post: Richard Stücklen. Bildung: Hanna-Renate Laurien. Mittelstand: Richard Wurbs. Landwirtschaft: Konstantin Freiherr von Heereman.

Es hatte ein paar Problemfälle gegeben, doch die waren schnell gelöst: Lambsdorff, dessen Amt man für Strauß brauchte, konnte mit dem diskreten Hinweis auf ein paar Briefe, die der Bonner Staatsanwaltschaft noch nicht vorliegen, zu einem ebenso schnellen wie freiwilligen und ehrenvollen Verzicht bewogen werden; Alfred Dregger, der zunächst die hessische CDU in ihrem schweren Landtagswahlkampf »nicht im Stich« hatte lassen mögen, erhielt eine unerbetene Entscheidungshilfe von Walter Wallmann, der sich »schweren Herzens« bereit erklärte, an Dreggers Stelle Ministerpräsident von Hessen werden zu wollen; Helmut Kohl hätte im Kanzleramt lieber das vertraute Gesicht des Matthias Wissmann gesehen als die Schwurhand des Friedrich Zimmermann - allein, er wurde nicht gefragt; und Gerhart Baum nahm den Wechsel vom Innen- ins Justizministerium erst hin, nachdem er sich 24 Stunden Bedenkzeit für eine honorige Erklärung erbeten hatte: »aus staatspolitischer Verantwortung«.

Allgemein darf man sagen, daß die Gewissensentscheidungen der sogenannten Linksliberalen doch etwas weniger dramatisch ausfielen, als von ihren Verehrern erwartet. Der Ehrenvorsitzende William Borm protestierte »auf das allerschärfste gegen diese Verfälschung des Wählerwillens« und drohte mit Parteiaustritt, vier Landesverbände der Jungdemokraten kündigten der FDP jede künftige Wahlhilfe, im bayerischen Landtag und in der Bremer Bürgerschaft

träten insgesamt vier Abgeordnete aus Fraktion und Partei aus und in Bonn verschmähte Helga Schuchardt das ihr angebotene Amt einer parlamentarischen Staatssekretärin im neugäschaffenen Mittelstands-Ministerium ihres Parteifreundes Wurbs. Frau Schuchardt nannte den Koalitionswechsel der FDP »schwerwiegend und nicht ohne Gefahr für die freiheitliche Entwicklung des Rechtsstaats Bundesrepublik, wenngleich nicht übersehen werden darf, daß die SPD sich verbraucht hatte«.

Zwei Wochen, sind sie nun schon dran. Die Kurse an der Frankfurter Börse, die am Tag nach Kohls Nominierung um durchschnittlich zehn Punkte angezogen hatten, haben sich fast noch schneller beruhigt als die Leitartikler der »Frankfurter Rundschau«. Die Ankündigung eines »reaktionären Programms ohne Beispiel« (so der ehemalige Juso-Vorsitzende Karsten Voigt) ist ebenso ausgeblieben wie massenhafte Demonstrationen dagegen. Das Regierungsprogramm, das, zum ersten Mal in der Geschichte des Bundestags, in drei Teilen von Kohl, Genscher und Strauß vorgetragen wurde, zeichnete sich nach übereinstimmender Meinung der »FAZ« und des Ernst Dieter Lueg durch »Bestimmtheit, Klarheit, aber auch Bescheidenheit und den Willen zur Gemeinsamkeit der Demokraten« aus.

Helmut Kohl, der als Bundeskanzler den mehr allgemeinen Teil - »Rede an dieses unser gemeinsames Volk« - übernehmen durfte, forderte »Bestimmtheit, Klarheit und Bescheidenheit, vor allem aber die Wiederherstellung von Glaubwürdigkeit«. Gerade die arbeitenden Menschen draußen im Lande verlangten nach geistiger Führung, nach Werten und sittlichen Maßstäben. Kohl gab ein dreifaches »eindeutiges Bekenntnis zu unserer marktwirtschaftlichen Ordnung« ab und kündigte eine »konsequente Konsolidierung der sozialen Leistungsgesetze« an, die wieder zur Absicherung unverschuldet in Not geratener anständiger, leistungswilliger Bürger dienen müßten und nicht länger von Aussteigern und Leistungsverweigerern als soziale Hängematte mißbraucht werden dürften.

»Arbeitslosigkeit«, sagte Kohl, »ist an sich keine Schande, aber sie ist auch kein Verdienst, auf dem man sich ausruhen darf«. Deshalb werde die Bundesregierung Anreize schaffen, damit sich Arbeitslose auch selbst wieder darum bemühen, eine Arbeit zu finden, und sei es eine, die ihren Idealvorstellungen nicht voll und ganz entspreche. Geboten sei jetzt die Solidarität der Arbeitbesitzenden mit den Arbeitslosen. Der neue Kanzler zitierte in diesem Zusammenhang eine Untersuchung des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, wonach ein Prozent weniger Lohn pro Jahr in vier Jahren zur Schaffung von 800.000 neuen Arbeitsplätzen führen werde. Hier seien die Gewerkschaften gefordert, von denen die Bundesregierung hoffe, daß sie mindestens im selben Umfang wie zur Zeit einer SPD-geführten Bundesregierung das gesellschaftliche Ganze im Auge behielten. Eindringlich warnte der Bundeskanzler den Deutschen Gewerkschaftsbund davor, sich aus falsch verstandener Parteiloyalität als Hilfstruppe der jetzt in die Opposition verwiesenen Sozialdemokraten mißbrauchen zu lassen. »Werden Sie Ihrer großen Verantwortung für unser Volk und unsere Wirtschaft gerecht«, rief Kohl den Gewerkschaftsführern zu.

Wichtiger aber noch als die wirtschaftliche sei die moralische und ethische Gesundung unseres Volkes und seiner sittlichen Lebensgrundlagen: Ehe, Familie, Fleiß und Ordnung. »Es muß sich in diesem unserem Lande wieder lohnen, anständig, ehrlich und leistungswillig durchs Leben zu kommen«, meinte der Kanzler. In den letzten Jahren sei es doch soweit gekommen, daß der Strebsame bestraft und der Bequeme belohnt worden sei. Hier werde die neue Bundesregierung besonders in der Steuer- und Sozialpolitik »weithin sichtbare Zeichen setzen«.

Das gleiche gelte auch für den, wie Kohl sagte, »frivolen Umgang mit unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Verfassungsfeindschaft dürfe nicht länger als Kavaliersdelikt behandelt, die kommunistische und die terroristische Gefahr, die vor allem von links komme, nicht länger verharmlost werden. Die Bundesregierung werde den Organen, die für den Schutz unserer verfassungsmäßigen Ordnung zuständig seien, insbesondere der Polizei und dem Verfassungsschutz, wieder die Mittel und den Rückhalt geben, den sie unter den vorigen Regierungen verloren hätten. Es müsse auch geprüft werden, ob nicht beim Bundesverfassungsgericht ein Verbot der DKP und ihrer Tarnorganisationen zu beantragen sei. Was sich da beispielsweise unter dem Namen »Krefelder Appell« verberge, sei offenkundig eine von Moskau und Ost-Berlin gesteuerte Aktion mit dem Ziel, die Verteidigungsbereitschaft der Bundesrepublik auszuhöhlen. Das habe sogar der Verteidigungsminister der Regierung Schmidt erkannt - aber was habe Hans Apel dagegen getan? Nichts! »Und damit muß jetzt Schluß sein!«

Das gelte auch für den »eklatanten Mißbrauch des Grundrechts auf Wehrdienstverweigerung« wie für die Pervertierung des Demonstrationsrechts. Die Bundesrepublik sei nach dem Willen ihrer Gründer - Kohl erinnerte in diesem Zusammenhang an Konrad Adenauer - eine »kämpferische Demokratie«, die ihre Feinde in die Schranken verweisen müsse: »Wer gegen Entscheidungen demokratisch gewählter Regierungen mit Gewalt oder der Androhung von Gewalt vorgeht, ist ein Straftäter und ein Verfassungsfeind, gegen den Recht und Gesetz unnachgiebig angewandt werden müssen. Wer Steine gegen Polizisten wirft, gehört nicht in den Staatsdienst, sondern ins Gefängnis«, betonte der Kanzler.

Schließlich wandte sich Kohl der Ost- und Deutschlandpolitik der neuen Bundesregierung zu. Was Franz Josef Strauß immer wieder gesagt habe, wolle er auch unterstreichen: »Pacta sunt servanda - wir werden auch die entgegen unseren Warnungen abgeschlossenen Verträge einhalten.« Was aber aufhören müsse und auch werde, sei die würdelose

Liebedienerei vor Moskaus Thronen, die Verharmlosung des kommunistisch-bolschewistischen Herrschaftsanspruchs über große Teile Europas und der Welt, die utopischen Träumereien von einem »Wandel durch Annäherung« und die »dubiose Geheimdiplomatie nach Art des Herrn Bahr«. Auch die neue Bundesregierung sage ja zum Handel mit den Staaten Osteuropas, aber: »Einseitige Vorleistungen wird es nicht mehr geben. Wer Kredite will, muß auf mehr Todesstreifen und Selbstschußanlagen verzichten. Was haben , unsere politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zur DDR für einen Sinn - wenn nicht den, unsere Landsleute, die dort ausharren müssen, einem freien Leben in einem freien Gesamtdeutschland irgendwann einmal näherzubringen?«

An dieser wie an acht anderen Stellen wurde der Beifall von Abgeordneten der CDU und der CSU immer wieder von der nichtendenwollenden Rede des Bundeskanzlers unterbrochen. Nachdem Kohl schließlich doch mit den Worten »Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland, danach laßt uns alle streben brüderlich mit Herz und Hand« geschlossen hatte, kam Hans-Dietrich Genscher dran.

Er und die Freie Demokratische Partei hätten es immer bedauert, daß die Gemeinsamkeit in den großen nationalen und internationalen Fragen in den letzten Jahren nicht immer deutlich genug zu spüren gewesen sei. Zunächst, er müsse das sagen, habe die Union nicht verstehen wollen, daß die neue Ostpolitik im Grunde doch nichts anderes bezweckt habe, als »die ideologische Starrheit des östlichen Systems zu lockern«. Seit die CDU das erkannt habe, sei die Gemeinsamkeit wieder gewachsen. Dafür hätten sich immer größere Teile der SPD von der gemeinsamen Außenpolitik abgewandt und seien auf Konfrontationskurs zu ihm und zum damaligen Bundeskanzler gegangen. An dieser Abwendung großer Teile der SPD von einer Politik, die sich der Verteidigung westlicher Werte und einer Abwehr des Kommunismus, wo immer er sein Haupt erhebe, verschrieben habe, sei schließlich die Koalition mit der SPD zerbrochen. Eine Partei, deren Mitglieder zu Kundgebungen gegen unsere amerikanischen Freunde und deren führende Repräsentanten aufriefen, die »Freund und Feind nicht mehr unterscheiden können«, die einen irrationalen Antiamerikanismus schürten und unseren amerikanischen Verbündeten überall in der Welt in den Rücken e en, sei für die FDP nicht länger koalitionsfähig. Er sage dies keineswegs schadenfroh, sondern betrübt und betroffen, insbesondere deshalb, weil er die Bündnistreue des Altbundeskanzlers kennengelernt habe.

Die Koalition mit der CDU/CSU biete seiner Partei Gewähr dafür, daß die Beschlüsse des Bündnisses zügig und ohne Hintergedanken verwirklicht werden könnten. Genscher: »An dieser Bundesregierung und den sie tragenden Parteien wird die geplante Dislozierung nuklearer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik nicht scheitern.« Nur wenn alle im Bündnis glaubwürdig an der Nachrüstung festhielten, werde der Westen die Sowjetunion zu ernsthaften Abrüstungsmaßnahmen zwingen können.

Besonders positiv vermerkte der Bundesaußenminister, daß die bisher geführten Gespräche eine »erfreuliche Unvoreingenommenheit der beiden Koalitionspartner hinsichtlich der Mittel und Wege gezeigt haben, wie die Interessen des Bündnisses, die auch die Interessen der Bundesrepublik sind, in den Ländern der Dritten Welt besser wahrgenommen werden können.« So könnten in Zukunft wirtschaftliche Hilfe und die Lieferung von deutschen Waffen »ohne ideologische Scheuklappen« zur Unterstützung unserer Außenpolitik eingesetzt werden. In diesem Sinne werde die Bundesregierung über den Wunsch Saudi-Arabiens, deutsche Panzer vom Typ Leopard 11 zu kaufen, entscheiden, wobei den legitimen Sicherheitsinteressen Israels durch die Lieferung moderner Panzerabwehrwaffen entsprochen werden könne. Gerade in den nächsten Jahren komme es darauf an, diese beiden wichtigsten Partner des Westens im Nahen Osten gegen den sich verschärfenden Druck moskauhöriger Palästinenser und islamischer Terroristen zu stärken.

Was die Innenpolitik angehe, so würden die FDP und die von ihr gestellten Minister »in bewährter Weise« und »so konsequent wie bisher« die Prinzipien der Marktwirtschaft und den freiheitlichen Rechtsstaat verteidigen. Das schließe jedoch nicht aus, daß einige Fehlentwicklungen der letzten Jahre auf Grund jüngster Erfahrungen korrigiert werden müßten. »Ich denke«, sagte Genscher, »dabei besonders an das Demonstrationsrecht und an bestimmte Umweltschutz-Gesetze, die sich in der Praxis als wenig nützlich und nur investitionshemmend erwiesen haben. Auch hier müssen Partikularinteressen überwunden und die übergeordneten Gesichtspunkte gesehen werden«, meinte der Vizekanzler.

Wer erwartet hatte, daß der neue Wirtschafts- und Finanzminister Franz Josef Strauß ein Bekenntnis zur Wirtschaftspolitik von Ronald Reagan und Margaret Thatcher ablegen würde, sah sich getäuscht. Zwar müßten die Ertragssteuern, die sich gegen das wichtigste Motiv erfolgreichen Wirtschaftens richteten, so bald wie möglich abgebaut werden (im Moment müßte freilich, er sage das als Finanzminister, erst einmal die Sanierung der Staatsfinanzen Priorität haben); zwar müsse schleunigst der Dschungel gesetzesförmiger Investitionshemmnisse gerodet werden, vor allem im Wohnungsbau, also beim Mietrecht, und beim Atomkraftwerksbau.

Das wichtigste aber sei es, ein für privates Wirtschaften günstiges Klima zu schaffen: »Ich muß da meinem teilweisen Vorgänger, dem Grafen Lambsdorff, ein Kompliment machen. Er hat im Grunde die richtige Politik betreiben wollen. Aber ich habe das schon vor einem halben Jahr gesagt: Die Regierung Schmidt hätte tun können, was sie wollte, sogar das Richtige - es hätte nichts genutzt, weil die Wirtschaft das Vertrauen in diese Regierung verloren hatte,« Auch das

Energieprogramm der vorigen Regierung sei ja nicht so schlecht gewesen, »wie einem werden kann, wenn man an die Unfähigkeit des Sozialdemokraten Helmut Schmidt denkt, das als richtig und lebensnotwendig Erkannte gegen irgendwelche Jungsozialisten aus Schleswig-Holstein oder Hessen-Süd durchzusetzen«. Er, Strauß, sei durchaus kein so »ichbessener Egomane«, als daß ihm ein Zacken aus der Krone falle bei dem Gedanken, die vernünftigen Vorsätze anderer, die nicht zu Taten fähig gewesen seien, in Taten umzusetzen.

Leider sei die Zeit zu kurz gewesen, um sich einen vollständigen Überblick über die desolate Hinterlassenschaft des Herrn Matthöfer zu verschaffen. Nach oberflächlicher Prüfung könne er nur sagen: »Es war höchste Zeit, daß das deutsche Volk die volle Wahrheit über die von Grund auf unsolide und unverantwortliche Schuldenpolitik dieses sozialdemokratischen Finanzministers erfährt.« Strauß: »Ich kann nur sagen: Es wird bitter, sehr bitter. Aber wir werden es nicht versäumen, den Wählern die Schuldigen vorzuführen.«

Helmut Schmidt war der Sitzung ferngeblieben. In einem »Spiegel«-Interview hatte er kurz nach seinem Rücktritt die SPD für das Ende seiner Kanzlerschaft verantwortlich gemacht: »Wer Zahlen lesen kann, weiß das. Halten Sie meine Umfrageergebnisse gegen die der SPD! Würde der Bundeskanzler direkt vom Volk gewählt, hätte ich bis zum Sankt Nimmerleinstag Kanzler bleiben können.« Heerscharen ideologisch einäugiger Akademiker, die die SPD seit 1968 systematisch durchsetzt - »um nicht zu sagen: unterwandert« - hätten, wollten die Sozialdemokratie »weit hinter Godesberg zurückwerfen«. Links von der Mitte aber gebe es in Deutschland einfach keine Mehrheit. Die SPD müsse sich, »jetzt oder nie«, energisch von all jenen trennen, die »durch Besserwisserei, Disziplinlosigkeit oder ideologische Verblendung« Schuld am Bonner Machtverlust trügen. Die Integrationspolitik des Parteivorsitzenden Brandt, »der jedem Querulanten hinterhergelaufen ist«, habe sich »als grandioser Fehlschlag erwiesen«.

Er sehe schon voraus, daß diese rosaroten Heilspolitiker in ein paar Monaten heulend und zähneklappernd zu ihm kämen, um ihn zu bitten, doch den Karren aus dem Dreck zu ziehen. »Aber ich werde ihnen sagen: ohne mich. Ich habe meine Pflicht getan, ich habe Schaden vom deutschen Volk und von der SPD abgewendet, solange noch Zeit war. Jetzt habe ich das Recht, mich auch einmal meinen ganz persönlichen Interessen, der Malerei und der Musik, zu widmen. Ich habe schon angefangen, ein kleines Werk zu schreiben, das im Frühjahr bei Kindler erscheinen soll. Es heißt 'Politik als Kunst - Von Bismarck zu Barlach'.«

Herbert Wehner dementierte eine Meldung von »Bild am Sonntag«, wonach er unwiderruflich entschlossen sei, auf der nächsten Sitzung der SPD-Fraktion sein Amt als Vorsitzender niederzulegen: »Ich werde es mir nicht und ich kann es mir nicht so leicht machen wie gewisse Herren aus Hamburg oder anderswo, die die Sache der Arbeitnehmer und damit der Mehrheit des deutschen Volks im Stich lassen zu können glauben. Ich klebe nicht an meinem Amt. Ich bin ein einfacher Kärrner, Ich kneife nicht. Ich werde den Karren so lange ziehen, wie der Karren das will.«

In Interviews mit der »Welt« und mit der »Bild«-Zeitung forderten die beiden Sprecher des soeben gegründeten »Helmut Schmidt-Kreises in der SPD«, Egon Franke und Annemarie Renger, den Parteiausschluß »der Leute, die uns das eingebrockt haben« (Renger). Die SPD müsse sich von dem »intellektuellen Lumpenproletariat« (Franke) freimachen und den Kampf um die Stimmen »aller anständigen Arbeitnehmer« aufnehmen. Wer die zügellose Kritik von Leuten wie Eppler, Klose oder Lafontaine an bewährten Sozialdemokraten weiterhin dulde, verhalte sich parteischädigend im Sinne des Statuts der SPD.

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt, der nach eigener Aussage eine lange Nacht lang an Rücktritt gedacht habe, bezeichnete die Interviews, die »dieser oder jener jetzt zu geben für nötig hält«, als »insgesamt wenig hilfreich«. Mehr denn je komme es in den nächsten Monaten darauf an, die Geschlossenheit der Partei wiederherzustellen: »Wer jetzt die Partei spaltet, ob von links oder von rechts, der verurteilt die SPD zu lebenslänglicher Opposition.« Wenn es nicht gelinge, die »Strauß/Genscher-Regierung« bereits bei den Wahlen 1984 wieder abzulösen, steuere die Bundesrepublik geradewegs in Weimarer Zustände: auf der einen Seite ein Bürgerblock, der die großen Probleme unserer Zeit, vor allem die tiefe ökonomische Krise und den Nord-Süd-Konflikt, auf demokratische Weise nicht lösen könne, auf der anderen Seite eine Zersplitterung der fortschrittlichen Kräfte, die sich gegenseitig lähmten.

Was jetzt nottue, sei »Konzentration durch Integration«. Er, Brandt, werde deshalb in den kommenden Wochen »von Bezirk zu Bezirk, von Landesverband zu Landesverband ziehen« und überall nachdrücklich und eindringlich zu einer Beteiligung »aller sozialen Schichten und politischen Strömungen« an den Gremien der Partei raten. »Wer heute die Schlachten von gestern schlagen will, der verliert den Kampf um das Morgen«, mahnte Brandt.

Bei einem Treffen des »Frankfurter Kreises«, zu dem auch der Bremer Bürgermeister Hans Koschnick und der badenwürttembergische Bezirksleiter der IG Metall, Franz Steinkühler, erschienen waren, machte sich Erhard Eppler für die Linie des Parteichefs stark. Er wisse zwar, so Eppler, daß die Linke in der Partei noch einen »sehr, sehr langen Atem« brauchen werde, bis ihre Positionen zur Frage von Wachstum, von Ökologie und zur Friedenspolitik mehrheitsfähig würden, aber er bleibe dabei: »Wer die SPD jetzt den Kanalarbeitern überläßt, der macht linke Politik in diesem

Jahrhundert unmöglich.«

Die ehemaligen Juso-Vorsitzenden Karsten Voigt und Gerhard Schröder pflichteten Eppler bei: Wer jetzt »der Illusion aufsitzt, das Ringen um die Wiedergewinnung institutioneller Macht durch die Mobilisierung außerparlamentarischer Macht ersetzen zu können« (Schröder), der liefere »die Arbeitnehmer der Reaktion aus« (Voigt). Alles komme jetzt darauf an, daß sich »die Partei auf eine materielle Basis, nämlich eine gemeinsame Antwort auf neue Probleme und veränderte Bedingungen« (Schröder) einige. Karsten Voigt prägte das Wort von den »Reformrealisten«, die die Partei nun brauche.

Zu heftigen Wortgefechten kam es, als Hans Koschnick die Ausarbeitung eines völlig neuen Grundsatzprogramms vorschlug. Godesberg, so Koschnick, sei der Versuch gewesen, bürgerliche Wähler an die SPD zu binden. Dieser Versuch sei endgültig gescheitert. Die, SPD könne die Arbeiter und Angestellten, die bei der Hamburger Bürgerschaftswahl so eindrucksvoll zu Hause geblieben seien, nur mit einem eindeutig an den Interessen der Arbeitnehmer orientierten Programm wieder für sich gewinnen. Einige Teilnehmer wollen in diesem Zusammenhang das Wort »Klassenfrage« gehört haben. Das neue Programm, meinte Koschnick weiter, müsse aber auch personell repräsentiert werden: »Sowas kann mag nicht mit Leuten machen, die sich als Aushilfskellner im Hotel 'Zum schönen Helmut' die Hacken schiefgelaufen haben. Die Arbeiter wollen Leute sehen, die ihre Sprache sprechen.«

Erhard Eppler widersprach heftig. Er könne überhaupt nicht sehen, daß mit dem alten Klassenbegriff noch Politik zu machen sei. Die Probleme seien vielschichtiger und gingen quer durch alle gesellschaftlichen Gruppen. Oder ob Koschnick etwa behaupten wolle, die Gewerkschaften hätten sich in der ökologischen Frage oder in der Friedensdiskussion als besonders fortschrittlich erwiesen? Deshalb müsse die SPD vor allem dort ansetzen, wo der Bewußtseinswandel schon er-, kennbar sei, bei den neuen, sensiblen, kritischen Schichten. Die seien es ja auch, »die zu den Grünen und Alternativen abgewandert sind«. Die »Arbeiterklasse« sei doch heute nur noch ein Mythos.

Dennoch beschloß der »Frankfurter Kreis« mit großer Mehrheit, dem Parteivorsitzenden die Berufung einer Programmdiskussions-Kommission vorzuschlagen, in der alle wichtigen Strömungen innerhalb der sozialdemokratischen Bewegung »angemessen vertreten sind«. Aus ihren eigenen Reihen schlugen sie Erhard Eppler, Günter Jansen, Gerhard Schröder und Hans-Ulrich Klose vor. Steinkühler, der ebenfalls im Gespräch war, lehnt. *ab.* mir. heutige Diskussion habe ihn in seinem Vorsatz bestärkt, sich noch mehr der Arbeit in der Gewerkschaft und noch weniger der in der Partei zuzuwenden. Die Arbeitnehmer könnten die kommenden Auseinandersetzungen mit den Unternehmern und deren Bundesregierung nur dann erfolgreich durchstehen, wenn sie ihre Interessen gemeinsam selbst formulierten und dadurch gesellschaftliche Macht gewönnen, anstatt sich in Strategien zur Rückeroberung der politischen Macht »verkochen« zu lassen.

Auf einer Pressekonferenz forderten Manfred Coppick und Karl-Heinz Hansen ihre ehemaligen Genossen auf, endlich »ihre links-verbale Rhetorik einzustellen«. Alle Sozialisten, die heute noch in der SPD seien, müßten wissen, daß Linke in dieser »Franke-Partei« nur als Alibi oder als Rattenfänger gebraucht würden. Wer es ehrlich mit seiner linken Gesinnung meine, müsse jetzt den Demokratischen Sozialisten beitreten. Hansen gab bekannt, daß in den ersten beiden Wochen nach Schmidts Rücktritt 3.487 SPD-Mitglieder zu den Demokratischen Sozialisten übergetreten seien, darunter vier Mitglieder des Unterbezirksvorstands von Ostwestfalen-Lippe, über hundert Mitglieder von Ortsvereinsvorständen und über dreihundert Betriebsräte.

Anläßlich einer Sitzung des DGB-Bundesvorstands warnte der IG Chemie-Vorsitzende Karl Hauenschild »alle Gewerkschafter, vor allem aber alle hauptamtlichen Funktionäre sich parteipolitisch extrem 2 engagieren«. Dies gefährde die Einheitsgewerkschaft, die gerade jetzt zeigen müsse, daß es ihr ernst sei mit der Achtung vor den Prinzipien der Demokratie, zu denen auch der Machtwechsel gehöre. Gleichzeitig forderte der DGB-Vorsitzende Ernst Breit die neue Bundesregierung auf, die Staatsfinanzen »nicht einseitig auf dem Rücken der Arbeitnehmer« zu sanieren: »Wer aber bereit ist, die auf unsere Gesellschaft zukommenden Härten ausgewogen zu verteilen, dem werden wir mit kooperativer Aufgeschlossenheit begegnen«, erklärte Breit.

Meldungen aus der 3. Woche der Regierung Kohl/Genscher

Gegen die Stimmen eines Teils der SPD-Fraktion hat der Bundestag die Entscheidung der Bundesregierung gebilligt, die drei in Kiel gebauten Fregatten, wie von der früheren Bundesregierung zugesagt, an die chilenische Kriegsmarine auszuliefern. In einer Rede nannte der SPD-Abgeordnete Hörst Ehmke den Beschluß der Bundesregierung »zwar grundsätzlich ökonomisch sinnvoll und verteidigungspolitisch vertretbar«. Er zeuge jedoch, was den Zeitpunkt angebe, angesichts der Verwicklung der chilenischen Marine in die jüngsten Vorfälle vor der argentinischen Küste von *einem »eklatanten* Mangel an politischem Fingerspitzengefühl«.

*

Die Bundesregierung erwägt nach Auskunft ihres Pressesprechers Klaus Dreher, das Staatsschutzrecht um einen Paragrafen zu ergänzen, der »die Behinderung oder Störung von Arbeiten, die auf die Verteidigung der Bundesrepublik gerichtet sind«, mit einer Haftstrafe von einem bis zu fünf Jahren bedroht. Damit soll wie Dreher weiter mitteilte, den Strafverfolgungsbehörden ein griffiger Tatbestand für die gegen die Vorbereitung der Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen erwarteten gewaltsamen Demonstrationen an die Hand gegeben werden.

*

Bundesforschungsminister Möllemann (FDP) hat die Kraftwerks-Union (KWU) aufgefordert, umgehend ein Reaktorbauprogramm für die neunziger Jahre vorzulegen. Die Bundesregierung sei »eisern entschlossen«, die Stromproduktion der Bundesrepublik bis zum Ende des Jahrhunderts »völlig vorn Öl und der viel zu teuren Kohle unabhängig« zu machen. Dies aber sei nur möglich, wenn bis dahin etwa weitere siebzig Kernkraftwerke modernster Bauart ans Netz gingen.

*

In der Nacht vom Donnerstag zum Freitag hat die Sicherungsgruppe Bonn des Bundeskriminalamts auf Ersuchen des Generalbundesanwalts vierzehn Wohnungen von Unterzeichnern des sogenannten »Krefelder Appells« durchsucht. Dabei sollen Unterlagen gefunden worden sein, die auf eine Steuerung des Krefelder Appells »durch eine fremde Macht« hinweisen. Zwei der Unterzeichner, die der DKP angehören, wurden vorübergehend festgenommen.

*

Josef Stingl, der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, hält ein Anwachsen der Arbeitslosenzahl bis zum Jahresende auf 2,2 Millionen für »realistisch«.

*

Außenminister Genscher zeigte sich nach seiner Rückkehr aus den USA befriedigt von den Gesprächen, die er mit seinem Kollegen Alexander Haig in Washington geführt hat. Besonders erleichtert gewesen sei er, wie »gründlich überwunden« die amerikanische Mißstimmung sei, die sich nach der Demonstration einer - wie Genscher sagte - »fanatisierten Meute« anläßlich des Bonner Besuchs von US-Präsident Reagan ausgebreitet habe. Er habe seinem amerikanischen Kollegen die ausdrückliche Zustimmung der Bundesregierung zur Unterbrechung der Genfer Abrüstungsverhandlungen übermittelt.

*

Als »schmerzhaftes, aber unumgängliches Heilmittel gegen einen Virus, den uns die sozialistischen Wunderdoktoren hinterlassen haben«, hat Bundesarbeitsminister Norbert Blüm das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Bundesregierung verteidigt. Danach sollen vom 1. November an nur noch solche Arbeitslose die volle Unterstützung erhalten, die ihre Arbeitskraft an mindestens zwei Tagen pro Woche nachweislich einem öffentlichen oder privaten Unternehmen angeboten haben. Blüm: »Es gibt leider keinen anderen Weg, die Spreu vom Weizen zu trennen. «

*

Olof Palme, früherer Ministerpräsident von Schweden, hat auf einem Treffen der Sozialistischen Internationale (SI) das Ausscheiden der SPD aus der Bonner Regierung »einen schweren Schlag für eine vernünftige Nord-Süd-Politik« genannt. In den letzten Wochen sei das Ansehen der SI gerade bei den bisher aufgeschlossensten Befreiungsbewegungen rapide gesunken. Immer häufiger würden Emmissäre der SI mit der Bemerkung abgefertigt, man wolle lieber mit Leuten reden, die bei sich zuhause etwas zu sagen hatten und ihren Worten auch Taten folgen lassen könnten.

*

Erneut heftige Kritik an Erhard Eppler hat das Mitglied der von Willy Brandt eingesetzten Kommission »Perspektiven sozialdemokratischer Neuorientierung« Egon Franke geübt. Auf die wiederholte Aufforderung Epplers, die SPD müsse Koalitionen mit den Grünen ins Auge fassen, antwortete Franke in einem Interview mit der »Bild«-Zeitung- »Wenn die SPD wieder nach oben will, müssen wir solchen rosaroten Hornochsen endlich das Maul verbinden.«

Meldungen aus der 4. Woche der Regierung Kohl/Genscher

Experten aus dem Wirtschafts- und aus dem Arbeitsministerium arbeiten nach Informationen der dpa an einer »arbeitsmarktpolitischen Überprüfung« des Betriebsverfassungsgesetzes. Zweck dieser Aktion ist es, diejenigen Bestimmungen des Gesetzes herauszufinden, deren »Mitbestimmungswert« in keinem Verhältnis zu ihren arbeitsplatzvernichtenden Wirkungen Stehe. So soll insbesondere daran gedacht sein, die zur Wahl eines Betriebsrats ausreichende Beschäftigtenzahl eines Betriebes von bisher 20 auf 80 oder hundert zu erhöhen. Viele kleine Unternehmer weigerten sich allein deshalb, mehr als neunzehn Mitarbeiter zu beschäftigen, weil sie die Reibungsverluste mit einem Betriebsrat fürchten, hieß es im Wirtschaftsministerium.

*

Der Offenburger Burda-Verlag (»Bunte«) darf sich nun doch mit zunächst 25, später 51 Prozent an der Axel Springer AG beteiligen. Nachdem das Kartellamt vor einem Jahr die Fusion der beiden Großverlage abgelehnt hatte, erteilte Bundeswirtschaftsminister Strauß gestern eine sogenannte »Ministergenehmigung«. Strauß begründete seine Entscheidung mit der »Notwendigkeit, die deutschen Verleger in Hinblick auf die neuen elektronischen Medienmärkte international konkurrenzfähig« zu machen.

*

SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz hat die von ihm im Auftrag des Parteipräsidiums entwickelte Aktion »Hinein 82« der Presse vorgestellt. Sinn der Kampagne sei es, die Mitglieder der SPD zu Aktivitäten in allen gesellschaftlichen Bereichen anzuhalten - »in den Gewerkschaften wie in der Friedensbewegung, in Bürgerinitiativen wie bei der Bundeswehr, in den Kirchen wie in den Sportvereinen« (Glotz). Wo immer sie tätig würden, sollten die Genossen »zwar unaufdringlich, aber mit Überzeugungskraft ihre sozialistische Grundhaltung einbringen«, heißt es in dem Papier.

*

Um 7,2 Prozent sind die Lebenshaltungskosten im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. In einer ersten Stellungnahme von Seiten der Gewerkschaften betonte IG Metall-Bezirksleiter Steinkühler in Stuttgart: »Das sind jetzt schon drei Prozent mehr als die Lohnerhöhung im Frühjahr« Ich glaube, daß wir einen heißen Herbst kriegen werden.«

*

»Die Deutschen dürfen nicht zu einer Minderheit im eigenen Land werden«: Mit diesem Satz eröffnete Bundesinnenminister Alfred Dregger einen Kongreß der CDU zur Ausländerfrage, der unter dem Motto »Überfremdung - unser Schicksal?« in Heidelberg eröffnet wurde. In einen! Grußtelegramm sprach sich Bundeskanzler Helmut Kohl nachdrücklich für »eine rasche und wirkungsvolle, aber insgesamt humane Lösung des Ausländerproblems« aus.

*

Zu den ersten spontanen Arbeitsniederlegungen in diesem Jahr kam es heute in Nordrhein-Westfalen. Bei Opel in Bochum, bei Krupp in Essen, bei Phoenix in Dortmund und bei Mannesmann in Essen legten insgesamt 20.000 Beschäftigte die Arbeit für mehrere Stunden nieder und zogen vor die jeweiligen Verwaltungsgebäude. Sie fordern einen Lohn-Nachschlag von mindestens 4 Prozent. Für die nächsten Tage werden weitere wilde Streiks erwartet.

*

Enttäuschung über die Personalpolitik der Bundesregierung hat der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Rainer Barzel, geäußert. Außer durch den Wechsel an der Spitze des Bundesnachrichtendienst, wo der CSU-Politiker Hans (»Jonny«) Klein das FDP-Mitglied Klaus Kinkel abgelöst hat, sei dem Bonner Machtwechsel durch keine weitere Umbesetzung außerhalb der Regierung Rechnung getragen worden. In seiner Erwiderung wies Kanzleramts-Chef Friedrich Zimmermann auf objektive Schwierigkeiten hin: So gut wie alle wichtigen Positionen, die im Einwirkungsbereich der Bundesregierung lägen - vom Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts über die Intendanz des ZDF bis zum Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts -, seien schon von der früheren Regierung mit Mitgliedern der CDU/CSU besetzt worden.

*

In der Bonner SPD-Fraktion hat sich ein »Arbeitskreis Reformrealisten« gebildet. Als vorläufige Sprecher fungieren die Abgeordneten Ehmke, Voigt und Conradi.

*

In erster Lesung hat der Bundestag die geplante Novelle zum Wehrdienstverweigerungs-Gesetz behandelt. Danach soll die Gewissensprüfung entfallen, jedoch die Dauer des Ersatzdienstes auf bis zu 30 Monate verlängert werden. Bundesverteidigungsminister Woerner erklärte in der Debatte, die Bundesregierung werde die Dauer des Ersatzdienstes je nach Bedarf so ansetzen, daß die Bundeswehr in jedem Jahr über die Sollstärke an Wehrpflichtigen verfügen könne.

*

Nach einer Umfrage des Allensbacher Instituts steht der SPD bei den Landtagswahlen in Hessen eine schwere Niederlage bevor. Nur noch 35,8 Prozent der Wähler (1978: 44,3 Prozent) wollen der SPD die Stimme geben. Die CDU liegt derzeit bei 43 Prozent, die FDP bei 6,5 und die Grünen bei 12 Prozent. Der frühere SPD-Abgeordnete Manfred Coppick kandidiert auf Platz 5 der grünen Landesliste.

*

Pressestimmen, 6 Wochen nach dem Machtwechsel

DIE ZEIT

In der neoliberalen Wochen-Zeitung schreibt Mitherausgeber Dr. Theo Sommer unter dem Titel »Die Mühen der schiefen Ebene«:

Der christlichliberale Honigmond ist vorbei. Knapp fünf Wochen nach dem spektakulären Pferdewechsel, den Hans-Dietrich Genscher seinen Legionen verordnet hat, herrscht in der Bundeshauptstadt business as usual. Der Schwung der ersteh Stunde ist im Alltagsdschungel verraucht, die vielberufene Wende hat sich an den Sachzwängen festgebissen. Gewiß, manches hat dem Zahn der neuen Zeit Tribut zollen müssen. Es blasen nun kältere Winde ums Zentrum der Macht. Was aber am Ende aus den Versuchen der neuen Mannschaft wird, das Wirtschaftsschiff wieder flott zu machen, steht noch dahin.

Frankfurter Allgemeine

Kurzkommentar des Redakteurs Ernst-Otto Maetzke:

Wie lange eigentlich will es sich der Bundeskanzler noch gefallen lassen, daß die Sozialausschüsse seiner Partei den Krieg, den die Sozialisten den wirtschaftlichen Grundlagen unseres Lebens vor dreizehn Jahren erklärt hatten, mit anderen Mitteln fortsetzen. Wenn Helmut Kohl sich nicht endlich straff und voll hinter seinen Wirtschafts- und Finanzminister stellt, wird das zarte Pflänzchen des Vertrauens, das in den Vorstandsetagen keimt, schneller verwelken als...

DER SPIEGEL

Aus einer Kolumne des Herausgebers Rudolf Augstein:

Wir haben Strauß nicht gewollt, wir haben ihn nicht gewählt und wir haben ihn auch nicht zum Minister (schon gar nicht zum »Super«-Minister) gemacht. Ich bin, im Gegenteil, dreißig Jahre lang nicht müde geworden, vor diesem ebenso aufregenden und brillanten wie hemdsärmeligen und unkontrollierbaren Mann zu warnen. Clausewitz sagt ah anderer Stelle (in einem ähnlichen, wenn auch ganz und gar nicht vergleichbaren Zusammenhang): »...

Bild

Die »Bild«-Zeitung kommentiert das erste Koalitionsproblem

Helmut Kohl, jetzt geht es ums Ganze! Im Bundestag haben Sie geschworen, dem deutschen Volke zu dienen und Schaden von ihm abzuwenden. Wir glauben, daß Sie es ehrlich meinen. Aber wie ist das bei ihrem Minister Baum. Er will nicht, daß der Bundesgrenzschutz an der Zonengrenze schießt. Schicken Sie ihn mal zu Herrn Honecker. Da kann er noch was lernen.

BAYERNKURIER

Im Zentralorgan der CSU schreibt Generalsekretär Edmund Stoiber:

Der Wechsel im Bonner Kanzleramt hat die deutsche Demokratie gestärkt. Abgesehen von einigen professionellen Krawallmachern und kommunistisch gelenkten Verfassungsfeinden hat die Bevölkerung der Bundesrepublik bewiesen, daß sie den Regierungswechsel als etwas ganz Normales in einer Demokratie ansieht.

Für die CSU und die CDU kommt es jetzt darauf an, die endlich gewonnene Macht zu festigen und so tief in allen Bereichen des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens zu verankern, daß auf Jahrzehnte hinaus alle Versuche der sozialistischen Volksfront-Politiker, sich noch einmal die Macht zu erschleichen, von unserem Volk erkannt und zum Scheitern verurteilt werden.

KONKRET

Im September-Heft der linken Illustrierten schreibt Herausgeber Hermann L. Gremliza:

Schlimmeres verhüten? Man kann nicht behaupten, daß die Sozialdemokratie ihr Versprechen nicht hält. Zwar hat sie das Schlimmere, das eine Regierung Strauß / Genscher nun einmal ist, nicht mehr verhüten können. Aber kaum war es geschehen, da verhütete sie schon wieder. daß die Organisationen der Arbeiterbewegung in diesem Land endlich einmal an etwas anderes dächten als daran, wie man Schlimmeres verhütet.

Konkret 05/82, S. 63

Jörg Beckmann

Konkret-Extra: Wird Frankreich sozialistisch? Experiment Mitterrand

Sozialismus in Frankreich. Die Volksfront regiert. »Denn wo ich hintrat, da schießen hoch / Die Rosen aus dem Asphalt / Ja als ich die Mainacht ins Gewimmel / Am Boulevard Saint Michel geriet / Da hatte das Volk von Paris seinen Himmel / Da tanzten wir unseren Bal de Paris.« Wie Wolf Biermann, der unterm Pariser Asphalt das Blut der »Commune« roch, empfanden viele westdeutsche Linke in jener Nacht des 10. Mai 1981, als die französischen Wähler der Koalition von Sozialisten und Kommunisten zu einem überwältigenden Sieg verholfen.
Sozialismus in Frankreich? Was ist ein Jahr noch dem Triumph daraus geworden? Gewiß, vieles ist nicht mehr so wie es unter Charles de Gaulle und Valéry Giscard d'Estaing war: Tausende von Gefangenen wurden amnestiert, Schlüsselindustrien und Banken wurden verstaatlicht, die Reichen höher besteuert, entlassene Gewerkschafter wieder eingestellt, Freiheitsbewegungen in der Dritten Weit unterstützt. Und doch scheint der Weg vom real existierenden Kapitalismus zu einem demokratischen Sozialismus noch lange nicht gefunden. noch herrschen die Symptome der großen Krise, Arbeitslosigkeit und Inflation. Und bei den Kantonalwahlen im März dieses Jahres zeigten die französischen Wähler ihrem Präsidenten François Mitterrand und seiner sozialistisch-kommunistischen Regierung, wie enttäuscht sie schon noch knapp einem Jahr waren: Jörg Reckmann, Journalist bei Agence France Presse (afp) in Paris, beschreibt für KONKRET die Leistungen und Fehlleistungen des ersten Regierungsjahres der Linken, die Rechtsreformen, das Atomprogramm, die Militärpolitik, die Dezentralisierung, die Medienpolitik, die Verstaatlichungen, das Umverteilungs-Programm und den Widerstand des großen Geldes.
Ernest Mandel, in Paris und Brüssel lebender sozialistischer Autor und Lehrer, analysiert den Klassencharakter der Kämpfe um ein sozialistisches Frankreich. Sein Fazit: Die Regierung hat nichts mehr zu bieten, das Schicksal des französischen Sozialismus liegt in den Händen der Arbeiter und Angestellten

Spaltbares Material

Zischend stiegen die sowjetischen Raketen aus dem Ufergras, überflogen um Mitternacht die Rhône und detonierten 400 Meter weiter an den Betonwänden von »Super-Phoenix«, dem ersten schnellen Brüter Frankreichs. Dieser nächtliche Angriff brachte dem Stahlbetonpanzer des Kraftwerks ein paar Kratzer bei, die anderntags von der Bauleitung stolz im Fernsehen vorgeführt wurden. Der Anschlag, der die Atomgegner aufrütteln sollte, wurde zu einem Werbegag für die staatliche Elektrizitätsgesellschaft EDF, die auch nach dem Machtwechsel in Frankreich um ihr Atomprogramm nicht zu fürchten braucht. Aufregung herrschte in Frankreich bei diesem Anschlag allein über die sowjetische Herkunft der Waffen.

Dabei waren die Sozialisten im Wahlkampf angetreten, um den totalen Atomstaat Giscards zu verhindern. François Mitterrand hatte gar eine Volksabstimmung über den weiteren Bau von Kernkraftwerken versprochen, um die Stimmen der Grünen auf sich zu ziehen. Nach seinem Wahlsieg verschwand dieses Vorhaben jedoch in irgendeiner Schublade, und das Atomprogramm der neuen linken Mehrheit gleicht dem ihrer konservativen Vorgänger wie eine AKW-Baustufe der anderen.

Während unter Giscard geplant war, bis 1990 etwa 30 Prozent des französischen Energiebedarfs aus Atomstrom zu decken, rechnen Mitterrands Spezialisten nun mit 27,2 Prozent. Der Anteil alternativer Energie ging gegenüber den Plänen Giscards sogar leicht zurück. Wilde Empörung indessen braucht die linke Regierung in Paris wegen ihrer atomfreundlichen Energiepolitik nicht zu befürchten. Verschiedenen Meinungsumfragen zufolge halten zwischen 46 und 59 Prozent aller Franzosen den Bau von Atomkraftwerken für eine positive Sache, und die Kernkraftgegner sind hoffnungslos in der Defensive.

Wichtigste Argumente der Atomfreunde sind die Arbeitslosigkeit und jenes angsteinflößende 67-Milliardenloch, das die Ölrechnungen im vergangenen Jahr in die französische Handelsbilanz rissen. Gleichzeitig wirbt die staatliche EDF in einer geschickten Werbekampagne unter dem Slogan »Menschen im Dienst des Menschen« um das Vertrauen der Franzosen, und wer könnte gegen einen so schönen Spruch sein? Die Kommunistische Partei und ihre Gewerkschaft CGT jedenfalls ebensowenig wie die konservativen Oppositionsparteien. Klassenkampf hin, Klassenkampf her, energiepolitisch sind sich die Gegner einig, die Zukunft Frankreichs auf spaltbarem Material zu gründen, und die sozialistische Partei übt sich in staatsmännischer Zurückhaltung, seit sie an der Macht ist.

Noch 1979 unterzeichneten fast alle Spitzenpolitiker der Sozialisten eine Protestresolution gegen die kommerzielle Nutzung der Wiederaufbereitungsanlage in La Hague. Inzwischen haben die Protestler von einst dem weiteren Ausbau der Anlage zugestimmt, was der Bundesrepublik und Japan ermöglicht, radioaktive Abfälle nach Frankreich zu schaffen. Zu den Unterzeichnern gehörten damals der jetzige Staatspräsident, sein Regierungschef, sechs Minister und der Parteivorstand der PS. Den eigenen Vorwurf, Frankreich werde zum nuklearen Mülleimer der Welt, kontern die Sozialisten neuerdings mit der Bemerkung, La Hague sei eine Art chemische Reinigung. Einnahmen der Wäscherei: rund fünf Milliarden Francs im Jahr.

Von den sechs Bauvorhaben, die nach dem Sieg der Linken zunächst eingestellt worden waren, werden fünf doch noch gebaut. Lediglich das Projekt in Plogoff in der Bretagne scheint endgültig gestoppt. Allerdings regen sich Gegenstimmen. Die Regionalvertretungen in der Bretagne sorgen sich um die wirtschaftliche Zukunft der Region und liebäugeln unterdessen doch wieder mit dem Bau eines Kernkraftwerkes, dessen Standort aber noch nicht feststeht.

Auch die übrige Energiepolitik der Regierung nimmt den Atomkraftgegnern den Wind aus den Segeln. Die Ausgaben für Energiesparmaßnahmen werden verdreifacht, die Subventionen für die nationale Kohleförderung um 30 Prozent erhöht. Sowjetisches Erdgas wird in den neunziger Jahren die schwindenden französischen Vorkommen ersetzen helfen, und auch mit Algerien konnte Paris sich über Gaslieferungen einigen. Allerdings zu so hohen Preisen, daß die Ausgaben für Energiesparmaßnahmen um 17 Prozent gekürzt werden mußten, um die Rechnung zu zahlen. Der erst im Februar ernannte Direktor der staatlichen Kohlegesellschaft protestierte und war deshalb im März seinen neuen Posten bereits wieder los.

Außerdem rechnet die Regierung für die 90er Jahre mit der Möglichkeit, Atomstrom ins Ausland zu verkaufen. Besonders die Bundesrepublik gehört zu den potentiellen Kunden, seit das Bonner Atomprogramm durch Proteste weitgehend verzögert wurde.

Für den Urannachschub ist auch gesorgt. Neben erheblichen Vorkommen in Frankreich selbst ist die ehemalige Kolonialmacht an der Ausbeutung von Uranbergwerken im Niger, Gabon, in Zentralafrika und Namibia beteiligt. Z

Die Macht des Präsidenten

Als Einladung zum permanenten Staatsstreich hatte Mitterrand einst die Machtfülle des Präsidentenamtes kritisiert und damit seinen damaligen politischen Gegner Charles de Gaulle gemeint. Heute sitzt der Sozialist am Schreibtisch des Generals und scheint nicht abgeneigt, dieser Einladung selbst zu folgen. Keine Entscheidung von Bedeutung, die nicht im Elysée-Palast vorher abgesegnet würde. Auf dem Verordnungswege kann Mitterrand am Parlament vorbeiregieren und damit die zeitraubenden Änderungsanträge der Opposition umgehen. Sogar die jährliche Ordensliste für die »Légion d'Honneur« wurde von Mitterrand persönlich durchgesehen und ergänzt, was die Verleihung zum erstenmal in der Geschichte des Ordens verzögerte.

Der Präsident leitet die wöchentlichen Kabinettssitzungen, verteilt dort für die einzelnen Minister Noten und ruft sie nach zu großer Offenheit der Presse gegenüber zur Ordnung. Als sich der kommunistische Minister Charles Fiterman und Außenminister Cheysson öffentlich über die Polenkrise stritten, wurden sie vom Elysée-Palast zurückgepfiffen. Ähnlich erging es anderen Kabinettsmitgliedern, die vor lauter Reformfreude ein Projekt nach dem anderen verkündeten, oder - wie Finanzminister Delors - forderten, langsamer vorzugehen.

Frankreich könne nur mit einer Stimme sprechen, erklärt Mitterrand und meint damit ganz in gaullistischer Tradition die eigene. Wenn er die Regierung fest im Griff hat, gilt das nicht minder für die sozialistische Partei, die heute in der Nationalversammlung über die absolute Mehrheit verfügt. Der parteiinterne Widersacher Michel Rocard ist vorerst untergebügelt und sitzt, seiner Hausmacht weitgehend beraubt, mit am Kabinettstisch.

Die dritte Säule der Mitterrand-Macht sind die zahlreichen Stadt- und Gemeinderäte, in denen die Sozialisten über die Mehrheit verfügen. Opposition aus den eigenen Reihen gegen den Präsidenten wird an der Basis als Sakrileg aufgefaßt, und gegebenenfalls vom Parteiapparat rechtzeitig beschnitten. Als die Abgeordnete Giséle Halimi gegen die Energiepolitik der Regierung aufmucken wollte, drohte die Parteiführung mit Ausschluß aus der Fraktion.

Der Widerstand im konservativen Lager formiert sich nur langsam. Ein Jahr nach ihrer Wahlniederlage sind die Führer der Oppositionsparteien weiterhin persönlich zerstritten und trotz ihres Erfolges bei den Regionalwahlen im März macht die Organisation der verschiedenen Gruppierungen noch Schwierigkeiten. Zahlreiche Clubs und Denkwerkstätten sind nach dem Sieg der Linken entstanden, um das konservative Weltbild auf den letzten Stand zu bringen und für die Wähler wieder attraktiv zu ma-

chen.

Die KPF in der Krise

Parteichef Georges Marchais hat Übung in der freundlichen Umdeutung düsterer Wahlergebnisse. Seit Mai vergangenen Jahres haben die französischen Kommunisten drei verschiedene Wahlen glatt verloren. Dabei büßten sie ein Viertel ihrer Stammwähler ein und wurden mit rund 15 Prozent der Stimmen zur kleinsten eigenständigen politischen Partei in Frankreich. Trotz der Regierungsbeteiligung steckt die KPF in einer tiefen Krise, die Auflage der Parteizeitung »Humanité« geht zurück, immer mehr Intellektuelle verlassen die KP, und an der Basis regt sich Kritik.

Parallel zum Niedergang der KPF vollzog sich in den letzten Jahren der Aufstieg der Sozialistischen Partei, die 1971 als Zusammenschluß mehrerer linker Gruppierungen entstanden war. Die Konkurrenz der Sozialisten, die ideologische

Unbeweglichkeit des Parteiapparates und Fehleinschätzungen der Parteiführung sind ausschlaggebend für die Schwäche der KPF.

Vom Erfolg der »parti socialiste« bedroht, ließ die KP-Führung 1978 das gemeinsame Links-Bündnis platzen, verschuldete damit die Wahlniederlage der Linken bei den Parlamentswahlen und polemisierte seither gegen den jetzigen Koalitionspartner. Bei den Präsidentschaftswahlen 1981 spitzte sich der Streit innerhalb der Linken noch weiter zu. Parteichef Marchais ließ sich selbst zum Kandidaten küren und schlug auf Mitterrand ein, als gelte es, Giscard an der Macht zu halten. Zusätzlich verstrickte sich die Partei in spektakuläre Aktionen, die ebenso wie die Haßtiraden gegen die Sozialisten Wähler abschreckten. Da stellte ein kommunistischer Bürgermeister ein Greifkommando zusammen, überfiel ein Heim für Gastarbeiter, zerschlug das Mobiliar und rasierte die Außentreppe mit einem mitgebrachten Bulldozer einfach ab. Immer nach dem rechtsgestrickten Motto: Wir brauchen keine Gastarbeiter, wenn für Franzosen Arbeit fehlt.

Die Wähler fanden solche politischen Rabaukenakte offenbar gar nicht komisch und stimmten gleich im ersten Wahlgang für Mitterrand. Marchais kassierte das schlechteste Ergebnis für seine Partei seit dem zweiten Weltkrieg und sah sich nun gezwungen, Mitterrand im zweiten Wahlgang bedingungslos zu unterstützen. Die Niederlage der KP hatte jedoch den Wählern der bürgerlichen Mitte die Angst vor dem kommunistischen Einfluß auf einen sozialistischen Präsidenten genommen.

Die Parlamentswahlen im Juni 81 und die Kantonalwahlen im März 82 bestätigten das Absinken der KPF in der Wählergunst: die kommunistische Fraktion in der Nationalversammlung schmolz auf die Hälfte zusammen. Durch die von Mitterrand gewährte Beteiligung der KPF an der Regierung hoffte die Parteiführung nun, den verlorenen Boden wiederzugewinnen. Der Ausnahmezustand in Polen machte diese Hoffnung zunichte.

Noch kurze Zeit vor dem 13. Dezember war Lech Walesa auf Einladung auch der kommunistischen Gewerkschaft CGT nach Paris gekommen und von den Genossen als Arbeiterführer gefeiert worden. Nach dem Beginn des Ausnahmezustandes und der Verfolgung der polnischen Gewerkschafter blieben die KPF und ihre Gewerkschaft stumm und verweigerten die Teilnahme an Solidaritätsveranstaltungen. Teile der Basis in den Betrieben und Büros aber mochten der Parteiführung jetzt nicht mehr folgen, äußerten öffentlich Kritik und verließen die Organisationen. Die Polnische Krankheit hatte die ohnehin geschwächte KP erneut zurückgeworfen. Inzwischen mehren sich die Stimmen, die einen Entlastungsangriff der KPF voraussagen: Aufkündigung des Regierungsbündnisses und hartes Auftreten gegenüber den Sozialisten.

Verteidigung

Links, Schwenk, Marsch. bleibt für die französische Armee auch nach dem Sieg der Sozialisten ein rein militärischer Befehl. Frankreichs Militärs haben Veränderungen nicht zu fürchten, und selbst die konservative Opposition lobte die Kontinuität in der Verteidigungspolitik.

Kurz nach seinem Amtsantritt besuchte Mitterrand die französischen Marinebasen, kletterte in Atom-U-Boote und bestellte gleich zwei neue. Damit unterstrich Mitterrand, daß die französische Atomstreitmacht weiter ausgebaut wird und auch sonst bleibt alles im alten Marschrhythmus. Der Verzicht auf Atomwaffen, wie er noch 1972 im »Gemeinsamen Regierungsprogramm der Linken« beschlossen worden war, ist ein Lippenbekenntnis geblieben, - wohl auch, weil ein Umschwenken auf die konventionelle Aufrüstung in der jetzigen Situation ökonomisch nicht machbar erscheint und außerdem ein völlig neues außenpolitisches Konzept erfordern würde.

Angst machte den Berufsmilitärs zunächst das sozialistische Projekt, den Wehrdienst auf sechs Monate zu verkürzen. Aber davon ist nicht mehr die Rede, seit die Spezialisten in Paris entdeckt haben, daß junge Männer ohne Stahlhehn auf dem Kopf möglicherweise nach Arbeit suchen würden - und Arbeitslose hat Frankreich schon genug. Als kürzlich Sprecher kommunistischer Jugendorganisationen auf einer Pressekonferenz die Regierung an ihr Wehrdienstversprechen erinnerten und gleichzeitig die Gründung von Vereinigungen in der Armee wie »Nationales Kampfkollektiv der Soldaten« ankündigten, wurden sie kurzerhand mit Arrest bestraft: für ihr Erscheinen in Uniform. »Eine Kaserne ist keine Fabrik« kommentierte der sozialistische Verteidigungsminister Hernu das Ansinnen der Kommunisten - womit auch gleichzeitig klargestellt war, daß die versprochene Zulassung der Soldatenkomitees in die Kasernen nicht mehr zur Debatte steht. Unter diesen Vorzeichen haben es auch die rund 1.000 Kriegsdienstverweigerer in Frankreich nicht leichter als vor dem Machtwechsel am 10. Mai.

Die unterirdischen Atomversuche auf dem Südsee-Atoll Mururoa wurden nach Amtsantritt Mitterrands kurzfristig eingestellt, wenig später jedoch wieder aufgenommen.

Gegenüber dem japanischen Sozialistenchef Ichio Asukata erklärte Mitterrand vor zwei Wochen die Tests für notwendig, weil Frankreich aus Sicherheitsgründen seine Nuklearstreitmacht aufrechterhalten müsse.

Seit mehreren Jahren ist überdies sicher, daß die Franzosen an einer eigenen Neutronenbombe basteln, die vor wenigen Monaten zum ersten Mal getestet worden sein soll. Die technischen Möglichkeiten sind vorhanden, und moralische Argumente gelten unter den Sozialisten ebensowenig wie bei den konservativen Politikern vor dem 10. Mai. Bereits im September 81 hatte Regierungschef Pierre Manroy angekündigt, die Entwicklung der Bombe werde fortgesetzt.

Das gilt auch für die Waffengeschäfte, die Frankreich im letzten Jahr einen Handelsüberschuß von 20 Milliarden Francs bescherten. Bei der großen Luftfahrtschau in Le Bourget indes ließ Mitterrand die ausgestellten Jagdflugzeuge entwaffnen, weil er nicht gemeinsam mit Raketen und Bomben auf dem Bildschirm erscheinen wollte. Eine Geste voll diskreter Anmut, die nicht darüber hinwegtäuscht, daß französische Waffen gegen gutes Geld jederzeit zu haben sind. Wer eine schlagkräftige Rüstungsindustrie finanzieren will, muß die Produkte auch exportieren, heißt es in Paris lakonisch. 66 Staaten, überwiegend Entwicklungsländer, gehören zu den Kunden und haben Frankreich zum drittgrößten Rüstungsexporteur der Welt gemacht. Der Irak schießt iranische Flugzeuge mit französischen Raketen (Magix) ab, die unter sowjetischen Mig-Jägern angebracht sind, und der Iran seinerseits bezieht Schnellboote aus Frankreich ebenso wie Libyen, was US-Präsident Ronald Reagan mit Unmut erfüllt, seitdem er beschlossen hat, die Nachbarn Ghadaffis kräftig aufzurüsten. Zum regelrechten Streit zwischen Paris und Washington aber kam es, als Mitterrand sich auf Anraten seines Südamerikaspezialisten Régis Debré entschloß, Waffen an das revolutionäre Nicaragua zu liefern. Während US-Außenminister Alexander Haig ein offenes militärisches Eingreifen der Vereinigten Staaten in Mittelamerika nicht ausschließen will, liefert Frankreichs Sozialist Nummer eins Hubschrauber und Luftabwehrraketen nach Managua. Der französische Verteidigungsminister flog in aller Eile nach Washington und erläuterte den mißtrauischen Amerikanern, die französischen Waffenlieferungen sollten Nicaragua helfen, sich aus der sowjetischen Umarmung zu lösen. Am 12. März reiste Mitterrand gar persönlich zu einem Blitzbesuch nach Washington, an dessen Ende beide Präsidenten einhellig befanden, man habe sich offen die Meinung gesagt. Annäherung freilich gab es kaum, weil Mitterrand davon überzeugt blieb, daß die Hilfe für die blutigen Diktaturen in Guatemala und Salvador die Lage in Mittelamerika nur verschlimmern könne.

Diese Argumente stießen bei Reagan auf wenig Gegenliebe, obwohl den Ex-Schauspieler im Weißen Haus und den Sozialisten im Elysée-Palast sonst in verteidigungspolitischen Fragen nicht viel trennt. Beide verurteilen hart den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan, halten die SS-20 Raketen in Europa für äußerst bedrohlich und treten für die Nachrüstung des Westens ein: Eine mit amerikanischen Pershing Il und Cruise missiles bestückte Bundesrepublik würde für Frankreich eine schützende Pufferzone zu der als bedrohlich empfundenen Sowjetunion bilden. Daher werden die Bonner Ostpolitik und die wachsende Friedensbewegung in Paris mit Argwohn beobachtet.

Sonderlich vom Pazifismus angesteckt scheinen die Franzosen ohnehin nicht. Während in Bonn, London und Amsterdam im Winter 1981 jeweils über 300,000 Menschen für den Frieden und gegen die Rüstung demonstrierten, brachte es Paris gerade auf 30.000 Demonstranten. Denn was Paris für die Rüstung tut, dient in den Augen der Öffentlichkeit allein dem Schutz des eigenen Landes. Aus dem militärischen Oberkommando der Nato war bereits de Gaulle ausgeschieden. Und amerikanische Einheiten, an denen sich der Protest der Friedensbewegung festmachen könnte, gibt es in Frankreich nicht. Die Armee lebt immer noch, trotz der Greuel in Indochina und Algerien, vom Glanz des Widerstandes gegen die Faschisten. Soldaten zu akzeptieren, die nie die Uniform der Hitlerschen Mörderbanden trugen, ist einfacher.

Die Haltung der Sozialisten zum internationalen Wettrüsten hat Mitterrand vor seiner Wahl auf einem verteidigungspolitischen Kongreß der Sozialistischen Internationale in Paris umrissen. Mitterrand teilt die Verurteilung der Hochrüstung, durch die Milliardenwerte verschleudert werden, die für Entwicklungsprojekte gerade der Dritten Welt fehlen. Gleichzeitig aber vertritt der französische Präsident die Auffassung, daß einseitige Abrüstungsbemühungen nicht sinnvoll sind. Als Leitgedanke der französischen Verteidigungspolitik wie auch der Außen- und Wirtschaftspolitik schält sich in letzter Zeit eine vorsichtige Abkehr von den USA heraus: Das deutsch-französische Panzerprojekt sollte ein erster Schritt in diese Richtung sein, in der die Rüstungsproduktion der Europäer durch die enge Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Frankreich vom amerikanischen Tempo und der technologischen Vorherrschaft der USA abgekoppelt wird.

Die Mauer des Geldes

Mit einem Koffer voll Schokoladengeld bestiegen zwei junge Journalisten in Paris den Zug und überquerten wenig später vom Zoll unbehelligt die Schweizer Grenze. Die süße Demonstration galt einem Übel, das dem französischen Staat jährlich Werte in Milliardenhöhe entzieht.

Auf rund 500 Milliarden Francs schätzt der Schweizer Abgeordnete Jean Ziegler die französischen Guthaben auf Schweizer Geheimkonten, die hauptsächlich durch halblegale Kontobewegungen über die Grenze gewandert sind. Nach dem Sieg der Linken hatte die Flucht des großen Geldes zugenommen, jedoch nicht in dem befürchteten Ausmaß. In Zürich brüstete sich die Detektivagentur eines Herrn Kaegi, Gruppentransporte für Fluchtgeld zu organisieren. Innerhalb

der ersten Woche nach dem Sieg Mitterrands habe er allein rund 68 Millionen über die Grenze geschafft, behauptete Kaegi im Mai gegenüber einer Nachrichtenagentur. Inzwischen ist sein Geschäft ruhiger geworden.

»Die Mauer des Geldes«, nennen die französischen Sozialisten das Gemisch auf Kapitalflucht und Steuerhinterziehung, an dem das Kapital das sozialistische Experiment in Frankreich zerschellen lassen will.

Schärfere Zoll- und Steuerkontrollen, sowie Appelle an den Bürgersinn sollen das Abdriften großer Kapitalmengen verhindern. Für Steuerflüchtlinge verfügte der zuständige Haushaltsminister, Laurent Fabius, eine sechsmonatige Schonfrist, um das beiseite geschaffte Geld noch nachträglich straffrei deklarieren zu können. Der Erfolg war mäßig. Nach Schätzungen des Ministeriums gehen dem französischen Fiskus in diesem Jahr 95 Milliarden Francs durch Steuerhinterziehung verloren. Das entspricht genau dem Haushaltsdefizit für 1982.

Dem soll nun ein Riegel vorgeschoben werden. Der Kauf von Gold etwa ist registrierpflichtig geworden, und es darf nur noch mit Scheck und nicht in bar bezahlt werden. Die Versicherungen sind verpflichtet, Kontrakte für Kunstgegenstände, antike Möbel und Sammlungen, die einen Wert von 100. 000 Francs (rund 42.000 DM) übersteigen, ans Finanzamt weiterzumelden. Zusätzlich sollen die französischen Großverdiener in einer speziellen Kartei erfaßt werden, wogegen die Betroffenen heftig protestierten. Außerdem können sich einmal verurteilte Steuersünder der Bezahlung künftig nicht mehr entziehen, indem sie ihr Vermögen anderen Familienmitgliedern überschreiben.

Spektakuläre Prozesse sorgen zusätzlich für den nötigen psychologischen Druck. Plötzlich finden sich Bankdirektoren vor dem Untersuchungsrichter wieder, die jahrelanger Praxis entsprechend Gelder und Gold verschoben haben. Ein diskretes Geschäft, das jede Bank betreibt, die ihre großen Kunden nicht verlieren will. In der Regel bringt die Bank zu diesem Zweck zwei Kunden zusammen, die sich nie kennenlernen.

Ein Schweizer Unternehmen etwa muß Lieferungen aus Frankreich bezahlen und überweist den fälligen Betrag auf ein Schweizer Konto der vermittelnden Bank, die den Lieferanten in Frankreich aus einem anderen Guthaben bezahlt. Dieser Betrag wird ihr von dem Kunden ersetzt, der sein Geld in die Schweiz verlagern möchte, und dafür überschreibt ihm die Bank das zuvor angelegte Konto in Zürich oder Genf. Ohne daß nur ein Pfennig die Grenze wirklich überquert hätte, liegen nun ein Paar Millionen Francs mehr auf einem Schweizer Konto, von denen das französische Finanzamt nie erfährt.

Verstaatlichung

Zum ersten Mal in der Geschichte der westlichen Industrieländer sind in Frankreich die Schlüsselindustrien in Staatsbesitz überführt worden. Eine Maßnahme von revolutionärem Charakter, wie der zuständige Staatssekretär in Paris und sein Regierungschef mehrfach öffentlich versicherten. Die gesamte Stahlindustrie und die Aluminiumerzeugung befinden sich nun in Staatshand, ebenso wie die Hälfte der Glasherstellung, alle großen Rüstungsbetriebe, die gesamte chemische Industrie, ein Gutteil der Pharmabranche und alle 39 großen Banken. Damit ist die Regierung Herr über 30 Prozent des Umsatzes der gesamten französischen Industrie, kann direkt oder indirekt über rund 3.500 Unternehmen bestimmen und über 75 Prozent des Kreditvolumens und der Einlagen im Bankensektor verfügen.

Die Kosten der Operation werden derzeit auf rund 40 Milliarden Francs veranschlagt, die Paris den verschiedenen Aktionären als Entschädigung zahlen muß. Die Rechnung fiel höher aus als geplant, weil die obersten Verfassungshüter die ursprünglich vorgesehenen Entschädigungen für zu niedrig hielten. Die neun Mitglieder des Verfassungsrates, mit einem Durchschnittsalter von 74 Jahren, wurden unter der konservativen Regierung vor dem Machtwechsel berufen, und es hat den Anschein, als habe die französische Rechte in dem Gremium einen brauchbaren Kampfgenossen gefunden. Auch Ex-Staatschef Valery Giscard d'Estaing gehört zu dem erlauchten Kreis, hat seinen Platz im Palais Royal jedoch nicht eingenommen, weil er sich dann politisch nicht mehr äußern dürfte. Darauf aber will er nicht verzichten, denn er glaubt fest an ein Scheitern der Sozialisten und hält sich deshalb als der Retter der Nation bereit. Die Verstaatlichungen erscheinen ihm als ein sicherer Weg zur Pleite der französischen Wirtschaft. Für Giscard und seine politischen Freunde ist völlig unklar, warum die Linken glauben, Betriebe in Staatsbesitz würden besser funktionieren als private Unternehmen.

Die Sozialisten hingegen verweisen auf das Staatsunternehmen Renault und dessen unbestrittenen Erfolg. Renault, seit 1945 in Staatshand, ist inzwischen viertgrößter Autohersteller der Welt nach General Motors, Ford und Toyota - auch wenn dazu in den Jahren 1975-80 eine kräftige Finanzspritze von 3,1 Milliarden Francs aus der Staatskasse beigetragen hat. Für die Renault-Arbeiter jedenfalls zahlt sich die Arbeit in dem staatlichen Betrieb aus: Ein Facharbeiter verdient dort bis zu tausend Francs mehr im Monat als beispielsweise ein Peugeot-Arbeiter, er hat schon 1981 fünf Urlaubswochen. Macht dieses Beispiel Schule, so warnte jüngst der Präsident des französischen Unternehmer-Verbandes (CNPF) Gattaz, müsse die französische Industrie spürbare Wettbewerbseinbußen hinnehmen, denn: »Die sozialen Lasten der französischen Industrie sind mehr als doppelt so hoch wie die der deutschen«. Düstere Prognosen und Warnungen für das kommende Jahr kommen auch vom französischen Nationalinstitut für Statistik, obwohl dasselbe Institut für das vergangene Jahr eine Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der französischen Industrie um 10, 1 Prozent errechnet hat. Ob die Sozialpolitik der Sozialisten tatsächlich »ruinös« sein wird, wie es auch der Beratende Wirtschafts- und Industrieausschuß

der OECD prophezeite, ist noch nicht ausgemacht; zunächst sollen die Staatsunternehmen die Wirtschaft Frankreichs ankurbeln helfen, gewinnorientiert arbeiten und mit der Regierungspolitik im Gleichschritt diesem Ziel näher kommen. Aus diesem Grund werden die verschiedenen Unternehmen umgruppiert.

Entlassungen, so hatte es in Paris geheißen, seien, wenn nötig, auch bei Staatsunternehmen möglich. Das rief erste Kritik von Gewerkschaftsseite auf den Plan. Eine Machtübernahme des Staates in der Industrie, so grollten die Gewerkschaften, laufe lediglich auf mehr Verwaltung hinaus, wenn die Mitarbeiter durch diesen Schritt nicht mehr als bisher an den Entscheidungen der Unternehmensleitung beteiligt würden.

Die Namen der neuen Firmenchefs belegen, daß Paris kaum daran denkt, sich auf das Experiment selbstverwalteter Großunternehmen einzulassen. Die neuen Männer an der Spitze kommen fast alle aus hohen Managementspositionen und haben langjährige Erfahrung in großen Industrieunternehmen. Der neue Herr über den Elektrokonzern Thomson etwa war lange Jahre leitender Manager bei Saint Gobain, ist Absolvent der Pariser Eliteschule ENA und außerdem Mitbegründer des linken Flügels der Sozialistischen Partei. Dennoch gilt der 43jährige Alain Gomez als ein Chef, der keine sozialen Geschenke macht. Effizienz heißt seine Maxime, und die 130.000 Mitarbeiter des Konzerns dürften das zu spüren bekommen.

Teures Frankreich

Brot, Zeitungen und Benzin sind heute in Frankreich mehr als doppelt so teuer wie noch vor fünf Jahren. Die Inflation ist nach der Arbeitslosigkeit die zweite große Herausforderung, der sich Mitterrand und seine Regierungsmannschaft gegenübersieht. 1981 stiegen die Preise im Durchschnitt um 14 Prozent, und dies, obwohl in den letzten Monaten des vergangenen Jahres für Grundnahrungsmittel wie Milch, Butter, Brot und Kaffee ein Preisstopp verordnet worden war. Dreiviertel aller Franzosen billigen, Meinungsumfragen zufolge, solche staatlichen Eingriffe in die Preisautonomie, die in Frankreich eine lange Tradition haben.

Die Vorgänger der Sozialisten hatten dieses Prinzip angesichts immer größerer Inflationsraten kurzerhand über Bord geworfen, in der Hoffnung, freie Konkurrenz werde den Preisaufstieg bremsen. Das Gegenteil trat ein, und als Symbol schwindender Kaufkraft verdoppelte sich der Brotpreis innerhalb weniger Jahre.

Finanzminister Jacques Delors steuert nun einen Mittelkurs zwischen staatlicher Preisblockade und freiwilliger Selbstbeschränkung der Einzel- und Zwischenhändler. Die Mieten etwa sind bis Mai 82 blockiert, für Bücher wurden Festpreise eingeführt, und in den Schaufenstern hängen vorgedruckte Selbstverpflichtungen zur Mäßigung beim Preisaufschlag. Auf diese Weise konnte die von der Opposition vorausgesagte Inflationsrate von bis zu 20 Prozent bisher vermieden werden. Einen Teil der Steigerungsrate hatte die Linke ohnehin von ihren konservativen Vorgängern geerbt, die wegen des näher rückenden Wahltermins weder die Tarife im öffentlichen Nahverkehr noch die Mineralölsteuer den gestiegenen Energiepreisen angepaßt hatten. Auch die von allen Fachleuten seit langem erwartete Abwertung des Franc überließ Giscards Regierungsmannschaft ihren Nachfolgern. Die psychologisch negative Wirkung dieser Maßnahme auf die französische Öffentlichkeit versuchten die Sozialisten zu mindern, indem sie die Parole ausgaben, es handle sich um eine Angleichung des Wechselkurses im Europäischen Währungssystem und nicht um eine Abwertung. Dieses Wortspiel kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß weitere Abwertungen des Francs überfällig werden, falls die Inflationsrate nicht gebremst wird. Schon im März geriet der Franc erneut unter starken Druck.

Außerdem frißt das Monster Inflation dringend benötigte Arbeitsplätze, denn über den automatischen Inflationsausgleich, der in weiten Teilen der französischen Wirtschaft üblich ist, erhöhen sich zwangsläufig die Lohnkosten, ohne daß mehr produziert würde oder auch nur ein Arbeitsloser einen neuen Posten fände. Mit der Anhebung der EG-Agrarpreise schließlich schlägt die eigene Inflationsrate von außen nach Frankreich zurück, weil die Pariser Regierung, um die Existenz der Bauern zu sichern, Preissteigerungen verlangen muß, die über der Teuerungsrate im eigenen Land liegen. Die kämpferischen Bauernverbände beschränken sich in Frankreich überdies nicht auf Demonstrationen, sondern reißen schon mal Schienenstränge aus den Gleisbetten, zünden Lastwagen mit spanischen Früchten an und lassen Öl in Weinfässer laufen. Hinzukommt, daß Edith Cresson als Frau Schwierigkeiten hat, von den Bauern als kompetente Landwirtschaftsministerin akzeptiert zu werden.

Umverteilung

Die Wunderwaffe der französischen Sozialisten im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ist die 35-Stunden Woche. Die Idee, mit der Mitterrand im Wahlkampf von Versammlung zu Versammlung zog, ist ebenso einfach wie verführerisch: wenn jeder etwas weniger arbeitet, gibt es mehr Arbeitsplätze für alle. Die ganze Europäische Gemeinschaft müsse mitziehen, hatte Mitterrand verlangt und angekündigt, er werde die Europäischen Partner auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als vorrangige Gemeinschaftsaufgabe einschwören.

Bisher aber hat sich in der EG nichts geändert. Die Europäer, und vorneweg die Franzosen, streiten weiter um die Subvention für Milch- und Butterberge, und das vielbeschworene »Europa der Arbeitnehmer« wird allmählich zum Europa der Arbeitslosen. Frankreich hat sich deshalb aufgemacht, das Rezept der Sozialisten im Alleingang zu erproben.

Nach fast einem Jahr harter Verhandlungen zwischen Regierung, Arbeitgebern und Gewerkschaften verfügte der Kommunistische Arbeitsminister Pierre Auroux am 1. Februar schließlich die Einführung der 39-Stunden-Woche und einer fünften Woche Urlaub. Ein erster Schritt zur 4-Tage-Woche, der zum bassen Erstaunen der Pariser Regierung auf wütenden Protest stieß, wo man freudige Zustimmung erwartet hatte: bei den Betroffenen selbst.

Die ersten landesweiten Streiks seit der Machtübernahme der Linken waren die Folge. Denn die Regierung überließ es den Unternehmern bzw. den Firmenchefs der staatlichen Betriebe, ob für 39 Stunden Arbeit derselbe Lohn gezahlt wird wie für 40 Stunde und in den einzelnen Industriezweigen wurde, unterstützt von Streiks, hart verhandelt. Außerdem vertrat der Arbeitsminister in einem Fernsehinterview die Auffassung, nur die unteren Gehaltsklassen sollten vollen Lohnausgleich erhalten, denn schließlich müsse Solidarität üben, wer einen gut bezahlten Arbeitsplatz habe, und mehr Freizeit sei ja auch etwas wert. Diese Äußerung rief scharfe Kritik der kommunistischen Gewerkschaft CGT hervor, die dem Genossen Minister antisoziale Haltung vorwarf. Zudem widersprach Auroux damit seinem Staatspräsidenten, der sich angesichts der Unruhe im Land beeilt hatte zu versichern, kein Arbeitnehmer sollte durch die 39-Stunden-Woche weniger verdienen.

Automobilarbeiter bei Renault, Verkäufer und Bankangestellte streikten ebenso wie die französischen Zollbeamten. Den Streikenden ging es um die Sicherung vorhandener Privilegien, denn in diesen Branchen waren 39-Stunden-Woche und fünf Wochen Urlaub bereits erkämpft worden, und nun sollte der soziale Vorsprung gesichert werden. Außerdem weigerten sich die Unternehmer weitgehend, neue Arbeitskräfte einzustellen. Aus diesem Grund, so befürchten die Gewerkschaften, müsse jetzt für weniger Geld in kürzerer Zeit die gleiche Arbeit geleistet werden.

Von Solidarität mit den Arbeitslosen, wie sie die Regierung verlangt, war nicht mehr die Rede. Umverteilung des Vermögens sei ein Schritt zu mehr Gleichheit, Umverteilung der Arbeitszeit nur sinnvoll, wenn der Besitzstand gewahrt bleibe. Mit dieser Argumentation droht die Basis in den Betrieben, den Regierungsplan über den Haufen zu werfen: Denn für die in drei Jahren geplante 35-Stunden-Woche soll es - und diesmal sind sich alle Minister einig - keinen vollen Lohnausgleich geben. Ganz deutlich machte dies Finanzminister Jaques Delors am 25. März nachdem Beschluß, das Rentenalter auf 60 Jahre zu senken. Ziel der Regierungspolitik sei es nicht, soziale Vorteile auszubauen, sondern die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Auch die generelle Senkung des Rentenalters auf 60 Jahre ab 1983 diene diesem Ziel. Dabei müßten Einkommensverluste in Kauf genommen werden.

Gute Vorsätze

Über zwei Millionen Franzosen sind ohne Arbeit. Ein Jahr nach dem Amtsantritt Mitterrands steigen die Arbeitslosenzahlen weiter, und selbst die Anhänger des Präsidenten zweifeln, ob den Sozialisten und ihrem kommunistischen Juniorpartner gelingt, was in Bonn, Washington und London bisher mißlang: die Krise nicht nur zu verwalten, sondern auch zu überwinden.

Die Situation scheint hoffnungslos: In Paris meldeten sich Mitte Januar auf eine einzige Stellenanzeige: 2.500 Bewerber, ganze Städte im Norden und Osten des Landes verloren praktisch über Nacht den sicher geglaubten Broterwerb, weil internationale Konkurrenz, Fehlentscheidungen des Managements, gewerkschaftlicher Kleinkrieg und versäumte Modernisierung die heimische Industrie um die Marktchancen brachten. Den nationalen Rekord an Arbeitslosen hält die südfranzösische Stadt Lacanche, wo 90 Prozent der Erwerbstätigen stempeln gehen. Seit die einzige große Fabrik des 1.200 Einwohner-Ortes ihre Pforten schloß und rund hundert Mitarbeiter entließ, haben Handwerksbetriebe, Geschäfte und Gastwirte notgedrungen ebenfalls aufgegeben. Zur Geschichte von Lacanche wie auch des übrigen Frankreich gehört aber auch, daß sich die Arbeitnehmer Entlassungen und Firmenschließungen nicht mehr widerstandslos gefallen lassen. In Lacanche besetzten die Entlassenen die Stahlwarenfabrik und erhielten Mitte März die Zusicherung, ein Teil der Fabrikation werde wieder aufgenommen.

1981 war mit rund 18.000 Firmenschließungen ein Rekordjahr der Pleiten. Für 1982 lassen die Prognosen kaum wesentliche Besserung erwarten.

Die Sozialisten verdanken aber ihren Wahlsieg vor allem der Hoffnung von Millionen Franzosen, eine linke Regierung werde die Arbeitslosen von der Straße holen. Der Weg aus der Pleite setzt neben guten Vorsätzen jedoch die Überwindung von drei grundsätzlichen Schwierigkeiten voraus:

1. Unbestritten ist, daß nur ökonomisches Wachstum dauerhafte Arbeitsplätze in ausreichender Zahl sichert. Aber: Die westlichen Industriestaaten stecken in einer wirtschaftlichen Strukturkrise mit Wachstumsraten zwischen null und zwei Prozent, deren Ende nicht abzusehen ist. Eine Leidensgemeinschaft, aus der Frankreich nicht einfach aussteigen kann.

2. Unbestritten ist auch, daß die Schaffung neuer Arbeitsplätze nur möglich ist durch vorhergehende Investitionen. Aber: Die Kredite in Frankreich sind vor allem wegen der amerikanischen Zinsentwicklung zu teuer, und die Unternehmer zeigen sich von den Steuerprojekten der sozialistischen Regierung zusätzlich verunsichert. Steuerhinterziehung und Kapitalflucht kürzen zusätzlich die vorhandene Finanzdecke.

3. Einig sind sich die Sozialisten mit ihren Kritikern, daß die Konkurrenzfähigkeit der französischen Unternehmen gestärkt werden muß, um die Exportchancen zu erhöhen und das Außenhandelsdefizit von derzeit 67 Milliarden Francs abzubauen. Aber: Sollen Preis und Qualität gleichermaßen attraktiv sein, muß die Produktivität wachsen. Produktivitätssteigerung durch neue Technologien aber hat bisher noch immer Entlassungen zur Folge gehabt.

Diesen drei Herausforderungen setzen die Sozialisten in Frankreich vier Antworten entgegen:

1. Die Erhöhung von Renten, Mindestlöhnen und Sozialleistungen steigert die Kaufkraft und fördert somit die Produktion von Gebrauchsgütern, was einen höheren Bedarf an Investitionsgütern mit sich bringt und entscheidend zum wirtschaftlichen Wachstum beiträgt.

2. Die verstaatlichten Unternehmen arbeiten als Lokomotiven der Investitionen, durch ihre Bestellungen bei Zulieferbetrieben sichern und schaffen sie Arbeitsplätze. Ihre Forschungsabteilungen entwickeln Spitzentechnologien mit hohem Verkaufswert.

3. Während normalerweise Arbeitsplätze durch den Einsatz von Maschinen wegrationalisiert werden, wollen die Sozialisten in Frankreich das Gegenteil erreichen. Durch die schrittweise Verkürzung der Arbeitszeit auf 35 Stunden in der Woche bis 1985 soll die vorhandene Arbeit für mehr Menschen reichen. Die erhöhten Lohnkosten erwirtschaften nach diesem Konzept hochmoderne Maschinen und Roboter, die rund um die Uhr arbeiten.

4. Durch Subventionen und zeitweise Verminderung der Sozialabgaben für die Unternehmer soll die Investionsfreudigkeit gestärkt werden. Als erster Industriezweig profitierte die Textilbranche von einer 10-prozentigen Minderung der Sozialabgaben. Im Gegenzug mußten sich die Betriebe verpflichten, neue Mitarbeiter einzustellen und zu investieren.

Der arbeitslose Henker

Er wisse wohl, sagte Mitterrand kurz vor dem entscheidenden Wahlgang in einem Fernsehinterview, daß die Mehrheit der Franzosen für die Beibehaltung der Todesstrafe sei. Trotzdem werde er aus tiefer Abscheu vor der Anmaßung, über das Leben anderer zu entscheiden, die Todesstrafe abschaffen. Mitterrand hielt Wort. Nach heftiger Debatte im Parlament wurde Frankreichs Henker am 18. September 1981 arbeitslos, und die zwei Guillotinen warten seither auf den Abtransport ins Museum.

Bis zum Ende der Legislaturperiode 1986 ist zusätzlich eine umfassen e Strafrechtsreform geplant, und die Gerichtsverfahren selbst sollen übersichtlicher werden. Bereits in den ersten Monaten der sozialistischen Regierung machte sich Justizminister Robert Badinter daran, die gröbsten Versteinerungen des französischen Justizapparates loszuschlagen. Der Staatsgerichtshof, ein Sondergericht für politische Straftaten, und die ständigen Militärgerichte wurden abgeschafft, die Wirtschaftsjustiz neu geordnet, ebenso wie die Arbeitsgerichte, und der Mieterschutz verbessert. Der ehemalige Rechtsanwalt Badinter entschärfte das Demonstrationsstrafrecht und schaffte die erst vor wenigen Jahren eingeführten Strafverschärfungen für Rückfalltäter wieder ab. Außerdem verbesserte er den Schutz der Untersuchungsgefangenen.

Zu den ersten Maßnahmen der Sozialisten hatte die Rehabilitierung mehrerer Juristen gehört, die unter den Konservativen in Ungnade gefallen und strafversetzt worden waren. Unter ihnen ein Jugendrichter, dem damals vorgeworfen wurde, einen Drogenabhängigen in seiner Wohnung beherbergt zu haben, und eine Staatsanwältin, die gegen die Ausweisung von Klaus Croissant öffentlich protestiert hatte. Damit unterstrich Badinter seinen Willen, die Unabhängigkeit der Gerichte gegenüber politischen Interessengruppen stärker als in der Vergangenheit zu betonen.

Frankreich soll nach den Vorstellungen der Linken wieder das Land der Menschenrechte werden, wo alle politisch Verfolgten Aufnahme finden. Zu den Begünstigten gehören Lateinamerikaner ebenso wie baskische Separatisten oder Gegner der iranischen Mullahs. Wie Badinter in einem »Spiegel«-Interview präzisierte, gilt das französische Asylangebot auch für Aussteiger aus der bundesdeutschen Terrorszene.

Unter Giscard und seinen Ministern hatte die französische Polizei ihren Ruf gefestigt, die Delinquenten je nach Hautfarbe und Herkunft unterschiedlich zu behandeln. Der alltägliche Rassismus auf den Polizeiwachen der Hauptstadt füllte manche Zeitungsseite, ließ die vorgesetzten Ministerien jedoch weitgehend kalt. Nach seinem Amtsantritt erklärte der neue Innenminister Gaston Deferre diesen Praktiken den Kampf. Nicht immer angenehm für die Polizeibeamten ist das neu erwachte Gleichheitsbewußtsein der französischen Bevölkerung. Bei einer Razzia in der Pariser Untergrundbahn wurden im Herbst mehrere Taschendiebe von Zivilfahndern auf frischer Tat ertappt und festgenommen. Sogleich aber sammelte

sich um die Gruppe eine beachtliche Zahl von Passagieren und versuchte , die Gefangenen zu befreien. Die Langfinger arabischer Herkunft hatten um Hilfe gerufen und die Beamten rassistischer Repression beschuldigt.

Den Groll der Polizeibeamten will die Regierung mit der Schaffung von 6.000 neuen Stellen mildern. Die Polizisten haben noch nicht verwunden, daß Mitterrand noch im Mai jeden siebenten französischen Strafgefangenen amnestiert hatte. Eine Maßnahme voll guter Absicht, die allerdings logischerweise die Zahl der Jobsuchenden noch vergrößerte.

Ende der Fremdherrschaft

Wie eine Spinne hockt das allmächtige Paris mitten Frankreich und gängelt Provinz. In der Hauptstadt fließt seit Jahrhunderten das Geld zusammen und werden die Entscheidungen gefällt. Damit soll nun Schluß sein. Denn unter den Sozialisten wird es mit der oft geforderten innenpolitischen Entkolonialisierung Frankreichs ernst.

Die direkt gewählten Regionalräte werden gemeinsam mit Städten und Gemeinden selbst über die eigenen Belange entscheiden können. Krankenhäuser, Schulen und Straßen sollen dort gebaut werden, wo die Betroffenen es für richtig halten, und nicht mehr da, wo eine auf oft dunklen Wegen informierte Pariser Dienststelle dies gerne hätte. In 24 Jahren konservativer Herrschaft mußten Wahlkreise der Opposition meist lange in Paris um Kredite betteln, die für die richtig wählende Nachbars chaft reichlich flossen. Schlimmer noch, im Zuständigkeits-Wirrwarr der Pariser Zentralverwaltung gingen unbequeme Eingaben aus der Provinz einfach verloren oder wanderten monatelang von Schreibtisch zu Schreibtisch.

Wenige Monate nach dem Machtwechsel erfuhr die französische Öffentlichkeit, welche beschämenden Zustände im Altersheim der von den Kommunisten regierten Universitätsstadt Nanterre herrschten. Die Presse empörte sich, und der gescholtene Bürgermeister zeigte Aktenordner voller Briefe vor, in denen mehrere Pariser Ministerien sich jahrelang gegenseitig die Zuständigkeit zugeschoben hatten.

Mit dem Ende der Pariser Fremdherrschaft über die Provinz will die französische Regierung auch Impulse für die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze geben. Industrieansiedlungen sollen jetzt vor Ort und vor allem schnell entschieden, bedrohten Unternehmen gezielter geholfen werden. Mit der Regionalisierung setzen die Sozialisten außerhalb eine politische Strategie fort, die sie in knapp zehn Jahren zur stärksten und mächtigsten Partei Frankreichs machte. Durch systematische Parteiarbeit in den Gemeinden und Städten machte sich die PS bekannt und regierungsfähig. Heute stellt die Partei Mitterrands zusammen mit der KP in 150 Städten über 30.000 Einwohnern den Bürgermeister und präsidiert in 44 von 95 Regionalräten. Diese Machtbasis wollte die Linke bei den Regionalwahlen im März weiter ausbauen. Dieser Versuch mißlang. Während die PS stärkste Partei blieb, büßte die KP erneut rund fünf Prozent der Stimmen ein. Resultat: Die Linke verlor acht Präsidentenposten und die Konservativen nehmen Anlauf für die Kommunalwahlen 1983.

Auch die Minister und Regierungschefs haben ihr Herz für die Provinz entdeckt. Als wäre er mitten im Wahlkampf, zieht Premierminister Pierre Mauroy durch die Lande und wirbt für seine Politik. Kulturminister Lang seinerseits will sich nur noch sechs Monate im Jahr in Paris aufhalten und ansonsten in französischen Kleinstädten der Kultur auf die Beine helfen:

Provinztheater, regionale Orchester, Kinos, Bibliotheken sollen eingerichtet werden. »Jedes Dorf soll seine besondere Eigenheit behalten können. Künstler sollen da bleiben und arbeiten können, wo sie am besten arbeiten können - ohne gezwungen zu sein, nach Paris zu ziehen«, kommentierte Lang seine Pläne, die er mit den sechs Milliarden Franc realisieren will, die ihm für 1982 zur Verfügung stehen.

Selbst die Korsen, bisher zum bewaffneten Kampf um die Unabhängigkeit ihrer Insel entschlossen, hatten zunächst Frieden gemacht mit dem verhaßten Paris. Nach jahrelangen oft blutigen Auseinandersetzungen amnestierte Paris die inhaftierten Korsen, nachdem die Befreiungsbewegung auf der Insel zum Amtsantritt Mitterrands eine Art Waffenstillstand verkündet hatte. Mit einem eigenen Regionalparlament soll die Insel sich nun selbst regieren, sofern der Verfassungsrat die Beschwerde der Oppositionsparteien ablehnt, die in der Dezentralisierung den ersten Schritt zum Zerfall des Staats sehen. Inzwischen hat sich die korsische Befreiungsbewegung gespalten und auf Korsika und in Paris neue Bombenanschläge verübt. Die Korsen bombten sich im Januar in Erinnerung, weil der Abzug der 2.500 Fremdenlegionäre von ihrer Insel immer noch nicht beschlossen ist.

Die Macht der Medien

Nach dem Sieg Mitterrands sollten Köpfe rollen. Die begeisterte Menge auf der Place de la Bastille forderte lautstark die Abdankung mehrerer Fernsehmoderatoren, die für ihre freudige Unterwürfigkeit gegenüber dem alten Regime bekannt waren. Dreißig Spitzenjournalisten mußten weichen.

Giscard hatte das Staatsfernsehen wie kein Präsident vor ihm in den Griff genommen und diesen Propagandaapparat nach Gutdünken eingesetzt. Sein Amtsantritt 1974 kostete über 100 mißliebigen Journalisten den Job. Der Staatschef besetzte die wichtigsten Posten mit Männern seiner Wahl, und wer in Ungnade gefallen war, konnte seine journalistische Karriere an den Nagel hängen.

Mitterrand war im Wahlkampf nicht müde geworden, diese Gängelei von Rundfunk und Fernsehen immer wieder zu verurteilen. Eine Vielfalt kleiner Sender sollte nach sozialistischer Vorstellung das Staatsmonopol brechen. Mitterrand selbst hatte im Hauptquartier seiner Partei einen Piratensender betrieben, war deshalb angezeigt und verhört worden. Nach dem 10. Mai waren in Frankreich über 600 Sender gegründet worden - von dem anarchistischen »Radio Libertaire« bis zum antipsychiatrischen »Radio Tomate«. Aber ein neues Gesetz des Kommunikationsministers Fillioud mit dem Verbot, Sender aus Werbeeinnahmen zu finanzieren, bringt die freien Radios zunehmend in Schwierigkeiten. Dem wiederum soll durch staatliche Zuschüsse abgeholfen werden.

Die Linke hat die Vorteile wohlgelenkter Staatsmedien für die Machtausübung begriffen. Noch für dieses Jahr ist die Umstrukturierung der Medienaufsicht geplant. Nicht mehr die Regierung, sondern ein Rundfunk- und Fernsehrat soll die Sender überwachen. Schon aber droht der journalistischen Unabhängigkeit neues Unheil. Die kommunistische Partei fühlt sich schlecht behandelt und fordert, was in der Bundesrepublik eher eine Domäne christdemokratischer Fernsehprofis ist: Ausgewogenheit. Damit meint die KP, daß unangenehme Nachrichten hinter der parteioffiziellen Wahrheit zurückzustehen haben. Außerdem sollen mehr KP-Mitglieder als Journalisten eingestellt werden.

Kandidaten könnte die Partei reichlich nennen, denn erst vor wenigen Monaten wurden dreißig Journalisten aus der Redaktion des Parteiorgans »Humanité« wegen politischer Abweichung entlassen. Nach diesem Beweis für ihre politische Toleranz wird klar, worauf die KP abzielt. Auf jenen Proporzunfug nämlich, der in bundesdeutschen Funkhäusern die journalistische Qualität als Einstellungsvoraussetzung weitgehend ersetzt hat.

Ganz allein stehen die Kommunisten indessen mit ihrer Vorstellung nicht. Auch die Regierung und das Präsidialamt versuchen, den von ihnen favorisierten Sprachregelungen handgreifliche Unterstützung zu geben. So bekam das Fernsehen einen dicken Rüffel aus dem Elysée-Palast, nachdem in den Abendnachrichten mitgeteilt worden war, Mitterrand habe zur Einweihung einer Luftfahrtschau die Kampfflugzeuge entwaffnen lassen, um nicht mit Raketen und Bomben auf ein Bild zu kommen. Solche Details, verfügte der Stabschef des Präsidenten, seien in Zukunft nicht mehr erwähnenswert.

Informationsminister Georges Fillioud seinerseits rügte eine Fernsehreportage über Kinderprostitution in Manila als »unanständig« und verlangte, wenn auch erfolglos, deren Absetzung vom Programm. Wenig später wurde die Reportage auf dem Fernsehfestival von Monte-Carlo mit dem ersten Preis der Sparte »Aktualität« ausgezeichnet.

Als der Franc nach heftigem Anstieg des Dollarkurses und langen teuren Bemühungen der europäischen Zentralbanken im Sommer '81 schließlich doch um rund 10 Prozent abgewertet wurde, setzte es erneut Hiebe. Das Fernsehen habe nicht den Begriff »Abwertung« zu verwenden, sondern solle die Maßnahme als »Kursangleichung« bezeichnen, tönte es von oben.

Staatspräsident Mitterrand schließlich wählte die Intendanten des zweiten Fernseprogramms und von Radio France für ein Fernsehinterview, in dem wie vor dem Machtwechsel üblich heikle Fragen unter den Tisch fielen:

Da hatte Außenminister Cheysson am Vorabend die europäische Nahostpolitik für tot erklärt und, dem israelischen Rundfunk zufolge, den Palästinensern das Recht auf staatliche Souveränität abgesprochen. Keiner der beiden Interviewer aber wagte es, den Präsidenten nach diesem peinlichen Ausrutscher seines Außenministers zu befragen.

Ganz wollen die Konservativen den Linken die Medien jedenfalls doch nicht überlassen. Völlig legal, wie vorgeschrieben ohne Werbung und auf Kosten der Stadtkasse, postierte der rechtsgerichtete Pariser Bürgermeister Jacques Chirac einen eigenen Sender auf dem Eiffelturm. Damit ist er für die Kommunalwahlen in einem Jahr gut gerüstet, bei denen die Sozialisten versuchen wollen, auch diese Bastion der Rechten zu stürmen.

Ein königlicher Volkstribun

Ne würde der französische Staatschef in einer Kreissparkasse wie dem Bundeskanzleramt residieren. Zum Präsidenten, einer Mischung aus Volkstribun und Bürgerkönig, gehört als Amtssitz ein Schloß mit vergoldetem Stuck, wertvollen Teppichen und kostbaren Lüstern. Diese glanzvolle Einbettung der Macht ist in Frankreich so selbstverständlich, daß auch der Sozialist Mitterrand nicht einen Moment daran dachte, sein Büro aus dem Elysée-Palast zu verlegen. Der Bau, in dem einst die Pompadour wohnte, erweckt oft den Eindruck, Frankreich sei die einzige noch funktionierende Monarchie auf der Welt.

Der Umgangston ist seit dem Machtwechsel im Palast weniger steif. Die Mehrzahl der Mitarbeiter kennt sich aus langer Parteiarbeit, man kleidet sich relativ locker und duzt einander, der einfache Straßenanzug ist nun erlaubt. Jeans allerdings immer noch verpönt: Auch sozialistischer Adel verpflichtet.

Mitterrand selbst indessen wahrt Distanz, und wenn Ronald Reagan einen Brief mit »Dear François« beginnt, zucken die Präsidentenberater leicht zusammen. Die Freunde, die Mitterrand mit »Du« anredet, kann man an den Fingern einer Hand abzählen. Zwar sagt der Präsident nicht »Sie« zu seiner Frau wie General de Gaulle, aber Vertraulichkeiten, zumal öffentlich, sind ihm ein Greuel. Da ist es schon eine Art politischer Konzession, wenn Bundeskanzler Schmidt neuerdings »Sie« und François sagen darf. Wenn Mitterrand als Kandidat händeschüttelnd durch die wartende Menge ging, war ihm die Scheu vor diesen vielen fremden Menschen anzusehen. Da fühlt er sich inzwischen offenbar wohler auf den goldbeschlagenen Sesseln, die man ihm auf die Bühne rückt, wenn er irgendeiner Feier beiwohnt.

Liebte Giscard die höfische Pracht, Mitterrand duldete sie, weil es zu dem Amt gehört, zu dem er sich geschaffen fühlt.

Er repräsentiert Frankreich in der geistigen Tradition von Jean Jaures und Leon Blum*, aber vor allem als Nachfolger de Gaulles, den Mitterrand bekämpfte, dessen Bedeutung er aber nie leugnete. Nicht umsonst ließ Mitterrand den Schreibtisch des Generals wieder in das Präsidentenbüro bringen. De Gaulle, das ist zunächst der Widerstand gegen die Nazis und auch der gegen den Widerstand der eigenen Freunde durchsetzte Ende des Algerienkrieges. De Gaulle, das ist nicht zuletzt eine politische Vaterfigur, die sich per Volksentscheid eine Verfassung auf den Leib schneiderte, die seinen starken Überzeugungen die nötige Entfaltungsmöglichkeit ließ. Wenn Mitterrand die Ansichten des Generals auch nicht in allen Punkten teilt, hat ihn der politische Gestaltungswille dieses Mannes immer angezogen, dessen jüngster Minister er im August 1944 kurz nach der Befreiung für wenige Wochen wurde. Was beim Vergleich beider Politiker auffällt, ist der gemeinsame Glaube an die ganz persönliche Mission und der mit moralischen Argumenten untermauerte, aus diesem Glauben abgeleitete Anspruch auf die politische Macht.

Mitterrands gesamter Amtsbeginn war durchsetzt von historischen Anspielungen und Gesten. Er sprach in diesem Zusammenhang von der französischen Revolution, ehrte die Résistance und verbeugte sich vor den Gräbern großer Demokraten. Ganz in dieser Linie zeigt ihn auch das offizielle Präsidentenporträt lesend in der Bibliothek des ElyseePalastes, und wenn er Giséle Freund auswählte, um sich fotografieren zu lassen, dann, weil diese Fotografin Männer wie James Joyce, André Malraux, Jean Cocteau und Ionesco porträtiert hat.

---

*Jean Jaures, geb. 1859, am 31.7.1914 ermordet, Sozialist, Abgeordneter der radikalen Linken, Pazifist, Begründer der Zeitung L'Humanité

Leon Blum, geb. 1872, gest. 1950, 1936-38 Ministerpräsident der Volksfront

Konkret 05/82, S. 76

Ernest Mandel

Konkret-Extra: Wird Frankreich sozialistisch? Experiment Mitterrand

KOMMENTAR

Nach einem Jahr Mitterrand-Regime sind die großen Linien der Entwicklung ziemlich genau abzustecken. Das linke Wahlbündnis hatte die Präsidentschafts-und Parlamentswahlen in glänzender Weise gewonnen, - der größte Wahlerfolg, den die Arbeiterbewegung je im Westen erreicht hat: 55 Prozent der abgegebenen Stimmen, 65 Prozent der Mandate im Abgeordnetenhaus. Dieser Wahlsieg war auf die große Unzufriedenheit der französischen Bevölkerung mit der Wirtschaftslage (mehr als 1,5 Millionen Erwerbslose, 12 Prozent Inflation pro Jahr), sowie mit den vielen Skandalen und dem undemokratischen Verhalten des Giscard-Barre-Regimes zurückzuführen.

Mitterrand war es gelungen, den linken Wahlblock als eine glaubwürdige Alternative gegenüber dem Bürgerblock erscheinen zu lassen. Die Masse der Wähler, die für ihn stimmten, erhoffte sich von seinem Wahlsieg eine grundlegende Änderung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lage, das Ende von Erwerbslosigkeit und Inflation, sowie eine spürbare Demokratisierung der Gesellschaft.

Sie erhofften diese Änderung durchaus auf dem Wege der Reformen und nicht der plötzlichen Revolution. Aber sie erhofften auch schnelle und radikale Reformen und eine merkliche Verbesserung ihrer Lebenslage.

Nach einem Jahr ist es offensichtlich, daß das Mitterrand-Mauroy-Regime immer größere Schwierigkeiten hat, seine Wahlversprechen einzuhalten, und daß diese Tatsache bei einem Teil seiner Wähler wachsendes Mißtrauen und Ungeduld hervorruft.

Der Hauptgrund für die beginnende Krise der Glaubwürdigkeit der französischen Linken ist ebenfalls offensichtlich: Er liegt in der kapitalistischen Wirtschaftskrise, die international ist, Frankreich jedoch in spezifischer Weise berührt. Trotz der zum Teil bedeutenden Verstaatlichungen ist der wirtschaftspolitische Kurs der Regierung durch die Formel abgedeckt: »Nicht Bruch oder Konfrontation, sondern Kompromiß mit den Unternehmern«, die von allen Strömungen innerhalb der Sozialistischen Partei (auch der ehemaligen Linksströmung um den Wissenschaftsminister Chevérement) akzeptiert wurde.

Die Kompromiß-Formel reduziert die Möglichkeiten der Regierung auf das Instrumentarium von Keynes: Ankurbelung der Wirtschaft durch Anhebung der Kaufkraft (Erhöhung der Mindestlöhne und der Renten). Das führte zwar zu einer bescheidenen Steigerung der Konsumgüter-Produktion (um etwa 2 Prozent), doch bei den Investitionsgütern tat sich nichts.

Die Unternehmer setzten ihren »Investitionsstreik« fort, weil trotz steigender staatlicher Subventionen für private Unternehmen die Rentabilität (Profitrate) zu gering ist. Da andererseits sowohl zunehmende staatliche Sozialleistungen wie wachsende Haushaltsgeschenke an die Unternehmer weder durch Rückgang der Militärausgaben noch durch genügende Steigerung der Steuern auf bürgerliches Einkommen und Vermögen kompensiert wurden, heizt diese Wirtschaftspolitik der wachsenden Staatsverschuldung die Inflation an. Und da die französische Industrie gegenüber ihren wichtigsten Konkurrenten (BRD, Italien, Benelux, Spanien, Großbritannien) entweder technologisch oder preislich ungenügend konkurrenzfähig ist, führt jede Erweiterung der Kaufkraft der französischen Bevölkerung zu mehr importierten Konsumgütern auf dem französischen Innenmarkt, d.h., zu einem überdurchschnittlichen Zahlungsbilanzdefizit Frankreichs. Dem kann kurzfristig nur mit aufeinanderfolgenden Abwertungen des französischen Franc (eine erste fand im Oktober 1981 statt; eine zweite wird wahrscheinlich dieses Jahr stattfinden) geantwortet werden. Auf die Dauer ist das im Rahmen des Europäischen Währungssystems - das daran zu zerschellen droht - und der EG jedoch untragbar.

Die Widersprüchlichkeit der Wirtschafts- und Sozialpolitik des Mitterand-Regimes kann somit auf den Begriff gebracht werden: Es ist unmöglich, in Zeiten kapitalistischer Wirtschaftskrisen eine großzügige und schon gar nicht eine radikale Reformpolitik durchzuführen, wenn man die Spielregeln der kapitalistischen Marktwirtschaft beachten will. Aus der wirtschaftlichen Zwangslage, in der sich der französische Linksblock befindet, gibt es nur drei Auswege:

Der erste wäre eine Europäisierung der Mitterrand-Politik, mindestens im EG-Rahmen. Dies würde eine weitere Ausdehnung des Zahlungsbilanzdefizits bzw. eine weitere Abwertung des Franc, vermeiden und möglicherweise durch steigende französische Exporte eine Beschleunigung des französischen Wirtschaftswachstums erlauben. Mittelfristig würde sich die Problematik aber im weltweiten Ausmaß wiederholen: Eine höhere Inflationsquote Westeuropas gegenüber den USA und Japan würde ein Anwachsen des europäischen Zahlungsbilanzdefizits und eine permanente beschleunigte Abwertung der europäischen Währungen in bezug auf Dollar und Yen erzeugen. Um ihre Exportanteile zu halten, würden die USA und Japan dagegen den Handelskrieg verschärfen. Die EG würde auf dem Weltmarkt verlieren, was sie auf dem Innenmarkt an Nachfrage gewinnen könnte.

Der zweite Ausweg wäre der Rückschritt zur Austeritätspolitik, um die Inflationsrate und das Zahlungsbilanzdefizit herunterzudrücken. Dies käme einer offenen Aufgabe der Wahlversprechen gleich, einem (wenn auch vielleicht etwas gemäßigten) Einschwenken auf die Wirtschaftspolitik der ehemaligen Regierung Giscard-Barre.

Der dritte Ausweg wäre die »Flucht nach vorn«, die radikale Erweiterung der direkten Arbeitsplätze- Schaffung durch die öffentliche Hand und die qualitative Erhöhung der produktiven Investitionen im öffentlichen Bereich (Betriebsgründung durch die öffentliche Hand, bzw. Erweiterung des Operationsradius der verstaatlichten Betriebe). Da praktisch der ganze Kreditsektor verstaatlicht ist, wäre dies technisch möglich und auch juristisch ohne allzu große Schwierigkeiten zu verwirklichen.

Aber gesellschaftspolitisch würde dies bedeuten, daß der verstaatlichte Sektor nicht mehr dem privaten untergeordnet ist, sondern mit ihm unmittelbar und in wachsendem Ausmaß konkurriert. Machtpolitisch bedeutet dies eine Kraftprobe, einen Kollisionskurs und nicht eine Zusammenarbeit oder einen Kompromiß mit dem nationalen und internationalen Kapital.

Die erste Lösung ist bei der gegenwärtigen innenpolitischen Konstellation in der BRD, Großbritannien und Benelux höchst unrealistisch, wenn auch Helmut Schmidt und die italienische Regierung wahrscheinlich zu einigen ungenügenden, bescheidenen »ersten Schritten« in dieser Richtung bereit wären.

Zur dritten Lösung fehlt der französischen Linken bisher jeglicher politischer Wille. Ob dies sich ändern würde, wenn der Druck von unten stärker wird, bleibt abzuwarten, ist aber unwahrscheinlich.

Bleibt also nur die zweite Lösung. Und hier mehren sich Anzeichen ominöser Natur. Zwei Zitate dürften die Lage verdeutlichen. Der stellvertretende Vorsitzende des Französischen Unternehmerverbands CNPF, Yvon Cotard, erklärt: »Das System von Minister Delors gleicht wie ein Bruder jenem, das der ehemalige Premierminister Barre einführen wollte« (»Le Matin«, 6. Januar 1982). Und der Wirtschaftstheoretiker des rechten Flügels der Sozialistischen Partei, Rosanvallon, stellt fest: »Das französische Sozialismus-Modell würde nur dann Kohärenz bekommen, wenn es sich mit der demokratischen Erfahrung eines kollektiven Anlernens der Austerität identifizieren würde.« (»Liberation«, 3. März 1982). Die politischen Schlußfolgerungen, die sich aus dieser Entwicklung ergeben, sind leicht vorauszusehen.

Die demokratischen Reformen - »qualitativ« genannt, weil sie nichts oder wenig kosten - sind im großen und ganzen verwirklicht, einige werden inzwischen wieder zurückgenommen. Damit sind die Flitterwochen des Mitterrand-Regimes zu Ende. Die Besserung der Wirtschaftslage ist ausgeblieben. Damit schrumpft die Wählerbasis des Regimes und verstärkt sich der Druck der Rechten. Bleibt abzuwarten, wie die Basis reagiert. Daß sie in wachsendem Maße unzufrieden ist, tritt immer deutlicher zu Tage. Die Zahl der Streiks und auch die Radikalität der Kampfformen nehmen zu. Aber sie können sich in zwei entgegengesetzte Richtungen bewegen:

· Entweder in der Richtung zersplitterter, mehr und mehr verzweifelter Teilaktionen, die in Niederlagen, Demoralisierung und mittelfristig in einen Wahlsieg der Rechten ausmünden würden.

· Oder in der Richtung vereinheitlichter Massenstreiks, vielleicht sogar eines Generalstreiks, der das Bürgertum und die Rechten schwächen und einen Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaft auf die Tagesordnung setzen würde.

Konkret 05/82, S. 78

Konkret-Extra: Wird Frankreich sozialistisch? Experiment Mitterrand

Fahrplan des Wandels

10. Mai 1981

François Mitterrand wird mit 51,75 Prozent der abgegebenen Stimmen zum Staatspräsidenten gewählt und nimmt somit erfolgreich Revanche für die Niederlage gegen Valéry Giscard d'Estaing vor sieben Jahren, als dem Sozialisten rund 400.000 Stimmen zum Sieg fehlten.

11. Mai

Die französische Börse wird vorübergehend geschlossen, und der Franc fällt bis ans untere Ende der Europäischen Währungsschlange.

22. Mai

Der am Vortag zum Ministerpräsidenten ernannte Pierre Mauroy weist die Erhöhung des Leitzinses auf 22 Prozent an, um den Kapitalabfluß zu stoppen.

3. Juni

Die wichtigsten Sozialleistungen und der Mindestlohn werden erhöht.

21. Juni im zweiten Wahlgang der Parlamentswahlen erringt die sozialistische Partei

(PS) mit 285 von 491 Sitzen die absolute Mehrheit. Die Kommunistische Partei

(PC) verliert die Hälfte ihrer Mandate, ebenso wie die konservativen Oppositionsparteien.

23. Juni

Vier kommunistische Minister werden in die Regierung aufgenommen, nachdem PS und PC eine gemeinsame politische Grundsatzerklärung abgegeben haben.

17. Juli

Prinzipielle Einigung zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften über die Verkürzung der Arbeitszeit.

4. August

Das Parlament verabschiedet das Amnestiegesetz. 6.200 von insgesamt 42.000 Häftlingen werden freigelassen.

9. September

Das 12 Milliarden-Defizit der Arbeitslosenversicherung wird teilweise durch eine Sondersteuer auf hohe Einkünfte finanziert.

14. September

Premierminister Pierre Mauroy präzisiert, daß Frankreich seine nukleare Rüstung fortsetzen und die Dauer des Wehrdienstes nicht verkürzen wird. Auch die Entwicklung der Neutronenbombe soll weitergehen.

18. September

Das französische Parlament schafft die Todesstrafe ab.

30. September

Um das Haushaltsdefizit auf 95 Milliarden Francs zu beschränken, verfügt die Regierung die Einführung der Vermögenssteuer, sowie die Erhöhung der Mineralöl-, Tabak- und Alkoholsteuer. Steuerbetrug soll stärker bekämpft werden.

4. November

Die Arbeitslosenzahlen übersteigen die Zwei-Millionen-Grenze.

10. November Die Sozialabgaben werden erhöht.

15. Dezember

Das Demonstrationsrecht wird entschärft.

18. Dezember

Das Parlament verabschiedet das Gesetz über die Verstaatlichungen, und die Opposition ruft den Verfassungsrat an.

23. Dezember

Das Parlament autorisiert die Regierung,

die Sozialgesetzgebung unter Umgehung des Parlaments auf dem Verordnungswege zu reformieren.

16. Januar 82

Der Verfassungsrat weist Teile des Verstaatlichungsgesetzes als verfassungswidrig zurück. Insbesondere die Abfindungen der Aktionäre müssen erhöht werden.

17. Januar

Die konservative Opposition gewinnt glatt in vier Nachwahlen zur Nationalversammlung. Die PS verliert in allen Wahlkreisen rund 5 Prozent der Stimmen.

1. Februar

Die 39-Stunden-Woche und eine fünfte Urlaubswoche werden auf dem Verordnungswege eingeführt.

3:7. Februar

24. Parteitag der französischen Kommunisten. Parteichef Georges Marchais verlangt von jedem Kommunisten, »sich als Mitglied einer Regierungspartei« zu verhalten. Die sowjetische Gastdelegation wird von einem der Kronprinzen des Kremls, dem Politbüromitglied Tschernenko, geleitet. Die chinesische KP ist zum erstenmal seit 20 Jahren wieder vertreten.

5. Februar

Das Parlament verabschiedet die Neufassung des Verstaatlichungsgesetzes. Die Opposition ruft erneut den Verfassungsrat an.

11. Februar

Der Verfassungsrat billigt das Verstaatlichungsgesetz.

13. Februar

Die korsische Befreiungsfront. bombt

sich wieder in Erinnerung. Bilanz von 15 Sprengstoffanschlägen: Ein Toter und mehrere Verletzte.

24. Februar

39. Deutsch-franz. Gipfel. Schmidt und Mitterrand betonen Einigkeit.

3. März

Das Gesetz über die Dezentralisierung trifft in Kraft.

4. März

In Marseille begeht der Direktor der Sozialversicherung Selbstmord, nachdem er von der zuständigen sozialistischen Ministerin seines Amtes enthoben worden war. Die rechte Opposition spricht von »politischem Mord«.

5. März

Mitterrand betont vor der Knesseth in Jerusalem das Recht der Palästinenser auf staatliche Souveränität.

8. März

Der internationale Tag der Frau wird in Frankreich von der Regierung unterstützt. Abtreibungen werden künftig von der Krankenkasse bezahlt.

11. März

Haushaltsminister Fabius warnt eindringlich vor zu großen Defiziten in den Haushalten der kommenden Jahre. Er fürchtet für 1983 ein Minus von rund 200 Milliarden Franc (etwa 80 Milliarden D-Mark).

12. März

Blitzbesuch Mitterrands in Washington.

14. März

Zum ersten Mal seit über 30 Jahren wird mit Innenminister Gaston Deferre ein amtierendes Regierungsmitglied wegen Beleidigung verurteilt. Deferre hatte dem Bürgermeister von Paris, Jacques Chirac, vorgeworfen, sich durch halblegale

Spielzirkel Geld für die Parteikasse beschafft zu haben.

14. und 21. März

19 Millionen Franzosen wählen die regionalen Generalräte. Die erste große Testwahl seit dem Machtwechsel bestätigt den Niedergang der KP und bringt der rechten Opposition Stimmengewinne. Insgesamt kann die Linke 49,5 Prozent der Stimmen für sich verbuchen, die konservative Opposition 49,92 Prozent. Die Grünen erhalten 0,44 Prozent.

25. März

Das Rentenalter wird mit Wirkung von 1983 generell auf 60 Jahre gesenkt. e Gewerkschaften üben scharfe Kritik an der neuen Regelung, weil die Höhe der Rentenansprüche nicht geregelt ist.

16. April

Das Gesetz » Sicherheit und Freiheit« soll nach Willen des Innenministers Gaston Deferre verschärft werden. Französische Polizisten sollen danach jederzeit Ausweiskontrollen auf der Straße vornehmen und auf Flüchtige nach dreimaligem Anruf schießen dürfen. Justizminister Badinter erklärt, Terroristen sollen in Zukunft von Berufsrichtern ohne Hinzuziehung von Geschworenen abgeurteilt werden.

Konkret 05/82, S. 80

Felix Perelsztein

Meinungs-Einfalt

Die Liberalen haben eine neue Möglichkeit ausgedacht, die Koalition zu kippen: Gegen den Willen des Kanzlers und der SPD soll Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff die Verflechtung der Verlage Burda und Springer genehmigen. Für die Pressefreiheit ist es ohne Belang: Statt fünf teilen sich dann vier Familien den Meinungsmarkt.

Das Deutsche Fernsehen stellte ihn dem gelangweilten Publikum als den »stillen Menschen von Gütersloh« vor, das amerikanische Wirtschaftsmagazin »Business Weck« nennt ihn schlicht »the king«, der »Spiegel« (an dem er beteiligt ist) hält ihn für einen »freundlichen Moloch«. Bürgerlich heißt der Mann mit den vielen Beinamen Reinhard Mohn, 61, und hat eas Sagen im Hause Bertelsmann - eines Medien-Konzerns mit über fünf Milliarden Mark Umsatz.

Mehr macht übers Jahr nur noch einer auf der Welt: Der amerikanische Musik-Multi CBS, der unter anderem in den USA ein landesweites TV-Programm ausstrahlt, sich aber auch gern ein paar Mark mit Wolf-Biermann-Platten hinzuverdient, setzte zuletzt rund neun Milliarden Mark um.

Doch zwischen der Nr. 1 und der Nr. 2 gibt es einen gravierenden Unterschied: Während bei CBS 30 921 Aktionäre Anteile halten, gehört Bertelsmann nur drei Leuten: Reinhard Mohn zu 42,65 Prozent, seinem Sohn Johannes Mohn, 32, zu 46,61 Prozent und dem Inhaber des »Zeitverlags«, Gerd Bucerius, 75, zu 10,74 Prozent. Und nur einer bestimmt, was geschieht: In stiller Menschlichkeit hat sich der »king« die Stimmrechts-Mehrheit gesichert.

Seit 35 Jahren macht Mohn aus bedrucktem Papier Geld, verkauft, was sich irgend verkaufen läßt. Es ist reiner Zufall, mit einem Produkt aus Gütersloh nicht, in Berührung zu kommen. Allein über fünf Millionen Deutsche lassen sich von Bertelsmanns Buchgemeinschaften und Schallplattenringen im Abonnement diktieren, was lesens- und hörenswert ist. Auf der Welt sind es sogar über zwölf Millionen Menschen.

Zum Reich des Deutschen gehören rund 200 Unternehmen und Beteiligungen in über 20 Ländern, darunter der Taschenbuch-Marktführer in den USA, Bantam Books, und die New Yorker Plattenfirma Arista Records, wo die Gütersloher Polygram (eine Tochterfirma von Siemens und Phillips) überboten. Egal, ob Bücher von Goldmann, Steinhausen oder Mosaik, Platten von Ariola Eurodise oder Film-, Fernseh- und Video-Produktionen der Ufa - immer kassiert Bertelsmann.

Eine der wichtigsten Erwerbungen des Medien-Multis war Gruner + Jahr. Der Hamburger Verlag, zu 74,9 Prozent Besitz der Bertelsmann AG, beherrscht den Markt der Glanzpapier-Zeitschriften. Im Angebot sind die Illustrierte »Stern« (Auflage: 1,7 Millionen) ebenso wie das Frauenblatt »Brigitte« (1,37 Millionen), die Magazine für besondere Bedürfnisse »Schöner Wohnen« (0,4 Millionen), »Geo« (0,46 Millionen), »Essen & Trinken« (0,25 Millionen), »P. M.« (0,35 Millionen), »Eltern« (0,6 Millionen).

Verglichen mit Bertelsmann und seiner wohlhabenden Tochter G + J ist der Springer Verlag - nicht nur was das Niveau betrifft - eher ärmlich dran. Die Verlagsgruppe setzt knapp ein Drittel so viel um - rund zwei Milliarden Mark. Geld macht Springer mit seinen Druckereien (größter Fremdauftrag: wöchentlich gut eine Million Exemplare des »Spiegel«), den Buchverlagen Ullstein und Propyläen und seinen Zeitschriften und Zeitungen. Er gibt die größte Fernsehprogramm-Illustrierte des Kontinents heraus, »Hörzu« (Auflage: 3,7 Millionen), und eine der billigsten, »Funk Uhr« (Auflage: 2,3 Millionen).

Weil die Konkurrenten am siebten Tage ruhen, hat Springer mit »Bild am Sonntag« (Auflage: 0,33 Millionen) fast ein Monopol. Doch auch werktags ist der Verlag mit seinen Zeitungen der größte: In Berlin kommt mit »BZ« und »Berliner Morgenpost« rund 80 Prozent der Stadtauflage aus der Kochstraße, in Hamburg gibt es nur noch einen Konkurrenten, der in Wahrheit keiner ist: die »Morgenpost« der Schweizer Spekulanten Eduard und Christian Greif. Mit dem »Hamburger Abendblatt« (Auflage-. 0,33 Millionen) hat Axel Springer eines der »meistverdienenden Objekte im Hause«, mit der in Bonn erscheinenden »Welt« allerdings auch das marodeste der Branche. »Bild« (Auflage: 4,6 Millionen täglich) gibt es bundesweit. Das Skandalblatt, das der Verleger 1952 in sechs Tagen »mit Kleistertopf und Schere« zusammengebastelt hatte, begründete den größten Zeitungskonzern Europas.

Mit einem Superlativ schmückt sich auch ein anderer Hamburger Konzern gern: der Heinrich Bauer Verlag. Die Familiengesellschaft darf sich als Europas größter Zeitschriften-Konzern bezeichnen, weil buntbedrucktes Papier, im Rücken mit etwas Draht geheftet, in die Kategorie fällt - ohne Ansehen des Inhalts. Der Clan - Vater Alfred, Sohn Heinz und die Schwestern Heike und Marlies - macht schätzungsweise eineinhalb Milliarden Mark Umsatz mit klebrigen Pornos, mal vermischt mit rechtsradikalen Polittönen und Klatsch wie in »praline« (Auflage: 0,8 Millionen), oder »Neue Revue« (1,3 Millionen), mal pur wie in »Wochenend« (0,7 Millionen) oder »sexy« (0,25 Millionen).

Bauer liefert Wertloses für wenig Geld: Trugbilder aus dem Hochadel erscheinen in »Neue Post« (Auflage: zwei Millionen); Weltbilder von gestern stehen in den Frauenblättchen »tina« (Auflage: 1,7 Millionen) und »bella« (0,7

Millionen). Für die Weltbilder von vorgestern ist der hauseigene Erich Pabel Verlag in Rastatt zuständig, der in seinen »Landser«-Heftenden zweiten Weltkrieg beschönigt. Die lahme Illustrierte »Quick« (0,99 Millionen) wird von Bauer ebenso gemacht wie das platte Jugendmagazin »Bravo« (1,25 Millionen) und die deutsche Ausgabe des prallen »Playboy« (0,4 Millionen). Und es gibt sogar zwei Blätter, in denen wenigstens ein Teil des Inhalts der Wahrheit entspricht: Die Programm-Zeitschriften »TV Hören und Sehen« (Auflage: 2,5 Millionen) und »Fernsehwoche« (2,4 Millionen).

Daß es immer noch am ersprießlichsten ist, bei sich selber Kunde zu sein, gehört auch zur Überzeugung der Drucker-Familie Burda aus Offenburg im Schwarzwald. Den Burdas gehören zwei Groß-Verlage, eine Papierfabrik und mehrere Druckereien. Zur kompletten Autarkie fehlten nur die Leser. Doch auch die fanden sich. In den Burda-Blättern gibt es keine Konflikte auf der Welt, mal abgesehen von Kommunisten und Sozis.

Mutter Aenne gibt in ihrem Verlag Aenne Burda die Schnittmuster-Sammlung »Burda Moden« (Auflage: 115 Millionen) heraus und das Jung-Frauen-Magazin »Carina« (Auflage: 0,5 Millionen). Vater Franz, 79, (»Ich bin autoritär - aber ich mach's lustig«) macht zusammen mit den drei Söhnen Franz, 49, Frieder, 45, und Hubert, 42, in der Burda GmbH knapp 800 Millionen Mark Umsatz. Die Mär von der heilen Welt verbreitet vor allem auf dem Land die Illustrierte »Bunte« (Auflage: 1,36 Millionen); die »Freizeit Revue« (Auflage: 1,3 Millionen) bringt Hofberichte und gibt den Lesern ein paar Kreuzwort-Rätsel auf; »Das Haus« (Auflage: 2,7 Millionen) ist bieder; die TVZeitschrift »Bild + Funk« (Auflage: eine Million) dröge - allesamt sind sie Futter für die Druckmaschinen der Burdas.

Zu den paar Reichen im Land, die es sich leisten können, ihre Meinung frei zu veröffentlichen, gehört noch einer aus dem Ländle. Georg von Holtzbrinck, 72, hat den Umsatz seiner Verlagsgruppe in zehn Jahren verachtfacht - auf 1,1 Milliarden, Mark. Fast unbemerkt expandierte der Stuttgarter, der mit seinen Buchclubs wie etwa dem »Deutschen Bucherbund« und der »Evangelischen Buchgemeinde« zu Vermögen gekommen ist, in alle Sparten des Gewerbes. Ihm gehören Druckereien, Plattenproduktionen, Verlage. Auf der langen Liste stehen renommierte Namen wie S. Fischer in Frankfurt und der Fischer Taschenbuch Verlag (als Chefin fungiert die Holtzbrinck-Tochter Monika Schoeller, 42), die Droemersche Verlagsanstalt (Starautor: Johannes Mario Simmel), die Verlage Kindler und Wolfgang Krüger sowie 24,9 Prozent von Rowohlt. Jüngste Erwerbung: der traditionsreiche Schulbuch-Verlag Schroedel in Hannover.

Diskret hat sich der Adlige auch seine Zeitungen und Zeitschriften zusammengekauft. Er besitzt regionale Monopolisten wie die »Saarbrücker Zeitung« und den Konstanzer »Südkurier« und Deutschlands Industrie-Sprachrohr »Handelsblatt«. In Düsseldorf müht sich Holtzbrincks Sohn Dieter, 40, weitere Wirtschafts-Objekte um die von Montag bis Freitag erscheinende Zeitung zu gruppieren. Zwei sind bereits vorhanden: die einstmals kritische, bei den Holtzbrincks zum Verbraucher-Magazin verkommene »DM« (Auflage: 0, 15 Millionen) und die zahme »Wirtschaftswoche« (Auflage: 0, 1 Millionen). »Wenn man wirtschaftlich die Möglichkeit hat, aktiv zu sein«, umreißt Georg von Holtzbrinck das Motto der Großverleger, »soll man es tun.«

Zum Tun bleibt nicht mehr viel Gelegenheit. Die Bundesrepublik ist längst verteilt. Die reichen Fünf haben den deutschen Zeitungs- und Zeitschriften-Markt unter sich aufgeteilt. Die Branche tut einander nicht weh. Im Angebot der Verlage gibt es kaum Überschneidungen.

Wer - wie Springer - Zeitungen macht, hält sich bei den Zeitschriften weitgehend und bei den politischen Magazinen völlig raus. Und umgekehrt.

Wer - wie Gruner + Jahr - teure Zeitschriften produziert, bringt nicht auch noch billige an den Kiosk. Und umgekehrt.

Wer - wie Burda - die heile Welt besingt, macht nicht im Kontrast auch Kritisches.

Wer - wie Holtzbrinck - zu spät kommt, sucht sich ganz still eine Marktlücke.

Aus den fünf Giganten könnte ohne Not auch einer werden - der kapitalistische Einheitskonzern.

Der Weg dazu ist bereitet. Zu der Einsicht, daß nichts endgültig ist, man immer neu auf- und umverteilen kann, verhalf den Druck-Erzeugern ein Mann, von dem sie es am wenigsten erwartet hatten: Axel Springer, einer von ihnen. Wenn er am 2. Mai seinen 70. Geburtstag begeht, kann der Presselord auf Klarheit über sein Lebenswerk hoffen: Wer künftig statt seiner die Macht über Meinungen und Menschen in diesem, seinem Lande ausübt.

Und dank der Freidemokraten Hans-Dietrich Genscher und Otto Graf Lambsdorff soll als kostenlose Dreingabe Springers Herzenswunsch in Erfüllung gehen: Der Machtwechsel in Bonn. Obwohl sich nicht ein Fürsprecher zugunsten des Geschäftscoups findet, ist das FDP-Duo entschlossen, dem Verleger einen Freibrief für den Verkauf seines Konzerns auszustellen. Ihr Hintergedanke: Einmal werde sich der neue Medienverbund erkenntlich zeigen und die bedrängte Partei publizistisch aufrüsten. Doch wichtiger noch: Die Handels-Freiheit für Springer könnte die Koalition wuppen, ohne daß der Ruf der Pendler-Partei an den Freidemokraten hängen bliebe. Zur Verwirklichung des Vorhabens haben sich die beiden Spitzenmänner jetzt sechs Monate Spielraum geben lassen.

Der Plan mag aufgehen. Wie so oft glaubt die SPD-Fraktion auch hier an eine Fiktion: an die Meinungsvielfalt - die längst von der Meinungseinfalt besiegt ist. Die Presse-Konzentration hat den Artikel 5, der jedem das Recht gibt, sich ungehindert in Wort, Schrift und Bild zu verbreiten, zu einem Schaustück im Deutschen Museum vergessener Grundrechte gemacht.

Die Chance, unabhängig zu bleiben, haben bestenfalls ein paar regionale Zaunkönige wie der Verlag Neven DuMont (»Kölner Stadtanzeiger«, »Express«), der Süddeutsche Verlag (»Süddeutsche Zeitung«, Münchner »Abendzeitung« und neuerdings eine Minderheitenbeteiligung am »Münchner Merkur«) oder Spezialisten wie die Fazit-Stiftung mit Ihrer »Frankfurter Allgemeine Zeitung«. Egal, mit wem sich Springer einläßt: Für die Meinungsfreiheit in der Bundesrepublik bedeutet das nichts mehr.

Der Umverteilungsprozeß des Verlagsimperiums ist in vollem Gange. Als erstes trennte sich der Großverleger von ein paar Minusmachern im eigenen Hause. Der Kristall Verlag wurde geschlossen, »Ullsteins Gourmet Journal« an den Reutlinger Bauunternehmer Günter Lütze verscherbelt (der es unter dem Namen »Vif« beleben möchte). Ende Januar gab Springer dann seine 24,9 Prozent am Münchner Zeitungsverlag ab, wo er den konservativen »Münchner Merkur« (Auflage: 0,19 Millionen) und das Boulevard-Blatt »tz« (Auflage: 0,2 Millionen) endgültig auf Strauß-Kurs zu bringen versuchte. Das Bundeskartellamt hatte Springer untersagt, seinen Anteil bis zur Mehrheitsbeteiligung auszubauen. Als Käuferin des Pakets träten ausgerechnet Käthe und Dirk Ippen auf - Witwe und Sohn des Verlegers Rolf Ippen, den Springer 1956 beim Kampf um den Berliner Ullstein-Verlag ausmanövrierte.

Doch für die Festigung seines Konzerns über den Tag hinaus hat der Pressezar andere Regenten ausgeguckt: Die Söhne des schlitzohrigen Provinz-Patriarchen Franz Burda, die in Offenburg stille Tage im Klischee verleben. Alles, was geschieht, erreicht die Badenser mit erheblicher Verspätung. Die Redaktionen pflegen das Grüß Gott von gestern. So hat die »Bunte« (Chefredakteur: Dr. phil. Hubert Burda) gerade den 1951 geschriebenen Roman »Die Tote von Beverly Hills« abgedruckt. Der Autor Curt Goetz segnete 1960 das Zeitliche. Und auch der Tod des Regisseurs Alfred Hitchcock im April 1980 scheint sich bis Offenburg noch nicht herumgesprochen zu haben. Er empfiehlt den »Bunte«-Lesern den Kurzkrimi im Heft.

Wichtiger als journalistisches Fingerspitzengefühl ist Axel Springer die rechte Gesinnung. Denn das Nachdenken über den künftigen Kurs des Konzerns hat er seinen Käufern längst abgenommen. Bereits 1970 hat Springer sein politisches Glaubensbekenntnis in die Satzung seiner AG geschrieben. Seither sind seine »vier Grenzpflöcke« auch Bestandteil der Redakteurs-Verträge. Wer bei Springer engagiert ist, verpflichtet sich zu:

0 »Unbedingtem Eintreten für die Wiederherstellung der deutschen Einheit«;

o »Aussöhnung zwischen Deutschen und Juden. Hierzu gehört auch die Unterstützung der Lebensrechte des israelischen Volkes«;

o »Ablehnung jeglicher Art von politischem Totalitarismus«;

o »Bejahung der sozialen Marktwirtschaft«.

Dieser Weltanschauung werden sich die neuen Kompagnons zu unterwerfen haben - auch dann, wenn sie wie beabsichtigt in zwei Schritten bis zum 30. Juni 1983, 51 Prozent des Verlages übernommen haben. Denn nach dem Aktienrecht läßt sich die Satzung nur mit einer Dreiviertel-Stimmenmehrheit verändern, also mit 75 Prozent.

Der Deal wird durch das politische Vademecum nicht behindert. Schwierigkeiten macht allein das Bundeskartellamt. Die 6. Beschlußabteilung untersagte erstmal die Elefanten-Hochzeit. Der Zusammenschluß lasse eine »marktbeherrschende Stellung« erwarten.

Mit dem Negativ-Bescheid aus Berlin hatten die Antragsteller indes von vornherein gerechnet. Vorher schon, im Frühjahr letzten Jahres, hatten die Pressegiganten in Bonn das Plazet für ihr Vorgehen ausgehandelt.

Der Bundeswirtschaftsminister kann nämlich nach § 24 des Kartell-Gesetzes eine Untersagungs-Verfügung des Kartellamtes aufheben, wenn die drohende Wettbewerbsbeschränkung durch gesamtwirtschaftliche Vorteile aufgewogen wird. Otto Graf Lambsdorff, seit der Parteispenden-Affäre »Count Cash« genannt, sieht keine Schwierigkeit, dem mächtigen Duo gefällig zu sein. Zumal die Begründung für sein Vorgehen bereits konstruiert ist: Springer muß deutsch/national bleiben. Zum Schein nahmen Springer-Bevollmächtigte Verhandlungen mit einem ausländischen Interessenten auf, dem britischen Gemischtwaren-Multi Lonrho.

Was für andere große deutsche Inhaber-Gesellschaften wie etwa Krupp nie galt, soll bei den Presseriesen plötzlich Regel werden: Wenn der Inhaber zu alt ist oder lustlos, wird seine Aktiengesellschaft nicht etwa an der Börse per Volksaktien angeboten, sondern gleich von einem anderen Inhaber-Clan geschluckt. Daß das so ist, hängt mit den Startbedingungen der deutschen Nachkriegspresse zusammen.

Wer eine Lizenz zur Herausgabe von Zeitungen und Zeitschriften bekam, bestimmten die Besatzungsmächte. Einen mochten die Alliierten besonders gern: Axel Cäsar Springer. »Unter allen einzelnen, denen von den Alliierten, vom Staat, von der Gesellschaft Vorteile zugeschanzt worden sind, steht er weit obenan«, erinnert sich der »Spiegel«-Herausgeber

Rudolf Augstein. »Die Lizenzen für zwei Publikationen bekam er allein, die für die dritte zur Hälfte. Ich kenne keinen anderen Deutschen, dem zweieinhalb Lizenzen, jede einzelne identisch mit einer Geldgrube, zugeteilt wurden (ich beispielsweise, Nutznießer des gleichen Systems, hatte eine Drittel-Lizenz).«

Springer selbst hat für die Bevorzugung eine einfache Erklärung: er sei »the most untypical German they ever sawo gewesen. Daß er der mit Abstand untypischste Deutsche gewesen sei, den die Engländer jemals gesehen haben, soll die Legende belegen, wie Springer im Hamburger »Berry-House« vom britischen Gouverneur als Lizenzträger gekürt wurde. Die anderen Bewerber - angeblich Oberkellner, NSDAP-Parteisekretäre und Marktschreier - hätten grell geschildert, wie sie von den Nazis verfolgt worden seien. Daraufhin habe sich der Statthalter Seiner Königlichen Hoheit an den letzten in der Reihe gewandt: »Und wer hat sie verfolgt?« Springer: »Ooch, eigentlich nur die Frauen.«

Wie auch immer - der Mann, der eigentlich »Sänger werden wollte, Sänger auf großer Bühne«, bekam am 15. Dezember 1946 die Lizenz für die »Hörzu«; 1948 erlaubte man ihm auch noch das »Hamburger Abendblatt«. Springers Harmonie-Streben nach den Leiden des Krieges wurde zum Leitmotiv der betulichen Großstadt-Zeitung: »Seid nett zueinander!« 1953 überließen ihm die Briten zum Schlußverkaufspreis von 3,5 Millionen Mark die damals renommierte »Welt«, die »Welt am Sonntag« und das klatschsüchtige »Neue Blatt«.

Im Gegensatz zu manchen Nachkriegs-Verlegern, die eher zufällig ins Geschäft gekommen waren, verstand Springer etwas von dem Gewerbe. Er hatte den Journalisten-Beruf gelernt. Der Vater, der im damals noch preußischen Altona bei Hamburg den 1789 gegründeten Verlag Hammerich & Lesser betrieb, steckte den Junior »als Lehrling in die Setzerei«. Später arbeitete er in einer Papiergroßhandlung, war für die Nachrichtenagentur »Wolffs Telegraphenbüro« tätig und volontierte bei der »Bergedorfer Zeitung« (von der ihm heute 20 Prozent gehören). 1934 wurde er Redakteur bei den väterlichen »Altonaer Nachrichten«, laut Impressum verantwortlich für »Handel, Schiffahrt, Sport«, später stellvertretender Chefredakteur.

Dem Dienst bei der Wehrmacht entzog er sich, indem er Beschwerden an der Bauchspeicheldrüse vortäuschte. 1944, die väterliche Zeitung war eingestellt worden, überraschte Sohn Axel, überzeugter Anhänger der Astrologie, die Eltern mit einer Lesebuch-Mitteilung: »Wenn das freie Wort wieder Gültigkeit hat, dann mache ich den größten Verlag Europas.« Vater Hinrich habe etwas irritiert zu seiner Frau gesagt: »Ottilie, ich glaube, der Junge spinnt.« Doch die Mutter beunruhigte das nicht: »Hinrich, bei dem Jungen weiß man das nicht so genau.«

Das ist bis heute so geblieben: Bei Axel Springer weiß man nicht so genau. Als er leitenden Mitarbeitern seine Erfindung, die Un-Zeitung »Bild« vorführte, hatte er auch gleich Programmatisches auf Lager: »Wir sind für die Wiedervereinigung und gegen das Hundeschlachten.« Springer: »Die haben geschrien vor Lachen. «

Dem Verleger, der sich nicht als Kaufmann, sondern als politisch Verantwortlicher versteht, war es bitter ernst. Er hatte sich ein Instrument geschaffen, mit dem er Millionen Leser nach seinem Willen lenken konnte. Die schweigende Mehrheit hatte das Sprachrohr für ihre dumpfen Ressentiments. Die Minderheiten bekommen es bis heute zu spüren: »Bild« ist für Kernkraft und gegen Demonstranten, für kalten Krieg und strammen Antikommunismus und immer noch gegen die Ostpolitik. Und am schlimmsten: »Bild« und vor allem das Schwesterblatt »Bild am Sonntag« predigen rechten Nationalismus.

Die Aggressionen, die der Tycoon weckte, kehrten sich zum Teil auch gegen ihn selbst. Schon bald fühlte er sich als »der meistangegriffene Mann der Bundesrepublik«. Nach dem Attentat auf Rudi Dutschke - der Täter, Josef Bachmann, erklärte vor Gericht: »Meine Information habe ich vorneweg aus der Bildzeitung bekommen« - demonstrierte die APO vor den Springer-Häusern und verhinderte die Auslieferung von Zeitungen. Lieferwagen wurden umgeworfen, manche in Brand gesteckt. Der Protest war in wenige Worte gefaßt: »Haut dem Springer auf die Finger.« Oder noch einfacher: »Enteignet Springer.« 1972 explodierte im Hamburger Springer-Hochhaus an der Kaiser-Wilhelm-Straße eine Bombe. 17 Menschen wurden verletzt. Bald darauf wurden Besucher von Verlagen behandelt wie Passagiere auf den Flughäfen - als Sicherheitsrisiko.

Angeschlagen wurde der Konzern erst von einem Einzelkämpfer - mit journalistischen Mitteln. Günter Wallraff schlich sich unter dem Namen Hans Esser bei »Bild«-Hannover ein, schwamm eine Zeitlang in der Redaktion mit und enttarnte die »professionelle Fälscherwerkstatt« in seinem Buch »Der Aufmacher«. Im zweiten Buch »Zeugen der Anklage« kommen Opfer von »Bild«-Berichten zu Wort. Im »Bild«-Handbuch schließlich beschreibt Wallraff, wie man sich gegen das Blatt zur Wehr setzen kann.

Was der Journalist zu berichten hatte, ging sogar den »Bild«Lesern nahe. Die Auflage sackte kräftig ab. Der Bundesgerichtshof, vom Verlag angerufen, billigte das Ausspähen der Redaktion und entdeckte bei der Zeitung »gewichtige Mißstände«. Da mochte auch Springer nicht mehr zurückstehen: Er leide an »Bild« »wie ein Hund«. Reaktion seiner erbosten Redakteure: »Entmündigt Springer.«

Ob es ihnen allerdings, wenn das Geschäft zustande kommt, mit den neuen Herren besser geht, ist zweifelhaft. Die Burda-Familie ist zwar strikt konservativ, aber politischen Querelen geht sie gern aus dem Wege. Väterchen Franz, der sich gern

Senator nennen läßt, hat seine eigene Art, Konflikte zu lösen: Als 1976 andere Verlage wie etwa der sich liberal gebärdende Gruner + Jahr ihre streikenden Drucker aussperrten, lud er seine Belegschaft zu einem Betriebsausflug mit Picknick und Musik ein. Solidarität auf badisch.

Anders als Axel Springer hat Franz Burda nie politische Ambitionen gehabt. Für ihn sind Zeitungen Geschäftsobjekte und keine politischen Werkzeuge. Schon die erste Zeitung der Burdas war völlig unpolitisch: Die »Sürag« (»Süddeutsche Radio-Zeitung«), 1927 gegründet, wurde von Vater und Sohn gemeinsam redigiert, gesetzt und gedruckt. Der Kleinbetrieb (vier Mitarbeiter) begann zu florieren. Anfang der 30er Jahre hatte die »Sürag« eine Auflage von 85 000. Eine Tiefdruckerei wurde 1934 gebaut. 1938 fand Burda die Gelegenheit, seinen Betrieb nochmal zu vergrößern: Von 100 Mitarbeitern auf 250. Er arisierte die Mannheimer Firma Gebrüder Bauer. Burda: »Aber auf humane Weise.«

Nach der Kapitulation im Sommer 1945 kam Burda sogleich mit der französischen Besatzungsmacht ins Geschäft. Für den geographischen Dienst der französischen Armee druckte er Generalstabskarten, für die deutsche Post in der französischen Zone Briefmarken und für die Unterrichtsverwaltung von NS-Gedankengut gesäuberte Schulbücher. Obwohl ihn die Franzosen vor der Demontage bewahrt hatten, war Burda, Mitglied der NSDAP seit 1938, vorsichtig: Er bewarb sich nicht um eine Zeitungslizenz. Mit seiner »Sürag«, die er in »Bild und Funk« umtitulierte, begann er nach Aufhebung des Lizenzzwanges. Besonderen Spaß fand er allerdings erst an der »Bunten«, die zunächst »Das Ufer« hieß. Burda betätigte sich als Drucker, Herausgeber und Redaktions-Chef. Sogar die Handlung der Fortsetzungsromane dachte Burda, meist morgens in der Badewanne, selbst aus. Sie hatten Titel wie »Ober Tränen siegt die Liebe« und überwältigten auch den Autor. Burda: »Als ich den Schluß diktierte, kamen mir die Tränen.«

Burdas Aufstieg vom Provinz-Drucker zum Pressegiganten, läßt sich nicht damit erklären, daß sich in seinen Blättern Herz auf Schmerz reimte. Der Geschäftsmann erkannte sehr schnell die Gesetze der Marktwirtschaft im Mediengeschäft, Burda expandierte, indem er die Konkurrenz vom Markt kaufte. 1959 die »Deutsche Illustrierte« aus Stuttgart für 750 000 Mark. 1960 die »Münchner Illustrierte« für 2,6 Millionen Mark; 1962 legte er ebensoviel für die »Frankfurter Illustrierte« an. Doch über die Main-Linie nach Norden traute er sich nicht. Und auch heute überkommt das Burda-Fähnlein Angst bei dem Gedanken, es vielleicht bald mit dem fixen Hamburger Management zu tun zu bekommen.

Tatsächlich spielt sich der wesentliche Teil der deutschen Pressegeschichte in einem Umkreis von drei Kilometern um das Hamburger Pressehaus am Speersort ab. Und hier begann auch die hektische Mode, Einfallsreichtum durch das Scheckbuch zu ersetzen. Dabei tat sich besonders Siegfried Moenig hervor, Generalbevollmächtigter des Heinrich Bauer Verlages.

Während Alfred Bauer, dessen Großvater Louis 1875 den Betrieb mit dem Druck von Visitenkarten begründete, sich um den Verbrauch von Klopapier sorgte, abends im Verlagshaus die Lichter löschte und die Einrichtung einer Kantine mit dem Hinweis verweigerte, er selber esse auch nur mitgebrachte Brote, überbot Moenig die Konkurrenz mit Millionensummen.

So schnappte er dem Duo Burda/Springer, die als gemeinsame Interessenten auftraten, 1961 die »TV Fernseh-Woche« und die »Neue Post« weg. Moenig zahlte sieben Millionen, zwei mehr als die Konkurrenten geboten hatten. 1963 sackte er für zwölf Millionen Mark die »Neue Illustrierte« ein. Beim nächsten Handel mußte der rechte Verlag 1966 sogar Gewerkschaftsgelder in Anspruch nehmen: Nur mit Hilfe der Investitions- und Handelsbank, an der die BfG beteiligt ist, konnte Moenig 68 Millionen aufbringen für den Th.Martens-Verlag mit den Titeln »Quick«, »Revue« (legte er mit der »Neuen Illustrierten« zusammen), »Kicker und »Twen«. Die beiden letzten verscherbelte er wieder, weil sie nicht in Bauers Bums- und Banalitäten-Sammlung paßten. Da waren »Wochenend« und »Das Neue Blatt« schon günstigere Gelegenheiten. Für das Klatschblatt, das alle wichtigen Informationen geflissentlich ausspart, zahlte er 33 Millionen Mark - etwa doppelt soviel wie der Springer Verlag erwartet hatte. In wenigen Jahren raffte Moenig rund ein Dutzend Zeitschriften und drei Heftchen-Verlage zusammen.

Bei Pabel-Moewig-Semrau erscheint die Voyeur-Illustrierte »Schlüsselloch« (Themenprobe: »Weil Monika mit Giovanni bumste, entfesselte sich ein brutaler Bandenkrieg!«), Rätsel-Hefte und fragwürdige Reihen wie »Landser«. In jedem Heft auf Seite 2 wird ein Ritterkreuzträger geehrt: »Seine Maschinengewehre waren während der schweren Kämpfe im Kessel von Demjansk im Jahre 1942 oft das letzte Bollwerk, an dem die russischen Angriffe zerbrachen.« In Bauers Weltkrieg-II-Verherrlichungen wird, von keiner Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften behindert, die Sprache aus dem Wörterbuch der Unmenschen gepflegt.

Ebenso wenig wie der Bauer Verlag Ideen für seine Zeitschriften-Palette benötigt, fühlt er sich auf Journalisten angewiesen. Einen Großteil der Stoffe (»Frau Weber wird gefoltert und ermordet - wie vor 600 Jahren«) liefert der Münchner Text-Fabrikant Josef von Ferenczy, der »Bild«Lesern auch die Seherin Elisabeth Teissier beschert.

Der wahre Chefredakteur aller Bauer Postillen hat mit Journalismus gar nichts zu tun. Es ist das Hamburger Marktforschungs-Institut Kehrmann. Die Demoskopen ermitteln die Leserwünsche mit Umfragen. Danach zu urteilen sind die Deutschen scharf auf verklemmten Sex und krude Kriminalität.

Jede Ausgabe des Bauer-Angebots wird statistisch erfaßt: Welche Beiträge werden gelesen, wie werden sie von den Lesern benotet. Selbst bei der Auswahl der Titelseiten wird die Verantwortung für schlechten Geschmack auf die Leser abgewälzt: Sie bekommen mehrere Entwürfe zur Entscheidung vorgelegt. An die Ergebnisse von Kehrmann haben sich die Redaktionen zu halten. Sie sind verbindlich.

Seit jetzt einem Jahr versucht die Worthülsen-Fabrik mit der Frauenzeitschrift »Woman's World« in den USA ins Geschäft zu kommen. Über 20 Millionen Dollar wurden dafür investiert. Die Redaktion sitzt nicht im anregenden New York, sondern dem Stil des Hauses entsprechend in der Provinz, in Englewood, New Jersey. Das Konzept für die amerikanische Frauenwelt hat Manager Peter Heidenreich bei »fina« und »bella« abgeguckt: »Unser Rezept ist die Kürze. Wir richten uns an die berufstätige Frau, die Beruf, Haushalt und Kinder zu versorgen hat. Das kurze, geraffte Angebot reizt da. Nichts geht über zwei Seiten. Die Leserin muß den Eindruck haben, es zu schaffen.« Wer es nicht schafft, hat wenigstens das Gefühl, nichts versäumt zu haben.

Gedruckt wird das Magazin, das den Amerikanern gerade noch gefehlt hat, bei Brown Printing in Franklin, im US-Bundesstaat Kentucky. Die Firma mit dem englischen Allerweltsnamen ist 'Tochtergesellschaft eines anderen deutschen Großverlages - der Hamburger Gruner + Jahr AG.

Was vor zehn Jahren noch undenkbar gewesen wäre, daß Bauer und Gruner + Jahr irgendwo auf der Welt gemeinsame Sache machen, signalisiert eine Veränderung auf dem deutschen Pressemarkt: Der Konkurrenzkampf ist beendet. Die verbliebenen Verlags-Giganten haben sich miteinander abgefunden - etwa so wie die Mineralöl-Konzerne. Noch 1972 hatte Bauer mit fragwürdigen Methoden versucht, dem »Spiegel« und dem »Stern« das Anzeigengeschäft abzugraben. Während bei den Schmuddelblättern von Bauer in erster Linie der Verkaufspreis das Geld bringt und die Anzeigen nur zu einem Drittel zum Umsatzerlös beitragen, kalkulieren die journalistisch aufwendigen Magazine anders: Sie holen rund 60 Prozent aus dem Anzeigengeschäft.

Heinz Bauer witterte deshalb eine günstige Gelegenheit, Politik und Geschäft zu verquicken. Er lud Unternehmer ins Schloßhotel Kronberg, die in der sozialliberalen Koalition eine linke Verschwörung sahen, die dabei war, Deutschland zu sozialisieren. Als eine Maßnahme dagegen wurde der Runde empfohlen, die »sozialistisch agierenden Organe« zu boykottieren. Einer folgte dem Rat: die Schnapsbrennerei Asbach leitete ihre Anzeigen in die Bauer-Blätter um.

Die Aktion verlief im Sande. Die Koalition von SPD und FDP regiert noch immer und die Bundesrepublik ist dennoch vom Sozialismus weiter entfernt als zu Adenauers Zeiten. Ob die Anzeigenkunden oder die betroffenen Verlage inzwischen ihre politischen Ansichten gewechselt haben, läßt sich verfolgen. Vor allem das Verlagshaus Gruner + Jahr machte in den letzten Jahren ein paar Veränderungen durch. Die Zeiten, als der »Stern« Mißstände öffentlich benannte, sind Vergangenheit. Das Blatt, das zuerst Klatsch über königliche Hoheiten und Kinogrößen verbreitete, später dann mit der Aufdeckung von Affären für Politiker-Rücktritte gut war, mag nicht mehr an der Macht kratzen.

Die Unterlagen über die dunklen Geschäfte bei der »Neuen Heimat« lagen zuerst beim »Stern«. Die Redaktionsleitung zeigte daran wenig Interesse. Wie brisant der Inhalt war, konnte man dem »Spiegel« entnehmen. Bei einem anderen Beitrag blieb hingegen die Exklusivität gewahrt. Bis heute ist ein Bericht über den Bundesnachrichtendienst nicht erschienen, in dem STERN-Rechercheure nachweisen, mit welchen Praktiken Ost/West-Telefonate und Briefverkehr kontrolliert werden. Nach einem Gespräch mit dem BND-Chef Klaus Kinkel verschwand das Manuskript in der Ablage.

Die Großverlage tun für den Erhalt des politischen Systems der Bundesrepublik inzwischen mehr als 1) etwa die 519 Abgeordneten des Bundestags. Die Aufgabe der Redakteure ist es immer öfter, die Leser friedlich zu stimmen. Als der »Stern« beispielsweise im vergangenen Jahr den Beitrag »Angst um den Frieden« mit einer weißen Taube visualisierte, die von einer Pershing-II-Rakete durchbohrt wird, fand der Gruner + Jahr-Aufsichtsrat Gerd Bucerius dadurch »die Sicherheit der Bundesrepublik um ein Stück vermindert«. Ohne einen Hinweis auf die russische SS-20 ginge »eben alles auf Amerika, und das ist Unsinn«.

Die Unausgewogenheit der Berichterstattung über den Unfrieden auf der Welt nutzte Bucerius, um im Wiener Magazin »profil« all seinen Redakteuren mit Rausschmiß zu drohen, wenn sie nicht per Osmose parieren: »Wenn wiederholt schwere Fehler vorkommen, wenn von der Linie des Blattes abgewichen wird - die der Verleger bestimmt und der Redakteur ja auch akzeptiert hat -, dann muß der Verlag die Konsequenzen ziehen.«

Das tun die Redakteure schon von selbst: Einkommen geht vor Engagement. Gute Gehälter, Gewinnbeteiligungsmodelle, günstige Kredite für Haus und Segelboot, Dienstwagen und ähnliche Vergünstigungen sorgen für die Flexibilität der Schreib-Kräfte. Bei Bedarf degeneriert der Enthüllungs- wieder zum Nachtwächter-Journalismus.

Als am 1. Juli 1965 sich der Verleger John Jahr, der Itzehoer Druckerei-Besitzer Richard Gruner und Bucerius zur Gruner + Jahr GmbH & Co. KG mit 40 Millionen Mark Kapital zusammentaten, war von Anpassung nicht die Rede. Die Lebensläufe des Trios sprachen dagegen.

Jahr, 82, hatte zunächst als Sportredakteur bei den »Hamburger Nachrichten« gearbeitet, dann 1924 einen eigenen Verlag gegründet (»Sportchronik«) und Ende der 20er Jahre kam noch eine Anzeigen-Generalvertretung dazu. Deren Objekte: die »Arbeiter-Illustrierte« und der »Weg zur Frau« aus dem Verlagshaus von Wilhelm Münzenburg, der im Reichstag Fraktionsführer der KPD war. Jahr: »Deren Vertreter waren so Leute mit 'ner Ballonmütze, die kamen beim Portier großer Markenartikelfirmen höchstens an die Tür, aber nie herein. Das habe ich dann übernommen. Ich hätte auch den ‚Völkischen Beobachter' (der NSDAP) kriegen können.« Es vertrug sich nicht mit seinem damaligen Weltbild: »Ich paßte mehr zu den Unabhängigen Sozialdemokraten, die zwischen KPD und SPD standen.«

Kompagnon Bucerius hatte auch stets auf die eigene Sicht vertraut. Der promovierte Jurist war zunächst Richter in Kiel und Flensburg und ließ sich schließlich als Rechtsanwalt in Hamburg nieder. Vor den Gerichten der Nazis verteidigte er Juden und Regime-Gegner. An die Front mußte er nicht: Bucerius wurde als »wehrunwürdig« eingestuft.

1945 wurde er Bausenator von Hamburg. An seiner Großtat, dem Bau der achtspurigen Ost-West-Straße, leidet die Stadt noch heute. Für die CDU, deren Mitgründer er ist, war er von 1949 bis 1962 Mitglied im Bundestag. Ein »unbegreiflicher Fall von Intoleranz« (Bucerius) führte dazu, daß er den Christdemokraten die Gefolgschaft aufkündigte und aus Partei und Fraktion austrat.

Anlaß war ein Artikel in seinem »Stern« mit dem Titel »Brennt in der Hölle wirklich ein Feuer?«, in dem belegt wurde, daß es katholischem Denken entspreche, kirchliche Meinungen durch Staatsgewalt auch Andersgläubigen aufzudrängen. Die Union beteilige sich daran. Das Parteiordnungsverfahren, auf das auch die Kirche gedrängt hatte, sollte den Eigensinnigen zur Räson bringen: Der damalige Bundeskanzler Konrad Adenauer fühlte sich von ihm ständig als »verbraucht« bekrittelt und konnte auch dem Vorschlag nichts abgewinnen, ein »Kabinett der Besten« (natürlich ohne den Alten) solle die Republik regieren. Bucerius: »Ich knirsche mit den Zähnen und der Bundeskanzler hält es für ein Gedicht.«

Noch'n Gedicht: Die APO unterstützte Bucerius mit Barem. Er übernahm Anwaltskosten; Rudi Dutschke und Ulrike Meinhof gehörten zu den oft gesehenen Gästen in seinem Haus: »Ich habe gern mit ihnen diskutiert.«

Seine finanzielle Unabhängigkeit verdankt der Jurist einem Zufall: Gleich nach Kriegsende hatte er mit Freunden ein Kampfblatt für die neue Demokratie zusammengebastelt: »Die Welt«. Die Zeitung gefiel den Engländern so gut, daß sie sie in eigener Regie betrieben. Bucerius erhielt die Lizenz für das Wochenblatt »Die Zeit«. Die in sich widersprüchliche Zeitung wäre längst pleite, wenn nicht 1949 Henri Nannens »Stern« über dem Verlag aufgegangen wäre. Für 375 000 Mark verkaufte Nannen 1951 seine restlichen Anteile.

Der fixe Bucerius erkannte sehr schnell: »Kein demokratischer Staat auf der Welt erlaubt einem Verleger Machtstellungen, wie sie sie in Deutschland besitzen.« Für ihn war die Pressekonzentration ein klarer Fall »an manchesterlichem Frühkapitalismus«. Das wußte er für sich zu nutzen. Während er mit harschen Worten gegen den Branchenführer Springer herzog, war er dabei, aus der Bundesrepublik Manchester zu machen. Gruner + Jahr war mit den Objekten »Stern«, »Brigitte«, »Schöner Wohnen«, »Capital« und den Druckereien sofort die Nummer zwei im Markt. Und als sich Richard Gruner 1969 aus Angst, die Bundesrepublik werde nun bald dem Kommunismus anheimfallen, in die USA zurückzog, (wo er sich in Fluggesellschaften wie American Airlines einkaufte), hatte Bucerius eine neue Idee.

Der Mann, der Widersprüchlichkeit für Liberalismus hält, holte den Bertelsmann-Konzern ins Haus. Anteil: 25 Prozent. Doch es sollte dicker kommen. Bucerius, der 1964 auch nichts dabei fand, Axel Springer den »Stern« zum Kauf anzubieten, weil das Blatt den starken »Arm eines Athleten« benötige und nicht den Körper eines »braven Bürgers«, plädierte in der Kartellamts-Kommission 1968 dafür, Marktanteile zu begrenzen: Bei mehr als 20 Prozent Anteil eines Verlegers am Markt der Tages- und Sonntagszeitungen oder der Publikumszeitschriften solle die Pressefreiheit als »gefährdet« gelten; bei mehr als 40 Prozent Marktanteil solle die Pressefreiheit als »beeinträchtigt« gelten und das Unternehmen entflochten werden.

Die strengen Ermahnungen galten der Konkurrenz. 1973 fand Wendewind Bucerius nichts dabei, seinen Kompagnon Jahr zu überspielen. Er tauschte seine Anteile in Bertelsmann-Aktien und machte den Gütersloher Konzern zum Herrscher im Verlagshaus an der Alster und zum absoluten Marktführer. Wenn das Geschäft Springer/Burda zustande kommt, wird der Familien-Trust nur halb so viel Umsatz machen wie Bertelsmann. Bucerius' jüngster Coup: Er möchte seine »Zeit« aus der Unabhängigkeit entlassen und bei Gruner + Jahr ankoppeln.

Die Massenpresse hat längst industrielle Größenordnung. Den Lesern ist es egal: Sie merken ohnehin kaum noch einen Unterschied, aus welchem Verlagshaus ihr Lesestoff kommt. Beim Hamburger Jahreszeiten-Verlag ist es nur eine Frage der Zeit, wann er geschluckt wird. Die GmbH, die der Familie Ganske gehört, setzte zuletzt 186 Millionen Mark um. Doch ihre Zeitschriften - die hausbackene »Für Sie« (Auflage: 14täglich rund eine Million), das Schwesterblatt »petra« (monatlich 600 000) und die Wohnzeitschrift »zuhause« (360 000) sind angekränkelt.

Besser wird es da schon der Sebaldus Druck und Verlag Gesellschaft ergehen. Sie gehört bereits einem Multi, der sein Geld mit Gutgläubigen macht: der katholischen Kirche. Das Stammkapital des Konzerns (Umsatz: zuletzt 430 Millionen Mark) teilen sich 218 Gesellschafter - überwiegend kirchliche Würdenträger wie der Weihbischof Martin Wiesend mit 14 400

Mark Einlage. Größter Kapitalgeber ist Elmar Maria Kredel, Erzbischof zu Bamberg. Um die Verlagsprodukte der Oberhirten am Kiosk zu kaufen, muß man guten Glaubens sein. »die aktuelle« (Auflage: 0,9 Millionen wöchentlich) erfreut ihre Leser mit Beiträgen wie »Der Hund, der seine Beerdigung überlebte« oder »Der letzte Krupp haßt Deutschland«.

Pressefreiheit ist mittlerweile die Freiheit weniger Leute, ihr Vermögen zu mehren.

Konkret 05/82, S. 88

Jakob Moneta

Ein Offener Brief an Walter Hesselbach

Lieber Walter,

es wäre allzu leicht, Steine in ein Glashaus zu werfen. Aber mir geht es nicht darum, Dich zu verdammen. Ich möchte nur verstehen, wie das geschehen konnte. Dann können wir auch darüber nachdenken, wie es _in Zukunft vermieden werden kann. Denn nichts sprach dafür, daß ausgerechnet Du in einen Steuerskandal oder Schlimmeres verwickelt werden könntest.

Du kommst aus einer Familie, die nicht gerade mit Reichtümern gesegnet war. Dein Vater war Hausmeister und dann Kassenbote in einer Bank. Du hast Dich der Sozialistischen Arbeiterjugend angeschlossen, Boxen und Judo gelernt, Dich mit Hitlerjungen geprügelt. Du warst einer von uns. Nach 1933 hat Dir das ein Studienverbot eingebracht. Du gingst in eine Banklehre und wolltest liebend gern ins Ausland. Aber die Ausreise wurde von den Nazis abgelehnt, weil Du Dich geweigert hast, in die Deutsche Arbeitsfront einzutreten.

Im Dritten Reich mußtest Du mehrmals Deine Stelle wechseln, wurdest zum Kriegsdienst eingezogen, warst vier Jahre an der Ostfront, kamst dort in letzter Minute heraus und in französische Kriegsgefangenschaft, wo Du sogar politische Arbeit geleistet hast. Erst 1947 kamst Du zurück in Deine Heimatstadt Frankfurt, wurdest sofort Mitglied der SPD und einer Gewerkschaft. In der Landeszentralbank von Hessen wählte man Dich sehr bald zum Betriebsratsvorsitzenden und 1952 zum SPD-Stadtrat. Im gleichen Jahr wurdest Du Mitglied des Vorstands der Landeszentralbank.

Als die Gewerkschaften Dir die Aufgabe übertrugen, sechs Gemeinwirtschaftliche Geschäftsbanken zusammenzuschließen, hast Du die Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) geschaffen. Niemand kann Dir streitig machen, daß Du die BfG zu einem Markennamen in der Bankenwelt gemacht hast. Du hast Dir auch über den Stellenwert eines gemeinwirtschaftlichen Unternehmens in unserem Wirtschaftssystem niemals Illusionen gemacht. Du wußtest, daß die BfG als Geschäftsbank den Gesetzen des kapitalistischen Marktes unterworfen ist, aber Du hast bewiesen, daß ein Unternehmen auch ohne private Unternehmer erfolgreich sein kann...

In der Arbeit warst Du unermüdlich und Deine moralische Integrität, ' Deine Bescheidenheit, nahmen alle für Dich ein, die stolz darauf waren, einen gewerkschaftlichen Manager zu haben, dessen persönlicher Lebensstil anders war als der der anderen.

Als Otto Brenner, der erste Vorsitzende der IG Metall, noch lebte, verbrachten zwischen Weihnachten und Neujahr einige seiner engsten Mitarbeiter, »verdiente« Gewerkschafter, prominente Sozialdemokraten, Du und eine Reihe Frankfurter Freunde mit ihren Familien. ihren Urlaub auf dem Hauerskopf, einem Erholungsheim der IG Metall. Das war beileibe damals kein Luxusschuppen, sondern eher eine bessere Jugendherberge.

Dort schmeckte es stets ein wenig nach Nostalgie, nach den verlorenen Zeiten der sozialistischen Jugendbewegung. Die dort Versammelten hatten viele Jahre Gefängnis, Zuchthaus, KZ und Emigration auf dem Buckel, die sie sich im Widerstand gegen die Nazis eingehandelt hatten. Abends, wenn die alten Lieder erklangen, wir uns in politischen Diskussionen die Köpfe heiß geredet hatten, genossen wir Deine Schlagfertigkeit, profitierten von Deinen Wirtschaftskenntnissen und spürten, daß Du Sozialist geblieben bist. Von der alten Schule, die sich keine Illusion darüber machte, in welchem System wir leben. Hattest Du nicht gesagt, das Privateigentum verliere mehr und mehr an Bedeutung, werde mehr und mehr funktionslos? Es stehe nur noch im leeren Raum, zum Schaden der Allgemeinheit »als unkontrollierte, gefährliche, wirtschaftliche und politische Macht, ohne daß es hierfür noch Zweckmäßigkeitsargumente gibt?«.

Auf Gewerkschaftstagen hast Du in Deiner Redezeit von 15 Minuten weit mehr über die kapitalistische Krise und ihre Auswirkungen gesagt, über die Notwendigkeit, durch Besteuerung der Reichen die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, als manche Gewerkschaftsführer in ellenlangen Reden. Du hattest Deine Lektion aus der Geschichte der Weimarer Republik und ihrem Niedergang sehr gut gelernt.

Der Bourgeois-Canaille, die Dich heute mit Schmutz bewirft, bin ich zynisch genug zuzurufen: wart ihr es nicht, die forderten, die Gewerkschaften müßten sich in euer System *integrieren?* Nun haben sich einige ihrer Führer, einige Direktoren der Gemeinwirtschaft gründlich, allzu gründlich integriert. Sie haben das getan, was bei euch gang und gäbe ist. Und wenn ihr sagt, Gewerkschafter müßten eben eine höhere Moral haben, gebt ihr dann nicht zu, daß es mit eurer eigenen Moral nicht zum besten steht?

Was sie über Dich sagen, das stört mich nicht. Aber was sollen wir unseren Gewerkschaftsmitgliedern sagen, deren Vertrauen durch kompromittierte Führer und Manager, die privat von der Gemeinschaft profitiert haben, erschüttert ist, in

deren Augen die Beschuldigten unglaubwürdig wurden. Die Jungen halten uns jetzt vor: auch Ihr seid nur ein Teil des Establishments, Teil der allgemeinen Korruption in diesem System. Die Alten sind erschüttert, und man sieht ihnen die Wehmut an, wenn sie in Gewerkschaftsversammlungen Kritik üben und Abschied nehmen von ihrem Glauben an die moralische Überlegenheit der Arbeiterbewegung und ihrer Führer.

Ich teile ihre Gefühle, und ich meine, es genügt nicht mehr, Personen zur Verantwortung zu ziehen, indem man sie beschimpft und hinausjagt, sondern wir müssen gemeinsam darüber nachdenken, wie wir in Zukunft unserem moralischen Verfall Einhalt gebieten können, wie es möglich ist, die Glaubwürdigkeit zu erhalten.

· Sollte es nicht möglich sein Gehälter von Gewerkschaftsführern und Managern der Gemeinwirtschaft von den Delegierten der Gewerkschaftstage und Kongresse festlegen zu lassen? Ich glaube nicht, daß sie so kleinlich wären, ihre Führer dazu zu verurteilen, am Hungertuch zu nagen. Aber sie würden die Gehälter vielleicht in ein bestimmtes Verhältnis zu den Tarifen setzen, die in ihrem Organisationsbereich üblich sind.

· Warum kann nicht jeder, der sich für eine Führungspos ion zur Wahl stellt, gezwungen werden, seine Vermögensverhältnisse offenzulegen. Das muß schließlich doch auch der Präsident der Vereinigten Staaten tun, damit kontrolliert werden kann, ob er sich während seiner Amtszeit ungerechtfertigt bereichert hat.

· Warum sollten Aufsichtsratsmitglieder nicht ihre Bezüge restlos an die Stiftung Mitbestimmung abliefern, wenn sie ein Einkommen haben, von dem sich leben läßt?

· Und warum werden gemeinwirtschaftliche Unternehmen nicht zu Schulen der »Wirtschaftsdemokratie«, die durch Kontrollmechanismen der Versuchung, die von der Macht ausgeht, entgegenwirken?

All das entbindet Dich nicht von der Verantwortung, Dir selbst darüber klar zu werden, wie die verrottete Moral dieses Systems auch Dich verderben konnte. Gewiß, das gesellschaftliche Sein bestimmt das Bewußtsein. Aber das ist kein ehernes Gesetz.

Dein Jacob Moneta.

---

*Jakob Moneta(68) emigrierte während der Nazizeit nach Palästina. Nach seiner Rückkehr arbeitete er bei der »Rheinischen Zeitung« in Köln, ging als Sozialattache der Deutschen Botschaft nach Paris und war von 1962 bis 1978 Chefredakteur der IG-Metall-Zeitschriften »metall« und »Der Gewerkschafter«. Moneta hatte beratende Stimme im Vorstand. Er ist heute beim Aktionskreis Leben (AKL), einem Zusammenschluß von Gewerkschaftern, die innerhalb der Organisation auf die Gefahren der Atomenergie aufmerksam machen.

Konkret 05/82, S. 90

Susanne Mersmann

Der eigentliche Skandal der Neuen Heimat

Eine Stahlplatte sichert den Lichtschalter in der Neue-Heimat-Siedlung Chorweiler. Anders kann die Zerstörung nicht mehr verhindert werden. Die Mieter kämpfen mit Gewalt gegen die Gewalt, die ihnen mit diesen Wohnsilos angetan wird. Die NH-Manager und DGB-Funktionäre, die die Großsiedlung geplant und gebaut haben, müssen hier nicht wohnen. Sie haben nur daran verdient.

Eingebettet in die sich ständig erweiternde rheinische Stadtlandschaft entsteht die Neue Stadt Köln-Chorweiler ... In ihrem Endausbau wird die Neue Stadt etwa 80.000 Einwohner haben und durch ihre umfangreichen zentralen Einrichtungen auch zur verbesserten Versorgung der Bevölkerung im nördlichen Stadtgebiet Kölns mit öffentlichen und privaten Dienstleistungen beitragen.«

Was Neue Heimat und Stadt Köln Anfang der 70er Jahre in einer Hochglanzbroschüre androhten, haben sie gehalten: Chorweiler steht. Moderne Häuser mit gutgeschnittenen Wohnungen haben sie geplant und gebaut. Es gibt Fahrstühle und Gemeinschaftswaschmaschinen, Balkons und Garagen. An Schule und Kindergarten wurde gedacht. Das Einkaufszentrum mit Einzelhandelsgeschäften, Kaufhaus und Kino ist ebenso leicht zu erreichen wie Behörden und Bücherhalle, Altentagesstätte und Schwimmbad.

Der Fühlinger See, beliebtes Ausflugsziel der Kölner, ist nicht weit, die Verkehrsanbindung perfekt. Eine Autobahn beginnt direkt vor der Tür, die S-Bahn braucht nur eine Viertelstunde bis zum Hauptbahnhof. Grund genug für Kölns Oberbürgermeister Norbert Burger, in einer Festschrift *ZU* loben: »Wie kaum ein anderer Stadtteil verfügt Chorweiler heute über alle modernen Erfordernisse eines Stadtteils.«

Wenn s nach den Planern ginge, brauchten die Leute gar nicht mehr raus aus Chorweiler. Die große weite Welt haben sie ihnen gleich mitgeliefert: Pariser Platz und Lyoner Passage, Osloer Straße und Stockholmer Allee, Uppsalastieg und Athener Ring, Salzburger Hof und Trondheimer Weg haben sie die Schluchten und Plätze zwischen den Betonsilos getauft.

Doch die Realität für die Menschen in Chorweiler sieht -anders aus. Allein im Hauptzentrum, dem »sowohl funktionellen als auch städtebaulich-gestalterischen Mittelpunkt der neuen Stadt« (NH-Broschüre), sind es 27.000, die in den eng zusammenstehenden Hochhäusern leben. Der Oberbürgermeister ist nicht darunter. Er wähnt sich aber sicher, daß »Chorweiler eines Tages ein typisches Veedel sein wird, mit einem eigenen, dem Stadtteil entsprechenden Fluidum.«

Ein Taxifahrer, nach dem Wohnen im Kölner Norden befragt, kennt das Fluidum: »Gott bewahre, lieber würd' ich mir ein Zelt kaufen!« wehrt er erschrocken ab. Und wenn Hanne Donovan erzählt, daß sie seit acht Jahren mit ihrem Mann und den drei Söhnen in Chorweiler lebt, wird sie von Freundinnen entsetzt gefragt: » Wie bist du denn da bloß hingeraten?« Dabei gehören die Donovans zu den Leuten, die sich den Umzug in die »Neue Stadt« gut überlegt hatten. »Ich fand das Konzept richtig«, sagt Maschinenbaumeister Michael Donovan, »alt und jung, arm und reich, sozial und asozial gemischt, nicht getrennt unterzubringen, das hielt ich für gut. Leider müssen wir heute feststellen: Das Prinzip klappt nicht.«

Wie sollte es auch. Das Retortenviertel im Kölner Norden, »besiedelt auf Teufel komm' rein« (so der katholische Stadtteil-Pfarrer Josef Prinz), ist zum Sammelbecken sozialer Problemfälle geworden: Kölner aus Obdachlosenheimen waren en bloc in den neuen Stadtteil »umgesetzt« worden, von den Bewohnern im Hauptzentrum leben zur Zeit nahezu zehn Prozent von der Sozialhilfe, der Anteil der Ausländer ist dort auf 28 Prozent (60 Prozent davon Türken) angewachsen.

Die Städteplaner, die eine »Neue Stadt« auf der grünen Wiese erschaffen wollten -zum Wohnen, Leben und Arbeiten -, haben eine gigantische Schlafstadt voller sozialem Sprengstoff hochgezogen. Was nützt einem Arbeitslosen in Chorweiler die perfekte Verkehrsanbindung per S- und Autobahn? Was hilft einer alleinerziehenden Mutter ein Glamour-Einkaufszentrum, wenn Kindergartenplätze fehlen? Was soll eine Oma mit einer gutgeschnittenen Wohnung, wenn sie ihre Nachbarn nicht kennt? Was nützt einem türkischen Jungen ein Jugendzentrum, wenn er keinen Ausbildungsplatz findet?

»Sozial Schwache« in hellhörige Einheitswohnungen mit Heizung und Warmwasser zu stecken, schafft noch keine intakten Familien. Das Resultat dieser mörderischen Architektur ist in Chorweiler so deutlich sichtbar wie in ähnlichen Vierteln: Wer stark genug ist, zieht weg. Für die Schwachen bleiben Depressionen oder darin begründete Krankheiten. Oder sie machen sich Luft, toben ihre Aggressionen aus, zerstören.

Wer die Donovons besuchen möchte, bekommt aus der Gegensprechanlage zu hören: »Bitte in der neunten Etage aussteigen.« Wie wichtig dieser merkwürdige Hinweis ist, zeigt ein zweiter Blick aufs Klingelschild - das Stockwerk läßt sich daraus nicht ersehen.

Doch das ist nur ein kleiner Vorgeschmack auf den Hausflur in der Stockholmer Allee 2 1. Die Wände dreckig, ramponiert, mit Fußtritten übersät. Der Aufzug ist völlig zerkratzt, er fährt auch nicht mehr bis in den Keller: Zu oft hatten Bewohner

ihren Sperrmüll einfach aus der Aufzugtür in die Garage geschmissen, bis unten niemand mehr hinauskonnte. Die Knöpfe für die einzelnen Stockwerke sind - nach leidvollen Erfahrungen - feuersicher. Die Briefkästen, untergebracht in einem abschließbaren Raum, sind verbeult, aufgebrochen, zerstört. Frau Donovan fährt jeden Tag runter, sobald der Postbote da war. Nur so ist es möglich, die Briefe einigermaßen vollständig und ungeöffnet zu ergattern. Daß es dort »furchtbar stinkt«, registriert sie immer noch.

»Durch die automatische Treppenbeleuchtung ist eine Beleuchtung der Treppe mittels Betätigung des entsprechenden Druckschalters gewährleistet«, verspricht Paragraph 3 der NH-Hausordnung (die es ebenso wie die Mietverträge inzwischen in zwölf Sprachen gibt). In den Häusern der Stockholmer Allee (»Nordwand« genannt), muß eine rund 10 mal 20 Zentimeter große, starke Metallplatte besagten Druckknopf schützen. »Unsere Mitarbeiter sind natürlich auch frustriert, wenn sie alle drei Tage an derselben Stelle einen Schalter montieren müssen«, klagt Rainer Freund, von der Neuen Heimat eingesetzt, um Mieter zur Reinlichkeit anzuhalten und Reparaturkosten zu drücken. Seine Taktik: Tips von Mitbewohnern zu erhalten. »Wir müssen Zerstörer auf frischer Tat ertappen.« Wie wenig effektvoll das Spitzel-Modell (»Paßt mit auf«) ist, zeigt ein Fall aus der Stockholmer Allee 13. Bewohnerin Tolski: »Da haben sie welche rausgeworfen, von denen sie dachten, die sind's - aber nun gucken Sie sich an, wie es hier aussieht... Mit den Zerstörungen ist es weitergegangen.«

Das verwahrloste Treppenhaus ist mit Parolen beschmiert. »Türken raus« steht in großen schwarzen Lettern neben dem Fahrstuhl - und niemand entfernt die Schrift.

Der Raum mit den zwei Waschmaschinen im verschlossenen Keller ist zusätzlich abgesperrt. Die Münzautomaten wurden gegen Geräte ausgetauscht, die spezielle Chips schlucken, damit sich das Aufbrechen nicht mehr lohnt. Leere Waschmittelkartons und anderer Abfall liegen in der Ecke. »Wenn man hier wäscht, muß man dabei stehenbleiben, sonst werden die Sachen aus der Trommel geklaut«, erzählt die 15jährige Askim Güler.

Heruntergekommene Neubauten sind beileibe keine Ausnahme, sie sind die Chorweiler Regel. Fahrräder und Campingausrüstungen werden auf dem Balkon verstaut. Michael Donovan: »Unser Keller ist zweimal ausgebrannt und zweimal hat man uns die Fahrräder geklaut. Wenn die Kinder hier mal ein Rad vor der Tür stehen lassen, fehlt zehn Minuten später die Hälfte.« Einem Nachbarn der Donovans ist in der Tiefgarage der Motor aus seinem nagelneuen Ford montiert worden - solche und ähnliche Geschichten kann fast jeder in der »Neuen Stadt« erzählen. Garagen und Parkhäuser, überall reichlich gebaut, stehen leer - aus Angst vor klemmenden Rollgittern, vor Diebstählen, vor Überfällen. Selbst das viergeschossige Parkhaus vom Einkaufszentrum »City Center Chorweiler«, ist verwaist. Die Kellereinfahrt ist geschlossen. Erste und zweite Etage werden nicht einmal zur Haupteinkaufszeit am Freitagnachmittag beleuchtet - nur auf dem Dachgeschoß sind rund hundert Wagen abgestellt. In der Heinrich-Billstein-Straße wurde eine Garageneinfahrt kurzerhand zugemauert.

»Ein Stadtteil mit Zukunft«nennt es der Oberbürgermeister. »Ein Ghetto mit Zukunft« halten die Mitglieder der »Chorweiler Selbsthilfe« (CS) entgegen. Die CS mit ihrem Vorsitzenden, dem Frührentner Engelbert Fröhlich, bekommt Zuschüsse von der Stadt. Die Bürgerinitiative kann so die fast 6000 Mark Kosten im Monat (Miete, Heizung und Strom) für den Laden in der Lyoner Passage aufbringen. Auf dem Papier hat die CS 380 Mitglieder, acht Leute - sagt Fröhlich - arbeiten ständig mit, in den Gruppen (Mieterinitiative, Behindertengruppe, Sozialhilfegruppe) weitere vierzig. Es sind Menschen, die in Chorweiler wohnen bleiben wollen oder müssen, die sich mit dem Dreck und den Zerstörungen aber nicht abfinden. »Wir wehren uns dagegen«, heißt es im CS-Flugblatt, »daß bestehende Mißstände mit schönen Worten übertüncht werden, anstatt für ihre Beseitigung etwas zu tun.«

An Taten ist inzwischen sogar der Neuen Heimat gelegen. Im Februar 1981 hat sie ihren Herrn Freund nach Chorweiler geschickt. Der alerte, redegewandte Manager hat ein Info-Büro in der Osloer Straße eröffnet -Tag und Nacht hell erleuchtet, mit Senkrechtjalousien und grünem Teppichboden versehen. »Gelockerte Büroatmosphäre«, nennt Herr Freund sein Domizil. »Protzig abstoßend, nur um zu renommieren, eine große Schweinerei« - so bezeichnen es die Bewohner.

Freund gibt »Oberbegriffe« für seine Arbeit aus: Beratung, Organisation, Aufsicht, Imagepflege und PR - das alles will er leisten. »Wir müssen die technische Seite in den Griff bekommen.« Bei mehr als 100 leerstehenden Wohnungen und immer neuen Zerstörungen (Freund: »Wir reparieren uns hier kaputt«) hat die Neue Heimat nicht aus Menschlichkeit, sondern aus Wirtschaftlichkeit ihren Freund und Helfer nach Chorweiler geschickt.

Er hat immerhin dafür gesorgt, daß der Sperrmüll aus den Kellern abtransportiert wird. Nun sollen Klingelschilder, Etagenbezeichnungen und Briefkästen (sie werden in die Wände eingelassen) neu beschriftet, die Fahrstühle innen proper verkleidet, Eingänge und Fenster gestrichen, in den großen Häusern Pförtnerlogen installiert und Wettbewerbe wie »Der blühende Balkon« veranstaltet werden. Der NH-Mitarbeiter optimistisch: »Dieses Jahr schlagen wir voll durch.«

Für den Kampf gegen Kakerlaken, die sich munter in den Luftschächten der Bäder tummeln, hat er Spraydosen für den Heimgebrauch geordert. Als weiteren Schritt, das marode Chorweiler-Image aufzupolieren, will die Neue Heimat jetzt bei ihren Mietern wählerisch werden und auf intakte Verhältnisse achten.

Pro Jahr wechselt jede sechste NH-Wohnung die Mieter, obwohl die Neue Heimat behauptet, zweidrittel der Mieter seien zufrieden. »Wenn hier für jedes Haus ein Hausmeister zuständig wäre, sähe es mit den Zerstörungen schon anders aus«, glauben die Donovans. Sie haben die Hoffnung aufgegeben, daß sich etwas bessern könnte. »Ohne unseren Schrebergarten in der Nähe, wären wir hier bestimmt schon früher weg«, berichtet Frau Donovan. Und ihr Mann fügt hinzu: »Wir wußten ja, als wir einzogen, daß rundum überall Hochhäuser gebaut werden sollten. Aber wie das nachher aussieht, wenn's fertig ist, kann man sich doch nicht so vorstellen. 250 Menschen in einem Haus! « Und dann noch die Miete: Inzwischen über 10 Mark pro Quadratmeter. Das heißt die Donovans zahlen für ihre drei Zimmer rund 850 DM.

Segnungen unserer Architekten und Städteplaner. Zum Zeitpunkt der ersten Baggerarbeiten in Chorweiler war dabei längst bekannt, daß die Trabantenstädte auf der grünen Wiese, diese Stapelstädte aus Beton, die Slums von morgen sein würden.

Zwar erhielt das höchste Haus der »Neuen Stadt« in der Osloer Straße 6 (es wird wegen mehrerer Selbstmorde inzwischen das »Springer-Haus« genannt) statt der geplanten 30 »nur« 23 Stockwerke und 195 Mietparteien. Am Konzept (»Zu den Nachbarbaugebieten stuft sich die Skyline des Hauptzentrums treppenartig ab«) rüttelte aber niemand. So reiht sich Chorweiler nahtlos in die Verschandelung anderer Großstädte der Bundesrepublik ein: Berlin und Hamburg, Darmstadt und München, Heidelberg und Bremen - überall gibt es die Stadtteile aus der Retorte, in Beton geschüttet, mit den roten, den grünen und den blauen Balkons. Mit »Sanitärzellen, die als komplett eingerichtete Badezimmer und Toiletten im Werk hergestellt und geschoßweise eingefügt werden« (NH-Broschüre) - ohne Fenster natürlich. Und hier wie dort war den Planern der hohen, glatten Betonkästen nur eines im Wege: die Menschen.

Wenn am Wochenende die Jugendeinrichtungen geschlossen sind, hängen ein paar junge Leute im »City Center Chorweiler« herum. Das zweistöckige Einkaufszentrum, nach dem Willen der Planer auch als Treffpunkt gedacht, ist verödet, sobald die Geschäfte schließen. 1 Eiscafe, 1 China-Restaurant, 1 Pizzeria, die Kneipen City-Schänke und City-Treff - das ist alles, was den Chorweilern für die Abendstunden bleibt.

Bis abends um elf ist das Center nach dem Ladenschluß geöffnet: Duster, dreckig und deprimierend. Wer dann noch in der Pizzeria sitzt, muß durchs Damenklo nach Hause. Tagsüber gibt es ein Kino (mit dem ewigen Bud Spencer und einem Porno nebeneinander) und Läden in Hülle und Fülle, aber keine Buchhandlung.

Im gutbewachten Center (einer von der Nachtschicht hat seinen scharfen Schäferhund dabei, der andere hat sich im Tabakladen für 40 Mark einen Schlagstock mit CN-Sprühgas gekauft) liegen Kippen und Zigarettenschachteln, Papier und Coladosen herum. Da nützen die vielen Pappschilder mit der Aufschrift »Es ist Euer Center, haltet es sauber« wenig. Vor den drei Telefonzellen bilden sich immer wieder Menschenschlangen. Glühbirnen hängen in Drahtgittern von der Decke.

»Die Häuser stehen nun mal«, zieht Hanno Topoll Bilanz. »Wir müssen nun ausbaden, was andere angerichtet haben. « Der 27jährige ist Sozialarbeiter bei der Chorweiler Selbsthilfe. Er klagt wie alle, daß die Leute der »Neuen Stadt« Kontaktangst haben. »Wenn ich hier den ganzen Tag drin war und da Problemfälle sind, bei denen wir auch kein Land sehen, dann habe ich die Schnauze voll.«

Das »Sozial-kulturelle Zentrum«, für 1976 angekündigt und im Herbst 1981 endlich mit Schnittchen und Oberbürgermeister feierlich eröffnet, war die Hoffnung aller Sozialarbeiter in Chorweiler. Ein Jugendcafé (als Treffpunkt) und viele gut ausgestattete Räume für Tischtennis, Kraftsport, eine Küche, eine Druckerei, ein Fotolabor, ein Medienraum, Bastelräume für Holz, Metall und Ton und auch eine Diskothek hätten alle Freizeitaktivitäten ermöglicht. Doch nun fehlen die Leute zu den schönen Räumen - bisher gibt es nur drei Sozialarbeiter im Jugendzentrum. Sie sind zu Aufpassern degradiert, leihen Spiele aus, müssen darauf achten, daß Kippen die Auslegware nicht anschmurgeln, helfen Wirtschafterin Ingrid - mit Restaurantküche und Riesentresen überfordert - auch mal Gläser spülen.

Ein Programm, wie es von den Räumen her möglich wäre, ist zur Zeit überhaupt nicht drin. Bezirksverwaltungsstellenleiter Kaufmann versucht, mehr Geld für Helfer des neuen Jugendzentrums (schon »Türkentreff« oder »Tuttitreff« genannt) lockerzumachen. Zufrieden ist er nicht mit dem aufwendigen Ding: »Mit der gleichen Summe wäre sicherlich eine für Jugendliche geeignetere Ausstattung möglich gewesen. Aber als ich die Verwaltungsstelle hier übernahm«, entschuldigt er sich, »war alles schon so geplant und bestellt«.

Der Zweckoptimist Kaufmann wird in seiner Zuversicht nur von einem übertroffen: Josef Prinz, Pfarrer der katholischen Gemeinde St. Johannis. »Meine beste Kraft ohne Honorar ist der heilige Geist«, sagt der 27jährige locker. Der Berufsoptimist (»Was ich tue und lebe ist Hoffnung«) wohnt mitten unter seinen gebeutelten Schäfchen -im Hochhaus Osloer Straße 3.

Seine Arbeit geht rund um die Uhr. Er wird für alles und zu jeder Zeit um Hilfe gebeten. »Mit diesen Häusern müssen nun eine Menge Leute leben, denn das zündet keiner an. « Beton brennt eben nicht.

Bruder Josef lobt seine Gemeinde und versucht, sie zu aktivieren. Er kann inzwischen auf rund fünfzig Leute fest zählen, die regelmäßig helfen (die Donovans gehören dazu). Wenn er mal ein Kind unterbringen muß, eine Oma bei Schnee nicht einkaufen gehen kann oder von der Wohnung zum Seniorenklub gefahren werden möchte, dann hat er »weitere hundert, die

einspringen.«

Sie versuchen auch, sich für ihre ausländischen Mitbürger einzusetzen. »Als es im Wahlkampf 1980 mit den 'Türken-raus-Parolen' besonders schlimm war, sind wir mit Farbtöpfen durch Chorweiler und haben die Schmierereien übergepinselt. Doch die Deutschen haben Angst vor den Ausländern, und umgekehrt ist es auch so. Das Problem ist, in Chorweiler leben inzwischen zuviele Ausländer, um noch integriert werden zu können.«

In einigen Häusern des Hauptzentrums sind über die Hälfte der Bewohner Türken. Bei der Neuen Heimat tauchte prompt die Idee auf, ein Hochhaus allein mit Türken zu besiedeln. Als »Selbstverwaltungsmodell« beschönigt es NH-Angestellter Rainer Freund. Pfarrer Josef Prinz: »Zum Glück konnten wir das Türkenghetto mit vereinten Kräften abwehren.«

Die wachsende Ausländerfeindlichkeit spüren alle deutlich. Öczan Ebcin, 32, und seine Frau Süheyla, 33, leben seit 1974 in Chorweiler. Seit die Kinder Belma und Serdal da sind, ist die 54-qm-Wohnung in der Osloer Straße 4 zu klein. »Aber eine größere können wir uns nicht leisten«, sagt Öczan, »soviel kannichalleinnichtverdienen.« Der fünfjährige Serdal, den seine Mutter schon eine Woche nach der Geburt für den Kindergarten anmelden mußte, weil es in Chorweiler zu wenige Plätze gibt, möchte lieber in der Türkei leben: »Da scheint immer die Sonne«, strahlt er.

Die Kocetepes haben ihre Entscheidung schon getroffen: Sie wollen 1983 nach Istanbul gehen. Frau Kocetepe, Sozialarbeiterin bei der Stadt Köln, ist sicher, daß es für ihre Landsleute in der Bundesrepublik nicht besser, sondern schlimmer wird: »Wie kann sich einer integrieren, wenn er immer gesagt kriegt 'Scheißtürken'? Und für die Jugendlichen wird hier doch nichts getan. Warten Sie ab, in fünf Jahren können Sie hier West Side Story spielen.«

Diejenigen, die all das angerichtet haben, sind fein raus: Sie müssen nicht in Chorweiler leben. Die Architekten nicht, die Städteplaner nicht und die Bauherren erst recht nicht. Ihre Kenntnis der Stadtteile beschränkt sich meist auf Berichte Dritter und flüchtige Besuche. Anschließend lassen sie dann Trostworte verfassen. Kölns Oberbürgermeister Bürger: »Sichtbeton ist eben heute und so auch in Chorweiler ein vielverwandtes architektonisches Gestaltungsmittel.«

So ist es eben. Bürger schluckt es. Ihr habt doch gutgeschnittene Wohnungen!

Die Neue Heimat, für die städtebauliche Gesamtplanung des Hauptzentrums Chorweiler ebenso verantwortlich wie die Stadt Köln, nennt sich gemeinnützig. Während ihre Vorstände und Aufsichtsräte ihr hohes Einkommen vor der Steuer retteten, sind die kleinen Leute die Dummen. Sie haben keine Wahl, bei der Wohnungssuche nicht und auch nicht bei ihrem Lohnsteuersatz.

Wer auf eine Sozialwohnung angewiesen ist, muß nehmen, was am Reißbrett von Leuten geplant worden ist, die in ihrem Einfamilienhäuschen sitzen. Sie haben wider besseres Wissen entworfen und gebaut, und sie haben die Menschen nicht gefragt, ob sie nicht vielleicht doch ihre Nachbarn kennen möchten. In den USA, bisher oft Vorbild unserer Architekten, sind schon vor Jahren Hochhäuser gesprengt worden, weil keiner mehr darin wohnen wollte.

Konkret 05/82, S. 100

Martin Buchholz

Wie die Reichen mit den Armen umgehen

Über ein Seminar für Körpersprache

»Bitte ... « Der Meister breitet aus angewinkelten Ellenbogen die Unterarme aus, die offenen Handfläche.. flehen aufwärts ins Irgendwo. »Bitte, glaubt es mir ... « Die Brauen schweben fast schon über die Stirn hinaus, darunter große Seelen-Augen mit mehreren Weichmachern im Schmuseblick - und leise, fast zärtlich verkündet der Meister die Botschaft: »Auch das Gefühlsleben gehört zum Business. «

Wahrlich, er sagt es uns. Rings um ihn Stille, Stieren und Staunen. in manch harte Big-Boss-Pupille stiehlt sich der Glanz der Versonnenheit: Kann es wahr sein? Haben sie denn nicht alle, wie sie da sitzen, den Profit ohnehin schon von Herzen lieb? Da seufzt es aus einem heraus: »Sie bringen mir mein ganzes Weltbild durcheinander.«

Der Meister sendet sofort ein neues Körpersignal. Er reckt den Kopf wie ein Huhn in Richtung des Seufzers. Dann lächelt er: »Wir sagen Du. Ich bin Samy.«

Er ist Samy. Samy Moicho, in Wien kulturell stationierter israelischer Pantomimen-Star. Er bringt die Seele ins Geschäft. Und das kostet. 960 Mark zahlen Unternehmer und Manager für ein Zwei-Tage-Seminar in der Frankfurter Edel-Behausung Hotel Gravenbruch (Kost und Logis natürlich extra), um zu lernen, wie die Psyche aus dem Körper heraus spricht.

»Körpersprache« ist also das Thema. Was sagt uns dazu die freie Marktwirtschaft, in Gestalt von fünfzehn Unternehmern? Ich war dabei - vorgestellt als selbständiger Journalistik-Verkäufer, der gelegentlich auch in der Satire-Branche tätig ist. Das war soweit auch akzeptiert. Übrigens sind in diesem Bericht einige Branchen- und Ortskennzeichnungen einzelner Herren leicht verfremdet, um entstehende juristische Ähnlichkeiten gar nicht erst aufkommen zu lassen. Sollte einer der Betroffenen dennoch der Meinung sein, er wäre hier mit sich selbst identisch, so wäre das - wie immer - rein zufällig.

Diese Körperschaft des gesunden Mittelstandes hatte sich so ein Wochenende lang von Kopf bis Fuß auf Psyche eingestellt. »Natürlich will ich Angestellte,' aber auch Verhandlungspartner besser einschätzen können, wenn sie vor mir sitzen«, begründet ein Unternehmungsberatungs-Unternehmer aus dem Ruhrgebiet sein Anliegen, genauer: die Anlage seines Geldes in diese Veranstaltung. »Aber warum«, so will ich als journalistisches Rotköppchen wissen, »haben Sie ein so großes Interesse daran?« Und der freundliche kapitalistische Wolf antwortet prompt:

»Damit ich die Leute besser behandeln kann. « Ich übersetze ins Deutsche: »Manipulieren, meinen Sie?« Achselzucken: »Das ist doch dasselbe, wenn Sie so wollen.« Will ich so?

Bei der Vorstellung der Teilnehmer zu Beginn des Seminars - eine Art Selbstdarstellung mit laufender Video-Kamera - erklären allerdings nur zwei der Körpersprachschüler, daß sie an einen praktischen Nutzen bei der »Mitarbeiter- und Menschenführung« gedacht hätten. Die meisten versteifen sich auf pure Lust: daß sie nämlich hauptsächlich wegen des Meisters Molcho gekommen wären und hofften, bei ihm Spaß zu haben.

Den Spaß liefert Samy Molcho reichlich. Er versteht sein Hand- und Bein- und Körperwerk. Zudem haspelt er sich die deutsche Sprache oder das, was er dafür hält, so unbeschwert zurecht, daß ungewollt mancher Sprachwitz dabei ist: »Wir müssen achten auf den Signalen von Körper, und weglegen, sortieren Signale und Reize, die nicht bräuchlich sind. Das ist schwer, weil wir leben in einer Zeit von Überschüttelung von Reizen.«

Samy Molcho ist zu sehr Realist, um seinen, Eleven das Spaß-Motiv abzunehmen, wie er mir in einer Pause sagt: »Sie wollen nicht sagen, wofür sie das nützen, aber für Spaß kostet es bei mir zuviel Geld.« Eben.

Trotz aller Sprach-Bolzerei und Charme-Balzerei will er in solchen Seminaren auch nicht nur der Entertainer sein, sondern nimmt seine Aufgabe »wissenschaftlich« ernst. Gestik und Mimik sind für ihn häufig genetisch geprägt und vererbt aus grauer Steinzeit. Er hält es mit Desmond Morris, dem britischen Zoologen, der sich weitgehend mit der Spezies der Bestseller abgibt und der menschliche Ausdrucksformen meist tierisch stark findet. »Der nackte Affe« oder »Der Menschen-Zoo« sind klare Titelaussagen bei Morris.

Und Molcho übernimmt das. Er brüstet sich sogar mit der Morris-Behauptung, daß die weibliche Brust gewissermaßen - nun ja - für'n Arsch ist. Denn nach Morris-Molcho ging dem Urmännchen der stimulierende Anblick der Hinterbacken seiner Partnerin verloren, als er sich ihr direkt zuwandte beim Kopp- zu Kopp-Kopulieren. Um das frustrierte Männchen bei der Stange zu halten, ließ Mütterchen Natur dem Weibchen mit Hintern-List Ersatzbacken wachsen, vorderrücks zu tragen.

Den Herren im Saal gefällt's, daß die Frau so total für den Frustabbau und Lustgewinn des Männchen umgestylt wurde und daß der ganze Frauenkörper eine Signalanlage zwecks Begattung ist. »Das will die Frau doch unbewußt«, versichert Samy

Molcho. »Sie signalisiert, daß sie will paaren, wenn sie die Körper nicht wegtut.«

Die drei anwesenden Frauen haben offenbar keine Einwände. Als ich was von »Sexismus« maule, ist das Kopfschütteln allgemein über soviel verklemmte Unwissenschaftlichkeit.

Samy Molcho beruft sich auch auf andere Tierfreunde, wenn er zum Beispiel den Unternehmern klar macht, wie Aggression und Konkurrenz ihnen aus der Seele und mithin aus dem Körper sprechen. Mehrfach fällt der Name Konrad Lorenz. In einer Pause Wundere ich mich, wie ein Jude in Deutschland so unbefangen die Aggressionslehre von Lorenz akzeptieren könne. Auch mit diesem Thema verteidigt ja Lorenz seine Thesen von der natürlichen Ungleichheit der Rassen und Klassen. Konsequent forderte er im Dritten Reich - rein wissenschaftlich versteht sich - die »Ausmerzung genetisch Minderwertiger« als »Schädlinge am Volksganzen«.

Samy Molcho blinzelt irritiert und hält mir dann einen langen Vortrag über die Wissenschaft an sich, die natürlich auch mißbraucht werden könne, wie zum Beispiel in der Atomforschung, wo ja bekanntlich und und und...

In den Seminarstunden betont er aber fortan, daß er den biologischen Ursprung verschiedener Ausdrucksformen nur erwähne, weil das doch ganz interessant sei, wenn auch konkret im heutigen Leben bedeutungslos.

Lachend gesteht er, daß sein ganzes Lehrfach, die Körpersprache, ohnehin ein Terrain der ständigen Täuschungen sei, weil alles sich ja weiterentwickle. »Auch das Ei entwickelt sich und bleibt keine festgelegte Form.« Pause. »So entwickelt es sich zum Omelett.«

In diesem Sinne ähneln sich auch die hier versammelten Unternehmer keineswegs wie ein Ei dem anderen - auch nicht in ihren Anschauungen. Der Fruchtsaft-Marktführer aus Westdeutschland zum Beispiel mampft zwischen zwei Gabeln Kalbsmedaillon die Erkenntnis vor sich hin: »Dieser Molcho ist der erste Jude, dem man zuhören kann.« Der Senior-Chef des Wirtschaftsprüfungsunternehmens aus dem Rheinischen blickt das Omelett an seiner Seite nur kurz und kühl an: »Wissen Sie, was Sie sind, mein Herr? Ein böser Rassist.« Dann wendet er sich wieder seinem Dessert zu. Nun ist das Omelett erst recht platt.

Aber auch aus seiner Eierpampe blubbert gelegentlich Nachdenkliches hoch: Jahrzehntelang habe er sich aufgeopfert für die Firma, bis der Umsatz die x-Millionen-Grenze sprengte, aber das sei doch kein Leben. »Verstehen Sie, man lebt doch nicht wirklich, wenn man nur arbeitet. Da gibt's doch noch mehr.« In der Nähe gibt's zum Beispiel ein erlesenes »Palais d'Amour«, das er mir nur empfehlen könne. 240 Mark die Nummer, aber vom besten... Schließlich komme man ja zu Hause zu nichts. Und außerdem sei er seiner Frau treu, grundsätzlich, wenn er zu Hause ist.

Ob einer fremdgeht, erkennt Samy Molcho unweigerlich daran, wie er geht. Jeder muß schaulaufen vor dem Meister. KONKRET-Fotograf Dirk Reinartz wird intensiv aufs Becken geschaut. Denn siehe, wer die »Genitalgegend«, so Molcho, starr und steif durch die Landschaft trage ohne Schwenk nach links und rechts, der sei ein Mann mit einem klaren konservativen Moralkodex und rühre sich ungern von Heimchen und Herd. Dirk brummelt was, daß er eigentlich auch ganz gern rumreise - aber seine Genitalgegend zeugt gegen ihn »

Auch mich durchschaut Meister Molcho: Ich bin ein eiskalter Hund an der Ratio-Kette, ein Verstandswauwau, der jedes Gefühl wegbellt. Weil: Beim Laufen schwinge ich mit dem linken Arm nicht aus der Schulter, sondern nur aus dem Ellenbogen heraus. Das heißt: Ich lasse Gefühle einfach nicht raus. Es ist zum Heulen mit meinem Oberarm. Und superkritisch bin ich auch, denn ich reibe mir öfter beim Reden die Nase. Samy Molcho: »Genau wie der Urmensch. Die Nase war letzte kritische Instanz der Prüfung, bevor etwas in den Mund kam.«

Der Besitzer des hundertjährigen Familien -Unternehmens aus dem Niederbayrischen hingegen läuft... also wie der läuft, zum Weglaufen. In sich geschrumpelt schleicht er dahin, riskiert keine volle, kesse Sohle, sondern hebt die Ballen stets etwas an. Kurz: Dem Mann fehlt das energische Auftreten.

»Genau Georg!«, bemerkt Gattin Gisela zu dieser Analyse. Sie ist eine der mitgenommenen Damen. Bei der Video-Vorstellung bestimmte Gattin Gisela ihren Daseinszweck so: »Ich betreue meinen zweijährigen Sohn Roman und einen Hund, ein Boxer namens Max. «

Gattin Roswitha, die zum Werbe-Agenten Heinz gehört, hat's da schwerer: »Ich bin 42, sorge für 2 Kinder, 1 Katze, 1 Vogel und meinen Mann. Früher habe ich gearbeitet. Jetzt mache ich nur noch das. « Samy Molcho bei der Video-Auswertung: »Aber du machst nicht gern, was du machst.« Tatsächlich: Bei dieser Aufzählung ihrer Fürsorge-Objekte sieht man auf dem Bildschirm, wie ihre Hand ständig etwas Störendes wegwedelt. Und sie stemmt die Hacken in den Teppichboden, während sie da sitzt, als mache sie eine Vollbremsung. Darauf aufmerksam gemacht, wird sie noch unsicherer: Nein, befriedigend sei ihr Leben vielleicht wirklich nicht so ganz. Kleine, nervöse Blicke von unten herauf in die Gesichter umher. Den Mann neben sich, ihren Mann, schaut sie aber nicht an. Der grinst etwas unbehaglich. Eigentlich

ein freundliches, sympathisches Paar, aber irgendwer ist wohl im trauten Zuhause zuviel: Der Vogel? Die Katze? Der Ehemann?

Eine dritte Frau in der Runde ist allein gekommen, »aus privaten Gründen«, die sie ungeklärt läßt. Sie ist »nur Angestellte« in einer Werbeagentur in Frankfurt. Bei den Rollenspielen ist sie die einzige, die sich nicht ohne weiteres in die von Molcho bestimmte Rolle fügt. Sie soll eine Männerdiskussion beim häuslichen Besuch von Unternehmer-Paar bei Unternehmer-Paar durch heftige Flirtspiele irritieren. Sie beschwert sich: Bei Diskussionen wolle sie mitreden und nicht wie eine blöde Zicke herumkokettieren. Aber schließlich spielt sie doch mit: eine Frauenrolle in besseren Kreisen, die alle anderen ganz normal finden. »Warum hat sie sich bloß so geziert. Sie hat doch ne fabelhafte Figur und macht es sehr gut«, wundert sich leise ein Boss neben mir.

Was sollen diese Spielereien? »Wenn wir gute Geschäft machen wollen, müssen wir kennen unsere Signale, auf die Reaktionen kommen.« Samy Molcho strafft die Brust und starrt unbewegt einen Seminaristen an. Der hält dem Blick eine Weile irritiert lächelnd stand und taucht dann weg mit den Augen. »Ich habe gewonnen Kampf im Drohstarren. Ich strahle aus Aggression. Kein gutes Signal«, belehrt uns Samy. Nun, für manchen Betriebsrat wäre eine solche Übung ganz gut, wenn er zum Chef rein muß.

Doch ein von Samy Molcho geschulter Chef würde ihm sofort entgegenkommen, um ihn zuvorkommend durch das eigene Territorium des Chefzimmers sicheres Geleit zu geben. Damit demonstriert er auf freundliche Weise, wer hier die Territorialmacht ausübt und wem der Machtbereich zusteht. Wer so empfangen wird, der unterwirft sich gerne: Er beugt sich vor, um dem Machthaber sein Hinterteil zum »Aufreiten« anzubieten. So jedenfalls Samy Molchos Deutung.

Ein Machthaber jedenfalls tut gut daran, entgegenkommend zu sein in jedem Sinne. Samy Molcho nennt das: »Kommunizieren statt manipulieren. Dann sind Geschäfte auch besser, weil alle zufrieden sind.«

Einer in der Unternehmer-Runde versteht das sofort. Ein Baubranchen-Mann mit einem Blick wie aus der Tiefe eines Tresors und einem Zeigefinger, der ständig durch die Gegend spießt: ein stahlharter Spießer. Der nickt nun knapp: »Aaaaajaaaa, verstehe! Mehr Menschlichkeit! Ist klar! Dann läuft's besser! «

In einem Rollenspiel führt er dann seine Menschlichkeit vor: Mit einem tiefgefrorenen Lächeln, das an den Kanten seiner Grimasse klirrt, marschiert er auf einen Besucher in »seinem« Büro zu, als wolle er ihn tottrampeln; die Rechte hat er dabei im symbolischen Colt-Griff an der Hüfte, fährt sie aber im letzten Moment aus... nein, er schlägt seinen Gegenüber nicht in den Bauch, sondern reißt ihm nur mit einem Ruck den Arm aus... Ein herzlicher Mann, fürwahr. Sowas muß man einfach gernhaben als Chef. Dabei waren die meisten dieser Herren Bosse keineswegs direkt unangenehme Zeitgenossen. (Eine solche Aussage, mit dem Körper ausgesprochen, würde eine Verdrehung im Stand um die eigene Achse bedeuten.) Es sind Leute wie Sie und ich, denn: »Wir sind doch alle Körper«, lehrt uns Samy Molcho. Nun ja, etwas mehr als wir verkörpern sind sie schon, aber gelegentlich proben sie auch ihr Menschsein. Einer träumt sogar beim fünften Bier vom »Aussteigen«. Einfach so! Und daß die Umwelt gerettet werden muß vor ihm und seinesgleichen. Und daß die Ökologie ohnehin ganz neue Märkte der Zukunft eröffne. Bittesehr, schließlich muß man als Unternehmer auch dieses verseuchte Trinkwasser saufen - zumindest manchmal. Und Krebs kriegt man auch wie die anderen - zusätzlich zum Herzinfarkt, was ungerecht ist. Und überhaupt ist doch alles Scheiße. Na, ist doch so! Alles Scheiße! Prost!

Und wenn er dann aufsteht, der arme, reiche Mann, spricht sein Körper deutlich aus, was er im tiefsten Herzen fühlt-. Er schwankt hin und her, steht als Unternehmer nicht mehr auf sicheren Beinen in dieser rezessiven Midlife-Crisis des Kapitalismus. Er wäre ja gern dauernd menschlich, menschlicher als die Konkurrenz in jedem Fall, wenn er nur wüßte, daß diese Konjunktur anhält. Was ist, wenn sich seine Gefühls-Investitionen nicht auszahlen? Samy hilf!

.Doch hier weiß auch der keinen Rat. Sein Geschäft ist nicht das Geschäftemachen, sondern dafür zu sorgen, daß die Geschäfte auch ansprechend und körperbewußt laufen. Das reicht auch den meisten. »Der Mann ist ja unbezahlbar«, freut sich ein Seminar-Teilnehmer nach einer Solo-Einlage. Das ist natürlich Quatsch: Der Mann ist für seine Klasse immer bezahlbar.

Samy Molcho ist zufrieden, wenn alle zufrieden sind. »Das ist ein gutes Geschäft, wenn beide Seiten denken, zufrieden zu sein. Das ist deshalb ein gutes Geschäft, weil es auch ein gutes Gefühl ist.« Er verabschiedet sich freundlich, aber leicht gestreßt. Ein neues Manager-Seminar beginnt am nächsten Morgen.

Konkret 05/82, S. 104

Hartmut Schulze

Ehrliche Malschweine

Die Kunst der »Neuen Wilden«

Auf zwei Quadratzentimetern eines Beckmann«, schrieb das US-Magazin »Time« im Januar, »liegt tieferes Gefühl«, tiefer als in den großformatigen Leinwänden der neuen deutschen Malerei, die seit einigen Monaten in den New Yorker Galerien hohe Konjunktur hat: »Null von zehn möglichen Punkten für den Bildaufbau, vielleicht zwei für die Farbe und wieder null für die Zeichnung; dieser Schund ist jenseits jeder Kritik.«

Das Urteil von »Time« ist vernichtend, aber immerhin, es ist eins. Zum ersten Mal seit Max Beckmann und den deutschen Expressionisten, zum ersten Mal seit einem halben Jahrhundert wird neue deutsche Kunst überhaupt international zur Kenntnis genommen. Mit Ausnahme natürlich von Josef Beuys Superstar. Der allerdings ist nicht unbeteiligt am Boom der Jungen. Er war ihr Lehrer, und sie malen gegen die Fett- und Filzecken der Vaterfigur an. Beuys wehrt sich auch. Zu Milan Kunc, einem seiner Schüler, der heute das Neue-Wilde-Etikett trägt, soll er einmal gesagt haben: »Solche Kunst sollte man verbieten.«

Mit seiner Ablehnung weiß sich der Düsseldorfer Professor einig mit der ganzen Riege der seriösen und der »seriösen« deutschen Kunstkritik. Die Diskussion um die neue Malerei ist so heftig wie die Malerei selbst. Von links bis rechts. In der DKP-nahen Kunstzeitschrift »Tendenzen« schimpft der Münchner Kunstvereins-Direktor Jean Wolfgang Stock: »Da wird auf Leinwände geschmiert, mit hemmungslosem Gestus ohne Gewicht, da wird eine marktgängige Bums- und Piß-Ideologie hingefetzt, mit mehr Farbe als Überzeugung, da wird die Kunstgeschichte geplündert in der Haltung des Dilettanten.« Für die »Frankfurter Rundschau« ist das »Deco-Kunst für vergreiste Blumenkinder und opportunistische art directors«, und Willi Bongard, »Capital«Autor und Anlageberater in Sachen Kunst, schreibt: »Es kommt in meinen Augen einem Verbrechen nahe, wenn sie (die Neuen Wilden) jetzt auf's Podest gehoben und vermarktet werden.«

Da dies nun mittlerweile allenthalben geschieht, haben wir endlich die Insider-Bestätigung, daß es sich beim Kunstmarkt um ein verbrecherisches Geschäft handelt. Aber das stört die Neuen Wilden ebensowenig wie die Tatsache, daß sie ihr Markenzeichen von einem Großindustriellen verpaßt bekommen haben. »Les nouveaux Fauves - Die Neuen Wilden« hieß eine Ausstellung in der Aachener »Neuen Galerie« des Schokoladenfabrikanten und Kunstsammlers Peter Ludwig, mit der 1980 der ganze Boom begann.

Der Titel stellt die jungen Deutschen in die Nachfolge der französischen Fauves vom Anfang unseres Jahrhunderts (wichtigster Vertreter: Matisse). Aber weder wollen sie sich irgendeiner Tradition verschreiben (was nicht heißt, daß sie nicht die gesamte Kunstgeschichte nur zu gerne zitierend plündern), noch wollen sie überhaupt von Kritik und Handel auf einen Nenner gebracht werden.

Sie malen, was jeden einzelnen von ihnen im Augenblick bewegt, einfach so drauflos, ganz persönlich, mehr aus dem Bauch als aus dem Kopf. Das ist spontane Kunst, manchmal ist ein Bild in wenigen Minuten fertig. Und wenn der Kölner Maler Gerhard Naschberger über seinen Kollegen Peter Bömmels sagt: »Der malt an einem Bild einen Monat lang, und es ist trotzdem noch gut«, dann ist das nicht mal kokett.

Die Künstlergruppe, der beide angehören (außerdem noch Walter Dahn, Jiri Dokoupil, Hans Peter Adamski und Gerard Kever) heißt »Mülheimer Freiheit« und wurde nach der Kölner Straße benannt, in der ihr erstes gemeinsames Atelier lag. Die »Mülheimer Freiheit« ist eine Zweckgemeinschaft und nicht bestimmt von einem gemeinsamen Konzept wie etwa bei der »Brücke« der Expressionisten. So wenig man den jungen Deutschen (allesamt Nachkriegskinder) mit dem Gattungsbegriff Neue Wilde beikommen kann, sowenig lassen sie sich über Atelier- oder Galerie-Zusammenschlüsse rubrizieren. Auch nicht die Gruppe um die Westberliner Galerie am Moritzplatz, die vor einigen Jahren, als ihre Bilder noch keiner haben wollte, von den heutigen Weltmeistern der Heftigen gegründet wurde, von Salome und Helmut Middendorf zum Beispiel.

Indem sie jedes Etikett annehmen, jeden Schimpf und jedes Lob akzeptieren, entwerten sie jede Wertung. »Ich male, weil ich nicht malen kann«, sagt Peter Adamski. Jedenfalls malt er. Das ist ja durchaus schon mal etwas Neues. Schließlich ist die Entwicklung der Westkunst vor einigen Jahren gleich in zwei Sackgassen stehengeblieben. Die eine hieß Fotorealismus und die andere Aktionskunst und Concept Art. Adamski selbst hatte, wie etliche seiner Kollegen, einmal mit Concept Art angefangen, also mit Kunst, die nur im Kopf der Betrachter entsteht, angeregt bestenfalls durch karge Skizzen des Meisters. Heute malt er grell bunt Begreifliches, einen großformatigen »Kuß« beispielsweise, oder ein »Erbsenherz« - Bilder, die im März im Essener Folkwang-Museum hingen, in der Ausstellung »Zehn junge Künstler aus Deutschland«.

Schon die knappe Auswahl dieser Schau macht deutlich, wie groß die Unterschiede sind, in Mal- (bzw. Zitier-)Weise wie in den Bildinhalten. Immerhin haben sie Inhalte, die Bilder sind meist figürlich, haben wieder etwas zu erzählen. Sie erzählen

Subjektives, Privates, sind erotisch und oft auch selbstverliebt, jedenfalls hemmungslos.

Auch Politisches findet sich, etwa Gerard Kevers Tusche-Blatt »Atomkraft - nein danke« oder das Drahtseilakt-Gemälde »Zwischen den Kriegen« von Peter Bömmels. Aber politisch sind diese Maler (von denen viele früher in linken Organisationen aktiv waren) nicht durch ihre Inhalte, sondern durch ihren Stil oder ihre Stillosigkeit. So wie Punkmusik nicht durch die Texte, sondern die Art zu spielen ihre politische Dimension bekommt.

Die Beziehungen der neuen Maler zur neuen Musik sind eng, auch schon durch ihre Biografie. Bömmels zum Beispiel redigiert das Avantgarde-Musikblatt »Spex«, Salome war Mitbegründer der Berliner Punk-Band »Geile Tiere«, und Dokoupil hockt oft bei »Wirtschaftswunder«, der Gruppe seines Bruders Tom. Im Februar erst lieferte die Kunstzeitschrift »Art« einen Hinweis auf die zahlreichen von Neuen Wilden entworfenen Plattenhüllen, »die - Achtung Sammler - im Kunsthandel nicht zu haben und dennoch kleine Kunstwerke sind«.

Wie bei der neuen Musik, so findet sich auch bei der neuen Malerei die Lust auf's Triviale: auf Schlager und auf Karstadt-Bilder. Sie stehen auf Marianne Rosenberg und auf Bernard Buffet. Da fließt die Grenze zwischen Ironie und dem ehrlichen Bekenntnis zu privaten Sehnsüchten. Kitsch ist kein Tabu, wo alle Grenzen überschritten werden. Diese Kunst ist zügel- und regellos, sie ist unvernünftig.

Und wenn ein gemeinsamer ideologischer Nenner gefunden werden kann, dann dieser hier, als Absage an Ideologien: »Wir haben genug von den wohldurchdachten Bewegungen, die unseren Glauben an die Wohltaten der Wissenschaft über Gebühr beansprucht haben. Jetzt wollen wir Spontaneität. Nicht weil sie besser oder schöner ist als etwas anderes. Weil alles, was freiweg, ohne Einschaltung der spekulativen Ideen, aus uns selbst hervorgeht, uns darstellt. Es gilt, diese Lebensmenge zu beschleunigen, die leicht an allen Ecken und Enden vergeudet wird.« Das Zitat stammt nicht aus dem Videofilm »Züri brännt«, sondern von dem Dadaisten Tristan Tzara und ist 60 Jahre alt (Michael Schwarz vom Karlsruher Kunstverein hat es in seinem Aufsatz zur »Bildwechsel«-Ausstellung 1981 in Westberlin verwendet).

Einer der wichtigsten Jungen Wilden ist A. R. Penck, übrigens der einzige, den der »Time«-Kritiker einigermaßen bestehen läßt. Er malt archaisch anmutende Strichmännchen, die an Höhlenmalerei erinnern (Wolf Biermann hat ein Penck-Bild für das Cover seiner Platte »Hälfte des Lebens« verwendet). Eigentlich heißt der aus Dresden stammende Maler Ralf Winkler. Lange schon vor den Zürcher Packeis-Parolen oder dem »Eiszeit«-Song der Gruppe »Ideal« hat er sich den Namen eines Eiszeit-Geologen aus dem 19. Jahrhundert zugelegt.

Ein neues Lebensgefühl der Jungen in den achtziger Jahren: gegen das Packeis anlaufen, ansingen und anmalen, ohne sich auf das Packeis einzulassen. Die Kulturkritik reagiert hilflos und erfindet den Begriff der »Alien Culture« - nicht erste noch zweite, nicht herrschende noch alternative, sondern eben fremdartige, nicht zu fassende Kultur. Und ob da eine akademische, avantgardistische oder marxistische Elle angelegt wird - den Wilden ist es egal, sie malen weiter drauflos.

Wenn sie dafür vom Markt inzwischen noch dotiert werden, ist es ihnen recht (so wie auch Punk- und Neue Welle-Bands von der Musikindustrie nehmen, was sie kriegen können). Ob sie sich dadurch korrumpieren lassen, ist eine Frage ihrer persönlichen und künstlerischen Integrität.

Diese Kunst hat ihre Berechtigung als Gegenwartskunst, für das Jetzt gemalte Bilder. Manchmal werden sie in Galerien (oder zum Beispiel auch bei der »Phoenix«-Ausstellung in der Frankfurter Alten Oper) direkt auf die Saalwände gemalt, gültig nur bis der Anstreicher mit der Tünche kommt. Wenn Ankäufer wie die Baseler Kunsthalle oder das Stedelijk in Amsterdam meinen, das sei heute schon museumsreif, dann ist das ihre Sache und hindert die Maler nicht, ihrem Stamm-Café einen Schwung Bilder zu schenken.

Hauptsache, sie bleiben, was Walter Dahn von sich sagt: »Ich bin ein ehrliches Malschwein.«

Konkret 05/82, S. 114

Hans Platschek

Kunstmarkt kaputt?

Der Hamburger Kunstpublizist und Maler Hans Platschek ist kein Freund der Neuen Wilden. Mehr freut ihr, wenn sich der Kunstmarkt an ihnen verschlucken würde.

Die Neuen Wilden stellen Kunstmarktkunst her und stellen ebenso Kunstmarktkunst bloß. Das sollte Anlaß geben zum Nachdenken.

In »Bio's Bahnhof«, eine jener Fernsehsendungen, die man beliebig an- und abschalten kann, sind eine Handvoll Neuer Wilder vorgestellt worden. Alfred Biolek ist mit der Sache nicht ganz zurandegekommen: umso besser setzten sich die Maler ins Bild. Genauer: sie taten überhaupt nichts, als Flapsigkeiten an den Mann zu bringen, Flapsigkeiten aber, die für sie einnahmen. Die Kaltschnäuzigkeit etwa, mit der einer dahin sagte, er male ein Bild in zwanzig Minuten, manchmal ginge es sogar noch schneller, kam ganz selbstverständlich über den Bildschirm. Einer sagte, er habe ein Bild mit dem Besen gemalt. Der Preis richtet sich nach dem Format: Höhe mal Breite mal fünfzehn.

Für Eingeweihte ist das nichts Neues: der Pariser Kunsthandel hatte ein ganzes Punktsystem erfunden, um Preis und Format auf den Zähler zu bringen.

Einige der Neuen Wilden sind Beuys-Schüler. Gottlob haben sie eines bei ihrem Guru nicht gelernt: das Spiel mit der Religiosität, das dem Kunstbetrieb etwas zum Denken gibt. Beuys spekulierte mit einem Tiefsinn, dem er selber, in Wort und Schrift, nicht gewachsen war, und was er als Hinterlassenschaften seines künstlerischen Tuns an die Öffentlichkeit brachte, Fettecken, mit Fußbodenfarbe angestrichene Würstchen, mit Filz ausgeschlagene Klaviere, unterstrich nur den Antagonismus zwischen dem Mann mit dem Hut und seiner künstlerischen Realität.

Beuys, mit einem Wort, hat die Spielregeln treu befolgt, die der Kunstbetrieb ihm auferlegte. Tut er sich heute bei den Grünen hervor oder unterschreibt er den Krefelder Appell, kann es zu Ärger mit der Klientel kommen.

Es dürfte auch den Neuen Wilden klar sein, daß sie in einem Trend sitzen. Sie sind geldgierig, und weil es ja nicht schwer ist, mit in zwanzig Minuten gemalten Riesenformaten die gefragten Warenmengen ohne weiteres herzustellen, nutzen sie die Gelegenheiten, ja die Ausstellungsschwemmen aus. Will man das als Kunstmarktkunst begreifen, umso besser. Und wie es sich nun einmal so gehört, nehmen die Interpreten am Marktgeschehen teil.

In Katalogen, zunehmend farbiger ausgestattet, meldet sich manch einer zu Wort, der dem Phänomen wieder einmal sprachlos gegenübersteht. Über einen Maler heißt es, er sei ein Maler von faszinierenden Landschaften, in welchen ein Mikrokosmos und Makrokosmos von Bewegungen, Aktionen, Berührungen und Spannungen herrsche. Ein andermal geht es mit dieser Sprechblase ab: »Wenn die neue Betonung von Freiheit, Subjektivität und Sinnlichkeit ein Zurück bedeuten soll, dann kann darunter nur die Rückbesinnung auf drei der grundlegenden menschlichen Werte zu verstehen sein.« Der Kunst-Dozent Wolfgang Max Faust bringt derartig tiefschürfende Gedanken an den Tag, daß man sich fragt, wovon die Rede ist, von neuen Wilden oder von einer neuen Lehre von den letzten Dingen.

Weil der Kunstkäufer mehr kaufen will als eine mit Farben bedeckte Leinwand, im Fall der Neuen Wilden gar nur Nesseltuch, muß er mitgeliefert bekommen, was man einen immateriellen Tauschwert nennen kann. Es muß in den so schlecht geschriebenen Prosastücken der Weltgeist atmen, damit er ihn auch auf den so schlecht gemalten Bildern wiederfindet. Die Maler selber mögen auch noch so flapsig daherkommen: es kann nicht ausbleiben, daß ihnen der Markt nicht nur den Preis, sondern auch die Metaphysik gestaltet. Ohne die Metaphysik nämlich würde sich der Preis auf einer so niedrigen Ebene bewegen, daß der Kunstmarkt sein Interesse verlöre. Denn der Preis ist nicht allein der Ausweis für einen materiellen Wert; er ist gleichzeitig ein Symbol: für Überhöhtes, für den Weltgeist, für eine Jenseitigkeit, die mit Gold nicht aufzuwiegen ist.

Ws mag schon sein, daß die Maler anfangs, anders als die Pop-Artisten, einen Kunstmarkt nicht unbedingt im Sinn hatten. Aber es besteht nun einmal die Binsenweisheit, daß roh hingepinselte Figuren an der Wand eines besetzten Hauses etwas anderes sind als ebensolche Figuren auf einer Leinwand, die in einer Kunsthandlung hängt. Von einem bestimmten Augenblick an diktiert der Kunstmarkt seine Spielregeln, die auch dann nicht außer Kraft geraten, wenn die Neuen Wilden, in der Annahme, dort fühle sie sich besser als auf dem Parnaß, die Kunst in die Gosse zerren.

Dem Kunstmarkt kann das gleichgültig sein. Er hat, mit der Konzeptkunst, bloße Stückchen Papier oder schlichte Polaroidfotos, wenn nicht gar Dinge in Umlauf gebracht, die an zerplatzte Seifenblasen erinnern. Er hat, in den letzten zehn, zwanzig Jahren, nicht anders als die Modeindustrie, Richtungen aus der Taufe gehoben und sie stehenden Fußes verworfen. Imgrunde braucht er, als Betrieb-Getriebe, wie Ernst Bloch so etwas nannte, überhaupt keine Kunst, er braucht bestenfalls ein paar bezifferbare, umzumünzende Relikte. Wie sie aussehen, spielt überhaupt keine Rolle: nur wie die Kunst der letzten Saison dürfen sie nicht aussehen.

Der Kunstmarkt hat Non-Art, überhaupt keine Kunst also, angeboten; schlechte Kunst jedoch war bislang seine Sache nie. Bald war die Qualität im Gespräch, bald die Innovation, bald das Konzept: der Verschleiß hingegen blieb, obwohl er mit den Händen zu greifen war, ein Tabu. Es gehörte für den Markt zu seinen ideologischen Mustern, daß er, dem Wettlauf der Stile zum Trotz, ernst nahm, was Kurt Schwitters einmal spöttisch sagte: »Ewig währt am längsten«.

Daß der Betrieb nunmehr Ramsch anbietet, macht ihn vollends unglaubwürdig. Man wartet schon auf die nächste Saison. Sammler der Neuen Wilden müssen schon heute damit rechnen, morgen als Spottfiguren dazustehen: so wie es aussieht, werden selbst die Neuen Wilden mit Spott nicht sparen. Das Einnehmende an den miserablen Bildern ist, daß sie zu Spekulationsobjekten nicht taugen: sie sind hinfällig, kaum, daß sie gemalt sind.

Der eine oder andere Künstler wird womöglich mit der Zeit mehr als zwanzig Minuten an ein Bild verwenden. Der eine oder andere wird, wie es der Brauch will, an einer Kunsthochschule Professor werden. Nach der Jahrhundertwende trifft man womöglich einen alten Mann, der eine Imbißbude in einer Mittelstadt betreibt und stolz von seinen einstigen Erfolgen als Neuer Wilder erzählt. Doch das ist ein anekdotisches Beiwerk: man kann es ausspinnen, um der Sympathie willen, die, als Personen, die Maler hervorrufen.

Entscheidend ist die Tatsache, daß die Neuen Wilden dem Kunstbetrieb einen Schaden zugefügt haben, von dem er derzeit noch nichts weiß. Er wird seine Not haben mit den Riesenformaten, die kein Mensch mehr kaufen will. Darüber hinaus aber müßte er heute schon für seine Waren von morgen fürchten: nach der Erfahrung mit den Neuen Wilden wird so mancher, auf den es ankommt, Kunstmarktkunst nicht mehr blindlings für Kunst halten.

Konkret 05/82, S. 116

Günter Amendt

Methadon

Im Tresor verschlossen und verriegelt ein Liter des Opiats Methadon. Tagesration für 100 Heroinabhängige. In der Bundesrepublik sind Methadon-Programme verboten. Für viele Junkies ist Methadon die Lösung ihres Problems, viele Ärzte dagegen sehen in Methadon nichts als eine Droge gegen Drogen. Jetzt wird auch hier die Freigabe gefordert

Methadon, das in der Bundesrepublik unter dem Markennamen »L Polamidon« von den Farbwerken Hoechst hergestellt und vertrieben wird, ist ein synthetisiertes Opiat. Es wurde in den chemischen Labors Hitler-Deutschlands zu jener Zeit entwickelt, als die faschistischen Machthaber die militärische Grundlage für einen weltweit steigenden Bedarf an Schmerzmitteln schufen. Angeblich wurde die Droge damals im Volksmund - wahrscheinlicher wohl im Landserjargon - Adolphin genannt.

Methadon ist eine Droge. Methadon ist nichts als eine weitere Droge und das vorläufig letzte Glied einer Kette von Produkten, die die Pharmaindustrie im ewigen Rhythmus von Sucht-Profit-Sucht auf den Markt gebracht hat: Morphium, Heroin, Methadon. Das eine jeweils geeignet, um die Folgen des anderen zu bekämpfen.

Erst in den 60er Jahren allerdings kam Methadon zu dem Ruf, der ihm noch heute anhaftet: Ein Mittel zu sein im Kampf gegen die Heroinsucht. Damals wurden die ersten Methadonprogramme entwickelt. In den USA waren schon 1973 ungefähr 80.000 Opiatabhängige in einem Methadonprogramm. Das sind zweiundzwanzig Prozent aller Opiatabhängigen, die von den offiziellen Statistiken erfaßt werden.

in der Bundesrepublik fällt Methadon unter das Betäubungsmittelgesetz, seine Verschreibung unterliegt strengen Richtlinien, Mißbrauch ist strafbar. Unter bestimmten Voraussetzungen ist Methadon als Mittel für einen »sanften Entzug« zugelassen.

Als ich Mitte der 70er Jahre im Hamburger »Therapie Zentrum Altona« (TZA) zu arbeiten begann, war ich eher ein Gegner des sanften Entzugs«. Nicht weil ich Junkies unter den Folgen eines »kalten Entzugs« ohne jede psychopharmakologische Beigabe leiden sehen wollte. Nicht aus therapeutischen, sondern aus sozialen und politischen Gründen. Im TZA habe ich meinen Purismus aufgegeben, habe ich gelernt, die Verwendung von Methadon als relativ belangloses Hilfsmittel einer Psychotherapie zu akzeptieren. Das setzt aber voraus, was schon damals kaum vorhanden war und heute völlig fehlt: Qualifizierte Therapieeinrichtungen sowie Ausbildungs- und Arbeitsplätze in der Endphase einer Therapie.

Ähnliche Skrupel wie ich hatten auch die jungen Ärzte der Hamburger Therapie Klinik. Auch sie waren im Prinzip gegen die Verwendung von psychoaktiven Drogen. Deshalb orientierten sie sich an den unteren Grenzen der Dosierung. Ihre Faustregel: -so wenig wie nötig rein - so schnell wie möglich raus.

Therapeutisch spricht vieles für diese Methode. Schon am ersten Tag des Klinikaufenthaltes sind alle Junkies, alle, gleich in welchem Stadium des Entzugs sie sich befinden, ansprechbar für eine Psychotherapie - vorausgesetzt, es findet eine statt.

Methadon-Programme, wie sie in den USA, England, den Niederlanden und der Schweiz praktiziert und in anderen Ländern diskutiert werden, haben mit all dem nichts mehr zu tun. Die Abgabe von Methadon über Ärzte und staatliche Verteilungsstellen ist zur Therapie selbst geworden, sie ist nicht länger Hilfsmittel einer Psychotherapie. Fast überall dienen psychotherapeutische Maßnahmen nur noch als Alibi für die massenhafte Verteilung von Methadon. Die Begründer der Methadon-Programme gingen davon aus, daß chronischer Opiatgebrauch zu körperlichen Veränderungen führe. Der Körper sei schließlich auf eine ständige und regelmäßige Opiatzufuhr angewiesen. Mit Methadon werde nicht nur der 'Drogenhunger' gestillt, es blockiere auch die euphorisierende Wirkung des Heroins.

Eine unter Medizinern heftig umstrittene Theorie. Möglicherweise war sie von Anfang an nichts als eine Art Werbegag, um die Methadonabgabe politisch durchzusetzen. Das jedenfalls vermutet Dr. Werner Fuchs, Mitarbeiter der »Psychotherapeutischen Beratungsstelle« in Zürich, wo er die Dosierungen der Junkies festlegt, die in das Methadonprogramm aufgenommen wurden. Fuchs, wegen seiner Rolle als »Methadon-Oberarzt«, heftigen Angriffen aus der Zürcher Fixerszene ausgesetzt, hat selbst starke Zweifel am Nutzen von Methadon-Erhaltungsprogrammen: Solange man jedenfalls am Ideal einer totalen Abstinenz am Ideals einer völligen Drogenfreiheit festhalte, werde man noch lange auf Erfolgsmeldungen warten müssen. Er jedenfalls habe nur wenige auf Methadon eingestellte Junkies gesehen, die nicht auch regel- oder unregelmäßig zu anderen Drogen griffen.

Auch Lisa M., mit der ich mich in einem Tea-Room in der Nähe der Langstraße treffe, macht da keine Ausnahme. Sie sei »clean«, sagt sie, und fragt nach, ob noch ein Cola-Cognac drin sei. Ich hatte sie eingeladen und zahle, als wir uns nach knapp zwei Stunden trennen, fünf derartige »Doppelgedecke«.

Lisa M. ist 29 Jahre alt, war sieben Jahre auf 'äitsch', hat es vor Jahren bereits einmal in einer therapeutischen Wohngemeinschaft versucht und sich dann über eine Drogenberatungsstelle auf Methadon setzen lassen. Die Kriterien des

Zürcher Methadonprogramms, von denen Dr. Fuchs sagt, sie seien willkürlich, erfüllt sie mit dieser Biographie. Sie ist älter als 23 Jahre, sie war länger als zwei Jahre auf Heroin, und sie hat einen therapeutisch begleiteten Entzugsversuch hinter sich.

Diese Kriterien - 1975 aufgestellt - sind von der Wirklichkeit des Zürcher Drogenelends überholt. Er könne, sagt Dr. Fuchs, die Altersgrenze beispielsweise nicht wissenschaftlich begründen oder rechtfertigen. »Es laufen fünfzehnjährige Fixer auf der Szene rum. Nehmen wir an, sie wollen nach drei Jahren aufhören und schaffen es nicht. Man wird sie in eine Wohngemeinschaft einweisen. Gut. Und wenn sie nach einem Jahr abhauen? Dann sind sie neunzehn. Soll ich sie, wenn sie kommen und Methadon wollen, zurückschicken? Soll ich sie auffordern in vier Jahren mal wieder reinzuschauen?«

Und so hält sich in Zürich kaum einer, der als Arzt mit Methadon zu tun hat, an die vom Gesundheitsamt aufgestellten Kriterien. Das wiederum hat Lisa M. geschickt ausgenutzt. Ungefähr ein halbes Jahr, nachdem sie mit dem Methadonprogramm begonnen hatte, bekam sie Schwierigkeiten mit dem Indikationsarzt. Er wollte Lisa M. aussteuern, nachdem in den Urinproben, die sie zweimal wöchentlich abzuliefern hatte, immer wieder Spuren von Opiaten und im Blut Alkohol gefunden wurden. Lisa machte sich auf die Suche nach einem niedergelassenen Arzt, und sie fand einen, der großzügig war in jeder Hinsicht. Von gelegentlichen sanften Mahnungen abgesehen, ließ er sie mit Stichproben und therapeutischen Motivationsversuchen in Ruhe. Zudem verdoppelt er ihre Dosierung: von 60 mg auf 120.

Mit dem Versprechen, Fixern ein drogenfreies Leben zu ermöglichen, führten sich die Methadonvertreter in die Diskussion ein. Heute weiß jeder, daß Methadon wie Heroin suchtabhängig macht. Entzug von Methadon-Drogenfreiheit also - ist in den meisten Programmen auch gar kein Ziel mehr. Dagegen ist immer häufiger die Auffassung zu hören, das therapeutische Ziel sei schon erreicht, wenn ein Ex-Junkie unbefristet Methadon nehme und nur mäßig Alkohol und andere Drogen konsumiere. Hauptsache, er arbeite und werde nicht kriminell. Methadon ist kein medizinisches Mittel mehr, sondern ein sozialpolitisches.

Auf meine Frage, was ihr Methadon bringe, antwortet Marianne, 24, seit zwei Jahren auf Methadon: »Ich habe endlich meine Ruhe. Das hältst du nicht aus, dauernd hinter dem Stoff herzurennen. Und ohne »äitsch« kannst du nun mal nicht leben. Jetzt hab' ich meine Ruhe. Ich bin raus aus der Szene, ich hab' ne Wohnung. Mehr will ich nicht.« Und wie ist das mit der Arbeit? »Ich geh' an« schaffen. Das hab' ich auch vorher schon gemacht... Man ich hab' nichts gelernt. Weißt du eine Arbeit? Also..!«

Und wie hält sie das aus, Nutte zu sein? »Früher mit 'äitsch', jetzt mit Methadon.« Ich frage sie erst gar nicht, ob sie ansonsten »clean« sei, ihre Alkoholfahne riecht für sich.

Ruhe, endlich Ruhe, das ist, was die meisten Junkies von einem Methadonprogramm erwarten. Weg von der Szene, weg von den Bullen, weg von den ewigen Linkereien. Soziale Integration? In was denn? Viele Fixer wären erst gar nicht ausgestiegen, wenn man sie hätte einsteigen lassen: In eine Ausbildung oder einen befriedigenden Beruf. Heute wollen die meisten gar nicht mehr integriert Werden.

»Es gibt nur einen Typ von Methadon-Klienten, dem vielleicht geholfen werden kann«, sagt Dr. Fuchs. »Leute, die noch im Beruf « sind, die eine Familie haben oder in festen Freundschaftsbeziehungen stecken, werden mit Hilfe von Methadon vor einem weiteren Abstieg bewahrt.« Doch das ist nicht nur in Zürich eine verschwindende Minderheit.

Und so hält nichts einer Prüfung stand, was zur Rechtfertigung von Methadon-Programmen angeführt wird. Auch die Behauptung, Methadon stille den »Heroinhunger« und blockiere die euphorisierende Wirkung von Heroin, hat sich als unsinnig erwiesen.

Bereits der zusätzliche Konsum von allerlei Barbituraten und Amphetaminen und der nicht minder schädliche Alkoholkonsum sollten alarmieren. Fast alle Urinproben und fast alle wissenschaftlichen Nachuntersuchungen belegen, daß ein enorm hoher Prozentsatz - in einigen Untersuchungen fast 80 Prozent - von Methadon Klienten zusätzlich Heroin fixen. Nur in hohen, teilweise gesundheitsgefährdenden Dosen scheint es zu einer Blockade der euphorisierenden Wirkung von Heroin zu kommen.

Methadon selbst habe keine euphorisierende Wirkung. Das sagen alle. Welche Wirkung hat es dann? Wie kommt es, daß in den USA Tausende auf Methadon sind, ohne jemals auf Heroin gewesen zu sein? Warum werden in der Schweiz zwei Jahre Heroinabhängigkeit zur Bedingung gemacht, um an Methadon heranzukommen? Die Antwort ist klar: Eine primäre Methadonsucht soll verhindert werden. Nur, warum ist einer geil auf Methadon? Warum feilschen Junkies um jeden Tropfen? Warum wollen sie plötzlich die Dosis erhöhen, nachdem sie oft monatelang mit einer geringeren Dosis ausgekommen sind?

Als Schmerzmittel verwendet, erreicht Methadon einen schnell ansteigenden Betäubungseffekt, der für nur kurze Zeit mehr oder weniger rauschhaft verläuft. Danach flacht die Wirkung ab, ohne ihre schmerzstillende Kraft zu verlieren. Sie hält über Stunden an, weil das Präparat sich im Magen-Darmtrakt nur langsam abbaut.

Methadon wirke sedierend, heißt es in der Fachliteratur. Es schränke die Wahrnehmungsfähigkeit ein und beschränke das Reaktionsvermögen. Auch könne es zu Schlafstörungen kommen und Halluzinationen. Schweißausbrüche und Verstopfungen seien ebenso zu erwarten wie die Gefahr von Darmverschlüssen. Depressionen seien eine Folge, behandlungsbedürftige sexuelle Störungen eine andere...

Was könnte jemanden motivieren Methadon als Rauschdroge zu benutzen?

Ein Selbstversuch

7.11.81 21 Uhr.

»Ich nehme 20 Tropfen (5 mg) Methadon

Nach einer halben Stunde stellt sich ein leichtes Schwindelgefühl ein, das sich im Verlauf der nächsten Stunde steigert und unangenehm ist. Ich habe das Bedürfnis mich hinzulegen. Die ersten beiden Stunden, in denen der Höhepunkt der Wirkung liegt, empfinde ich als starke körperliche Belastung. In diesem Zeitraum macht sich auch der Juckreiz, der mich während des gesamten Versuches plagt, besonders heftig bemerkbar.

in meinem Kopf verändert sich nichts. Weder habe ich Halluzinationen noch stellen sich etwa beim Fernsehen-Assoziationen ein. Störend in dieser Phase ist der Druck auf den Augen, der zeitweise das Fernsehbild verschwimmen läßt, so als würde ich schielen. Auch Musik höre ich ohne gesteigerte Intensität.

Mein Reaktionsvermögen ist in den ersten drei Stunden stark eingeschränkt. Wiederholt stoße ich an Gegenstände, die mir sonst nicht im Wege sind. Nach Lichtschaltern, die ich sonst im Schlaf finde, muß ich tasten.

Auch später noch, nach etwa sieben Stunden, habe ich Schwierigkeiten, Schreibmaschine zu schreiben. Ich vertippe mich dauernd, kann allerdings ohne Probleme Gedanken fassen und formulieren.

Insgesamt empfinde ich meinen Zustand als emotional stark gebremst. Ich fühle mich weder besonders wohl noch besonders unwohl, weder glücklich noch unglücklich. Ich befinde mich in einem Zustand von Gleichgültigkeit. Gegen Morgen, etwa 8 Stunden, nachdem ich die 5 mg Dosis genommen habe, gehe ich schlafen.

Sonntag, 8.11.81, 13.00 Uhr.

Ich habe schlecht geschlafen. Ich erwache mit dem Gefühl: wie ausgeleert. Mein Versuch, die zurückliegenden Stunden zu interpretieren, scheitert. Ich habe die anhaltende Wirkung der Droge unterschätzt. Drei Stunden später versuche ich erneut, meine Lustlosigkeit zu überwinden. Jetzt - 21 Stunden nach Beginn des Selbstversuches - geht es besser.

Ich verstehe weniger denn je, warum jemand außer um Schmerzen zu lindern, Methadon nehmen kann. Ich hatte keinen Augenblick, den ich als körperlich oder psychisch befriedigend bezeichnen könnte. Hier müssen Bedürfnisse im Spiel sein, die mir fremd sind. Ich hatte eine Euphorie erwartet und erlebte eine Entemotionalisierung. Methadon als eine Art chinesische Affendroge: Nichts sehen, nichts hören, nichts fühlen. Es kann nur ein Motiv geben, diese Droge zu nehmen: den Wunsch, unerreichbar, abgestellt, nicht verletzbar und angreifbar zu sein. Und das ist das genaue Gegenteil jener flowerpower Drogen, von denen sich der Konsument Offenheit, Euphorie und Bewußtseinserweiterung verspricht.

Ein Wandel der Konsumgewohnheiten hat stattgefunden, der einhergeht mit einem Wandel der Konsumentenschicht. Oder genauer: Zu den alten Konsumgewohnheiten sind neue hinzugestoßen. Arbeiterjugendliche und Angehörige der unteren Mittelschicht suchen in Drogen ein Betäubungsmittel. Neben anderen Drogen scheint auch Methadon dieses Bedürfnis zu befriedigen.

Wenn der Zustand, in dem sich die Teilnehmer an Methadon Erhaltungsprogrammen befinden, auch nur annähernd dem gleicht, was ich in den letzten 24 Stunden erlebt habe, dann muß der Grad der psychischen Abstumpfung enorm sein. Dann ist auch leicht zu verstehen, warum Methadon-Abhängige zu Aufputschmitteln oder Alkohol greifen. Das ist mehr als ein Verstoß gegen die Kriterien eines Gesundheitsamtes, mehr als der Bruch therapeutischer Verabredungen, das ist auch ein Stück Überlebenswillen.«

In der Bundesrepublik gibt es keine Methadonerhaltungsprogramme. Und doch ist die Droge für viele Junkies so etwas wie ein Geheimtip, die Verheißung eines problemlosen Entzugs. Alle möglichen Gerüchte dringen über die schweizer und die niederländische Grenze in die BRD und kursieren in Fixerkreisen. Die Ärzteschaft reagiert unsicher. In der alternativen Presse wird die Freigabe von Methadon gefordert.

Ich habe auch Ärzte getroffen - und sie zählen nicht zu den schlechtesten - die von ihrer eigenen Hilflosigkeit und der Übermacht des Drogenproblems in die Knie gezwungen wurden. Fast ebenso verzweifelt wie viele Junkies suchen sie nach einem Ausweg. Die Ergebnisse von Drogentherapien in allen Spielarten sind so niederschmetternd, der Anstieg des Drogengebrauchs scheint so unausweichlich, daß bei vielen Ärzten auch die Bereitschaft zunimmt, außergesetzliche Wege zu gehen. Eine Kumpanei bahnt sich an zwischen Arzt und Süchtigen, deren Nutznießer einmal mehr die Pharmaindustrie sein wird.

Den Frankfurter Internisten Dr. Klaus K. habe ich auf dem »Hamburger Gesundheitstag« kennengelernt. Dort trat er als entschiedener Kritiker der Pharmaindustrie auf. Als ich ihn in Frankfurt besuche, will ich wissen, wie er die Theorie in seiner Praxis umsetzt. Doch Dr. K. wehrt ab: »Das ist eine politische Frage, die kann der einzelne Arzt nicht für sich lösen.« Dann erklärt er mir, wann er und wie er Opiate einsetzt. Auf den Mißbrauch habe er wie andere kritische Kollegen keinen Einfluß. »Der Pharmaindustrie in der Praxis ein Schnippchen schlagen? Das ist naiv, daran glaube ich nicht.«

Was er von dem Vorschlag halte, gleich Heroin legal an Süchtige abzugeben. »Ich bin dagegen, obwohl der Vorschlag eine gewisse innere Logik hat«, antwortet Dr. K.

»Worin besteht denn diese Logik?«

»Wenn man das Ziel der Suchtfreiheit aufgibt und Drogen mit Drogen zu behandeln beginnt, und wenn sich der Staat an die Spitze dieser Entwicklung setzt, dann kann man auch fragen, warum nicht gleich Heroin.«

Als ich zum ersten Mal von dieser Forderung hörte, dachte ich, es handle sich um einen Witz, den Tagtraum eines Junkies, oder eine Provokation aus der Anarchoecke. Ich hielt diese Forderung so lange für einen Witz, bis ich in Zürich mit einem Herrn ins Gespräch kam, der interessiert einer Diskussionsveranstaltung im damals noch bestehenden Jugendzentrum (AJZ) folgte. Er war mir weniger wegen seines Alters als wegen der grauen Eleganz aufgefallen, in der er im AJZ aufkreuzte. Ganz schön mutig, dachte ich. Meine Vermutung, er sei der Vater eines Fixers oder einer Fixerin ging daneben. Der feine Herr war Arzt. Seine Praxis liege oben am Zürichberg. Im Quartier der Altreichen also. Seit langem trete er für eine härtere Gangart in der Drogenfrage ein. Er sei ins AJZ gekommen, um die Vorstellungen der Betroffenen zu hören. Damals ging es noch um den »Fixerraum«. Was er dazu sage? (KONKRET 3/82)

Der Fixerraum gehe in Ordnung, über die Legalisierung von Heroin müsse man diskutieren, die kostenlose Abgabe von Methadon sei der Schlüssel zur Lösung des Drogenproblems. Ich war einigermaßen geplättet. Doch die Erklärung blieb nicht lange aus. Der Herr begann sich zu ereifern, er wurde immer lauter, je weiter wir uns vom AJZ entfernten.

»Kennen sie die Zustände am Hirschenplatz?« fragte er mich. »Man kann sich dort nicht mehr hinwagen. Die ganze Altstadt ist verseucht.« Aus ihm sprach weniger der Arzt, als der Bürger oben vom Berg. Er hatte weniger das Schicksal des Junkies als die »Aktion sauberes Zürich« im Sinn.

Ob er denn mit Drogenproblemen in seiner Praxis zu tun habe? Er zögert einen Augenblick, und denkt dabei wohl an seine tablettengeilen Zürichberg-Damen und deren alkoholisierte männliche Pendants, um dann aber doch zu verneinen.

Im übrigen würde er sich staatliche Kontrollen verbitten, falls er doch einmal in die Situation kommen sollte, einen Drogenabhängigen zu behandeln. Die zunehmende Verschärfung des Arzneimittelgesetzes sei ja auch so eine Folge der Drogenwelle.

Weniger Staat, darauf lief es hinaus. Die Konsequenzen sind verblüffend. Weil ihnen der Staat ein Dorn im Auge ist, fordern Flipper aus der Anarchoszene und Bürger vom Zürichberg, die Freigabe von Heroin.

Bezeichnend aber auch der Auftritt des Zürcher Professors A. Uchtenhagen im Schweizer Fernsehen. Nach seiner Meinung über den Heroin-Fixer-Raum im AJZ gefragt, erklärt er: »Das ist die Ausstrahlung einer Botschaft, die ich nicht gutheißen kann. ...Das grenzt für mich an eine Haltung, wo ich zum Komplizen der Sucht werde, anstatt mich mit dem Süchtigen gegen seine Sucht zu solidarisieren.«

Uchtenhagen gilt in der Schweiz als »Drogenpapst«. Mit »Apostel der Pharmadroge Methadon« wäre die Rolle dieses Komplizen der Methadonsucht besser beschrieben. Professor Uchtenhagen ist nämlich verantwortlich für das Zürcher Methadonprogramm. Uchtenhagen ist ein fortschrittlicher Mann und mutig. Aber Herr Uchtenhagen ist nicht nur fortschrittlich und mutig, er ist auch im Staatsdienst tätig. Dort hat er eine Aufgabe zu erfüllen. Die heißt - in Zürich mehr noch als anderswo - für Ruhe und Ordnung zu sorgen, und die Schweinerei mit den Leichen zu beseitigen. Denn die Öffentlichkeit ist von der hohen Todesrate im Fixermilieu beunruhigt. Methadon in geeigneter Dosierung bereinigt die Statistik. Wie hoch dosiert und psychisch reduziert die Ex-Junkies dann auch rumlaufen mögen, sie geben Ruhe und fallen nicht weiter auf. Und ist die Todesfallstatistik erst einmal bereinigt, wird auch der soziale Skandal aus dem öffentlichen Bewußtsein verschwinden.

Wer Methadon als Lösung des Drogenproblems verkauft, macht sich zum Komplizen der Pharmaindustrie gegen den Süchtigen. Wer Methadonprogramme nicht als letzten Schritt vor Psychochirurgie, Zwangsentzug und Sicherungsverwahrung begreift, wird zum Werkzeug staatlicher Ordnungspolitik. Methadon ist billig, Psychetherapien sind teuer, die Sozialetats sind knapp.

Methadon-Programme lenken den Kapitalfluß des illegalen Drogenhandels in die legalen Bahnen des Pharmakapitals. Die *Diskussion* über Methadon soll die Öffentlichkeit darauf vorbereiten, daß man das Drogenproblem eines Tages mit chemischen Mitteln angehen könnte. Soziale Ursachen von Drogenabhängigkeit interessieren dann nicht länger.

Die Zahl der von harten Drogen abhängigen wird in der Bundesrepublik auf 50.000 geschätzt. Der gegenwärtige Apothekenpreis für eine Flasche Methadon (L Polamidon) von 10 ml beträgt 8,35 DM. Das entspricht der täglichen Dosis eines niedrig eingestellten Junkies. Aufs Jahr gerechnet macht das pro Patient dreitausend Mark. Bei 50.000 Junkies ergibt sich ein Jahresbedarf von 150 Millionen Mark für *ein* Pharmaprodukt in *einem* Land bei steigender Nachfrage.

Doch beruht diese Hochrechnung auf einer Annahme, die so nicht zutrifft. Sie unterstellt, alle Junkies kämen im Prinzip für ein Methadonprogramm infrage. Davon kann man immer weniger ausgehen. Das Bild des Fixers, sein Verhalten und seine Suchtgewohnheiten, haben sich in den letzten Jahren gründlich geändert. Höchstens 15 - 20 Prozent der Fixer sind noch reine Opiatabhängige. Die meisten sind Politoxikomane. Neben Opiaten schlucken und drücken sie, was ihnen zwischen die Finger kommt.

Das dürfte die wohl wichtigste Erkenntnis gewesen sein, die der Bundesinnenminister aus den USA mitgebracht hat. Baum war beeindruckt von dem, was ihm Methadon-Experten erzählten. Doch die Nachteile waren nicht zu übersehen: Methadon ist einfach zu ineffektiv zu wenig flächendeckend, um seinetwegen politische Auseinandersetzungen zu provozieren. Deshalb wohl läßt sich auch K. H. Lange, Stellvertreter des Hamburger Drogenbeauftragten, nicht auf eine eindeutige Stellungnahme gegen Methadon festlegen. Methadon sei im *Augenblick* nicht nötig, erklärt er. Die Zeit ist reif für eine neue Droge, eine Art Breitbanddroge, die alle Gifte im Körper der Junkies neutralisiert. Der Bedarf ist da, Profite locken und Wunderdrogen gibt es immer wieder.

Konkret 05/82, S. 124

Gabriele Kreis

Die Kunst, feminin

Das war längst fällig: Ein Buch »über die weibliche Kunst, Erotik darzustellen«. Es heißt »Körper, Liebe, Sprache«. Gerade hat es mir der Zeitgeist (heute in Sachen Feminismus unterwegs) vorbeigebracht. Nun blättere ich darin, lese, staune.

Auf den ersten Blick viel Verlockendes, Unbekanntes, neue Namen und neue Gesichter. Texte, Bilder, Fotos und Karikaturen - alle von Frauen, alle zum Thema Erotik - und jeder dieser Bereiche weiblicher Kunstproduktion mit einem theoretischen Aufsatz eingeleitet. Meine Neugierde ist geweckt. Gründlich wie ich bin, wende ich mich erst einmal der Theorie zu.

Erotik ist... ja was? Ein Weites Feld, dachte ich, für jede(n) etwas anderes, und, wäre ich gefragt worden, hätte ich vage gemurmelt von Liebe, Lust und Leid, Zwischenmenschlich-Geschlechtlichem, vom »kleinen Unterschied« und großen Geheimnissen. - Wie dumm ich war! Doch damit soll es nun vorbei sein. Erotik ist »zart sein und stark sein, lüstern und lebendig, Sanftmütigkeit, Lachen, Spiel und Blumen«, jedenfalls soweit es sich um die Frauen handelt. Ein liebliches Gebräu aus Milch und Honig. Dagegen die männliche: eine ekelerregende Mischung aus Blut und Tränen, aus Gewalt und Lust. Statt Blumen Bomben, phallusförmig. Abgewrackt ist die Erotik des Mannes, am Ende angekommen wie überhaupt das ganze Patriarchat. Der Mann langweilt, seine Sexualität langweilt, sein plattes Penetrationsverhalten langweilt. Es ist aus mit ihm. Genug hat er den Frauen angetan: Daß die »Geschichte der weiblichen Erotik eine Horrorgeschichte« ist, daran trägt allein er die Schuld. Zwangsheterosexualität war seine Erfindung und der Ausdruck seiner Frauenverachtung. Er machte die Frau zur Ware. Seine Stärke war ihre Schwäche, also hatte die Frau schwach zu sein. Daß sie es nicht blieb, ist sein Pech, aber kein Wunder. Denn: Frauen gemeinsam sind stark und »die Sehnsucht nach lebendiger Lust auf die Dauer nicht unterdrückbar«. Die_ erfüllte sich in vergangenen Zeiten in klösterlichen Frauengemeinschaften, im Umgang mit den Kindern und im »vertrauten Miteinander der Frauen, in der Küche, in der Nähstube, im Garten, auf dem Feld«. Und da konnten wir ausbilden, was den Männern mehr und mehr abhanden kam - Menschlichkeit, sprich Erotik. Erotik: Die haben wir nun, und der Mann hat sie nicht mehr, und - will er nicht lernen von uns, unserer Sanftmut und unserem Lachen - auch jedes Recht auf sie verwirkt, selbst das ihrer künstlerischen Darstellung (als Subjekt und als Objekt). Erotik ist - folge ich diesem Gedanken - die Domäne der Frauen, überall und in jeder Beziehung, auch in der Kunst. Sie findet unabhängig vom Mann statt.

So einfach ist das. Jedenfalls für Anna Tüne, Lyrikerin und Herausgeberin dieses Buches »Körper, Liebe, Sprache«, dieser Anthologie erotischer Kunst von Frauen für Frauen. (Und gewiß auch für Männer.) Oh Anna, ist es wirklich so einfach, wie du uns in deinem (stilblütenreichen) Einleitungsaufsatz über die »Liebe als politischen Begriff« weismachen willst? Ist also männlich männlich und weiblich weiblich und zwischen beidem ein tödlicher Abgrund und sonst nichts? Grenzüberschreitungen bei Lebensgefahr untersagt? Das Denken in Gegensatzpaaren war bisher Männersache. Es wird nicht dadurch besser, daß es jetzt Frauen mit veränderter Denkrichtung praktizieren. Und allein durch die Besinnung auf ihre Geschlechtlichkeit und »traditionell weibliche Talente und Tugenden« hat noch keine Frau ein Kunstwerk zustandegebracht. Der sauber ausgeführte Kartoffeldruck der Handarbeitsschülerin ist Lichtjahre entfernt von Sonia Delaunays Stoffentwürfen. Weder gibt es eindeutige Formkriterien für feministische Kunst, noch ist feminine Qualität allein Sache der Sujets.

Darüber hätte nachdenken sollen, wer ein solches Buch machen will, Anna - wenn nicht gleich so doch spätestens nach dem Sammeln und Sichten des Materials. Denn das - Texte, Bilder und Fotos - differenziert oder widerlegt seinen theoretischen Überbau. Manchmal illustriert es gar, was die »Theoretikerinnen« dieses Buches gern unterschlagen hätten: daß Erotik und Gewalt sich nicht ausschließen, weder im Leben der Frauen noch in ihrer Kunst.

Beginne ich mit der »Bildenden«, der das umfangreichste und wichtigste Kapitel des Buches gewidmet ist: Sarah Schumann spielt mit Messer und Schere, Gisela Breitlings Figuren sind verwachsen und verstümmelt. Besonders eindrucksvoll demonstrieren die Arbeiten von Barbara Heinisch, Beuys-Schülerin und Performance-Künstlerin, den Zusammenhang zwischen Erotik und Gewalt. Barbara Heinisch integriert die Körpersprache des Modells in ihren Mal-Akt, und zwar dadurch - wie sie selbst erklärt -, »daß das Modell hinter dem Bild steht, nicht davor, sich gegen die Leinwand drückt, und dadurch ganz konkret einbringt, als Relief auf der Leinwand, als lebendige, bewegliche, atmende Leinwand«. Mit den Fingerspitzen den Körperformen folgend, verteilt die Künstlerin die Farbe, läßt den Körper wachsen, bis er sich selbst ins Bild setzt, zum Beispiel durch einen Riß in der Leinwand: »Ein gewaltsames Vorgehen, ein Akt des Sich-Äußerns und auch der Entäußerung des anderen. Das ist schon gewaltsam erotisch. Wirkliche Erotik ist sehr radikal.«

Eine Position. - Eine ganz andere vertritt Juliane Borchert. »Frauliche Schönheit« ist für sie der Inbegriff der Erotik, weich und üppig sind ihre Frauen, sinnlich und passiv.

Entgegen allen theoretisch-programmatischen Äußerungen in diesem Buch ist der Mann aus der erotischen Kunst der Frau längst nicht verbannt. Er taucht auf in den an romantische Traumvisionen erinnernden Bildern Roswit Balkes und den listig-naiven von Natascha Ungeheuer. Monika Sieveking präsentiert als erotischstes Bild einen nackten Männerrücken.

Die Rückansicht eines anderen nackten Mannes eröffnet das Kapitel »Fotografie«. Angela Eichstaedt hat es gemacht. Sie schreibt dazu: »Meine lieben Freundinnen, liebe Männer, Frauenkörper sind schön, Männerkörper sind schön. Beide bereiten mir Freude beim Betrachten.« - Noch weiter geht Charlotte March. »Mann oh Mann« nennt sie ihre fade Fotoserie von Dressmännern ohne Dress. Erotische Wirkung? - Keine! - Wen wundert's. Reichlich nacktes Fleisch hat wenig mit Erotik zu tun, wer etwa die Fotos von Man Ray kennt, weiß es. Seine ebenso lasziv wie verwegen auf dem Sofa lagernde »Danseuse saimq'ue« im schwarzen schulterfreien Kleid beispielsweise ist von größerer erotischer Faszinatiori als alle Fotos dieses Buches zusammengenommen. Woran liegt das? Studiert es, Frauen! Schaut die Fotos der Männer an, es müssen ja nicht gleich die des (brillanten, aber) »sexistischen« Helmut Newton sein oder die des keimfreien Kinder-Kitschiers David Hamilton. Mann ist eben doch nicht Mann. Nicht einmal in der erotischen Karikatur der Frau, und auch nicht in der Liebe. Die beiden letzten dünnen Kapitel zeigen es, und außerdem, wie weit voneinander entfernt hierzulande Witz und Erotik sind.

Bleibt also nur noch eines in diesem Buch zu untersuchen: die erotische Literatur von Frauen. Und siehe da! Der in allen theoretischen Vorbemerkungen pausenlos »stillgelegte«, wenn nicht gar totgesagte Mann, ist einfach nicht totzukriegen. In immer anderer Gestalt geistert er durch die Kunst der Frauen, hier: ihre Gedichte und Prosatexte. Er ist das Gegenüber weiblicher Erotik, an ihm entzünden sich die erotischen Phantasien der Frauen. Und selbst, wenn Frauen Frauen lieben - es soll ja vorkommen - dann tun sie es wie ein Mann. Gleich der erste Text von Christiane Binder-Gasper enthält eine kräftige Penetrationsphantasie ziemlich gewalttätiger Natur - » ... aus floras geschlecht eine vase gemacht, sehr langsam hatte sie die stiele der blumen hineingeschoben... flora hatte immerzu ihren kopf auf die steinegeschlagen... tiefer, eva, bitte tiefer, binde mir die hände auf den rücken ... « - Weibliche Erotik: Spiel mit Blumen?

Aldona Gustas träumt in schönster Marlene-Dietrich-Manier (Peter Kreuders »Wo ist der Mann?«, unbedingt anhören!): »Ohne Tricks/ohne Vorspiele/umarmen wir uns/als ob außer uns/niemand auf der Welt sei/und unser Sperma wichtiger als alles andere ... « Und so geht es weiter und so geht es fort.

Ach ja, der Mann in unserem Kopf! Wohin mit ihm? Wie ist er überhaupt da hineingekommen? Und: Soll er wirklich raus? - Darüber nachzudenken lohnt sich, ist wichtig, wie auch darüber, worin das »Weibliche« in der Kunst der Frauen bestehen kann. In der schlichten Negation des »Männlichen« jedenfalls nicht. Die Kunstanthologie »Körper, Liebe, Sprache« beweist es. Aber sie tut noch mehr, und das ist gut: Sie informiert über einen Teil der zeitgenössischen weiblichen Kunst, der meist ignoriert wird, und gibt den Künstlerinnen Gelegenheit zu autobiographischen- und Werk-Erklärungen. Einiges gibt es da zu entdecken, anderes zu übersehen.

Daß die Reproduktionen der Kunstwerke nur und genauso schwarz-weiß sind wie die gleichzeitig verkündete Kunst- und Erotik-Theorie, ist schade. Aber dafür ist das Buch billig. Es ist selten, daß ein Produkt gefällt, weil es nicht hält, was seine Produzentin verspricht. - Glück gehabt, Anna! Die Wirklichkeit ist nun mal stärker als alle Theorie, die graue der Männer und die bunte der Frauen.

»Körper, Liebe, Sprache«, herausgegeben von Anna Tüne, Elefanten Press, 180 Seiten, 17,90 Mark

Konkret 05/82, S. 130

Sabine Bredy

Krach

aber mit System: wie die beiden Bands »Einstürzende Neubauten« und »Throbbing Gristle« ihr Publikum grausam bearbeiten und weshalb

Ihre ersten Aufnahmen machte die Berliner Gruppe »Einstürzende Neubauten« in einem Autobahnbrücken-Schacht von 1,50 Metern Höhe. »Hört meine letzten Worte ... « kreischte Sänger / Gitarrist *Blixa Bargeld,* Kultfigur und Untergangsfetischist. Der halbkahle Schlagwerker *Endruh Unruh* lieferte mit zwei riesigen Holzprügeln den Rhythmus dazu. Wenig später fielen in Berlin drei größere Gebäude in sich zusammen, unter anderem die Kongreßhalle. Ein direkter Zusammenhang war nicht nachzuweisen.

In den Konzerten der »Neubauten« wird - zu unglaublichem Krach - getanzt. Ganz anders wirken die Lärmattacken der britischen Gruppe »Throbbing Gristle«. Bei ihren Auftritten gab es Ohnmachten und Erbrechen - vorsätzlich und systematisch erzeugt durch Geräusche.

Hier geht es nicht um Kategorien von Musik. Es geht um *»Muzak«,* Tonfolgen, Geräusche, Frequenzen, die einen unmittelbaren physikalischen Einfluß auf Körper und / oder Verhalten von Hörern haben können. Bei den »Neubauten« ist dies mehr zufälliger Nebeneffekt, bei »Throbbing Gristle« - wie sie sagen - Mittel zur Subversion.

Die Lautstärke tangiert die Schmerzgrenze, aber sie erzeugt nicht die euphorischen Zusammengehörigkeitsgefühle von Heavy-Rock-Konzerten. Fast masochistisch genießt jeder für sich das Dröhnen, Sägen und Hämmern, das den eigenen Kopf und Bauch zu bearbeiten scheint. Nicht nur die Lautstärke, sondern auch die Art der Geräusche und Frequenzen quält - und reizt die Ohren und das Gehirn. Je stärker und umfassender, desto gelungener das Konzert. Nichts spricht eigentlich dagegen, sich solcher Tortur sofort zu entziehen. Verpaßt du aber die Gelegenheit, dich innerhalb der ersten fünf Minuten abschrecken zu lassen, zwingt dir das archaische Getöse seinen Pulsschlag auf. »Kollaps... nicht viel Zeit ... « Trotz niederschmetternder Aussagen des Stegreif-Sängers *Blixa Bargeld* schwitzt du, tanzt du, läßt dich quälen. Der Untergang wird nicht bejammert, sondern lustvoll und exzessiv gefeiert.

»Einstürzende Neubauten« begleiten das tägliche Desaster mit Eisenstangen, Stahlblechen, Rohren, Hämmern, kurz: mit allen Stahl- und Schrottmaterialien, die zur Ton-/Geräuscherzeugung verwendbar sind. *Endruh Unruhs* Schlagzeug besteht ausschließlich aus zusammengeschweißten Schrott-Teilen und wird ständig ergänzt und verändert. Das gleiche Prinzip gilt für das gesamte Instrumentarium.

Grüne Recycling-Pioniere sind sie aber nicht. *Bargeld* über den Sound der Apokalypse: »Das ist das positivste Geräusch überhaupt! Alte Gegenstände, Bedeutungen, Gebäude und Musik werden durch Neues ersetzt. Das heißt Fortschritt. Und der Endpunkt des Fortschritts ist erreicht, wenn Dinge nicht mehr alt werden, sondern in dem Moment, wo sie entstehen, wieder zerstört werden.«

Bargeld und *Unruh* wohnen in besetzten Häusern in ihrem Musik-Stil: unverputzte, nackte Betonwände, kaum Mobiliar, hier und da große Löcher im Fußboden. Chaos auch auf der Bühne: *Blika Bargeld* schreit und spricht mehr, als daß er singt; seine E-Gitarre, mit Fäusten geschlagen, ist nur mehr Geräusch- und Rhythmusinstrument. Bleich und ausgemergelt, ganz in Gummi verpackt, präsentiert er sich als Destruktiv-Entertainer, was ihm eine ganze Schar von kleinen Epigonen und Verehrer / innen eingebracht hat. Die Knochenarbeit leisten *Unruh* und Schwermetall-Percussionist *FM Einheit,* der in Aktion einen unglaublichen Anblick bietet. Man meint, Wieland dem Schmied bei der Arbeit zuzusehen. Ein sinistrer Bassist tritt sporadisch mit auf. Elektronische Instrumente bleiben Beiwerk.

Die Musikabende mit den »Einstürzenden Neubauten« gleichen eher Materialschlachten als Konzerten. Erstaunlich ist, daß man dennoch nicht in einein diffusen Klang- und Krach-Matsch erstickt. Die Hammerschläge und Eisengeräusche kommen diszipliniert, scharf und genau.

Avantgardisten, Alternative, Kritiker und Mode-Newwaver verdrehen bei Erwähnung des Namens »Einstürzende Neubauten« verzückt die Augen. Nach einem Konzertbesuch hat das meist ein Ende. *FM Einheit:* »'Einstürzende Neubauten' heißt, jeder soll seine Gitarre in die Hand nehmen, und wenn du das nicht tust, schlage ich sie dir übern Kopf.«

Destruktive Musik? Nein, »Neubauten« bringen über das Publikum eine Ladung Energie, die nichts Zerstörerisches an sich hat. Bei vielen Stücken tanzt man seinen eigenen Herzrhythmus in überdimensionaler Lautstärke - ein archetypisches Prinzip, aus dem wohl auch zentralafrikanische Trommelrituale ihren Effekt beziehen.

Genau analysiert haben die »Neubauten« ihre eigene Wirkungsweise bisher nicht. Seit kurzem experimentiert die Gruppe mit Muzak-Tapes. Von Anfang bis Ende eines Konzerts sollen verschiedene Geräuschspuren mitlaufen, die nach einiger Zeit nicht mehr bewußt wahrgenommen werden. Dieser Berieselungseffekt kann die unterschiedlichsten Folgen haben, - kann beruhigen, einschläfern, zum Kauf verleiten oder - umbringen?

Die erste »Musik«-Gruppe, die sich mit solchen Manipulationsmöglichkeiten in Theorie und Praxis auseinandergesetzt hat, war »*Throbbing Gristle«.*

T.G. (»pulsierender Knorpel«, Yorkshire-Slang für »Erektion«) haben sich als Forschungsprojekt angesehen, ihre Studios in der »Death Factory« bei London waren Laboratorien, ihre Platten haben sie als »Jahresberichte« herausgegeben. *Genesis P-Orridge* (Text / Gesang), *Peter Christophersen* (selbstkonstruierte Elektronik) und *Cosey Fanni Tutti* (Gitarre, Synthies) und *Chris Carter* (Synthies, Rhythmusgeräte) konzentrierten sich auf Sound-Experimente. Sie versuchten Extreme menschlichen Verhaltens, Tabus, Gewalt, Krankheit und Tod nicht nur in aller Härte zu thematisieren, sondern mit akustischen Mitteln umzusetzen, zu simulieren: Das Publikum wurde dabei zum Versuchskaninchen.

Die frühe Musik von T.G. ist im wesentlichen ein sehr dichtes Konglomerat aus elektronischen oder elektronisch verfremdeten Geräuschen, das jede Idee von traditionellen Musikformen, Ästhetik oder Geschmack ignoriert. Aber die scheinbar chaotischen Lärmgefüge sind organisiert und kooperieren genau mit den Inhalten. Der Schwarzweiß-Stummfilm »After Cease to Exist« (nach dem Ende des Existierens), einigen Auftritten vorangestellt, zeigt kühl und sachlich eine Kastration, es gibt ein Blutbad, Schreie, die sich mit der Musik verbinden.

Systematisch wird das Lärmgefüge von dumpfem Gedröhne zu einer kreischenden Kaskade gesteigert, die geradezu paralysierend wirkt - Ohnmachten, Beklemmung, Schwindel, Erbrechen - der verschonte Rest des Publikums entwickelt zum Teil massive Wut, die wenig mit der lustvollen Aggression mancher Punkkonzerte zu tun hat.

Beklemmend sind die mahlenden Maschinerien, Zuggeräusche und Signaltöne des Auschwitz-Stückes »Zyklon B Zombie«: Der schnarrende Gesang dazu: »Bin nur ein kleines Judenmädel / hab keine Kleider an / und hätt' ich einen Hammer / dann schlüg ich dir die Zähne ein / wenn ich sie zur Gaskammer bring / bleib ich lachend draußen stehen / Zyklon B Zombie ... « Sänger *Genesis* hat Auschwitz in seinem Urlaub besichtigt. »Du kommst da raus und denkst dir: sie werden dieses Lager wieder benutzen. Es ist in perfektem Zustand, außer, daß zwei der vier Öfen kaputt sind. Ansonsten ist es startklar .« Daraufhin verwendete die Gruppe ein Auschwitzfoto als Logo für das bandeigene Label »Industrial-Records« - als »äußerstes Symbol menschlicher Dummheit«.

Das Publikum warf T.G. vor, Faschismus und Gewalt zu propagieren, fragte ratlos nach Gründen solcher Darstellung. *Genesis:* »Ich finde derlei Einwände einfältig. Jede Tageszeitung schreibt über Gewalt, Vergewaltigung, Krieg.«

Er gibt zu, vom Monströsen fasziniert zu sein: »Jeder, der es nicht zugibt, lügt. Wir sind alle krank und morbide.«

Heute beschreibt *Genesis* die T.G: Musik als einen»den Stoffwechsel unterwandernden Muzak«: »Wir spielten mit den Erwartungen und Reaktionen unserer Zuschauer, bis ihre Versuche, uns ihre vorgefaßten Meinungen über Form und Logik aufzuerlegen, zusammenbrechen wie durch Gehirnwäsche.« Im Konzert stellvertretend für gesellschaftliche Prozesse.

In dem Essay »Der totale Krieg ist ein Informationskrieg, und wir sind mittendrin ... « lieferte der Sänger dazu den ideologischen Background: »Politik ist nichts weiter als eine Scharade, damit die Leute sich sicher fühlen... Die Macht liegt in den Händen derjenigen, die Zugang zur größtmöglichen Information haben und diese Information kontrollieren. Es ist von lebenswichtiger Bedeutung, diesen Kontrollprozeß kurzzuschließen.« Genau das sollte die T.G:-Musik: subversiv wirken.

Über T.G:-Fans sagt *Genesis:* »Wir kriegen Briefe von vierzehnjährigen Kids... die haben keine Ahnung, was das Ganze bedeutet. Sie haben lediglich ein ganz momentanes, instinktives Einfühlungsvermögen in den Sound. Sie empfinden ihn als anarchisch, rebellisch, manchmal mächtig und stark, böse, aber auf ihrer Seite.«

T.G. sahen ihre »Mission« konsequent als beendet an, als sie akzeptiert wurden. Heute arbeitet *Genesis P-Orridge* mit Infrasound, mit Schallwellen niedrigster Frequenz unter dem menschlichen Hörbereich, die je nach Tiefe innere Organe erschüttern, in Eigenvibration bringen oder zerplatzen lassen. Lautsprecher übertragen diese Frequenzen nicht mehr. Angeblich sollen Versuche der US-Militärs, daraus eine Waffe zu konstruieren, am Problem der Übertragung gescheitert sein. Ein ähnliches Prinzip liegt der! tranceerzeugenden Wirkung tibetanischer Musik zugrunde. *P-Orridge* experimentiert daher mit Knochentrompeten, tiefen Trommeln und anderen archaischen Geräten.

Das deutsche Filmpublikum kann Ende des Jahres vielleicht ein tiefgreifendes Kinovergnügen genießen: Untergrundfilmer Klaus Maeck arbeitet an einem Spielfilm über eine Hamburger-Kette. Soundtrack: *Genesis P-Orridge.* Dessen neue Formation heißt »Psychic Youth«, die erste öffentliche Aktion wird Ende Mai unter dem Titel »Thee Final Academy« in London erwartet.

Spinner. Krachmacher. Abseitige Sektierer.

» Die Kunst braucht eine Operation«. (Tristan Tzara, 1919)

Konkret 05/82, S. 135

Wolf Donner

Film: Beattys lauwarme Rote

»Reds« oder wie Amerikas Presse einen Oscar-Hit zu lancieren versucht: »Die einzig wichtige, kreative und originäre amerikanische Produktion seit Orson Welles' 'Citizen Cane'« (The Hollywood Reporter); »atemberaubend, mutig und kompromißlos« (ap); »'Doktor Schiwago' für Anspruchsvolle« (Chicago Sun Times); »seit 'Lawrence von Arabien' gab es kein ernsthaftes historisches Epos von solcher Kraft, Komplexität und Intelligenz« (Rolling Stone); »ein durch und durch kommerzieller, amerikanischer, romantischer Film« (New York Magazine).

Cleverness und Showmanship, routiniertes US-Entertainment und gesellschaftskritisches Engagement, das alles kommt vielversprechend zusammen im Filmprojekt »Reds«, an dem Warren Beatty seit vielen Jahren gearbeitet hat. Und das alles hat viel zu tun mit dem Schriftsteller und Revolutionär John Reed, den Beatty spielt. Er zeichnet außerdem für Regie, Produktion und Drehbuch (zusammen mit dem britischen Dramatiker Trevor Griffith) des dreieinhalbstündigen, ca. 35 Millionen Dollar teuren Films.

John Reed war ein amerikanischer Idealist mit dem naiven Elan eines europäischen Theaterhelden aus dem 19. Jahrhundert. Reiche Eltern, Harvard, hochgemute Gedichte, erste Zeitungsartikel. In hitzigen Reportagen beschreibt er Pancho Villas mexikanische Revolution, im radikalen Blatt »The Masses« kämpft er für Arbeiterstreiks und soziale Verbesserungen und landet wiederholt im Knast.

Rechtzeitig zur Oktoberrevolution 1917 ist er in Rußland, lernt Lenin kennen. Sein atemloser, schwärmerischer, nicht immer ganz zuverlässiger Augenzeugenbericht »Zehn Tage, die die Welt erschütterten« mit Lenins Vorwort wird ein internationaler Bestseller. Reed gründet die amerikanische KP, fährt anonym nach Moskau zurück, schlägt sich mit der Bürokratie der Komintern herum. 1920 stirbt er an Typhus in Moskau, knapp 33 Jahre alt, vor Lenins Tod und Trotzkis Verfehmung und Stalins Aufstieg, zu einer Zeit, wo ein Kommunist noch zugleich amerikanischer Großbürger, Dichter, Playboy und Abenteurer sein konnte, ehrgeiziger Laienpolitiker, sentimentaler Humanist, intellektueller Snob und jungenhafter Träumer.

Der Film stellt nicht die aufregende Lebenschronik John Reeds in den Mittelpunkt, sondern die Beziehung Reeds zu seiner Frau Louise Bryant (gespielt von Diane Keaton). Zufällig lernt die rebellische, emanzipierte Journalistin den berühmten Kollegen, kennen und verführt ihn, folgt ihm nach New York, lebt mit ihm im »radical-chic«Zirkel von Emma Goldman, Walter Lippmann, Eugene O'Neill, Max Eastman und anderen im Village und in einem Badeort in Massachusetts, fährt mit ihm nach Moskau und, eine Erfindung Beattys, sucht den gefangenen, kranken Reed auf einer Odyssee durch Finnland und Rußland und findet nur noch den Sterbenden. (Der Film teilt nicht mit, daß Reed in Finnland gefangengehalten wurde, weil er eine ganze Kollektion Diamanten als Hilfe der Komintern für den Aufbau einer amerikanischen KP bei sich trug.)

Wie sich John und Louise streiten und wieder vertragen, heiße Debatten führen und dann ins Bett hüpfen, sich trennen und wieder in die Arme sinken, wie er viel unterwegs ist und, wie man hört, dabei seine Amouren hat, während sie mit O'Neill (gespielt von Jack Nicholson) schläft, das alles interessiert Beatty vielmehr als Geschichte und Politik. Die Bürde historischer Authentizität überträgt Beatty einer Anzahl tatsächlicher Freunde und Bekannter des exzentrischen Duos, die (leider ohne benannt zu werden) vor allem zu Beginn immer wieder eingeblendet werden und von den Reeds, ihrer Umgebung, ihrer Zeit erzählen: eine fesselnde, imponierende, Parade verschrumpelter Gesichter, alle ganz wach und klug, großartige Formulierer, genaue Analytiker der erinnerten Epoche. Die Statements vermitteln mehr Kolorit als Beattys Bemühungen, und die zwei Kinofiguren wirken fade neben den betagten Zeugen.

Was »Reds« fehlt, ist eine durchgehende Idee, eine geistige oder ästhetische Konzeption, die Pranke eines Regisseurs, ein Stil (trotz Vittorio Storaro, dem Kameramann von » 1900« und »Apocalypse Now«), ein spürbares intellektuelles Interesse an den Hauptpersonen, ein Hauch der genialischen Verrücktheit dieser zwei Goldkinder der Geschichte und ihrer Zeit. Ein lauwarmer Film über John Reed und Louise Bryant ist ein ärgerlicher Film.

Die US-Presse lobt Beattys Mut, in der Reagan-Zeit einen Kommunisten zum Hollywoodhelden zu küren, einer riskanten Großproduktion einen provozierenden Titel (»Rote«) zu geben. Immerhin: In die Pause entlassen, schlendert das amerikanische Publikum, die Internationale pfeifend, zum Popcornstand. Und zugegeben, während Hollywood beflissen dem Rechtsschwenk der USA folgt, schäkern drei der teuersten Filme der letzten Zeit (»Reds«, »Ragtime«, »Heaven's Gate«) mit der Linken.

Aber wie Beattys Reed allzu artig und kokett und ununterbrochen um Lacher, Rührung, Einverständnis buhlt, so macht seine Regie Figur und Thematik hoffähig durch eine ganz brave, konventionelle Machart, durch eine Ästhetik und Dramaturgie, die nur entschärfen, eindämmen, verharmlosen. Stilistisch wie inhaltlich riskiert der Film nichts, bleibt kleinmütig und bieder. Andauernd spürt man Beattys Angst, einen Augenblick nicht unterhaltend zu sein - am Ende ist sein Film nur das. Reagan ließ sich das Opus im Weißen Haus im Beisein des Jubelpaares vorführen und wars zufrieden.

Die Revolution als Kulisse hemmungsloser Selbstdarstellung einerseits und echtes Engagement für einen historischen Blitzschlag oder erregte Teilnahme an der Geburtsstunde des Kommunismus andererseits, Illusionen und Enttäuschungen westlicher Intellektueller, die Entartung der reinen Ideologie in der politischen Praxis und, am Ende, Reeds Desillusionierung, die der Kreml in den spätereren Ausgaben seines Buches zu eliminieren versuchte, all das kommt in »Reds« nicht vor.

Mit Sicherheit wird das auch nicht thematisiert in »Red Bells« (»Rote Glocken«), einem sechs Stunden langen, fünf Millionen Dollar teuren Reed-Epos, das Sergei Bondartschuk (»Krieg und Frieden«, »Waterloo«) in diesem Jahr als sowjetisch-mexikanisch-italienische Produktion mit Franco Nero, Sydne Rome und Ursula Andress gedreht hat.

»Reed - Mexiko in Aufruhr«, ein armer Film von dem Mexikaner Paul Leduc aus dem Jahr 1972, in Schwarzweiß gedreht, aber leuchtend vor revolutionärem Pathos und einer klugen, sensiblen Filmsprache, wird wohl die schönste Reed-Hommage der Filmgeschichte bleiben.

Konkret 05/82, S. 136

Peter-Paul Zahl

Mitteilungen aus dem Bauche Springers

Bücher: Der Schriftsteller und Gesinnungshäftling Peter-Paul Zahl stellt Jack Henry Abotts »Mitteilungen aus dem Bauch der Hölle« und wichtigere Knast-Bücher vor

In allen Ländern der Realen Barbarei werden Schizophrene in Irrenanstalten gesteckt; als Vorwand gilt der juristische Gemein-Platz, sie stellten »für sich oder andere eine Gefahr« dar. Als schizophren gilt nicht, wer die Macht hat. Denn der hat das Recht. Die Macht hat - unter anderem -, wer Geld hat und über Produktionsmittel verfügt. Oder über Presseorgane. Wie - etwa - Axel Cäsar Springer.

Daß Springer » für andere eine Gefahr darstellt«, hat sich derweil herumgesprochen. Eine der Parolen der Protestbewegung der 60er Jahre lautete daher folgerichtig: ENTEIGNET SPRINGER! Er wurde nicht enteignet. Da war - und ist - die Sozialdemokratie vor. Springer wurde auch nicht in einer Irrenanstalt untergebracht. Obwohl er eindeutig nun »für sich eine Gefahr darstellt«, obwohl er schizophren ist.

Springer und seine Medien hetzen wie kaum andere wider Marx und den Marxismus - im Hause Ullstein jedoch, springereigen, erschien eine großartige, von Karl Korsch (Brechts dialektischer Ziehvater) kommentierte und herausgegebene »Kapital«-Ausgabe des besagten Marx; Springer und seine Gruppe reden und schreiben nur mit Schaum vorm Maul, wenn es um den Anarchismus geht - im springereigenen Verlag Ullstein erschien eine gute und wohlfeile Ausgabe des Hauptwerks des wohl bekanntesten Anarchisten, Bakunins »Staatlichkeit und Anarchie«; im Ullstein-Verlag erschien, sehr wichtig, aber kaum beachtet, Jean Pierre Fayes »Sprache des Totalitarismus«, wo doch im Hause Springer eine Sprache gepflogen wird, die man nur als totalitär bezeichnen kann. So wird dort die Schizophrenie zum System erhoben. Eine Spezialform der Schizophrenie, eine, als deren Verursacher eine besondere Virusart gelten kann: die Gewinnsucht (dementia profitabilis).

Gewinn, läßt Axel Cäsar Springer nun verlauten, wolle er aus dem Buch

Mitteilungen aus dem Bauch der Hölle

Ullstein Verlag, 22 Mark von Jack Abbott, aus dem Amerikanischen von Jürgen Abel, nicht ziehen: nachdem im Feuilleton (sprich: Fäule-Ton) der Springer-Zeitung ein groß Geheule gegen das Buch, gegen den Herausgeber Norman Mailer, gegen den »Rummel um den... Zuchthäusler-Autor« (»Welt am Sonntag«), gegen die »ganze Richtung« (Kaiser Wilhelm), angestimmt worden war. Er spendet den Profit aus besagtem Buche einer wohltätigen Vereinigung. Ob er das auch mit den Profiten aus Marx' und Bakunins Werken tut? Etwa zugunsten der »Freunde des bewaffneten Aufstands e.V.«?

Jack Abbott war, als er seine Briefe an Norman Mailer schrieb, 37 Jahre alt - seit seinem zwölften Geburtstag hat er »insgesamt neuneinhalb Monate in Freiheit verbracht«. Er lebte nicht, er lebt nicht, er wird gelebt: »Es gibt Emotionen - ein ganzes Spektrum davon -, die ich nur als Worte kenne, durch Lesen ... « Und so erzählt er »aus dem Bauch der Hölle«, vom Gefängnissystem des »freiesten Landes der Welt«, das auch, relativ und absolut, die bei weitem meisten Gefangenen aufweist.

Schriftsteller, als den die New Yorker Snobiety und die Verlagswerbung ihn hinstellen, ist er nicht; Kommunist, als der er sich selbst hinstellt, als der er auch von Springer und Co. begriffen wird, ist er ebensowenig; er kennt, obwohl er ungeheuer viel gelesen hat, »Kommunismus« nur als Wort, als Utopie, als alles, was er nicht erlebt hat. Aber es kommt nicht darauf an, ob Abbott Schriftsteller und Kommunist ist. Wäre sein Buch woanders erschienen, ich würde eine differenzierte Rezension schreiben, es einigen ans Herz legen. Wie jedes wahre und wahrhaftige Buch aus dem Knast ist es lebendiges Zeugnis gegen den Knast, das Knastsystem, gegen *jedes* Gefängnis (auch wenn er manchmal nicht dieser Meinung ist, der Arme Abbott). Nicht, daß dies Buch »einseitig« ist, spricht gegen es. Im Gegenteil. Ist ein Buch über den Knast nicht einseitig, ergreift es Partei - für den Knast, diese institutionalisierte Form moderner Barbarei, diesen zementierten, waffenbestückten Kannibalismus.

Ich habe vierundzwanzig Stellen im Buch gesondert angestrichen, die in der Vorbereitung auf eine Kritik wichtig gewesen wären, ich habe fünf weitere markiert, die die Denk-Unfähigkeit und Unlogik - Produkte der Knastsozialisation - besonders aufzeigen würden. Dann aber habe ich es unterlassen, mich noch eingehender mit Abbotts Buch zu beschäftigen, sein Für und Wider abzuwägen - Springers wegen. Ein anständiger Mensch schreibt nicht nur nicht für Springer, er kauft ihm auch nichts ab, ebenso wie wir's mit Südafrikas Orangen, Chiles Äpfeln und Rotwein halten.

Ich möchte stattdessen auf Bücher gleicher oder ähnlicher Thematik hinweisen, Bücher, deren Verlage keine großen Werbeetats haben, Bücher, die Kraft und Ausdruckskraft miteinander verbinden, die zutiefst betroffen machen, wütend, nachdenklich, die auf den Schreibtisch aller gehören, die dies veraaste Wort von der »Resozialisierung« noch im Munde führen, Bücher, die dazu aufstacheln, der Barbarei ein Ende zu setzen.

Ich könnte eine Menge nennen. Ich beschränke mich auf zwei. Nicht zuletzt, weil vieles vom Besten derweil vergriffen ist oder verramscht - neue Bücher, neue Trends verlangen freie Lagerkapazität von Großverlagen und Vertrieben... Und da nenn ich vor allem eines, immer wieder, eines, das informativer, ehrlicher, aufrichtiger, aufregender, in einem Wort: hundertmal besser ist als das von Norman Mailers Schützling und Aufklärer Abbott:

James Carr, Die Feuer der Freiheit,

Edition Nautilus, 16 Mark Carr steckte im Alter von neun Jahren seine Schule an, und von da an war er Opfer dessen, was man *Resozialisation* nennt, Insasse von Heimen, Jugendknästen, Gefängnissen, Landes- und Bundeszuchthäusern der USA. Von seiner ersten Tat - im Alter von neun! - bis zum Tode (er wurde vermutlich vom FBI ermordet) - war er aber auch Kämpfer, ja Revolutionär. Er gehörte zur legendären »Wolf-Gang«, einer der Keimzellen des Aufstands der Schwarzen in den Knästen, war Freund und Bruder von George Jackson - dessen fantastische »Gefängnisbriefe: In die Herzen ein Feuer« vom List Verlag inzwischen verramscht wurde (auf amerikanisch noch erhältlich bei Penguin Books) - und beschreibt *jede* Form von Unterdrückung in Knästen, die alte, die auf körperliches Brechen abzielte, bis hin zur neuen mit ihren behavioristischen Menschenversuchen der Bestien in weißen Kitteln; und er beschreibt *jede* Form von Widerstand dagegen, die individuelle über die rassisch-kollektive bis hin zur revolutionären, interrassischen, theoretisch abgesicherten. *Jede* Zeile seines Buches atmet den Geist der Revolte, der Auflehnung, der Rebellion; und im Verlauf des Buches wird ein Lernprozeß geschildert, der vielen von uns, ja den meisten von uns noch bevorstehen dürfte, nämlich der, nicht mehr - reaktionär zu sein. D.h. zu handeln, mit Kopf und Bauch zu *agieren,* statt (nur) auf Unterdrückung, Lüge, Hetze, Infamien zu reagieren.

Und wer über das Knastsystem in einer der übelsten Kolonien der USA, das der Bundesrepublik informiert werden will, über die Kehrseite der FdGO also, lese das von Helmut Ortner herausgegebene Buch

Normalvollzug, Die geplante Zerstörung der Mitmenschlichkeit,

internationale taschenbücherei 007, auf dessen Umschlag es heißt: »Der westdeutsche Strafvollzug, in dem Jahr für Jahr fast 100 Gefangene zu Tode kommen, bedeutet bis heute Isolation, Unterdrückung, Ausbeutung und Stigmatisierung... Daran hat auch das neue Strafvollzugsgesetz nichts geändert.« Da brauchts keine »Knastexotik«. Schon gar nicht eine von Springer.

Konkret 05/82, S. 138

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

In der linksliberalen TAGESZEITUNG schenkt die Schwester Margret Seibel allen Frauen Sicherheit und Selbstvertrauen:

Seit einigen Monaten mache ich regelmäßig während meiner Periode Bilder mit Menstruationsblut. Ich arbeite gewissermaßen in meinem biologischen Rhythmus. Ich bereite die Bilder während des ganzen Zyklus vor, und in den ersten Tagen meiner Periode, wenn ich das meiste Blut »produziere«, stelle ich sie fertig. Dazu nehme ich den Menstruationsschwamm und einen Pinsel bzw. trage das Blut direkt mit dem Schwamm auf. Die helleren, bräunlichen Töne entstehen durch Verdünnung mit Wasser. Frisch aus dem Schwamm ist das Blut leuchtend rot und klar, was mir erst durch dieses Umgehen damit eindeutig bewußt wurde.

Mit dem Monde gemalt und dennoch nach allen Regeln der Kunst. Aber warum nicht alle biologischen Rhythmen nutzen, Schwester Seibel? Auch und gerade wenn die Kunst bräunliche Töne verlangt?

*

Einen bemerkenswerten Beitrag zur Grammatik des Imperialismus leistet Thomas Kielinger, Korrespondent der WELT in Washington. Als er seinen Lesern erklären sollte, was die Amis der Streit um die Falkland-Inseln eigentlich angehe, schrieb er:

Die Nordamerikaner haben dringende Interessen an Argentinien, die sie nicht aufs Spiel setzen können.

Hätten sie nur »Interesse an Argentinien«, wäre nichts erklärt - das singulare Interesse bedeutet eine durchaus altruistische Hinwendung. Hätten die USA aber, was sie tatsächlich haben: »Interessen *in* Argentinien«, wäre zuviel erklärt - der Plural, durch die Ortsangabe »in« auf bestimmte Objekte gerichtet, kennzeichnet die gewinnbringende Einseitigkeit der Beziehungen. Nur die sprachliche Neuschöpfung von den »Interessen an Argentinien« vermochte die koloniale Realität mit dem caritativen Ideal zu verquicken. Der Schöpfer selbst hätte es uns nicht erklären können. Kielinger ist Künstler und schafft aus einem dunklen Drange. So entsteht immer wieder eine neue »Welt«.

*

In der FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG läßt der Kompanieschreiber Ernst-Otto Maetzke derweil die einjährig freiwilligen Leser strammstehn:

Das ferne vielbeachtete Ereignis einer Wahl in einem revolutionsbedrohten mittelamerikanischen Zwergstaai bedarf, da es nun vorüber ist, hierzulande der Nachbereitung zum Gebrauche des Delphins. Wie kam es eigentlich, daß in der Bundesrepublik Deutschland bei gänzlicher Informationsfreiheit ein total falsches Bild von den Zuständen, Vorgängen, Stimmen und Meinungen in EI Salvador gegeben und weithin geglaubt werden konnte?

Und dies, obwohl alle Maetzkes Tag für Tag die Reformpolitik der Junta gerühmt und die mörderischen Revolutionäre gegeißelt hatten? Wollen denn die Leute am Ende gar nichts mehr glauben? Nachbereitung »zum Gebrauche des Delphins«? Ach, Maetzke, auch das werden die Leute nur mißverstehen - als Hinweis auf das Vaterland der Täter: Man nennt ihn Flipper, Flipper, Flipper, bald wird er kommen... Und alles bloß, weil die Maetzkes zwar gern einen gebildeten Eindruck machen, aber leider selbst nicht wissen, womit: »In usum Delphini« bedeutet die Beseitigung anstößiger Textstellen aus Schriften, die für unschuldige Leser bestimmt sind. Der Leser, auf den sich das historische Zitat bezieht, war der Sohn Ludwigs XIV. Der Herzog von Montausier besorgte für ihn eine »gereinigte« Klassikerausgabe - »zum Gebrauche für den Dauphin«. Soviel »in usum Maetzkis«.

*

Etwas oberhalb vom Maetzke stößt Friedrich Karl Fromme, der FAZ dichtender Zweireiher, einen dernier cri aus:

Die FDP erkennt, daß ein auf Eleganz, auch in politisch-intellektueller Hinsicht, sehendes neues Bürgertum mit einer solchen SPD nicht mehr einverstanden sein kann.

Ja, wenn die SPD ihr Programm bei Pierre Cardin oder bei Enzensberger entwerfen ließe, wenn sie auf den leisen Sohlen von Gravati durch die Hall vom Kempinski federte und das Fell, das sie ihren Wählern über die Ohren zieht, bei de Sede oder de Sade ablieferte. Aber das Zeug von C & A, Conradi und Apel, das gehört, auch in politisch-intellektueller Hinsicht, ins Päckchen nach Polen.

*

Der WELT-Redakteur Heinz Pentzlin hat aus seinem dreißigjährigen Krieg mit dem Bolschewismus einen schweren Schaden an der Syntax zurückbehalten:

Es gibt in Polen viel mehr Notleidende, als ihnen mit den Sendungen aus dem Ausland geholfen werden kann.

Bei Stalingrad sehen wir uns wieder.

*

Die peinlichste aller Erscheinungen ist die seit dem Vormärz vom schon nationalliberalen Vater auf den noch fortschrittlichen Sohn gekommene Verehrung des Männermuts vor Königsthronen. Der Mensch wird älter, der Arsch wird kälter, der Verleger unnachsichtiger: wie gut tut es da, sich am Lied vom aufrechten Mann zu wärmen:

Der seit Jahren schwerkranke Mann... war geächtet, aber geachtet. Er hat Mut gemacht allen, die vor Machtverwaltern gleich welcher Couleur nicht kuschen mögen.

Man beachte die pathetische Inversion, die sich nicht damit begnügt, allen Mut zumachen, sondern durchaus Mut machen will allen. Allen? Will der Fritz J. Raddatz sich etwa erheben und mir eines schönen Tages auf zwei Beinen begegnen?

*

Wenn es dem Theo zu wohl wird, führt er mich aufs Eis:

Fenster der Verwundbarkeit

schreibt er und sieht mich schon hochmütig auftrumpfen vor meinem schweren Fall, denn er war's garnicht:

Fenster der Verwundbarkeit - die Metapher stammt aus Ronald Reagans Wahlkampfkiste.

Zugegeben, er hat mich reingelegt. Aber Erfolg macht übermütig:

Eine Weile lang schien das vielzitierte Fenster in den Scharnieren wild hin und her zu schlagen; bald wurde es in der ersten Hälfte der achtziger Jahre ausgemacht, bald erst Ende des Jahrzehnts.

In Eisläuferkreisen nennt man das einen dreifach hingefallenen Rittberger.

*

Hans-Joachim Noack von der FRANKFURTER RUNDSCHAU gilt seit zwanzig Jahren als eines der kommenden Talente des deutschen Journalismus. Aber immer nur Anlauf nehmen und nie springen - das zehrt . Und so kommt der lenzliche Noack daher wie ein unplanmäßiger Altweiber-Sommer:

Die Sozis sind auf Null heruntergekommen... Die SPD findet sich in den Keller verfrachtet..., Statt der dringend erforderlichen Therapie überschwemmt die Partei eine Flut von Teil-Analysen... Andererseits wird der Balsam aus der Apotheke des um Zusammenhalt und Integration bemühten Parteichefs kaum darüber hinwegtäuschen können, daß er auch in diesem Bereich in puncto Substanz auf die bekannten Koalitionszwänge stößt... Daß im Präsidium nur noch ein einziges Regierungsmitglied sitzt, spricht Bände, indem es die wachsende Entfremdung beleuchtet... Zu kraß divergieren die Vorstellungen, als daß hier noch ein synchroner Flügelschlag denkbar wäre... Nach der Entscheidung dürfte die Partei ohnehin entkräftet genug sein und ihre Wunden zu lecken haben... Was bestenfalls denkbar erscheint, ist die Wiederbelebung jener »zähneknirschenden Duldung«... Ob so oder anders, wird sich der Parteitag an eine über die Personen hinausragende Frage herantasten. An die Gretchenfrage gewissermaßen.

Ob es der Partei, auf Null oder im Keller, hülfe, wenn sie von einer Therapie überschwemmt oder vom Balsam getäuscht wurde, ob die Beleuchtung der Entfremdung Bände spricht oder die Wiederbelebung der Duldung die Wunden leckt - wir müssen uns an die Frage nach der Substanz (nicht Fisch, nicht Fleisch) des Autors herantasten. An die Grätchenfrage gewissermaßen: Hans-Joachim, fusselst du?